

Aether

A LUCAS FEDERER, GLEB J. ALBERT

Aktivismus, Archive,
Trotzki – eine Einleitung

B NICOLAS HERMANN

Kühlschrank-Unternehmer
und antikapitalistischer
Aktivist

C LUCAS FEDERER

Aktiv fichiert

D CHRISTIAN FUTTER

Solidarität zu Zeiten
des Algerienkriegs

E MICHIEL VAN GULPEN

Die Hoffnung in
die »Kolonialrevolution«

F SRDJAN DRAGOJEVIC

In Accra gegen die
Atombombe

G CHRISTIAN GROSS

Trotz alledem! Motivationen
eines Aktivisten

H REMO CADALBERT

Publizieren, politisieren:
Der Veritas-Verlag

I ANTJE RIHM

In Bewegung:
Frauen in der RML

J MATTHIAS FÄSSLER

Mit Trotzki gegen
Schwarzenbach

Archive des Aktivismus: Schweizer
Trotzkist*innen im Kalten Krieg

Archive des Aktivismus: Schweizer Trotzkist*innen im Kalten Krieg

aether.ethz.ch/ausgabe2

Aktivismus, Archive, Trotzki – eine Einleitung

Warum sind wir in Archive hinabgestiegen und haben uns mit der Geschichte von Trotzki*innen in der Schweiz im Kalten Krieg beschäftigt? Überlegungen zu einem keinesfalls marginalen Thema.

Archive sind im Normalfall eine ordentliche, aufgeräumte Angelegenheit. In den eigentlichen Archivräumen, wo die Bestände lagern, herrscht meistens eine nüchterne, fast schon asketische Atmosphäre. In den Regalen, die sich aneinanderreihen, stehen dicht an dicht die Archivschachteln, in ihrer eigenen Logik sortiert, meistens grau oder braun, mit Kürzeln und Zahlen eines Ordnungssystems versehen. Dies wirkt auf den ersten Blick unspektakulär und es fällt schwer zu glauben, dass sich darin Geschichten verbergen können.

Im Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich (AfZ) und im Schweizerischen Sozialarchiv haben wir nach solchen verborgenen Geschichten gesucht. Wir wollten politischen Aktivismus und die Spuren, die er hinterlässt, untersuchen. Konkret suchten wir nach Spuren von Trotzlist*innen in der deutschsprachigen Schweiz im Kalten Krieg. Sowohl die Organisationen, die sie aufbauten, als auch die Trotzlist*innen selbst haben über die Jahrzehnte ihrer politischen Betätigung viel Papier hinterlassen.

Im AfZ liegen zwei wichtige Nachlässe ehemaliger Trotzlisten. Derjenige von Heinrich Buchbinder, zentrale Figur im Aufbau trotzkistischer Organisationen nach dem Zweiten Weltkrieg, Publizist und späterer SP-Politiker, umfasst ganze 39 Laufmeter. Der von Hans Stierlin ist mit fünf Laufmetern bedeutend kürzer, durch die Doppelfunktion Stierlins als politischer Aktivist und gleichzeitig erfolgreicher Unternehmer und Chef der Sibir AG aber ebenfalls von grossem Interesse. In den beiden Nachlässen sowie in vielen weiteren Archivbeständen, insbesondere im Schweizerischen Sozialarchiv, liegen also Dokumente, Korrespondenzen, Protokolle, Notizen, Entwürfe, Artikel, Briefe, Reden, Einladungen und Publikationen in den erwähnten braunen oder grauen Schachteln. Fein säuberlich geordnet, nach Thema, Jahr, Verfasser*in.

Für den vorliegenden Band haben wir unzählige dieser Archivschachteln geöffnet. Sie wurden durchforstet und ihr Inhalt untersucht. Und sobald die Schachteln geöffnet waren, ist ihre äusserliche Ordnung in sich zusammengefallen.

In der aufgeräumten Atmosphäre des Archivs wurde dann auf einmal sichtbar: In diesen Behältern liegt, hochkomplex verschachtelt, die Geschichte einer politischen Bewegung. Darin finden sich Spuren der politischen Betätigung, des Aktivismus, des Erfolgs und des Scheiterns. Zeugnisse kollektiver Erfolge und persönlicher Niederlagen, Spuren von internationalen Verflechtungen, politischen Netzwerken und überraschenden Zusammenhängen. Diese Schachteln sind das Resultat von bewegten Leben. Ihr Inhalt lässt sich immer nur provisorisch in eine nummerierte Reihenfolge einsortieren.



Abb. 1: Bestände im Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich (AfZ). Die grauen Schachteln reihen sich in den Regalen aneinander.

Es ist nicht einfach, den Versuchungen zu widerstehen, von denen Arlette Farge in ihrem Buchessay zum »Geschmack des Archivs« warnt.¹ Wie in den von ihr beschriebenen Gerichtsarchiven des 18. Jahrhunderts täuscht auch in den Archiven des Trotzkismus des Öfteren die Fülle des Materials über die Schwierigkeiten hinweg, aus den Dokumenten heraus Ereignisse und Strukturen herauszuarbeiten und ihnen einen Sinn zu geben. Zugleich führen die über die Dokumente verstreuten kleinen Geschichten und Nebenstränge in die Verlockung des anekdotischen Erzählens – eine Verlockung, der es zu widerstehen gilt, weil sie den Blick auf Zusammenhänge und Strukturen verstellen kann. Auch gilt es stets, die Perspektive der Urheber*innen dieser Materialien zu berücksichtigen, die nicht immer diejenige der Person ist, welche die Materialien aufbewahrt, sondern etwa diejenige der staatlichen Überwachungsorgane sein kann. Und schlussendlich sprechen Dokumente nicht aus sich selbst – sie können nur dann von Historiker*innen zum Stoff für Analysen und Erzählungen gemacht werden, wenn man mit spezifischen Fragen an sie herantritt. Deshalb haben wir den Papieren nicht einfach blind vertraut, sondern die Dokumente auch immer wieder ergänzt und herausgefordert. Zum Beispiel mithilfe ehemaliger Aktivist*innen, ihren Erinnerungen und Erzählungen. Auch sie sind ein Stück weit *Archive des Aktivismus*. Sie erzählen ebenso vom Leben und Wirken der Troztkist*innen in der Schweiz.

Diese Troztkist*innen waren für die sozialen Bewegungen und linken Projekte in der Schweiz der 1950er und 1960er Jahre wichtig. Sie waren mit dem linken Flügel der Sozialdemokratischen Partei (SP) und den Gewerkschaften vernetzt und schafften es mehrfach, politische Themen

auch in breiteren gesellschaftlichen Kreisen ins Gespräch zu bringen. Die massgeblich von den Trotzki*innen initiierten Bemühungen, die atomare Bewaffnung der Schweizer Armee zu verhindern, war Ausgangspunkt intensiver und hart geführter Debatten innerhalb der politischen Landschaft der Schweiz und konnte auf eine gewisse Unterstützung von Studierenden und Jugendlichen zählen – viele Jahre vor 1968.

Die politischen Kontakte der Trotzki*innen mit dem algerischen Widerstand führten während des Algerienkriegs 1954–1962 zu einer gewerkschaftlich verankerten, intensiven Solidaritätskampagne mit der unter dem Krieg leidenden algerischen Bevölkerung. Diese politischen Kampagnen fanden meistens eingebettet im internationalen Kontext statt. Im Falle Algeriens gab es Kontakte zu französischen Aktivist*innen und zur algerischen Unabhängigkeitsbewegung. In der stark von den blockfreien Staaten geprägten internationalen Bewegung gegen atomare Aufrüstung um 1960 waren die Trotzki*innen wiederum häufig die bevorzugten Ansprechpartner*innen in den westlichen Ländern.

Die hier bislang nur angedeutete Vielfalt der Themen des Engagements sowie die Reichweite des Wirkens der Trotzki*innen und ihrer Organisationen haben fundamental etwas mit dieser spezifischen politischen Strömung zu tun: dem Trotzkiismus.

Trotzkiismus zwischen Kriegsende und 1968: Eine besondere Nische

Der Trotzkiismus ist eine bemerkenswerte Erscheinung in der Geschichte kommunistischer Strömungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.² Im Gegensatz etwa zum (post-)stalinistischen Sowjetkommunismus oder den Kommunismen maoistischer Prägung konnte er nie aus der Position einer Staatsmacht heraus agieren, spielte jedoch als Richtung innerhalb der radikalen Linken in vielen Ländern eine zentrale Rolle. Sein Namensgeber, der russische Revolutionär und bolschewikische Politiker Leo Trotzki, überwarf sich nach dem Tod Lenins 1924 mit Stalin, wobei die Einschätzung der Weltlage zu den zentralen Differenzen gehörte: Während Stalin an die Möglichkeit des Sozialismus in der Sowjetunion unabhängig von der revolutionären Entwicklung im Ausland glaubte, sah Trotzki das Schicksal des Landes eng verknüpft mit der internationalen Revolution.³

Die trotzkiistische Bewegung in der Sowjetunion wurde rasch ins Abseits gedrängt, ihre Anhänger*innen im Grossen Terror massenhaft ermordet.⁴ Im Ausland jedoch konnte der 1929 exilierte Trotzki bis zu seiner Ermordung 1940 eine rege politische Tätigkeit entfalten und internationale Anhänger*innen mobilisieren, mit denen er 1938 die IV. Internationale gründete – im Selbstverständnis ihrer Protagonist*innen eine Alternative zur 1919 unter anderem von Lenin und Trotzki als kommunistische »Weltpartei« gegründeten Kommunistischen beziehungsweise III.

Internationale (Komintern), die aber in den späten 1920er Jahren vollends der politischen Linie Stalins untergeordnet und zu einer Handlangerin der sowjetischen Aussenpolitik degradiert wurde.⁵ Trotzistische Gruppen spielten im Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Europa eine weniger prominente, jedoch nicht zu unterschätzende Rolle.⁶ In der Nachkriegszeit entwickelten sie sich dann wiederum in verschiedenen Ländern zu einer wichtigen Kraft innerhalb der Linken und übernahmen beispielsweise in Grossbritannien oder Frankreich zeitweise die Führungsrolle.⁷

In der politischen Landschaft links der Sozialdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg hatte der Trotzismus einige Alleinstellungsmerkmale, die ihn von anderen radikal linken Bewegungen absetzten und ihm Vorteile verschafften. So bot der Trotzismus denjenigen Aktivist*innen ein Identifikationsangebot, die sich in die Traditionslinie der Oktoberrevolution stellen wollten und sich somit weder in der Sozialdemokratie noch im Anarchismus aufgehoben sahen – sich aber zugleich dagegen sträubten, die Seite der (post-)stalinistischen Sowjetunion einzunehmen. Gerade für einen antistalinistischen Widerstand bei gleichzeitigem Festhalten an kommunistischen Idealen und am Erbe von 1917 stellte die trotzistische Bewegung der Zwischenkriegszeit genügend Anschauungsbeispiele und Vorbildfiguren. Kaum eine andere radikal linke politische Strömung wurde dermassen systematisch vom stalinistischen Apparat bis aufs Blut verfolgt – in der Sowjetunion wie im Ausland. Nicht nur Trotzki selbst wurde 1940 Opfer dieser Verfolgung, sondern auch zahlreiche Trotzist*innen, die vom sowjetischen Geheimdienst in den 1930er Jahren im Ausland – etwa in Spanien und in Frankreich – ermordet wurden.⁸

Doch nicht nur der Antistalinismus machte den Trotzismus attraktiv – es war auch die Freiheit von der Verantwortung für die aktuelle Politik eines Staates. Die Trotzist*innen, die seit den 1920er Jahren Stalins Politik lautstark angeprangert hatten – und in deren Umfeld der Begriff »Stalinismus« zum ersten Mal gefallen war –,⁹ mussten keine Verantwortung übernehmen, weder für Kollektivierung, Massenhunger und Grossen Terror noch für die imperiale Sowjetpolitik in Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die Trotzist*innen konnten auch jenseits der Geschichte des Stalinismus, so der Historiker Peter Brandt, »[i]m Unterschied zu den etablierten kommunistischen Parteien, insbesondere denen an der Macht, verglichen auch mit den sozialdemokratisch-sozialistischen Parteien, [...] ihren Banner unbefleckt halten.«¹⁰ Umso überzeugender konnten sie sich angesichts der imperialistischen Aktionen der poststalinistischen Sowjetunion, so in Ungarn 1956 und 1968 in der Tschechoslowakei, auf die Seite der Angegriffenen und Unterdrückten stellen – und damit wiederum die Sympathien derjenigen Linken gewinnen, die sich angesichts dieser Ereignisse entsetzt von der Sowjetunion abwandten.



Abb. 2: Porträt von Leo Trotzki, vermutlich aus dem Jahr 1935.

Auch als sich der poststalinistische Weltkommunismus in mehrere Lager aufteilte – zuerst 1948 durch den Bruch der Sowjetunion mit Jugoslawien, dann 1959 mit China, schliesslich 1968 mit Albanien – und im Westen entsprechend affilierte politische Strömungen entstanden, konnten die Trotzki*innen gewissermassen über den Dingen stehen. Für sie hiess es schon lange vor 1968 »Weder Moskau noch Washington«, und auch, so müsste man trotz des kurzen Flirts mit Tito ergänzen,¹¹ weder Peking noch Belgrad noch Tirana.

Dies machte sie inmitten der antikommunistischen Verfolgung zumindest ansatzweise weniger angreifbar – die Aufforderung »Moskau – einfach« zog bei ihnen nicht –¹² und darüber hinaus zu einem verhältnismässig annehmbaren Gesprächspartner für gemässigtere linke Kräfte in ihren jeweiligen Ländern. Obwohl sich die Trotzki*innen auch von der reformistischen Sozialdemokratie entschieden abgrenzten, liessen sich Kontakte zu Exponent*innen der linken Flügel der sozialdemokratischen Parteien leichter und für die Letzteren unverfänglicher knüpfen als zu den moskau- oder pekingtreuen, den Ruch des Landesverrats tragenden Kräften. Auch der politische Zwischenbereich des zwischen Sozialdemokratie und Parteikommunismus angesiedelten Linkssozialismus

war für die Trotzki*innen ein fruchtbares Feld für Kontakte und Kooperationen.¹³ Zahlreiche Spuren solcher Kontakte finden sich sowohl in Heinrich Buchbinders Lebenslauf als auch in seinem Nachlass.

Was dem Trotzkiismus ebenfalls zugute kam, war sein langgehegtes Bekenntnis zur internationalen Solidarität und zum revolutionären Denken in globalen Kategorien. Hervorgegangen aus dem »Urkonflikt« zwischen Trotzki (»Weltrevolution«) und Stalin (»Sozialismus in einem Land«), gehörte die Wahrnehmung des politischen Kampfes als notwendigerweise weltumspannend und international zu seinen Grundprämissen.¹⁴ Der Trotzkiismus bezog innerhalb der radikalen Linken seine Hauptlegitimation daraus, dass er zuallererst »internationalistisch« dachte – und sich auch entsprechend organisierte und handelte. Die internationale Solidarität und die damit einhergehende transnationale Vernetzung der trotzkiistischen Gruppen hatte für die Aktivist*innen nicht nur eine Erweiterung des politischen Kampffeldes zur Folge, sondern war auch eine Quelle der Motivation angesichts eigener politischer Erfolglosigkeit, wie Brandt anhand der bundesdeutschen Trotzki*innen festhält: Bei ausbleibendem Erfolg im eigenen Land konnte man sich über die Erfolge einer ausländischen Partnerorganisation freuen und gewissermassen daran teilhaben.¹⁵



Abb. 3: Unabdingbar für den internationalistischen Aktivismus in der Nachkriegszeit: Der Reisepass von Heinrich Buchbinder, vermutlich 1959 ausgestellt.

Aber auch die Konfliktlinien des internationalen Trotzkiismus und seiner nationalen Strömungen verliefen oftmals entlang weltpolitischer Angelegenheiten – etwa um die »richtige« Einschätzung der (post-) stalinistischen Sowjetunion,¹⁶ oder um die Befürwortung oder Ablehnung

von Titos Alleingang in Jugoslawien.¹⁷ Auch die Bewegungen und Konflikte im globalen Süden spielten für Nachkriegstrotzkist*innen eine entscheidende Rolle – als Potential für mögliche innerstrotzkistische Verwerfungen, aber auch als Betätigungsfeld für internationale Solidarität.

Wenn Brandt auch betont, dass die Fokussierung auf den globalen Süden nur eine »zeitweise« Erscheinung in der Geschichte des Trotzismus nach 1945 gewesen sei,¹⁸ war diese Aufmerksamkeitsverlagerung im Kontext der zeitgenössischen Linken von grosser Wichtigkeit, da die trotzkistische Bewegung damit der »Dritte-Welt-Solidarität« der Neuen Linken in vielfacher Weise vorgriff. Vielerorts, so auch in der Schweiz, brachten sie durch ihre Solidaritätskampagnen Anliegen des globalen Südens in den Fokus der Öffentlichkeit, die nicht nur von der bürgerlichen Politik, sondern auch von den etablierten Arbeiter*innenparteien ignoriert wurden.

Ein weiterer Faktor, der dem Trotzismus eine günstige Position im Nachgang des Zweiten Weltkrieges verschaffte, war seine Fähigkeit, diverse Bevölkerungsschichten anzusprechen. Zum einen blieb das »Proletariat« sein konstanter Bezugspunkt – und dies auch nach der Entdeckung anderer »revolutionärer Subjekte« durch die neuen sozialen Bewegungen rund um 1968. Damit wurden die trotzkistischen Organisationen zu einem Ort des Engagements für diejenigen, die sich weiterhin für eine Arbeiter*innenklasse im kommunistischen Sinne engagierten, dies jedoch unabhängig von Moskau tun wollten – nicht zuletzt auch für Arbeiter*innen selbst.

Zugleich konnte der Trotzismus auch mit intellektuellem Potential aufwarten. Trotzki selbst hat sich vor allem in seinem letzten Lebensjahrzehnt als scharfsichtiger politischer Analytiker nicht bloss der sowjetischen, sondern auch der europäischen Verhältnisse einen Namen gemacht, und vermochte auch auf liberale Philosophen wie John Dewey, Künstler*innen wie André Breton oder Frida Kahlo und Literaten wie (zeitweise) Heinrich Mann Anziehungskraft auszuüben. Eine politische Bewegung mit einer solchen Gründerfigur musste für diejenigen westeuropäischen Linken besonders reizvoll erscheinen, die wenig von Guerilla-Kitsch und umso mehr von anspruchsvoller politischer Analyse hielten.

Auch sein Charakter als explizit dissidente Bewegung liess den Trotzismus auf kritische Intellektuelle anziehend wirken. Der Trotzismus wurde aus einem Bedürfnis nach Diskussion und abweichender Meinung geboren – nämlich aus dem Unverständnis Trotzkis und seiner Anhänger*innen über den Kurs der sowjetischen Führung ab 1923, das mit der Forderung nach Freiheit der (innerparteilichen) Diskussion einherging.

Die Vorstellung, dass sich (zumindest nach Anerkennung einer gemeinsamen, nicht hintergehbaren ideologischen Grundlage) das beste Argument in freier Diskussion durchsetzt, nachdem alle, auch abweichende Argumente, frei entfaltet werden dürfen, wirkte ungleich attraktiver als der Kader- und Kadavergehorsam des (post-)stalinistischen Kommunismus.

Damit war allerdings im Trotzismus eine Eigenschaft angelegt, die populärkulturell an ihm haften bleiben sollte – die ewigen Zerwürfnisse und Spaltungen. Der Monty-Python-Witz aus *Life of Brian* über die »Judäische Volksfront« und die »Volksfront von Judäa« war mit grosser Sicherheit auf die in Grossbritannien vom Trotzismus dominierte radikale Linke gemünzt. Die Geschichte des Trotzismus hat zahlreiche miteinander konkurrierende Internationalen hervorgebracht,¹⁹ und die nationalen Sektionen mussten entsprechend nach jeder Spaltung immer wieder ihre Loyalitäten neu ausrichten – wovon auch ein grosser Teil der internationalen Korrespondenz in Heinrich Buchbinders Nachlass zeugt.

Dass die Trotzist*innen ihre internen Differenzen nicht einfach aushalten konnten, ohne sich organisatorisch zu spalten, liegt in einer weiteren Eigenschaft begründet, die ihnen in der Nachkriegszeit zum Vorteil wie zum Nachteil gereichte: ihrer Treue zum Organisationsmodell der Kaderpartei. Die Präferenz des Modells der Vollzeitrevolutionärin/des Vollzeitrevolutionärs gegenüber einer Massenmitgliedschaft nach sozialdemokratischem Vorbild war einer der Hauptgründe, die die Bolschewiki 1903 zur Formierung eines eigenen Flügels der russischen Sozialdemokratie bewogen hatten. Die Bolschewiki wiederum waren das Vorbild und Bezugsobjekt der trotzkistischen Bewegung. Sie sah sich als ihre direkte Nachfolgerin – mit ein Grund, warum »Trotzkist*in« sich nie als Selbstbezeichnung durchsetzte, sondern man sich als »Bolschewiki-Leninisten« und Ähnliches titulierte (abgesehen davon, dass »Trotzkismus« vom Stalin-Regime zunächst als abwertende Bezeichnung und spätestens ab den 1930er Jahren als lebensgefährliches Stigma eingesetzt wurde).²⁰

Die trotzkistischen Kadergruppen waren in der Nachkriegssituation – und umso mehr ab den späten 1960er Jahren im Kontrast zu den neuen sozialen Bewegungen – attraktiv für diejenigen, die es mit der Revolution im klassischen Sinne ernst meinten und die bunten, losen Gruppen der neuen sozialen Bewegungen nicht in der Lage sahen, eine solche zu vollbringen – zugleich aber auch nicht im anderen Extrem, in den von Kadavergehorsam und Fremdsteuerung geprägten, mit der Sowjetunion oder China affilierten Parteien und Gruppen aufgehen wollten. Die trotzkistischen Gruppen präsentierten sich als intellektuell wache, reflektierte, offene Körperschaften, die jedoch zugleich verbindliche Prinzipien und klare Hierarchien pflegten. Doch zwischen der proklamierten Diskussionsfreiheit und dem Kaderprinzip lag ein unauflösbarer Widerspruch – man konnte diskutieren, doch wenn man eine Meinung vertrat, über die kein Konsens hergestellt werden konnte, verlangte das Kaderprinzip den Austritt oder die Spaltung als organisatorische Konsequenz.

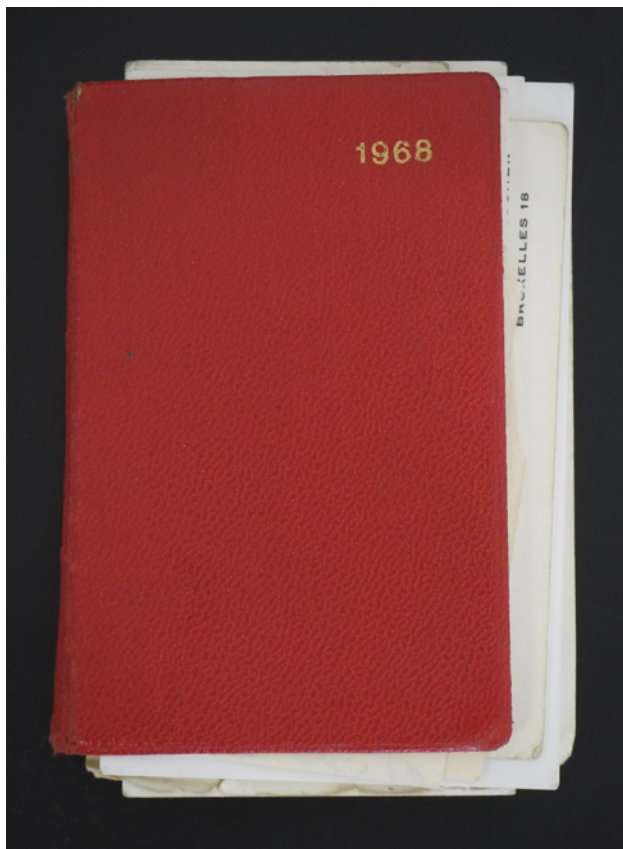


Abb. 4: Die Agenda von Heinrich Buchbinder aus dem Jahr 1968: Politischer Aktivismus bedurfte einer guten Organisation.

Der Trotzismus in der Schweiz

Spaltungen der trotzkistischen Organisationen waren in der Schweiz im ganzen 20. Jahrhundert untypisch selten. Dabei gibt es in der Schweiz eine durchaus lebhaftere Geschichte der trotzkistischen Organisation. Diese reicht bis in die frühen 1930er Jahre zurück. Die an Leo Trotzki orientierte Linke Opposition innerhalb der Kommunistischen Partei der Schweiz (KPS) kam 1933 aufgrund der sich rasant verändernden internationalen Situation zum Schluss, dass ihre bis dahin lockere Organisationsform den Herausforderungen nicht mehr genüge, und gründete die Marxistische Aktion der Schweiz (MAS).²¹

Die MAS blieb in den darauffolgenden Jahren allerdings zahlenmässig schwach und konnte sich nicht wie erhofft zu einer ernsthaften Alternative neben der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) und der KPS entwickeln. Bereits 1939 zerfiel die Organisation grösstenteils durch interne Auseinandersetzungen und – in diesem Falle treffen die Klischees zu – Abspaltungen. Im Verlaufe des Zweiten Weltkriegs fanden dann jedoch einige ehemalige Mitglieder, vor allem aus Basel, wieder zusammen und

begannen mit den »Informationsbriefen für revolutionäre Politik« eine antimilitaristische Publikationstätigkeit, für die mehrere Exponenten 1942 wegen ihrer Kritik an der Armee zu mehrmonatigen Haftstrafen verurteilt wurden. Damit war das kurze Wiedererblühen der MAS erneut zu einem Ende gekommen.²² Ab 1945 formierte sich die MAS ein drittes Mal. Bewusst wurde sie nun als geheime Organisation aufgebaut. Wenn sie auftrat, dann unter dem Namen Internationale Kommunisten der Schweiz (IKS). Dies war dem seit den späten 1930er Jahren verfügbaren Verbot der Schweizer Sektion der IV. Internationale und den gemachten Erfahrungen mit der staatlichen Repression geschuldet.

Am 1. Mai 1945 tauchte in Zürich überraschend eine Zeitschrift unter dem Namen *Proletarische Aktion* auf. Konzipiert und herausgegeben wurde diese von zwei Mitgliedern der PdA-nahen Freien Jugend, die sich durch die Entwicklungen der sowjetischen Aussenpolitik gegen Ende des Zweiten Weltkriegs abgestossen fühlten. Die MAS wurde von dieser Zeitung überrumpelt, hatte sie doch vor, diese Nische der linken, stalinkritischen Opposition selbst auszufüllen. Das Auftauchen dieser Zeitung drängte die MAS nun dazu, ihre eigentlich geplante Phase der internen Festigung aufzugeben und das Zeitungsprojekt zu unterstützen. Der offene Bruch der beiden Herausgeber mit dem Stalinismus erkannte die MAS als ein wichtiges politisches Momentum, das es auszunutzen galt.

Rund um die *Proletarische Aktion* bildete sich in den folgenden Monaten eine eigentliche Organisation. Die MAS beteiligte sich dabei massgeblich und fing an, den Zeitungs- und Organisationsnamen »Proletarische Aktion« (PA) zu beanspruchen und fortan zu benutzen. Die offizielle Gründungsversammlung der PA fand am 16. November 1946 statt. Fünf der sieben Gründungsmitglieder waren ebenfalls Mitglieder der MAS. Die MAS hatte damit die PA zu ihrem verlängerten, legalen Arm gemacht. Die Leitung der PA und der MAS waren in den folgenden Jahren praktisch deckungsgleich. Während die MAS offiziell die Schweizer Sektion der IV. Internationale war und in internationalen Zusammenhängen in Erscheinung trat, war die PA für die politische Arbeit in der Schweiz zuständig.²³

Die PA entwickelte in den Jahren nach ihrer Gründung eine gewisse Anziehungskraft in linksoppositionellen Kreisen. Dieser Aufschwung ging einher mit dem Wiedererstarken der politischen Arbeiter*innenbewegung in der Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg. Bis zur kurzen wirtschaftlichen Rezession ab 1948 war es in allen Regionen der Schweiz zu einer erhöhten Streikaktivität und dutzenden Arbeitsniederlegungen gekommen. Ab 1944 betrat mit der Partei der Arbeit (PdA) zudem eine Nachfolgeorganisation der verbotenen KPS das politische Parkett.²⁴ Die Hoffnungen, dass es sich bei dieser Partei um eine offenerere, weniger bürokratisierte und weniger von Moskau abhängige Organisation handeln könnte, als dies die KPS vor dem Krieg dargestellt hatte, verflüchtigte sich jedoch schnell. Dies wiederum wirkte sich positiv auf die Entwicklung der Mitgliederzahlen der PA aus. Verschiedene Personen, die nach kurzer Betätigung desillusioniert aus der PdA austraten, wurden ab 1946 Mitglieder der PA.

Der Aufschwung der Organisation währte allerdings nur kurz. Bereits ab 1948 stagnierte das Wachstum der PA und in den frühen 1950er Jahren konzentrierten sich die Schweizer Trotzlist*innen vermehrt auf Reformkämpfe. Ab 1951 versuchten sie, unter dem Namen Sozialistische Arbeiterkonferenz (SAK) linke Gewerkschafter*innen und oppositionelle Sozialist*innen zu organisieren. Ab 1953 verfestigten sich diese Strukturen und es entstand der Sozialistische Arbeiterbund (SAB), der sich als »Vereinigung freier und unabhängiger Sozialisten« verstand. Der SAB sollte nach Meinung seiner Initiant*innen eine Alternative zu SP und PdA werden und erzielte tatsächlich einige beachtliche Erfolge in kantonalen Initiativen für Mindestlöhne in Zürich und Basel. Allerdings konnten diese Lichtblicke nicht in ein Wachstum der Organisation umgesetzt werden und so blieb auch der SAB eine Randerscheinung. Ende der 1950er Jahre gingen wiederum entscheidende Impulse zum Aufbau von Solidaritätsstrukturen mit Algerien, wo der Kolonialkrieg mit Frankreich seinem Höhepunkt entgegenging, und zur Gründung der »Schweizerischen Bewegung gegen die atomare Aufrüstung« von Mitgliedern des SAB aus. Rund um die Ereignisse in Ungarn 1956 gelang es, einige Mitglieder der PdA zu gewinnen, die sich von ihrer Partei distanziert hatten.²⁵

Die 1960er Jahre waren dann aber wiederum vom Niedergang des organisierten Trotzismus in der Schweiz gekennzeichnet. Der SAB existierte auf dem Papier zwar noch bis 1969, allerdings schrumpfte seine Mitgliederbasis auf einen sehr kleinen Personenkreis zusammen, der noch bis 1969 regelmässig *Das Arbeiterwort* herausgab, aber ansonsten keine grossen Aktivitäten mehr durchführen konnte.



Abb. 5: Die trotzkistische Bewegung in der Schweiz fand auch schon vor 1968 gewissen Anklang bei Schüler*innen und Studierenden. Speziell der Anti-Atomwaffen-Protest wirkte mobilisierend, wie hier an der 1. Mai-Demonstration 1962.

Im Jahr 1968 kulminierte in der Schweiz, wie in vielen anderen europäischen Ländern, der Unmut über den gesellschaftlichen Konservatismus und starre politische Strukturen. Die Protestbewegung, die vor allem unter Schüler*innen und Studierenden erheblichen Rückhalt genoss, erschütterte nicht nur die Gesellschaft, sondern führte auch innerhalb der radikalen Linken zu einigen Spannungen und umfassenden Umgruppierungen. Neben der sich auflehrenden Jugend war dabei die Niederschlagung des »Prager Frühlings« durch Truppen des Warschauer Paktes zentral, die in dieser jungen Generation von politischen Aktivist*innen für breite Empörung sorgte. Auch wenn sich die PdA ungewöhnlich stark vom Vorgehen der Sowjetunion distanzierte, verlor sie in den kommenden Monaten einen grossen Teil ihrer jungen Mitglieder und intellektuellen Persönlichkeiten an maoistische Organisationen und an die Revolutionäre Marxistische Liga (RML).

Die RML war aus einer dissidenten Gruppe innerhalb der *Parti Ouvrier Populaire* (POP, der Name der PdA in den französischsprachigen Teilen der Schweiz) im Kanton Waadt entstanden. Diese Gruppe hatte bereits im Verlaufe der 1960er Jahre damit begonnen, einen geheimen Lesezirkel innerhalb der POP zu organisieren, in dem Schriften von verschiedenen, von der Parteilinie abweichenden Autor*innen, darunter auch Trotzki, gelesen wurden. Als sich dann ab 1968 die innerparteiliche Kritik an der moskaufreundlichen Orientierung der PdA/POP verstärkte, wurde die Existenz der Lesegruppe bekannt und die führenden Personen aus der Organisation ausgeschlossen. Diese gründeten, zusammen mit grossen Teilen der Jugendorganisation der POP, im Jahr 1969 die RML. Nach längeren internen Diskussionen entschied die RML, sich dem Vereinigten Sekretariat der Vierten Internationale (VSVI) anzuschliessen. Auch wenn sich längst nicht alle Mitglieder der jungen Organisation als »Trotzkisten« verstanden, war damit klar, dass die RML in der Folge als trotzkistisch gelten würde. Sie sollte die mitgliederstärkste Organisation in der Geschichte des Schweizer Trotzkismus werden.²⁶

Während der 1970er Jahre war die RML eine durchaus wahrnehmbare politische Kraft ausserhalb des parlamentarischen Spektrums. Schweizweit zählte sie über tausend Personen zu ihrem Mitglieder- und Sympathisant*innenkreis und war neben den grösseren Schweizer Städten unter anderem auch in Biel, Schaffhausen, Zug, dem Aargau oder La Chaux-de-Fonds aktiv. Die politische Aktivität der Organisation verlagerte sich tendenziell weg von den in der Jugendbewegung um 1968 zentralen Themen der internationalen Solidarität mit revolutionären und antikolonialen Bewegungen hin zu Fragen der Schweizer Politik. Umwelt- und Friedensfragen blieben weiterhin zentral, hinzu kam die intensive Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften und dem Feminismus.²⁷

Im September 1980, an ihrem fünften Kongress, benannte sich die RML in Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) um. Diese Umbenennung spiegelte dabei einen viel grundlegenderen Umbruch wider. Die RML war gegen Ende der 1970er Jahre in eine Phase der Stagnation getreten. Der Anspruch, eine

Arbeiter*innen-Avantgarde zu organisieren, der auch in der Bezeichnung »Liga« deutlich sichtbar wurde, wurde in den Hintergrund gerückt und eine vermehrte Orientierung auf die »Arbeiterklasse« angestrebt. Aus der »Liga« wurde eine »Partei« und an die Stelle der internationalen Revolution trat immer mehr die gewerkschaftliche Tagesarbeit.²⁸ 1987 fand der siebte und letzte Kongress der SAP statt. Die Welt und die politische Landschaft der Schweiz hatten sich in den vorhergegangenen zwanzig Jahren stark verändert. Die SAP arbeitete in vielen Städten seit längerer Zeit in rot-grünen Bündnissen. Der Kongress von 1987 stützte diese Linie der verstärkten regionalen Bündnisarbeit und konnte gleichzeitig die unterschiedlichen politischen Perspektiven der Sektionen nicht mehr verbergen. In den folgenden Monaten löste sich die SAP langsam auf und die verschiedenen regionalen Sektionen verschwanden entweder oder gingen in den regionalen und lokalen Bündnissen auf.

So wurde der Schweizer Trotzismus wieder unsichtbar – nachdem er Spuren seines Wirkens in der radikalen Linken der Schweiz und darüber hinaus indirekt in Politik und Gesellschaft hinterlassen hatte. Um die Organisationen und Akteur*innen wieder sichtbar zu machen, bedarf es daher Anstrengungen.



Abb. 6: Abziehbild der RML von 1979, das für die Atomschutz-Initiative wirbt. Das Logo der Organisation links unten zeigt zwei Hände, die einen Hammer und eine Sichel halten.

Neue Archive, neue Forscher*innen

Der vorliegende Band weist eine nicht ganz typische Entstehungsgeschichte auf – weder für wissenschaftliche Publikationen noch für Veröffentlichungen zur Geschichte des Trotzismus. Die Historiographie der

trotzkistischen Bewegung war – von wenigen Ausnahmen abgesehen – zeitlebens geprägt von Autor*innen, die selbst politisch und biografisch mit der Bewegung verflochten waren. Dies ist nicht verwunderlich, sowohl angesichts des Hangs zur Selbsthistorisierung und zum »Einschreiben« in eine Tradition, die (nicht nur, aber vor allem) linken politischen Bewegungen eigen ist, als auch angesichts der bereits angerissenen Affinität des Trotzismus zur schriftlichen Reflexion und Analyse. Dass sich viele Protagonist*innen des internationalen Trotzismus als Historiker*innen (nicht nur) ihrer Bewegung betätigt haben, oder auch gleich den Weg in die akademische Geschichtsschreibung genommen haben, überrascht nicht und schmälert keineswegs den wissenschaftlichen Wert der dabei entstandenen Literatur. Diese biografische Verwurzelung trifft auch, in mehr oder weniger starkem Masse, auf die jüngere Generation der Trotzismus-Historiographie zu.

Die Beiträge dieses Bandes sind dagegen in einem Setting entstanden, das in der heutigen Zeit eher selten eine Auseinandersetzung mit der Geschichte der radikalen Linken befördert – nämlich im Rahmen einer universitären Lehrveranstaltung. Sie sind hervorgegangen aus dem Masterseminar »Archive des Aktivismus: Schweizer Trotzisten im Kalten Krieg«, durchgeführt im Herbstsemester 2016 am Historischen Seminar der Universität Zürich unter der Leitung von Monika Dommann und Gleb J. Albert. Die »Archive« im Veranstaltungstitel sind dabei keineswegs bloss metaphorisch zu verstehen. Anlass sowohl des Seminars als auch des 2016 angelaufenen, vom Ellen-Rifkin-Hill-Fonds des Schweizerischen Sozialarchivs geförderten Forschungsprojektes, im Rahmen dessen Lucas Federer seine Dissertation schreibt, waren die noch weitgehend unerschlossenen Archive des Schweizer Trotzismus und seiner Protagonist*innen. Dies betrifft sowohl die Privatarchive und Wissensbestände der Exponent*innen der Schweizer trotzkistischen Bewegung vor 1968 als auch die Nachlässe im Schweizerischen Sozialarchiv und im Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich (AfZ). Gerade die relevanten Bestände im AfZ sind noch gar nicht ins Blickfeld der Forschung geraten. Der umfangreiche Nachlass Heinrich Buchbinders etwa steht erst seit wenigen Jahren zur Verfügung, während sich der Nachlass des Trotzisten und Kühlschranksfabrikanten Hans Stierlin bei Beginn des Seminars noch in der Phase der archivarischen Erschliessung befand.

Den studentischen Autor*innen kam somit die Rolle von Entdecker*innen zu. In Kooperation mit dem AfZ erhielten sie die Gelegenheit, in frisch abgelieferte Archivbestände abzutauchen und so den »Geschmack des Archivs« zu kosten – mit all seinen Freuden, aber auch Tücken und falschen Fährten. Dabei stiessen sie auf Maibündel, dicht bestempelte Reisepässe, Schulaufsätze, Absorptionskühlschränke – aber auch auf polizeiliche Observationsberichte, Versammlungsprotokolle, Manifest-Typoskripte und Schulungstonbänder.

Vor allem entdeckten sie für sich – frei von der Bürde politischer Affinitäten und biografischer Verstrickungen – eine politische Bewegung, die (zumal in

der kleinen Schweiz) lange aus dem politischen Tagesgeschehen wie auch aus dem historischen Gedächtnis verschwunden war. Sie erkannten dabei nicht nur neue politische Zusammenhänge, sondern auch – und das ist eine der zentralen Erkenntnisse der versammelten Studien –, dass die offensichtliche Marginalität einer politischen Bewegung nicht gleichzusetzen ist mit historischer Bedeutungs- und Folgenlosigkeit des Tuns ihrer Mitglieder. Hier wird, wie von der neueren Arbeiter*innenbewegungsforschung betont, deutlich, dass eine politische Ideologie, die sich hinter ihr versammelnden Organisationen und die Praktiken ihrer Mitglieder nicht in eins zu setzen sind, sondern als drei unterschiedliche, sich möglicherweise widersprechende Elemente in den Fokus der historischen Analyse genommen werden müssen.²⁹

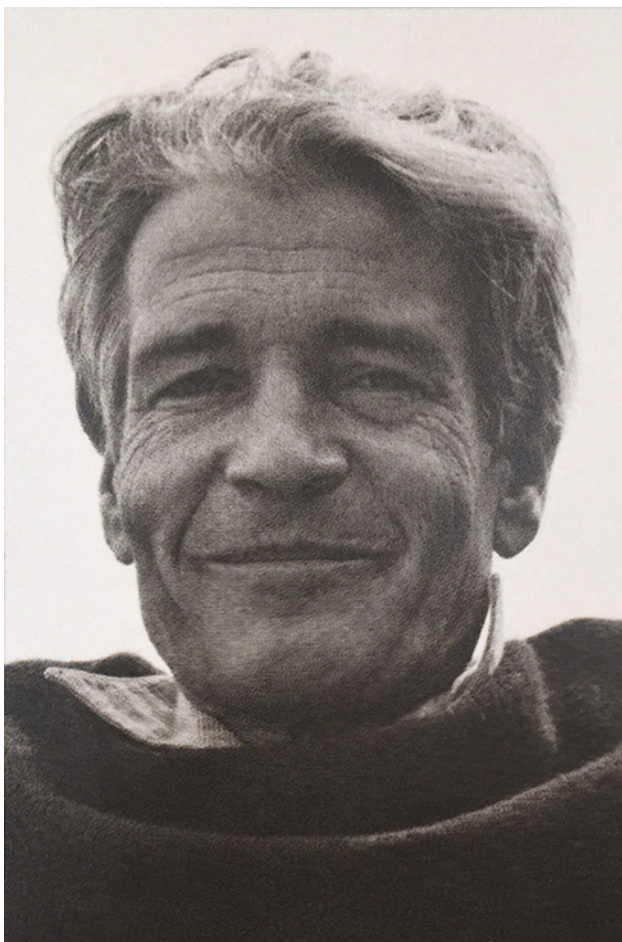


Abb. 7: Hans Stierlin, hier als 52-Jähriger auf einem Foto, das 1968 im Tessin aufgenommen wurde.

Der Trotzismus als Ideologie mag in der Schweizer politischen Ideenwelt kaum Spuren hinterlassen haben, die entsprechenden Organisationen – Grüppchen mit einigen Dutzend Mitgliedern – verhalten weitgehend spurlos in der hiesigen politischen Landschaft. Doch schaut man genau hin,

und bricht den Schweizer Trotzismus auf das Handeln von individuellen Akteur*innen herunter, erkennt man eine Lücke in der sozialen und politischen Geschichte der Schweiz, die, wenn man sie zu schliessen versucht, Anknüpfungspunkte für grössere Fragestellungen bietet. Die hier versammelten Aufsätze stellen damit implizit Beispiele für eine kultur- und praxistheoretisch erneuerte Gesellschaftsgeschichte dar.³⁰

Die durch das Handeln einzelner Akteur*innen bedingte Eigenwilligkeit im Verhältnis zwischen (Organisations-)Struktur und Individuum sowie das Zusammenspiel beider Faktoren in ihrer Auswirkung auf die Gesellschaft ziehen sich wie ein roter Faden durch die Beiträge. Bei *Nicolas Hermann* erfahren wir, wie Hans Stierlin als politisch engagierter Tüftler die Schweizer Konsumkultur nachhaltig veränderte und sich als überzeugter Trotzist und Fabrikbesitzer durch kapitalistische Verhältnisse und die Schweizer Kalte-Kriegs-Öffentlichkeit hindurchnavigieren musste. Während Stierlin seine öffentliche Rolle auf die des Patrons festlegte und seinem politischen Aktivismus nur verdeckt frönte, setzte sein Genosse Heinrich Buchbinder alles auf die aktivistische Karte und nahm entsprechende gesellschaftliche Stigmatisierungen in Kauf, bevor er spät Anerkennung als Experte fand. Was ihn trotz politischer Rückschläge immer wieder zum Weitermachen motivierte, zeichnet *Christian Gross* anhand verstreuter Spuren in Buchbinders Nachlass nach – und zeigt dabei nebenbei auf, wie Heinrich Buchbinder als politische Person weit über die vermeintliche Zeitschwelle »1968« hinaus wirkte. Selbiges gilt für den trotzkistischen Veritas-Verlag, dessen Geschichte *Remo Cadalbert* rekonstruiert – ein Verlag, gegründet von »alten« Trotzist*innen, doch in seiner Aktivität vollauf entfaltet in der neu formierten trotzkistischen Bewegung nach 1968.

Andere Kontinuitäten, ideologischer wie habitueller Art, konnten für die politischen Individuen zugleich auch ein Hindernis darstellen, wie *Antje Rihm* anhand der Frauengruppen innerhalb der RML aufzeigt: Die Aktivistinnen suchten aktiv nach Wegen, um Klassenanalyse und Feminismus unter einen Hut zu bringen, und scheiterten letztendlich auch an den aus der »alten« Arbeiterbewegung geerbten männlich dominierten innerparteilichen Strukturen. Auch eine der ersten Kampagnen der RML, diejenige gegen die xenophobe »Schwarzenbach-Initiative«, krankte, wie *Matthias Fässler* zeigt, an gewissen Altlasten – vor allem an einem Stellvertreter-Anspruch, der die Migrant*innen selbst nicht zu Wort kommen liess und sie nicht aktiv in den Kampf mit einbezog. Während die Kampagne der RML gegen Schwarzenbach etwas überspitzt als *too little, too late* charakterisiert werden könnte, waren die Trotzist*innen knapp anderthalb Jahrzehnte zuvor der Schweizer Politiklandschaft weit voraus – und zwar mit ihrem, dem Trotzismus eigenen, internationalen Horizont. *Srdjan Dragojevic* zeigt in seinem Beitrag zur *Accra Assembly* auf, wie mit Buchbinder ein international unbekannter Aktivist aus einem kleinen Land gleichsam hinter den Kulissen in die Weltpolitik eingreifen konnte, indem er im Namen des Anti-Atom-Aktivismus persönliche Kontakte zwischen West, Ost und den »Blockfreien«, zwischen globalem Norden und globalem Süden vermittelte.

Michiel van Gulpen und *Christian Futter* zeigen in ihren Beiträgen, wie die Schweizer Trotzlist*innen mit ihrer Algerien-Solidarität antikolonialen Aktivismus auf die tagespolitische Agenda hoben. Die beiden Autoren analysieren den politischen Algerien-Diskurs der trotzlistischen Organe und zeigen zugleich, welchen strukturellen Zwängen sich die Aktivist*innen in ihrer Algerien-Solidarität ausgesetzt sahen, wie zum Beispiel den wechselnden politischen Affinitäten der internationalen trotzlistischen Organisationen bezüglich der Fraktionen des algerischen Antikolonialismus.



Abb. 8: Das Arbeiten im Archiv ist eine kleinteilige, langwierige Arbeit. Es gilt, in der Fülle an Dokumenten die relevanten Informationen zu finden.

Die vielleicht wichtigste strukturelle Klammer, die nicht nur für die Algerien-Solidarität, sondern generell für linken politischen Aktivismus in der Schweiz prägend war, ist jedoch diejenige der politischen Überwachung. Um die zentralen Quellen dieser Überwachung, die Historiker*innen zu Verfügung stehen – die sogenannten »Fichen« – dreht sich der Beitrag von *Lucas Federer*. Er nimmt dabei nicht nur eine quellenkritische Einordnung dieser Dokumente vor, sondern zeigt auch den spezifischen Blick der politischen Polizei auf linken Aktivismus, seine Blindstellen sowie die konkreten Auswirkungen der »Fichierung« auf die Überwachten.

Die Entstehung des gesamten Bandes wäre ohne die intensive Mitarbeit und grosszügige Hilfe unzähliger Personen nicht möglich gewesen. Allen voran seien die wissenschaftlichen Hilfsassistent*innen Anna Baumann, Nicolas Hermann und Michiel van Gulpen erwähnt, ohne deren stundenlange Arbeit an den Texten die Publikation niemals rechtzeitig hätte fertiggestellt werden können. Karin Schraner hat das Projekt im Backoffice ideell und organisatorisch unterstützt.

Das Schweizerische Sozialarchiv unter der Leitung von Christian Koller sowie das Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich, geleitet durch Gregor Spuhler, haben uns sowohl bei der Recherche als auch bei der Digitalisierung von Quellen und Bildmaterial unterstützt. Ohne ihren Einsatz sowie die geduldige Betreuung und Beratung hätten viele der hier versammelten Aufsätze nie ihre jetzige Form annehmen können. Ebenfalls bedanken wir uns beim *Public Records and Archives Administration Department* (PRAAD) in Accra, Ghana, für die umfassende Recherche zur *Accra Assembly* und das wertvolle Quellen- und Bildmaterial zu dieser Konferenz. Ein kleiner Teil des uns so zur Verfügung gestellten Materials hat es in die Publikation geschafft.

Lucas Federer arbeitet seit 2016 am Historischen Seminar der Universität Zürich am Dissertationsprojekt »Internationalismus und Sachpolitik zwischen den Blöcken. Die trotzkistische Bewegung in der Schweiz, 1945–1969«, das vom Forschungsfonds Ellen Rifkin Hill des Schweizerischen Sozialarchivs finanziert wird. Er ist Mitglied des Doktoratsprogramms des Zentrums Geschichte des Wissens.

Gleb J. Albert ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Seminar der Universität Zürich und assoziiertes Mitglied am Zentrum Geschichte des Wissens. Er hat unter anderem zur Geschichte der Komintern gearbeitet und ist Mitherausgeber des International Newsletter of Communist Studies. Seine Monographie »Das Charisma der Weltrevolution: Revolutionärer Internationalismus in der frühen Sowjetgesellschaft, 1917–1927« (Köln: Böhlau 2017) ist 2017 erschienen.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Lucas Federer, *Der Nachlass von Hans Stierlin im Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich*, Zürich, 2018.

Abb. 2: Unbekannt, *Porträt von Leo Trotzki*, ca. 1935, Schweizerisches Sozialarchiv (SozArch), F Fc-0002-29.

Abb. 3: *Reisepass von Heinrich Buchbinder*, vermutlich 1959, Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich (AfZ), Nachlass Heinrich Buchbinder (NL Buchbinder), 1(V).

Abb. 4: *Agenda von Heinrich Buchbinder*, 1968, AfZ, NL Buchbinder, 15(V).

Abb. 5: Unbekannt, *1. Mai-Umzug, Zürich*, 1962, SozArch, F 5047-Fb-148.

Abb. 6: Revolutionäre Marxistische Liga, *Abziehbild für die Atomschutz-Initiative und Baustop*, 1979, SozArch, F 5006-Ox-011.

Abb. 7: Peter Stierlin, *Porträt Hans Stierlin, Ronco*, 1968.

Abb. 8: Lucas Federer, *Archivimpression*, 2018, Zürich, AfZ.

Literatur

- 1 Arlette Farge: *Der Geschmack des Archivs*, Göttingen: Wallstein (2011).
- 2 Für eine konzise und aktuelle ideengeschichtliche Einführung siehe Christoph Jünke: »Stichwort

- Trotzkismus«, in: ders.: *Streifzüge durch das rote 20. Jahrhundert*, Hamburg: LAIKA (2014), S. 281–286.
- 3 Siehe dazu u.a. Robert V. Daniels: *Das Gewissen der Revolution: Kommunistische Opposition in Sowjetrußland*, Köln: Kiepenheuer & Witsch (1962); Uwe Wolter (Hg.): *Die linke Opposition in der Sowjetunion*, Band 1, Berlin: Olle & Wolter (1976); Wadim S. Rogowin: *Trotzkismus*, Essen: Mehring (2010).
 - 4 Zur physischen Vernichtung des sowjetischen Trotzkismus unter Stalin siehe zuletzt Jean-Jacques Marie: »Der Widerstand der Trotzkisten im Gulag 1936 bis 1938. Der Hungerstreik und das Massaker in Vorkuta«, in: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung* (2007), S. 117–136.
 - 5 Zur Gründung der Komintern siehe Wladislaw Hedeler, Alexander Vatlin (Hg.): *Die Weltpartei aus Moskau: Der Gründungskongress der Kommunistischen Internationale 1919: Protokoll und neue Dokumente*, Berlin: Akademie (2008); Pierre Broué: *Histoire de l'Internationale communiste, 1919–1943*, Paris: Fayard (1997); zur Stalinisierung der Komintern siehe Bernhard H. Bayerlein: »Deutscher Kommunismus und transnationaler Stalinismus – Komintern, KPD und Sowjetunion 1929–1943«, in: Hermann Weber, Jakob Drabkin, Bernhard H. Bayerlein (Hg.): *Deutschland, Russland, Komintern*, Band 1, Berlin: De Gruyter (2014), S. 225–400, URL: <<https://www.degruyter.com/view/serial/248014>>.
 - 6 Vgl. Peter Berens: *Trotzkisten gegen Hitler*, Köln: ISP (2007); Wladek Flakin: »*Arbeiter und Soldat*«: *Martin Monath – ein Berliner Jude unter Wehrmachtssoldaten*, Stuttgart: Schmetterling (2018).
 - 7 Für Überblicke siehe Günter Bartsch: *Trotzkismus als eigentlicher Sowjetkommunismus?: Die IV. Internationale und ihre Konkurrenzverbände*, Berlin: J.H.W. Dietz (1977); Robert J. Alexander: *International Trotskyism 1929–1985: A Documented Analysis of the Movement*, Durham: Duke University Press (1991); Daniel Bensaïd: *Was ist Trotzkismus? Ein Essay*, Köln: Neuer ISP-Verlag (2004); Manuel Kellner: *Trotzkismus: Eine Einführung in seine Grundlagen – Fragen nach seiner Zukunft*, Stuttgart: Schmetterling (2013). Für Grossbritannien sowie für Deutschland siehe zuletzt: Celia Hughes: *Young Lives on the Left: Sixties Activism and the Liberation of the Self*, Manchester: Manchester University Press (2015); Peter Brandt: »Trotzkismus« in *Deutschland: Internationaler Kontext und historischer Abriss*, Hamburg: VSA (2018); Gregor Kritidis: *Linksozialistische Opposition in der Ära Adenauer: Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Hannover: Offizin (2008), S. 153–172.
 - 8 Vgl. Jean-Jacques Marie: *Le trotskysme et les trotskystes*, Paris: Armand Colin (2002), S. 53–59.
 - 9 Für die frühe Kritik am Stalinismus durch die linke Opposition in der Sowjetunion siehe zuletzt Christoph Jünke (Hg.): *Marxistische Stalinismuskritik im 20. Jahrhundert: Eine Anthologie*, Köln: ISP (2017).
 - 10 Peter Brandt: »Trotzkismus« in *Deutschland: Internationaler Kontext und historischer Abriss*, Hamburg: VSA (2018), S. 43.
 - 11 Zur Auseinandersetzung der IV. Internationale (und der Solidarität einiger ihrer führenden Köpfe) mit dem Tito-Jugoslawien siehe Manuel Kellner: *Trotzkismus: Eine Einführung in seine Grundlagen – Fragen nach seiner Zukunft*, Stuttgart: Schmetterling (2013), S. 90–96.
 - 12 »Moskau – einfach« lehnt sich an einen gängigen Schweizer Ausspruch beim Kauf einer Fahrkarte an. Ein »einfaches« Ticket ist nur für die Hinfahrt gültig. Der antikommunistische Slogan besagte so, die Angesprochenen mögen sich nach Moskau begeben und nie wieder zurückkehren.
 - 13 Für Deutschland siehe Gregor Kritidis: *Linksozialistische Opposition in der Ära Adenauer: Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Hannover: Offizin (2008); Christoph Jünke (Hg.): *Linksozialismus in Deutschland: Jenseits von Sozialdemokratie und Kommunismus?*, Hamburg: VSA (2010).
 - 14 Für einen konzisen Überblick siehe Peter Brandt: »Trotzkismus« in *Deutschland: Internationaler Kontext und historischer Abriss*, Hamburg: VSA (2018), S. 3–5.
 - 15 Vgl. ebd., S. 43.
 - 16 Vgl. Marcel van der Linden: *Western Marxism and the Soviet Union: A Survey of Critical Theories and Debates Since 1917*, Leiden: Brill (2007); Christoph Jünke (Hg.): *Marxistische Stalinismuskritik im 20. Jahrhundert: Eine Anthologie*, Köln: ISP (2017).
 - 17 Vgl. Manuel Kellner: *Trotzkismus: Eine Einführung in seine Grundlagen – Fragen nach seiner Zukunft*, Stuttgart: Schmetterling (2013), S. 90–96.
 - 18 Vgl. Peter Brandt: »Trotzkismus« in *Deutschland: Internationaler Kontext und historischer Abriss*, Hamburg: VSA (2018), S. 7.
 - 19 Für ein nach den Weltkongressen der IV. Internationale ausgerichtetes Schaubild der zahlreichen Spaltungen siehe Daniel Bensaïd: *Was ist Trotzkismus?: Ein Essay*, Köln: ISP (2004), S. 12.
 - 20 Vgl. Jean-Jacques Marie: *Le trotskysme et les trotskystes*, Paris: Armand Colin (2002), S. 11–15.
 - 21 Vgl. David Vogelsanger: *Trotzkismus in der Schweiz: Ein Beitrag zur Geschichte der Schweizer Arbeiterbewegung bis zum Zweiten Weltkrieg*, Zürich: Zentralstelle der Studentenschaft (1986), S. 114–117.
 - 22 Vgl. ebd., S. 114–117, S. 193–200.
 - 23 Jost von Steiger: Briefwechsel mit Marquis zur Doppelstruktur MAS/PA. MAS: Unterlagen aus dem Bundesarchiv bis Prozess, 1983, Schweizerisches Sozialarchiv (SozArch), Ar. 453.10.13.
 - 24 Vgl. André Rauber: *Formierter Widerstand: Geschichte der kommunistischen Bewegung in der Schweiz 1944–1991*, Zürich: edition 8 (2003), S. 94 und S. 133.
 - 25 Vgl. David Vogelsanger: *Trotzkismus in der Schweiz: Ein Beitrag zur Geschichte der Schweizer Arbeiterbewegung bis zum Zweiten Weltkrieg*, Zürich: Zentralstelle der Studentenschaft (1986), S. 214f.
 - 26 Vgl. Frank Nitzsche: *Aus dem Schatten in die Reichweite der Kameras: Die Entwicklung trotzkistischer*

Organisationen in Deutschland, Österreich und der Schweiz unter besonderer Berücksichtigung des Einflusses der neuen Sozialen Bewegungen von 1968 bis heute, Siegen: Hochschulschrift (2006), S. 121–124.

- 27 Vgl. David Vogelsanger: *Trotzkismus in der Schweiz: Ein Beitrag zur Geschichte der Schweizer Arbeiterbewegung bis zum Zweiten Weltkrieg*, Zürich: Zentralstelle der Studentenschaft (1986), S. 216.
- 28 Vgl. Frank Nitzsche: *Aus dem Schatten in die Reichweite der Kameras: Die Entwicklung trotzkistischer Organisationen in Deutschland, Österreich und der Schweiz unter besonderer Berücksichtigung des Einflusses der neuen Sozialen Bewegungen von 1968 bis heute*, Siegen: Hochschulschrift (2006), S. 128f.
- 29 Vgl. am Beispiel des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes: Frank Wolff: *Neue Welten in der Neuen Welt: Die transnationale Geschichte des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes 1897–1947*, Köln: Böhlau (2014).
- 30 Vgl. Thomas Welskopp: »Die Sozialgeschichte der Väter. Grenzen und Perspektiven der Historischen Sozialwissenschaft«, in: ders.: *Unternehmen Praxisgeschichte: Historische Perspektiven auf Kapitalismus, Arbeit und Klassengesellschaft*, Tübingen: Mohr Siebeck (2014), S. 27–54.

Kühlschrank-Unternehmer und antikapitalistischer Aktivist

Hans Stierlin, der Gründer und langjährige Geschäftsführer der grossen Kühlschrankfirma Sibir, war engagierter Trotzist. In seinem Nachlass sind aber fast keine Spuren davon zu finden.

Während des Zweiten Weltkriegs arbeitet der junge Hans Stierlin als Forschungsingenieur in einer Fabrik und leistet regelmässig monatelang Aktivdienst. Als ob er damit nicht genug beschäftigt wäre, gelingt ihm zu dieser Zeit eine Innovation, die den Alltag vieler Schweizer Haushalte verändern wird und sein künftiges Leben bestimmen soll: Er perfektioniert die sogenannte Absorptionstechnik. Mit ihr entwickelt er einen geräuschlosen Kühlschrank, der noch dazu energieeffizienter und günstiger produzierbar ist als die handelsüblichen Geräte. Bereits 1944 gründet Stierlin die Sibir Kühlapparate GmbH (kurz: Sibir) und bringt einen kleinen, unspektakulären, dafür aber sehr günstigen »Volkskühlschrank« auf den Markt – einen »Kühlschrank für jedermann«.¹

Der »eiskalte« Revolutionär

Der »Volkskühlschrank« wurde ab den 1950er Jahren zum Kassenschlager. Die Sibir produzierte ihr Produkt in Schlieren massenweise und wurde zur Schweizer Marktführerin. Damit trug sie einen grossen Teil dazu bei, dass der Kühlschrank auch in der Schweiz vom Luxusgut zum als lebensnotwendig erachteten Standard avancierte. Diese »eiskalte Revolution«² wirkte sich massgeblich auf das Schweizer Konsumverhalten aus. Die Sibir spielte dabei eine so wichtige Rolle, dass die Marke zu dieser Zeit gar zum Synonym für »Kühlschrank« wurde.³ Was aber damals nur den wenigsten Kühlschrankbesitzer*innen bekannt war: Hans Stierlin, der seit der Gründung über vierzig Jahre lang Sibir-Chef und damit zentraler Akteur dieser »eiskalten Revolution« war, schwebte politisch eine ganz andere Revolution vor. Stierlin war nämlich seit seiner Jugend überzeugter Trotzkiist. Besonders aktiv war er in den 1950er Jahren, als er zum Kern des Sozialistischen Arbeiterbundes (SAB) gehörte. Auch nachdem sich der SAB Ende der 1960er Jahre aufgelöst hatte, blieb Stierlin politisch interessiert und engagiert, wenn er auch keiner Organisation mehr angehörte.

Stierlin war also ein trotzkistischer Unternehmer. Er führte ein Unternehmen, das zu den schweizweit ersten gehörte, die auf Massenproduktion und Fließbandarbeit nach fordistischem Vorbild setzten,⁴ und generierte so jährlich Millionen von Franken – gleichzeitig vertrat er aber antikapitalistische Positionen. Er musste als Unternehmer den Regeln des kapitalistischen Marktes folgen und reproduzierte diese damit – doch eigentlich befürwortete er die Planwirtschaft. Obwohl diese Doppelrolle in ihren Grundsätzen widersprüchlicher kaum sein könnte, gab es auch Synergien: Auch trotzkistische Organisationen brauchten Geld, und da war ein Kühlschrankunternehmen eine willkommene Quelle. Ausserdem kann auch ein Betrieb wie die Sibir als politisches Handlungsfeld betrachtet werden, in welchem der Unternehmer Stierlin einen Spielraum hatte, gemäss seiner Weltanschauung zu handeln. Er konnte Einfluss auf seine Angestellten nehmen, eine spezifische Betriebskultur fördern und ein bestimmtes Image nach aussen tragen.



Abb. 1: Obwohl Hans Stierlin im Alter von 28 Jahren zum Unternehmer wurde, blieb er dem Trotzismus treu. Hier ist er als ungefähr Dreissigjähriger zu sehen.

Jeder Betrieb ist als mikropolitisch Handlungsfeld zu sehen und in der Sibir dürfte aufgrund der sehr eindeutigen und zur Unternehmerrolle kontrastierenden politischen Einstellung Stierlins die betriebliche Mikropolitik besonders aufschlussreich sein.⁵ Wollte Stierlin mit der Sibir die Arbeiterschaft agitieren? Wollte er aufzeigen, wie man es besser macht und so das kapitalistische Wirtschaftssystem von innen umkremeln?

Der sechzehnjährige Hans Stierlin hätte diese Fragen sicher bejaht: Nach einem Praktikum in einer jurassischen Fabrik formulierte er 1932 in einem Schulaufsatz den Traum, dereinst »[...] eine riesengrosse, für das Wohl der Arbeiter sorgende Fabrik [...]« gründen zu wollen.⁶ Sechs Jahre später trat er der trotzkistischen MAS (Marxistische Aktion Schweiz) bei und wiederum sechs Jahre später gründete er zusammen mit seinem Studienfreund Max Horlacher die Sibir. Natürlich sollte dieser jugendlichen Utopie nicht zu viel Gewicht beigemessen werden. Stierlin hat die Sibir nicht primär aus politischer Motivation gegründet, sondern war in erster Linie ein begabter Ingenieur, der von den technischen Möglichkeiten der Absorptionstechnik fasziniert war. Zudem identifizierte sich Stierlin je länger, desto stärker mit der Sibir. Im Stile eines Patrons setzte er ein Stück weit den

wirtschaftlichen Erfolg seines Unternehmens mit seinem eigenen gleich.⁷ Doch er blieb auch sein ganzes Leben ein politischer Mensch. Es kann deshalb davon ausgegangen werden, dass er seinen von kapitalistischen Sachzwängen begrenzten Gestaltungsspielraum, in welchem er sich als Unternehmer bewegte, auch dazu nutzte, seine politischen Ansichten in den Betrieb einzubringen. Die Sibir war also Lokomotive der »eiskalten Revolution« und politisches Handlungsfeld zugleich. Stierlin kann damit auch in der Rolle als Unternehmer als politischer Aktivist betrachtet werden. Wer aber mit der Absicht, den Unternehmer Stierlin auch als politischen Aktivist zu verstehen, an dessen Nachlass herantritt, wird zuerst einmal enttäuscht. Der Nachlass, der seit 2016 im Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich (AfZ) zugänglich ist, umfasst zwar über fünf Laufmeter,⁸ beinhaltet aber zum grössten Teil Firmendokumente. Ein viel kleinerer Teil enthält Dokumente über Stierlins Privatleben und ein nochmals kleinerer Teil solche, die mit seiner politischen Aktivität in Verbindung stehen.



Abb. 2: Sibir positionierte sich als Firma, die jedem Haushalt einen Kühlschrank ermöglichen wollte. Damit trug sie zu einer einschneidenden Veränderung des Konsumverhaltens in der Schweiz bei.

Quantitativ bewertet könnte man so zum Schluss kommen, dass Stierlins Rolle als politischer Aktivist derjenigen des Unternehmers klar untergeordnet war. Gleichwohl finden sich einige wenige Dokumente, die

auf sein politisches Engagement hinweisen. Kombiniert mit anderen Quellen, die darauf schliessen lassen, dass Stierlin ein trotzkistischer Aktivist war – Mitte der 1950er Jahre hatte er sogar mit dem eigenen Auto einen algerischen Aktivist über die Schweizer Grenze geschmuggelt,⁹ – legt dies die Vermutung nahe, dass sich sein politisches Engagement und dessen Bedeutung für ihn selbst nicht mit der Anzahl an Nachweisen im Nachlass decken.

Die Aussage von Stierlins Sohn stützt diesen Eindruck. Peter Stierlin betont heute, dass die wöchentlichen SAB-Treffen am Dienstagnachmittag für seinen Vater »heilig« gewesen seien.¹⁰ Stierlins Nachlass ist also lückenhaft und zeichnet ein verzerrtes Bild. Nachlässe entstehen grundsätzlich selten nach systematischen Regeln. Sie setzen sich aus Dokumenten zusammen, die von der betreffenden Person aus bestimmten oder unbestimmten Gründen aufbewahrt worden sind und die von den Nachfahr*innen wiederum aus ebenso bestimmten oder unbestimmten Gründen an ein Archiv weitergegeben werden. In noch entscheidenderem Masse als für andere Archivalien gilt es, Nachlässe kritisch zu hinterfragen, deren bisweilen schleierhaften Entstehungsbedingungen in die Analyse miteinzubeziehen,¹¹ sowie deren »stille Narrative«¹² freizulegen. Die anhand seines Nachlasses vorgenommene Analyse der Sibir als politisches Handlungsfeld des Trotzkisten Stierlin erfordert also drei Schritte: Zunächst braucht es eine Auslegeordnung der einschlägigen Dokumente aus dem Nachlass. In einem zweiten Schritt muss nach den Lücken gefragt werden. Erst diese beiden Schritte erlauben es schliesslich, Stierlins politischen Aktivismus anhand des Nachlasses zu charakterisieren.



Abb. 3: Stierlins Nachlass im Archiv für Zeitgeschichte umfasst über fünf Laufmeter an Akten. Das sind 33 Schachteln voller Schrift-, Ton- und Bilddokumente.

Spuren des Aktivismus

Hans Stierlin wurde am 23. Dezember 1916 in Zürich geboren. 1936 machte er die Matura und gleich darauf die Rekrutenschule bei den Fliegertruppen. Im gleichen Jahr begann er mit dem Studium zum Maschineningenieur an der ETH Zürich, das er 1940 abschloss.¹³ Im Gegensatz zur Zeit als Sibir-Chef dokumentiert der Nachlass seinen politischen Aktivismus während der Jugendjahre vergleichsweise gut.

Mit zwanzig Jahren begann Stierlin, sich in sozialistischen Vereinigungen zu engagieren. Spätestens ab 1938 war er Mitglied der trotzkistischen MAS. Im Nachlass finden sich einige Dokumente, welche Aufschluss über Stierlins Mitgliedschaft geben, darunter etwa ein Maibändel der MAS für den 1. Mai-Umzug von 1938.¹⁴ Zudem finden sich Sitzungsprotokolle, die ihm zur Kenntnisnahme zugesandt wurden, sowie handschriftliche Notizen, die Stierlin auf die Rückseite eines MAS-Flyers für eine Sitzung der Sozialistischen Studentengruppe (SSG) geschrieben hatte. Darin stellte er seine Genoss*innen von der SSG vor die Wahl: »Entweder ihr anerkennt den Trotzismus als Richtung innerhalb der Arbeiterbewegung und räumt seinen Vertretern dieselben Rechte ein wie Euch selbst, oder ihr tut das, was ihr im gegenteiligen Falle schon längst hättet tun sollen, ihr schliesst mich aus der SSG aus.«¹⁵



Abb. 4: Dieser rote Maibändel der MAS von 1938 ist eines der frühesten Dokumente, die auf Stierlins trotzkistisches Engagement hinweisen. Die Parole nimmt wohl Bezug darauf, dass an der 1. Maidemonstration von 1938 erstmals Schweizerfahnen getragen wurden.

Stierlin scheint sich also mit der MAS identifiziert und sich selbst als »Trotzkist« bezeichnet zu haben. So geriet er in die für Trotzist*innen innerhalb der Linken typische Aussenseiter*innenposition. Stierlin hatte 1939 gar im Sinn, Leo Trotzki in Mexiko zu besuchen, doch er musste die begonnene Reise wegen des drohenden Kriegsausbruchs frühzeitig abbrechen.¹⁶ Die Dokumente im Nachlass, welche die MAS betreffen, zeigen, dass Stierlin in seiner Jugend überzeugter Trotzist war. Innerhalb der MAS nahm er jedoch keine zentrale Funktion ein.

Zwischen dem Beginn der 1940er und den frühen 1950er Jahren findet sich in Stierlins Nachlass praktisch keine Spur von politischem Aktivismus. Dies ist auf den Krieg und auf das – auch mit Verfolgung und Verboten durch den Staat zusammenhängenden – Fehlen einer trotzkistischen Gruppierung zurückzuführen.¹⁷ Aber auch ab circa 1952, als Stierlin zum

Kern des neu gegründeten SAB gehörte, ist sein Engagement nur spärlich dokumentiert: Stierlin setzte sich für die vom SAB mitgetragenen kantonalen Mindestlohninitiativen ein, welche einen Mindeststundenlohn von zwei Franken forderten. Zudem sind in seinem Nachlass einige Exemplare des *Arbeiterwortes* zu finden – der von Heinrich Buchbinder herausgegebenen und von Stierlin finanzierten Zeitung des SAB/SAK.¹⁸ Dies sind aber die einzigen Dokumente im Nachlass, die auf seine Aktivitäten beim SAB hinweisen.

Abgesehen davon finden sich im Zeitraum zwischen den frühen 1950er und den späten 1970er Jahren zahlreiche Dokumente, die zwar nur implizit auf trotzkistischen Aktivismus hindeuten, aber dennoch von Stierlins grossem politischem Interesse zeugen. Darunter ist ein Briefwechsel von 1958, der auf einen Aufsatz über die Automation verweist, den Stierlin unter dem Pseudonym Karl Hammer für eine Schriftenreihe des VPOD verfasste.¹⁹ Darin spricht er sich für die Automation aus – allerdings einzig unter der Bedingung, dass sie in einer sozialistischen Gesellschaft stattfindet.²⁰ Auch dass Stierlin den oben bereits erwähnten Maibündel und andere Dokumente der MAS aufbewahrte, deutet darauf hin, dass er sich wohl auch später weiterhin mit dem Trotzismus identifiziert hat.

Doch was auffällt: Genau die beiden Dokumente, die am eindeutigsten auf Stierlins Engagement im SAB eingehen, wurden erst in den 1990er Jahren dem Nachlass hinzugefügt, das heisst, nachdem er sich 1985 aus der Geschäftsleitung der Sibir zurückzogen hatte. Es ist zum einen eine Rede des langjährigen Gewerkschaftsfunktionärs und SP-Nationalrats Sepp Stappung, die an Stierlins Beerdigung 1998 gehalten wurde. In der Rede erwähnte Stappung, dass Stierlin dem SAB nahestand und ihn finanzierte.²¹ Zum anderen ist es seine geschwärzte Fiche, in die Stierlin – wie viele andere nach dem »Fichenskandal« – Einsicht verlangte.²² Diese enthält Einträge über Stierlins Beziehung zu Buchbinder und seine Tätigkeit als SAB-Finanzierer. Die Fiche bestätigt aber nicht nur, dass Stierlin in »[...] engem Kontakt mit Heinrich Buchbinder [...]« gestanden und »[...] als Mitinhaber der SIBIR den SAB finanziert« hatte.²³ Vielmehr ist die Fiche auch der Schlüssel zu den Lücken in Stierlins Nachlass.

Die Lücken im Nachlass

Stierlins Nachlass muss nämlich vor dem Hintergrund des in der Nachkriegsschweiz verbreiteten Antikommunismus betrachtet werden, welcher sich gegen das gesamte sozialistische Spektrum wandte.²⁴ Druck von antikommunistischer Seite verspürte Stierlin aber nicht in erster Linie von Seiten des Staates – das Ausmass, das die Überwachung durch den Staat annahm, wurde erst mit dem Fichenskandal bekannt –, sondern von privater Seite.

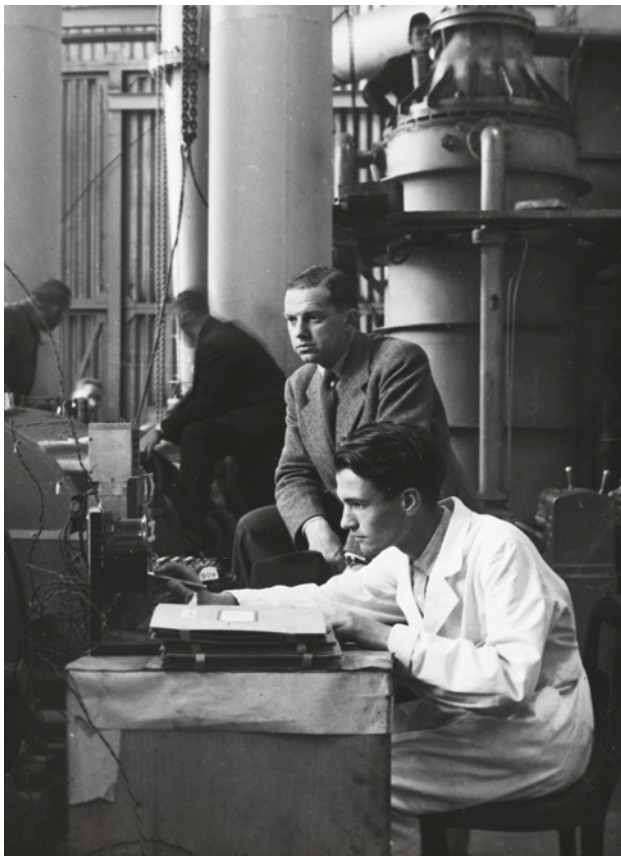


Abb. 5: Noch während Stierlin in seinen Mittzwanzigern als Forschungsingenieur bei den Escher Wyss Maschinenfabriken arbeitete, entwickelte er den »Volkskühlschrank« und war Mitglied der MAS. Dieses Bild ist vermutlich 1943 entstanden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg bildeten sich einige private Organisationen, welche aktiv Stimmung gegen Kommunist*innen machten, insbesondere gegen Mitglieder der PdA. Eine der einflussreichsten antikommunistischen Organisationen war das 1948 gegründete Nationale Informationszentrum (NIZ). Das NIZ erlangte erheblichen politischen Einfluss, war bestens vernetzt und erreichte mit seinem *Bulletin* mehrere zehntausend Leser*innen. Es operierte vorwiegend mit Schmähkampagnen, mit denen es wirksam linke Organisationen und einzelne Akteur*innen diskreditierte.²⁵

Hans Stierlin geriet 1954 ins Fadenkreuz des NIZ, weil Sibir-Inserate in einer linken Westschweizer Zeitschrift zu finden waren. Das NIZ drohte Stierlin damit, »[...] in unserer Zeitung ›Bulletin‹, die in grosser Auflage erscheint, darauf zu sprechen [zu] kommen [...]«, sollte er sich nicht klar dazu bekennen, dass es sich um ein Versehen handle, und es »[...] nicht in [seiner] Absicht liegt, die Feinde unserer Heimat, die ihren Untergang geschworen haben, zu unterstützen.«²⁶ Dem Drohbrief war ein Flugblatt beigelegt, in welchem die Auswirkungen einer potentiellen NIZ-Kampagne benannt wurden: »Jedermann weiss es: Ihr Geschäftskollege und Ihr

Konkurrent, Ihre Kundschaft und alle, die nicht Ihre Kunden werden wollen, weil Ihre »apolitische« Propaganda sie vor den Kopf schlägt; die Behörden wissen darum, und das Volk weiss es auch.«²⁷ Die Folge der angedrohten Schmähkampagne ist eindeutig: ein schädlicher Imageverlust.

Solche Droh-Kampagnen waren typisch für das NIZ. Sie zielten darauf ab, Geldflüsse zu linken Organisationen zu kappen. Im Hinblick auf die rufschädigende Auswirkung, die diese Bekanntmachung im gesellschaftlich antikommunistischen Klima gehabt hätte, erstaunt es nicht, dass Stierlin eingeschüchtert reagierte. Er bat das NIZ um die konkrete Auflistung der Inserate, um dann bekannt zu geben, dass er nichts von diesem Auftrag gewusst, und es sich um ein Missverständnis mit dem welschen Ableger der Sibir gehandelt hätte. Dass dies tatsächlich stimmt, kann zumindest bezweifelt werden.

Name: Stierlin		FOTO	richtig	Nr. C.8. 7593
Vorname: Hans August			alias	
Geburt: 23.12.1916		Sibir	Eltern:	
Beruf: Ing. Geschäftsführer Kühlapparate			Heimat: Schaffhausen	
Wohnort: Schlieren, Reimweg 15-16		CmbH	Zivilstand: verh. mit Sonya geb. Weber	
Bemerkungen: FW ZH 48007 (Kühlapparate GmbH)			Kpl. Flpl.Abt. 6 oder 7	
Akten	Datum	Gegenstand		
C.8.7593	30.1.57	v. ND ZH: Während des Kongresses der europäischen Trotzlisten am 24. 11.56, stand der FW der Firma wo I. tätig ist vor dem Hause [redacted]. In der fraglichen Zeit wurde dieses Personenauto durch St. benutzt, der vermutlich an der Tagung teilnahm. St. steht in engem Kontakt mit BUCHBINDER Hoch, dem bekannten Trotzlisten-Leader u. begleitete diesen auch schon nach Basel zu Zusammenkünften mit dortigen Gesinnungsgenossen.		
C.8.7593	6.10.58	v. [redacted] Notiz betr. St. Die Vermutung dass St. zum engeren Vertrauenskreis BUCHBINDER Heinrichs gehört ist richtig.		
C.8.7593	13.11.59	v.Stapo ZH: S. soll als Mitinhaber der Fa. "SIBIR" den SAB (Soz.Arbeiterbund" in Zürich finanzieren. Die Firma soll Beziehungen mit dem Osten unterhalten. Aus der Jahre 19541 geht hervor, dass S. damals mit einer Beherbergerin eines illegalen KP-Emigranten aus Did. und auch mit diesem selbst verkehrte. Gegen S. sollte ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden.		
—	20.2.78	[redacted] wird am 2.3.78 bei St. im Büro vorsprechen. St. erwähnt, seine Frau werde an der Besprechung teilnehmen. Sie sei Aestin und spreche perfekt Russisch.		

Abb. 6: Im Vergleich zu anderen Aktivist*innen war Stierlins Fiche mit gerade einmal sechzehn Einträgen sehr schlank. Auf der ersten seiner drei Karteikarten finden sich die drei einzigen Einträge zu Stierlins Tätigkeiten beim SAB.

Die Tatsache, dass Stierlin derart gefügig auf die Drohung des NIZ reagierte, ist der Schlüssel zum Verständnis der Prozesse rund um die Bildung seines Nachlasses. Als trotzkistischer Unternehmer war für ihn die Bedrohung durch Schmähkampagnen von solchen Organisationen wie dem NIZ omnipräsent.

Der Druck von antikommunistischer Seite wurde aber auch medial gestützt, beispielsweise von der NZZ (*Neue Zürcher Zeitung*). Diese legte in einem Artikel im August 1958 Stierlins Verbindung zum »politischen Sektenprediger« Heinrich Buchbinder offen: »Interessant ist, dass zum engeren Vertrautenkreis Buchbinders auch der Kommandär und

Geschäftsführer einer bekannten schweizerischen Kühlschranksfabrik in Schlieren gehört.«²⁸ Dieser für den übrigen Artikel irrelevante Einschub kann als Mahnfinger in Stierlins Richtung gedeutet werden.

Sowohl der NZZ-Artikel als auch der Briefwechsel mit dem NIZ finden sich im Nachlass Stierlins. Sie waren wohl nicht seine einzigen Begegnungen mit dem Antikommunismus. Dennoch gibt es keinen Hinweis darauf, dass Stierlin erheblichen Schaden genommen hätte – wohl deshalb, weil er nicht zu stolz war, beispielsweise dem NIZ entgegenzukommen, und er äusserst vorsichtig agiert zu haben scheint. Diese Vorsicht hatte sich laut seinem Sohn, Peter Stierlin, sogar auf die Namensgebung des Kühlschranks ausgewirkt: Hans Stierlins Frau Soja, die russische Wurzeln hatte, hatte ursprünglich »Sibirien« als Namen vorgeschlagen. Hans Stierlin aber befürchtete, dass mit diesem Namen Sozialismus assoziiert würde. Er hatte daher den Namen »Sibir« als Kompromiss vorgeschlagen.

Nicht nur bei der Namensgebung seiner Produkte liess Stierlin Vorsicht walten. Auch seine Fiche zeugt davon: Sie umfasst nur sechzehn Einträge, von welchen dreizehn von Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre stammen und hauptsächlich den Osthandel betreffen.²⁹ Lediglich drei Einträge betreffen seine Verbindung zum SAB. Unter Berücksichtigung des Umstandes, dass Trotzki*innen stark unter Beobachtung des Staatsschutzes standen, ist dies sehr wenig.

Der verbreitete und für Hans Stierlin gefährliche Antikommunismus hatte einerseits seine Möglichkeiten eingeschränkt, sich politisch zu äussern, und andererseits den Nachlass massgeblich mitgeprägt. Zwar sind die Fiche, der NZZ-Artikel und der Briefwechsel mit dem NIZ Indizien dafür, dass Stierlin auch als Unternehmer ein trotzkistischer Aktivist war. Vor allem jedoch geben sie Aufschluss darüber, warum sein politischer Aktivismus im Nachlass so wenig präsent ist. Denn die durchaus angebrachte Vorsicht im Umgang mit allem Politischen hat sicherlich auch dazu geführt, dass Stierlin betreffende Dokumente beseitigt hat.

Aufgrund dieser Lückenhaftigkeit unterscheidet sich der Nachlass Stierlins von anderen *Archiven des Aktivismus*, die häufig durch eine fein säuberliche Dokumentation des Aktivismus gekennzeichnet sind.³⁰ In solchen Nachlässen sind die Lücken in anderen Lebensbereichen zu suchen und es gilt das Gewicht des Aktivismus eher zu relativieren. Im Gegensatz dazu ist Stierlins Nachlass vom Mangel an Belegen des politischen Engagements geprägt. Dies lässt sich sowohl mit seiner zeitaufwändigen beruflichen Tätigkeit, als auch durch die lauernde Gefahr der antikommunistischen Imageschädigung erklären. Stierlins Nachlass muss durch eine Auslegeordnung der vorhandenen politischen Dokumente und durch eine kritische Auseinandersetzung mit den Lücken zu einem *Archiv des Aktivismus* gemacht werden. Dadurch können im Folgenden auch Firmendokumente der Sibir unter der Prämisse des unternehmerischen Aktivist*innen betrachtet werden.

Kein normaler Betrieb: Die Arbeitsbedingungen bei der Sibir

In den 1950er Jahren, als Stierlin sich am aktivsten in einer trotzkistischen Organisation engagierte, wäre ein trotzkistischer Unternehmer in der Öffentlichkeit ein Feindbild gewesen. Stierlin solidarisierte sich denn auch als Unternehmer mit Aktivist*innen, die das Schicksal gesellschaftlich Ausgeschlossener erlitt: So stellte er einen wegen Terrorismus verurteilten Aktivist ein und gab ihm damit die Chance, sich zu resozialisieren. Zudem beschäftigte Stierlin verschiedene Linke, die es sonst schwer gehabt hätten, eine vergleichbare Anstellung zu finden.³¹ Die Finanzierung des SAB und die Einstellung von linken, bisweilen gesellschaftlich geächteten Mitarbeitenden waren nicht die einzigen Faktoren, anhand welcher die Sibir mit Spuren von politischem Aktivismus in Verbindung zu bringen ist. Dokumente aus dem Nachlass zeigen, dass auch die Arbeitsbedingungen von Stierlins politischer Überzeugung beeinflusst waren.

Stierlin selbst bezeichnete die Arbeitsbedingungen bei der Sibir oft als aussergewöhnlich. »Seit Beginn unserer Firma, 1944, arbeiten wir 40 Stunden pro Woche«,³² schrieb er im Juli 1973 dem berühmten Zukunftsforscher Robert Jungk. Wer die Arbeitsverträge zwischen der Geschäftsleitung und der Belegschaft der Sibir anschaut, kommt jedoch zu einem anderen Schluss. Es ist zwar möglich, dass die 40-Stunden-Woche in der Sibir schon vorher inoffiziell gegolten hatte, arbeitsvertraglich verankert wurde sie aber erst 1971. Zuvor galt zwanzig Jahre lang die 43-Stunden-Woche. Mit Sicherheit kann dennoch festgehalten werden, dass die Arbeitszeiten bei der Sibir von Beginn an vergleichsweise tief waren. Dies zeigt ein Vergleich der Wochenarbeitszeit der Sibir mit derjenigen aus den jeweiligen Gesamtarbeitsverträgen. Die arbeitsvertraglich festgelegten Arbeitszeiten der Sibir sind durchgehend kürzer – zwischen 1948 und 1983 stets mindestens um eine Stunde, durchschnittlich aber sogar um über zweieinhalb Stunden.³³

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Löhnen. In einem früheren Schreiben an Robert Jungk, der 1962 im Rahmen der Serie *Europa – Richtung 2000* einen Fernsehbeitrag über die Sibir machte, hielt Stierlin fest: »In unserem Betrieb haben seit 1947 alle Arbeiter den gleichen Lohn: Facharbeiter – Angelernte – Hilfskräfte – Jedermann.«³⁴ Dieser Einheitslohn muss jedoch relativiert werden, da es sich nur um den Lohn für männliche Arbeiter handelte. Frauen hatten zwar ebenfalls einen Einheitslohn, aber einen bedeutend tieferen – zunächst 66 Prozent des Männerlohnes, und ab 1963 dann 85 Prozent. Stierlin rechtfertigte diese Ungleichheit 1973 damit, dass Frauen einen höheren Krankheitsausfall hätten, und dass komplette Lohngleichheit auf »[...] harten Widerstand der männlichen Belegschaft [...]« stossen würde.³⁵ Kaderpersonen oder Ingenieure waren ebenfalls nicht in den Einheitslohn eingebunden. Sie bekamen höhere Löhne als die Arbeiter*innen, was Stierlin damit begründete, dass er sonst zu hohe Einheitslöhne bezahlen müsste oder keine fähigen Ingenieure bekommen

würde. Doch Arbeiter*innen und Hilfsarbeiter*innen – egal wie gut ausgebildet – erhielten alle den gleichen Lohn. Und dieser war im Vergleich zur Konkurrenz deutlich höher.³⁶

Diese im direkten Vergleich deutlich besseren Arbeitsbedingungen lassen sich gut in Zusammenhang mit radikalen linken Forderungen stellen. So entsprechen die Konzepte des Einheitslohnes und der 40-Stunden-Woche, zu welcher die Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) ab 1971 eine Volksinitiative lancierten, zentralen Forderungen der Arbeiter*innenbewegung und auch der Trotzki*innen dieser Zeit.³⁷ Diese Anliegen versuchte Stierlin betriebsintern umzusetzen.

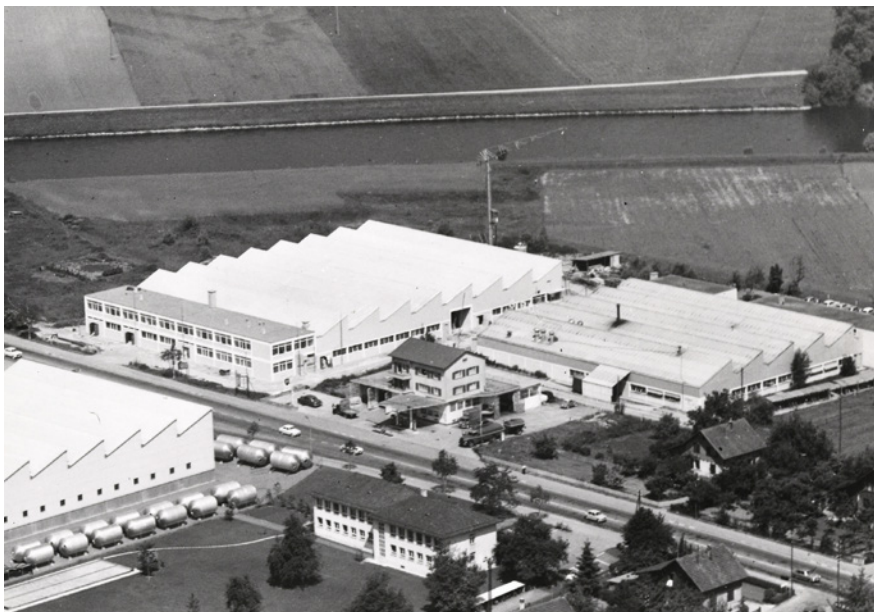


Abb. 7: Nicht nur eine gigantische Produktionsstätte, sondern auch politisches Handlungsfeld: Luftaufnahme des Sibir-Areals in Schlieren aus den 1970er Jahren.

So evident die politische Einstellung hinter den Arbeitsbedingungen scheint, so klar ist, dass auch wirtschaftliche Gründe wichtig waren. Stierlin erklärte mehrfach, dass der Einheitslohn nicht nur »heilsarmeemässig« begründet sei,³⁸ sondern auch wirtschaftliche Vorteile bringe: »Der Einheitslohn ermöglicht uns nämlich gewaltige Einsparungen auf anderen Sektoren. Wir brauchen keine Akkordanten, keine Stück-Kontrollen, keine Aufsicht. Unsere Lohnbuchhaltung wird von einer einzigen Angestellten in zwei Tagen pro Monat erledigt.«³⁹ Die guten Arbeitsbedingungen bei der Sibir dürfen also sicherlich nicht einzig als Resultat von Stierlins politischer Einstellung betrachtet werden. Genauso wenig darf aber der politische Aspekt nur als Nebenprodukt der Wirtschaftlichkeit bemessen werden. Dass Stierlin seinen Betrieb bewusst als politisches Handlungsfeld nutzte, zeigt sich augenscheinlich in einem Reglement zur Betriebsdemokratisierung, das Stierlin 1974 eingeführt hatte.

Stierlin schloss damit an die Diskussion über die Demokratisierung der Betriebe in den 1970er Jahren an. Eine Betriebsdemokratisierung befand er aufgrund des »Verhalten[s] insbesondere multinationaler Konzerne« für zwingend.⁴⁰ Aus diesem Grund führte er 1974 ein nach demokratischen Prinzipien organisiertes »Reglement über die demokratische Bestimmung von Investitionen im Allgemeininteresse der Betriebsangehörigen und des Betriebs«, durch welches es den Arbeiter*innen möglich wurde, »[...] über die Investition eines Teiles des jeweiligen Jahresgewinnes, sowie eventueller weiterer Geldmittel nicht nur *mitbestimmen* [sic], sondern tatsächlich *bestimmen* [sic] [...]« zu können. Die Belegschaft konnte also jährlich darüber abstimmen, wie ein von der Geschäftsleitung bestimmter Anteil des Gewinnes investiert werden sollte. Die einzige Bedingung war, dass die Investition der »Verbesserung und Verschönerung des Arbeitsklimas« diene. Als mögliche Beispiele benennt das Reglement etwa »neue, freundliche Farbanstriche« oder die »Schaffung einer Boccia-Bahn«.⁴¹

Gerade dieses Beispiel zeigt aber, wie schwierig es für Stierlin war, die weitreichenden linken Forderungen, die er eigentlich mittrug, tatsächlich umzusetzen. Denn das Reglement war weit davon entfernt, die Belegschaft in Entscheide miteinzubeziehen, welche die Unternehmensführung betrafen. Das Reglement war zudem nicht bindend. Als die Belegschaft einmal beschloss, den jährlichen Betrag in eine Autowerkstatt zu investieren, legte Stierlin sein Veto ein, mit der Begründung, dass davon die Arbeiter*innen ohne Auto keinen Mehrwert hätten.⁴²

Für die Bewertung dieses nicht wirklich weit reichenden Reglements ist denn auch in erster Linie interessant, dass Stierlin es mit einer politischen Strategie legitimierte. Ihm war durchaus bewusst, dass er damit keineswegs etwas Revolutionäres schuf. Vielmehr betrachtete er das Reglement als »[...] versuchsweisen Vorläufer einer mit der Zeit schrittweise einzuführenden Demokratisierung«. Dabei betonte er, dass es entscheidend sei, dass »[...] die Lebensfähigkeit des Unternehmens im Rahmen der jeweiligen äusseren Umstände stets in Betracht gezogen wird, denn nichts ist schlechter, als schöne Experimente zu machen, die schliesslich zum Untergang führen und damit als Beweis dafür dienen, dass solche Wege erfolgreich nicht bestreitbar sind«.⁴³ Stierlins Aussagen zum Reglement machen somit deutlich, dass er den Sibir-Betrieb als politisches Experimentier- und Handlungsfeld erachtete.

Auch in den oben aufgeführten Arbeitsbedingungen zeigen sich ähnlich deutliche Limitationen. Das Ideal der absoluten Gleichheit etwa konnte Stierlin nicht umsetzen, weil er sich zu stark gewissen Sachzwängen unterworfen sah: Da waren beispielsweise die Arbeitsmarktsituation, die es nicht erlaubte, den Einheitslohn so hoch zu gestalten, dass dieser auch für Ingenieure reizvoll gewesen wäre oder die Lohndiskriminierung von Frauen, die auf dem Arbeitsmarkt üblich war, in der männlichen Arbeiterschaft gutgeheissen wurde und welche Stierlin nicht gänzlich wettmachen konnte. Oder aber er wollte die geschlechtsspezifische Lohndiskriminierung nicht

wettmachen: Sein andernorts eingelegtes Veto spricht nämlich dafür, dass er theoretisch die mehrheitlich männliche Belegschaft auch bei den Frauenlöhnen hätte überstimmen können. Dies tat er aber nicht. Die Tatsache der Lohnungleichheit muss daher – obwohl die Frauen in der Sibir im Vergleich zur Konkurrenz anteilmässig immer noch sehr gut verdienten – als relativierendes Indiz dafür gewertet werden, dass er seinen durch die kapitalistische Marktrealität begrenzten Gestaltungsspielraum nicht ausschliesslich zugunsten seiner politischen Überzeugung nutzte. Vielmehr muss Stierlin auch als Pragmatiker und Patron gesehen werden. Dennoch zeigen die Beispiele des Reglements und der Arbeitsbedingungen, dass er durchaus eine politische Strategie verfolgte: Er wollte ein Exempel statuieren, dass solche arbeiter*innenfreundliche Bedingungen funktionieren können. Hinsichtlich der Geschichte der Sibir darf dies nicht vernachlässigt werden.



Abb. 8: Stierlin nannte sich selbst scherzhaft oft »Diktator« und deutete damit mit Selbstironie darauf hin, dass er auch Züge eines Patrons hatte. Hier ist er auf einer Fabrikbesichtigung in den 1960er Jahren zu sehen.

Die Sibir als politisches Handlungsfeld

Die vergleichsweise sehr guten Arbeitsbedingungen der Sibir-Arbeiter*innen lassen sich nicht direkt in Verbindung mit der trotzkistischen Theorie bringen. Dennoch war es für Trotzki*innen zu dieser Zeit typisch, dass sie einzelne Forderungen der Arbeiter*innenbewegung mittrugen. Es ist zudem anzunehmen, dass Stierlin kein Dogmatiker war und als Unternehmer auch gar nicht sein konnte.⁴⁴ Doch waren die Arbeitsbedingungen bei der Sibir teilweise so markant anders, dass

dahinter eine politische Strategie vermutet werden kann. Die Arbeitsbedingungen waren nämlich nicht nur im Vergleich mit der Konkurrenz arbeiter*innenfreundlicher, sondern gingen teilweise sogar über die Forderungen der schweizerischen Arbeiter*innenbewegung hinaus. Als etwa der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) 1954 eine Initiative zur Begrenzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden lancierte, galt bei der Sibir bereits seit drei Jahren die 43-Stunden-Woche. Und als 1973 die Initiative zur 40-Stunden-Woche eingereicht wurde, war diese bereits seit zwei Jahren in den Arbeitsverträgen der Sibir verankert. Das Wissen um Stierlins Engagement in trotzkistischen Organisationen lässt den Schluss zu, dass diese Aussergewöhnlichkeit auch als politischer Akt zu verstehen ist.

Die Sibir sollte exemplarisch aufzeigen, dass solche von der Linken geforderten Arbeitsbedingungen tatsächlich funktionieren. Damit könnte man auch erklären, warum Stierlin seine Arbeitsbedingungen bei der Sibir oft ökonomisch-rational begründete – die Argumentation sollte die Öffentlichkeit überzeugen. Parallel zur öffentlich wirksamen Argumentation – und das lässt sich durch den Nachlass nur schwer belegen – war es für Stierlin so möglich, indirekt auf breite Teile der Arbeiter*innenbewegung Einfluss zu nehmen: Arbeiter*innen, die nicht in seinem Betrieb angestellt waren, blieb es sicherlich nicht unbekannt, dass die Arbeitsbedingungen bei der Sibir gut waren, und dass die Sibir trotzdem florierte. Seine eigenen Arbeiter*innen dürften ihren Kolleg*innen aus anderen Betrieben von den guten Arbeitsbedingungen bei der Sibir berichtet haben. Vielleicht erwirkten sie damit, dass einzelne Arbeiter*innen Forderungen vehementer stellten und sich politisch engagierten. Zudem hat Stierlin selbst aktiv dazu beigetragen, die guten Arbeitsbedingungen bei der Sibir bekanntzumachen: In Stelleninseraten wurde die Lohnhöhe teilweise erwähnt, was die Konkurrenz nicht guthiess.⁴⁵

Stierlin konnte dadurch Druck sowohl auf andere Unternehmen, als auch auf politische Institutionen, wie beispielsweise Gewerkschaften, ausüben. Die Sibir funktionierte, indem die Arbeitsbedingungen in bestimmten Punkten deutlich progressiver waren als die Forderungen der Gewerkschaften, indirekt als Vektor, der die Arbeiter*innenbewegung in der Summe in eine linkere Richtung zog. Dies bildet den Hintergrund für Stierlins Weigerung, dem Gesamtarbeitsvertrag beizutreten. »Ich brauche keine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, ich bin selbst ein Linker«,⁴⁶ soll er 1978 einem Unia-Funktionär gesagt haben. Er wollte verhindern, dass sich die Gewerkschaften mit den besseren Anstellungsbedingungen bei der Sibir brüsten konnten.⁴⁷ Dies dürfte für Diskussionen im Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverband (SMUV) gesorgt haben. Indem Stierlin den SMUV also sozusagen rechter Hand liegen liess, zog er ihn ein wenig nach links.

Die Sibir war so nicht nur ein politisches Handlungsfeld für Stierlin, sondern sie mutierte selbst zum Akteur in der politisch-organisatorischen Sphäre. Im Kontext seines Wirkungskreises war Stierlin politischer Aktivist. Wie effektiv seine spezielle Form von Aktivismus war, ist schwer zu belegen, doch es ist

sicher angemessen, der Sibir und Hans Stierlin in der Geschichte des Schweizer Trotzismus wie auch der Schweizer Linken insgesamt einen Platz einzuräumen – und zwar nicht allein wegen der Parteifinanzierung.

Der »andere« Aktivist

Stierlin brachte im Rahmen seines von Sachzwängen limitierten Gestaltungsspielraums seine politische Einstellung in die Sibir ein. Zudem scheint er damit Ziele verfolgt zu haben, die über das Wohl seiner eigenen Arbeiterschaft hinausgingen. Sein Aktivismus unterschied sich aber zwangsläufig stark von demjenigen seiner trotzkistischen Genoss*innen: Während diese massenweise Theorietexte und Positionspapiere verfassten, in Fabriken Arbeiter*innen agitierten sowie Gewerkschaften und Parteien zu »unterwandern« versuchten, waren ihm diesbezüglich aus Kapazitätsgründen und wegen des gesellschaftlich verbreiteten Antikommunismus die Hände gebunden. Anstelle des agitatorischen Aktivismus wollte er deshalb als Unternehmer eine Vorbildfunktion einnehmen und von der »anderen« Seite aus Einfluss auf die Arbeiter*innen und Gewerkschaften nehmen – wenn auch weniger direkt und in weniger radikaler Form. Diese Art von Aktivismus spiegelt sich auch in Stierlins Nachlass: Während die Nachlässe anderer Trotzkist*innen viele politische Dokumente enthalten, schlägt sich sein Aktivismus weniger in schriftlichen Dokumenten nieder. Der Nachlass muss so zuerst zu einem *Archiv des Aktivismus* gemacht werden.



Abb. 9: Die Geschichte der Sibir ist nicht nur für die Geschichte des Trotzismus interessant. So war die Sibir eine der ersten Schweizer Firmen, die auf Massenproduktion und Fließbandarbeit setzten.

Indem für die Analyse ausschliesslich einschlägige Dokumente aus dem Nachlass herangezogen wurden und indem durch die kritische Auseinandersetzung mit den Lücken plausibel argumentiert werden konnte, dass Stierlin wirklich Aktivist gewesen ist, konnten Dokumente, welche nicht signifikant durch Aktivismus gekennzeichnet sind, unter dieser Prämisse ebenfalls in die Analyse miteinbezogen werden. Die Frage nach Stierlins Aktivismus ist bloss eine von vielen, mit der man an seinen Nachlass herantreten kann. Genauso gut möglich wäre es, den Nachlass etwa als »Archiv eines Patrons« oder als »Archiv eines begabten Ingenieurs« zu konsultieren. Für das Schreiben der Unternehmensgeschichte der Sibir müsste dies denn auch zwingend getan werden.

Trotzdem ist Stierlins Aktivismus auch aus unternehmenshistorischer Perspektive ein zentrales Element. Ohne das Wissen um die politische Dimension könnte die Sibir nämlich als Prototyp eines Schweizer Unternehmens zwischen den 1940er und 1980er Jahren betrachtet werden, dessen Erfolg und Misserfolg mit der Konjunktur der Weltwirtschaft zusammenhängt: Der Aufstieg des Betriebs in den 1950er Jahren, der durch die zunehmende Partizipation grosser Gesellschaftsteile am Konsum begünstigt wurde, der Grosse Erfolg während des Wirtschaftsbooms in den 1960er und frühen 1970er Jahren und der Beginn des Niedergangs Mitte der 1970er Jahre, ab dem Einsetzen der Ölpreiskrise. Doch mit der Nichtbeachtung der politischen Ausrichtung Stierlins ginge ein wichtiger Teil der Firmengeschichte der Sibir verloren. Das Unternehmen war nämlich ein wichtiger Akteur für bestimmte Teile der Linken und der Arbeiter*innenbewegung. Die Sibir war – wie jeder Betrieb – nicht nur ein Weltmarktakteur, sondern auch politisches und soziales Handlungsfeld, in welchem die politische Weltanschauung des Geschäftsführers Hans Stierlin durchaus eine Rolle spielte.

Nicolas Hermann studiert Geschichte und Religionswissenschaft im Master an der Universität Zürich.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Unbekannt, *Porträt Hans Stierlin*, ca. 1950, Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich (AfZ), Nachlass Hans Stierlin (NL Stierlin), 213.

Abb. 2: *Dia mit Sibir-Werbung*, ca. 1950, AfZ, NL Stierlin, 266.

Abb. 3: Lucas Federer, *Der Nachlass im Archiv für Zeitgeschichte*, Zürich, 2018.

Abb. 4: Lucas Federer, *Maibündel der Trotzlisten um Walter Nelz*, 1938, AfZ, NL Stierlin, 190.

Abb. 5: Unbekannt, *Hans Stierlin als junger Ingenieur*, ca. 1940–1943, AfZ, NL Stierlin, 213.

Abb. 6: *Erste Seite der Fiche von Hans Stierlin*, AfZ, NL Stierlin 9 (Ausschnitt).

Abb. 7: Unbekannt, *Luftaufnahme Sibir-Areal in Schlieren*, ca. 1970er Jahre, AfZ, NL Stierlin, 235.

Abb. 8: Unbekannt, *Stierlin auf Besichtigung der Sibir-Fabrik*, ca. 1960er Jahre, AfZ, NL Stierlin, 213.

Abb. 9: Unbekannt, *Innenansicht Fabrikhalle*, ca. 1950er Jahre, AfZ, NL Stierlin, 238.

Literatur

- 1 »Kühlschrank für Jedermann«, Werbung Sibir, ca. 1950, Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich (AfZ), Nachlass Hans Stierlin (NL Stierlin), 266.
- 2 Beatrice Schumacher: »Coolness @home«, in: Thomas Buomberger, Peter Pfrunder (Hg.): *Schöner leben, mehr haben: Die 50er Jahre*, Zürich: Limmat-Verlag (2012), S. 69–104, hier S. 70–72.
- 3 Vgl. Res Strehle, Gertrud Vogler: »Die Aufhebung der Widersprüche zwischen Marx und Ford in der Person des Genossen Stierlin«, in: Monique Laederach, Lisa Schäublin, Niklaus Meienberg (Hg.): *Fabrikbesichtigungen*, Zürich: Limmat-Verlag (1986), S. 131–148, hier S. 137.
- 4 Vgl. ebd., S. 139–141.
- 5 Vgl. Thomas Welskopp: *Unternehmen Praxisgeschichte: Historische Perspektiven auf Kapitalismus, Arbeit und Klassengesellschaft*, Tübingen: Mohr Siebeck (2014), S. 266–272.
- 6 Vgl. Helmut Stalder: »Hans Stierlin: Fidel Castro der Kühlschränke«, in: ders. (Hg.): *Verkannte Visionäre. 24 Schweizer Lebensgeschichten*, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung (2011), S. 127–134, hier S. 129.
- 7 Vgl. ebd., S. 131–133.
- 8 AfZ, NL Stierlin.
- 9 Vgl. Walter Kern, *Begegnung mit dem Teufel*, Zürich: unveröffentlicht (2008), S. 86.
- 10 Gespräch mit Peter Stierlin vom 25.06.2018.
- 11 Vgl. Wilhelm Füssli: »Übrig bleibt was übrig bleiben soll: Zur Konstruktion von Biografien durch Nachlässe«, in: *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 37 (2014), S. 240–262, hier S. 241f.
- 12 Vgl. Eric Ketelaar: »Tacit Narratives: The Meaning of Archives«, in: *Archival Sciences* 1 (2001), S. 131–141.
- 13 Vgl. Peter Müller-Griehhaber: »Hans Stierlin«, in: *Historisches Lexikon der Schweiz*, <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D31682.php> (2013).
- 14 »Nur die rote Fahne«, Maibändel, 1938, AfZ, NL Stierlin, 190.
- 15 »Eine Mitteilung an die Genossen«, Notizen auf der Rückseite eines MAS-Flyers, undatiert, AfZ, NL Stierlin, 20.
- 16 Hans Stierlin, Brief an die Eltern, 1939, AfZ, NL Stierlin, 7.
- 17 Vgl. Robert J. Alexander: »Trotskyism in Switzerland«, in: ders. (Hg.): *International Trotskyism, 1929–1985: a Documented Analysis of the Movement*, Durham/London: Duke University Press (1991), S. 726–732, hier S. 728f.
- 18 Vgl. Politische Flugblätter, undatiert, AfZ, NL Stierlin, 210.
- 19 Vgl. Korrespondenz mit Walter Gyssling, 1958, AfZ, NL Stierlin, 88.
- 20 Vgl. Karl Hammer (Hans Stierlin): »Automation, die jüngste Stufe der technischen Entwicklung«, in: Schriften des VPOD, *Automation und Gewerkschaften*, Zürich (1958), S. 7–44.
- 21 Vgl. »Abschied von Dr. h. c. Hans Stierlin«, Rede von Sepp Stappung anlässlich der Beisetzung von Hans Stierlin, 1998, AfZ, NL Stierlin, 10.
- 22 Vgl. Lucas Federer: »Aktiv fichiert«, in diesem Band.
- 23 Fiche von Hans Stierlin, AfZ, NL Stierlin, 9.
- 24 Vgl. Jakob Tanner: *Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert*, München: Beck (2015), S. 310.
- 25 Vgl. Jürg Frischknecht, Peter Haffner, Ueli Haldimann u.a.: *Die unheimlichen Patrioten: Politische Reaktion in der Schweiz: Ein politisches Handbuch*, Zürich: Limmat-Verlag (1979), S. 113–134.
- 26 Brief des NIZ an Hans Stierlin, 29.04.1954, AfZ, NL Stierlin, 88.
- 27 »Die Spatzen brauchen es nicht mehr länger von den Dächern zu pfeifen«, Begleitbrief des NIZ, 1954, AfZ, NL Stierlin, 88.
- 28 »Bezeichnende Zusammenarbeit«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 05.08.1958, AfZ, NL Stierlin, 88.
- 29 Fiche von Hans Stierlin, AfZ, NL Stierlin, 9.
- 30 Vgl. Christian Gross: »Trotz alledem! Motivationen eines Aktivisten«, in diesem Band.
- 31 Vgl. Res Strehle, Gertrud Vogler: »Die Aufhebung der Widersprüche zwischen Marx und Ford in der Person des Genossen Stierlin«, in: Monique Laederach, Lisa Schäublin, Niklaus Meienberg (Hg.): *Fabrikbesichtigungen*, Zürich: Limmat-Verlag (1986), S. 131–148, hier S. 142f.
- 32 Hans Stierlin, Brief an Robert Jungk, 05.07.1973, AfZ, NL Stierlin, 88.
- 33 Arbeitsverträge der Sibir, 1948–1983, AfZ, NL Stierlin/137; Gesamtarbeitsverträge Maschinen-, Metall- und Uhren-Industrie, 1944–1982, Schweizerisches Sozialarchiv (SozArch), KS 331/35 und QS 71.2*06.
- 34 Hans Stierlin, Brief an Robert Jungk, 03.10.1962, AfZ, NL Stierlin, 88.
- 35 Hans Stierlin, Brief an Robert Jungk, 05.07.1973, AfZ, NL Stierlin, 88.
- 36 Vgl. Eidgenössisches Statistisches Amt/Bundesamt für Statistik: *Statistische Jahrbücher*, Basel: Birkhäuser Verlag, 1951 (S. 358), 1972 (S. 383), 1974 (S. 381) und 1982 (S. 381) sowie Arbeitsverträge der Sibir, 1948–1983, AfZ, NL Stierlin, 137 und Vortrag von Hans Stierlin, 1950, AfZ, NL Stierlin, 99.
- 37 Revolutionäre Marxistische Liga: *Stop der Arbeitslosigkeit!: 40-Std.-Woche sofort und ohne Lohnneinbusse!*, Zürich: Veritas-Verlag (1976).
- 38 Referat von Hans Stierlin, 1950, AfZ, NL Stierlin, 99.
- 39 Herman Stierlin, Brief an Robert Jungk, 03.10.1962, AfZ, NL Stierlin, 88.
- 40 »Reglement über demokratische Bestimmung von Investitionen«, Einführungsreglement, 1974, AfZ, NL Stierlin, 41.
- 41 Ebd.

- 42 Vgl. Helmut Stalder: »Hans Stierlin: Fidel Castro der Kühlschränke«, in: ders. (Hg.): *Verkannte Visionäre. 24 Schweizer Lebensgeschichten*, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung (2011), S. 127–134, hier S. 131.
- 43 »Reglement über demokratische Bestimmung von Investitionen«, Einführungsreglement, 1974, AfZ, NL Stierlin, 41.
- 44 Vgl. Res Strehle, Gertrud Vogler: »Die Aufhebung der Widersprüche zwischen Marx und Ford in der Person des Genossen Stierlin«, in: Monique Laederach, Lisa Schäublin, Niklaus Meienberg (Hg.): *Fabrikbesichtigungen*, Zürich: Limmat-Verlag (1986), S. 131–148, hier S. 141f.
- 45 Vgl. Protokolle der Sitzungen zwischen Geschäftsleitung und Arbeiterkommission, 1963–1968, AfZ, NL Stierlin, 150.
- 46 Vgl. Helmut Stalder: »Hans Stierlin: Fidel Castro der Kühlschränke«, in: ders. (Hg.): *Verkannte Visionäre. 24 Schweizer Lebensgeschichten*, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung (2011), S. 127–134, hier S. 132.
- 47 Sepp Stappung, Beerdigungsrede für Hans Stierlin, AfZ, NL Stierlin, 10.

Aktiv fichiert

Wer in der Schweiz mit *Archiven des Aktivismus* arbeitet, stösst unweigerlich auf Staatsschutzakten, die sogenannten »Fichen«. Die staatliche Überwachung hat einen immensen Bestand an Dokumenten produziert. Sie sind für die Erforschung sozialer und politischer Bewegungen zentral. Allerdings müssen ihre Entstehungsbedingungen reflektiert werden.

Im Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich (AfZ) liegt der Nachlass des 1999 verstorbenen Heinrich Buchbinder. Buchbinder verkehrte ab den frühen 1950er Jahren in linkssozialistischen Kreisen und war ab 1958 eine der zentralen Figuren des Protests gegen die atomare Aufrüstung in der Schweiz. Zugleich war er während Jahrzehnten prägendes und leitendes Mitglied Schweizer trotzkistischer Organisationen und gehörte zu den führenden Kreisen der IV. Internationale. Um 1968 zog sich Buchbinder aus diesen aktivistischen, ausserparlamentarischen Kreisen grösstenteils zurück und wurde angesehener Sicherheitsexperte der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP), für die er mehrere Jahre im Kantonsparlament des Kantons Aargau sass. Beruflich verstand sich Buchbinder als Publizist und machte sich über politische Kreise hinaus einen Namen als Lobbyist der Schweizer Chiropraktiker*innen.

Buchbinders Nachlass umfasst insgesamt 39 Laufmeter an Akten und reicht teilweise bis in die 1930er Jahre zurück. Der biografische Teil des Archivbestands enthält neben Zeugnissen, Ausweisen und amtlichen Dokumenten auch Heinrich Buchbinders Staatsschutzakten. Dass diese bei der Archivierung des Nachlasses nicht etwa den Dossiers zu seiner politischen oder beruflichen Tätigkeit zugeordnet wurden, erstaunt bei einem Blick in diese Akten wenig: Sie lesen sich nämlich wie ein ungewöhnlich detailliertes »Lebens-Protokoll«. Die Eintragungen fokussieren, ihrem Existenzzweck geschuldet, zwar auf politische Kontakte und Aktivitäten, sie halten aber auch die zentralen lebensgeschichtlichen Ereignisse fest und dokumentieren Reisen, Erwerbsarbeit und ähnliches. Auf hundertdreissig Seiten ist über einen Zeitraum von 47 Jahren Protokoll geführt worden über die Tätigkeiten eines politisch ausserordentlichen und engagierten Aktivisten.

Das erkämpfte Archiv

1989 wurde bekannt, dass ein beträchtlicher Teil der Schweizer Bevölkerung über Jahrzehnte überwacht und »fichiert« worden war. Die weitreichenden Überwachungstätigkeiten der Bundespolizei im Namen des Staatsschutzes, deren Enthüllung unter dem Schlagwort »Fichenskandal« die Schweiz an den Rand einer Staatskrise brachte, wurden im Rahmen einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) publik gemacht.¹ Insgesamt wurde die Existenz von 800 000 Fichen-Registaturen auf Bundesebene bekannt, davon geben ungefähr ein Fünftel über politische Tätigkeiten der fichierten Personen Auskunft. Der überwiegende Teil der Fichen betrifft ausländische Staatsangehörige, vornehmlich aus der Sowjetunion, die zwischen 1930 und 1990 in die Schweiz eingereist sind.² Neben den Staatsschutz-Fichen des Bundes wurden auch in den einzelnen Kantonen und den grösseren Städten der Schweiz eigenständige Registaturen entdeckt, die jeweils nochmals tausende Fichen enthalten.



Abb. 1: 35 000 Personen demonstrierten am 3. März 1990 anlässlich des Fichen-Skandals.

Der gesellschaftliche Unmut über diese Enthüllungen war nicht zu übersehen. Am 3. März 1990 versammelten sich 35 000 Personen in der Bundesstadt Bern zu einer Demonstration. In deren Rahmen wurden, direkt neben dem zentralen Bundesplatz, die Fenster der für die Bundespolizei verantwortlichen Bundesanwaltschaft eingeworfen, und ein Auto ging in Flammen auf. Auf dem Bundesplatz bespielten einige der wichtigsten Intellektuellen und Kulturschaffenden der Schweiz die Bühne und prangerten die umfassende staatliche Überwachung der Bevölkerung an. Auch wenn die mediale Rezeption im Nachgang der Demonstration vor allem die gewalttätigen Ausschreitungen in den Fokus rückte, blieb nicht verborgen, wie gross die Empörung über das Vorgehen der Bundesanwaltschaft gewesen war. Die in der *Tagesschau* des Schweizer Fernsehens als »Fichen-Kartei-Affäre« bezeichnete Enthüllung hatte das Vertrauen der Bevölkerung in den Schweizer Staat erschüttert.³

Als das deutsche Magazin *Der Spiegel* im Februar 1990 das erste Mal über den »Fichenskandal« in der Schweiz berichtete, wagte es den für viele Schweizer Politiker*innen empörenden Vergleich mit der polizeilichen Überwachung in der DDR. Ein Staat, der Hunderttausende seiner Bürger*innen bespitzelt, das erinnerte aber auch in der Schweiz Viele an die Praktiken des Ministeriums für Staatssicherheit (Stasi), die in der DDR während eines ähnlichen Zeitraums angewandt wurden. Transparente mit Aufschriften, die Stasi-Vergleiche machten, waren bei Demonstrationen rund um den Fichenskandal relativ häufig zu sehen.⁴

Den Parallelen zu Ostdeutschland wie auch zu anderen Ländern, in denen im Zuge des Kalten Krieges der Staatsschutz weitreichende Kompetenzen erhielt, wurden in den Folgejahren jedoch weder in der Öffentlichkeit noch

in der historischen Forschung grössere Aufmerksamkeit geschenkt. Zu sehr schien sich die jeweilige staatliche Überwachung zu unterscheiden, zu verschieden präsentierte sich der politische Kontext. Eine transnationale Perspektive auf die Staatsschutzaktivitäten bleibt damit bis heute ein Desiderat der Forschung.

Auch wenn der Terminus »Fiche« den politischen Skandal in der Schweiz um die so genannte »Fichierung« Hunderttausender entscheidend prägte, war die Fiche selbst nur ein Teil des Verwaltungsapparates der Bundesanwaltschaft. Die eigentlichen Fichen waren in erster Linie ein personen- oder organisationsbezogenes Verweis- und Zuordnungssystem. Im A5-Querformat gehalten, weisen sie jeweils ein Datum und eine Kurzbeschreibung des aktenkundig gewordenen Sachverhalts aus und verweisen gleichzeitig auf Akten. Diese Akten wiederum sind zentrale Dossiers zu einzelnen Ereignissen, Personen oder Organisationen. Während die Fichen selbst in den allermeisten Fällen auf wenige Seiten beschränkt sind und nur wenige Eintragungen beinhalten, sind in den Dossiers die Ereignisse, aber auch Lebensläufe von Personen oder Organisationen ausführlich dokumentiert. Bei aussergewöhnlichen Aktivist*innen wie Heinrich Buchbinder oder dem Zürcher Kommunisten Theo Pinkus konnten die Fichen aber durchaus hundertdreissig Seiten und mehrere hundert Einträge umfassen.⁵

Bereits kurz nach dem Bekanntwerden des Fichenskandals forderten viele der betroffenen Personen Einsicht in die Akten. Die Forderung der Einsicht in die eigene Akte wurde zum zentralen Bestandteil der politischen Aufarbeitung der Fichenaffäre. Obwohl die entscheidenden Stellen die Einsicht anfangs um jeden Preis verhindern wollten, wurde sie aufgrund des Druckes aus der Bevölkerung nach langen Auseinandersetzungen 1990 beschlossen und rechtlich abgesichert. Insgesamt gingen in der Zeit nach dem Bekanntwerden der Fichen ungefähr 320 000 Anfragen zur Einsicht ein. Die Einsicht selbst war ein komplizierter Prozess, der oftmals eine mehrfache Bestätigung des Einsichtswillens benötigte und in der Zusendung von teilweise stark geschwärzten Kopien resultierte.⁶

Ursprünglich sah der Bundesrat vor, dass die Fichen und Dossiers, die für die Belange des Staatsschutzes nicht mehr zweckdienlich waren, nach Ablauf der Frist für die Einsichtsgesuche vernichtet werden sollten. Es entspann sich daraus jedoch abermals eine intensive öffentliche Debatte über den Umgang mit den Staatsschutzakten, die am 11. Juni 1992 im *Bundesbeschluss über die Einsicht in Akten der Bundesanwaltschaft* mündete, der die Archivierung sämtlicher Bestände festlegte. Dieser Beschluss wurde gegen den ursprünglichen Willen des Bundesrates gefasst und öffentlich mit dem Interesse der betroffenen Personen und teilweise auch mit der Notwendigkeit einer historischen Aufarbeitung des staatlichen Wirkens begründet.

Allerdings wurde eine Sperrfrist von fünfzig Jahren auf die Bestände festgelegt, was mitunter ein Grund dafür ist, dass die historische Forschung

zu den Umtrieben des Schweizer Staatsschutzes im Allgemeinen und zu den Fichen im Speziellen in vielen Belangen noch erstaunliche Lücken aufweist.⁷

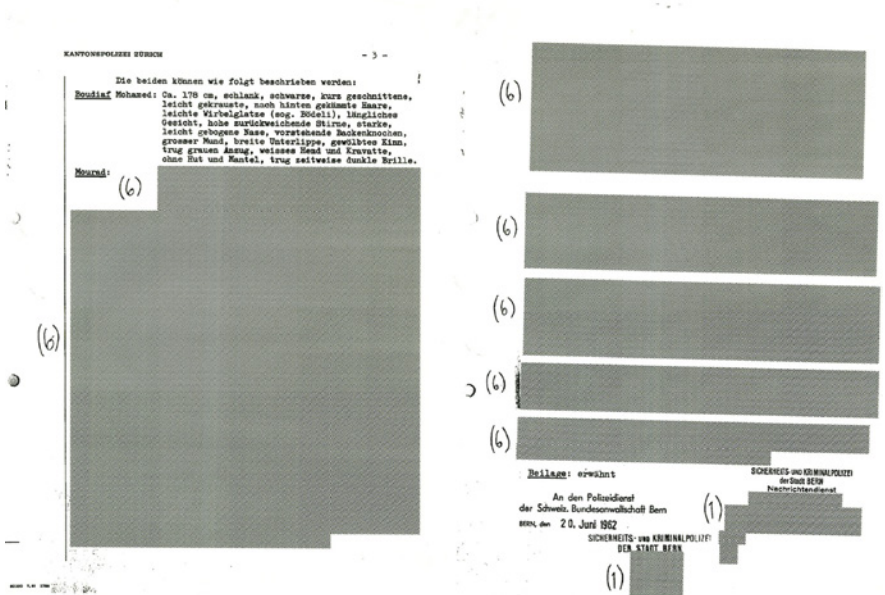


Abb. 2: Stark geschwärzte Seiten aus der Kopie des Staatsschutzdossiers, die Heinrich Buchbinder ausgehändigt wurde.

Neben dem öffentlichen Druck, der breiten Empörung und der grossen Anzahl an Betroffenen dürften auch tieferliegende Entwicklungen die verhältnismässig rücksichtsvolle Politik in der Aufarbeitung des Fichenskandals erklären. Durch den Zusammenbruch der Sowjetunion entfiel in den 1990er Jahren ein für den Staatsschutz wesentliches Bedrohungsszenario. Es kann davon ausgegangen werden, dass die teilweise Aufarbeitung der rechtlich und politisch fragwürdigen Sammlung und Verwendung personenbezogener Daten ohne diese geopolitische Veränderung kaum in diesem Ausmass erfolgt wäre.⁸ Oder wie es David Gugerli und Hannes Mangold formulierten: »Erst nachdem die Kartei bedeutungslos geworden war, wurde die ›Fichen-Affäre‹ möglich.«⁹

Die Archivierung der Fichen-Originale – ein Resultat der politischen Auseinandersetzung – erfolgte durch das Schweizerische Bundesarchiv in Bern. Dort können die Fichen mittels eines schriftlichen Antrages sowie einer Begründung des Einsichtswillens angefordert und, wenn sie innerhalb der fünfzigjährigen Sperrfrist liegen, mittels gesondert zu beantragender Bewilligung eingesehen werden. Die so einsehbaren Fichen sind nicht geschwärzt und bedürfen dadurch einer besonderen Sensibilität bezüglich des Schutzes von Persönlichkeitsrechten.

Neben dem Bundesarchiv bestehen allerdings noch weitere Zugänge zu Personen- und Organisationsfichen. Eine grosse Sammlung von Fichen ist im Umfeld der Zeitschrift *Fichen-Fritz* entstanden. Der *Fichen-Fritz* war eine

zeitgenössisch engagierte Stimme in der Aufarbeitung des Fichenskandals und ist zwischen 1990 und 1998 33 Mal erschienen. Herausgegeben wurde die Zeitschrift von der Stiftung Archiv Schnüffelstaat Schweiz (ASS). Deren Stiftungsratspräsident war Hansjörg Braunschweig, bis 1990 SP-Nationalrat und in den 1950er Jahren eine führende Persönlichkeit in der Schweizer Bewegung gegen die atomare Aufrüstung. Die Stiftung und ihre Publikation waren treibende Kräfte in der Aufarbeitung der Fichenaffäre und der Archivierung der Staatsschutzakten, indem sie beispielsweise Musterbriefe zu Verfügung stellten und eine eigene Sammlung von Fichen und Akten anlegten. Das ASS wurde 1997 an das Schweizerische Sozialarchiv in Zürich übergeben. Damit existiert eine Zusammenstellung von fünfhundert Personen und Organisationen, die sich bereit erklärt hatten, Kopien ihrer Fichen und Dossiers öffentlich zugänglich zu machen.

Auch in privaten Nachlässen finden sich immer wieder Kopien von Fichen und Dossiers, die den Personen in den 1990er Jahren auf ihr Gesuch hin zugesendet wurden, so auch in verschiedenen Nachlässen von Schweizer Trotzki*innen. Diese Kopien unterscheiden sich in der Materialität von den Originalen und sind an verschiedenen Stellen geschwärzt. Allerdings kann durch eine Arbeit mit diesen Kopien die Sperrfrist von fünfzig Jahren umgangen werden.¹⁰

DEMO: Am 3. März in Bern

FICHEN FRITZ

Es treten auf:
Franz Hohler, Tinu Heiniger und Bänz Oester, Gerold Späth, Adolf Muschg, Susanne Leutenegger Oberholzer, Vasco Pedrina, Françoise Pitteloud

Abb. 3: Die Zeitschrift *Fichen-Fritz* erschien insgesamt 33 Mal und war eine wichtige Kommunikationsplattform der sozialen Bewegung gegen die staatliche Überwachung.

Mit der längerfristigen Erhaltung eines wesentlichen Teils der bei der Überwachung angefallenen Akten wurden die Grundlagen geschaffen, die Tätigkeiten der politischen Polizei in der Schweiz historisch aufzuarbeiten.

Bei einer Durchsicht der wissenschaftlichen Literatur zum Thema wird aber schnell klar, dass dies bislang nur oberflächlich geschah. Es existieren zwar die Ergebnisse der offiziellen Aufarbeitung sowie einige wenige Aufsätze zum Thema. Doch zu den Folgen der Überwachung für die Lebensläufe der Überwachten und auch zu den konkreten Entstehungsbedingungen der Fichen, also den Informationsflüssen, wurde bislang kaum geforscht.¹¹

Solche Überlegungen sind entscheidend, um mithilfe der Fichen-Bestände die politischen und sozialen Bewegungen der Schweiz im Kalten Krieg zu erforschen. Die Fichen wurden nämlich während der Dauer ihrer Nutzung nicht nur mit Einträgen versehen, sondern auch in behördlichen Abläufen konsultiert und die darin enthaltenen Informationen weitergegeben. Sie wirkten dadurch immer wieder zurück auf die Lebensläufe der Überwachten, konnten berufliche und politische Karrieren drastisch beeinflussen. Gleichzeitig zeugen sie von einer intensiven Durchdringung der Lebensrealität der fichierten Personen und verlangen deshalb eine besondere Sensibilität, wenn wir mit ihnen als historische Quellen arbeiten.

Ignoranter Staatsschutz?

Die öffentliche Diskussion zur Fichenaffäre anfangs der 1990er Jahre wurde stark von einigen wenigen intellektuellen Persönlichkeiten geprägt. Insbesondere der Schriftsteller und Architekt Max Frisch tat sich im letzten Jahr seines Lebens als scharfer Kritiker und vielseitig präserter Kommentator der Praktiken des Staatsschutzes während des Kalten Krieges hervor. Dieser starke Fokus auf einige wenige Überwachte prägt den Blick auf die Staatsschutzakten bis heute. Schon 1990 wurden insbesondere in feministischen Kreisen Stimmen laut, die sich an der Omnipräsenz der männlichen Intellektuellen in der Debatte störten und forderten, den Blick auch auf andere Teile der grossen Masse der Überwachten zu lenken. Diesem Wunsch ist aber weder die öffentliche Debatte der 1990er Jahre noch die bisherige wissenschaftliche Forschung zum Thema nahegekommen.¹²

2015 erschien posthum das von Frisch nicht mehr vollendete Manuskript *Ignoranz als Staatsschutz*.¹³ Die Stossrichtung der Arbeit Frischs, bei der er seine einzelnen Fichen-Einträge ausschnitt, auf ein Blatt Papier klebte und jeweils darunter mit einer Schreibmaschine eigene Kommentare und Überlegungen anbrachte, nimmt zwei entscheidende Punkte der öffentlichen Diskussion zu den Fichen in exemplarischer Weise auf: Einerseits empört sich Frisch über die Grössenordnung der Überwachung, die sowohl zeitlich als auch inhaltlich die gängigen Vorstellungen überstieg. Andererseits bezeichnet Frisch die Fichen in vielen Punkten als falsch und belanglos – die Staatsschutzaktivitäten sind für ihn dilettantisch und ignorant ausgeführt. Die eigenhändige Korrektur der eigenen Fiche sollte den Beweis für die Schlampigkeit der Überwachung erbringen. Auch die Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) stellte zu Beginn der Affäre fest, dass das Ausmass der Ungenauigkeiten und Banalitäten in den

Fichen erschreckend sei. Ikonisch geworden ist die Feststellung in der Fiche der damaligen SP-Nationalrätin Menga Danuser: »trinkt abends gern ein Bier«. ¹⁴ Bis heute ist der Verweis auf Banalität und Belanglosigkeit ein wesentliches Element des öffentlichen Bezugs auf die Fichenaffäre. ¹⁵

Der starke Fokus auf die angebliche Unfähigkeit des Schweizer Staatsschutzes – und damit der Verweis auf das typische Scheitern der kleinen Schweiz, die sich an die grossen Unternehmungen wagt und dann doch ihre eigentlich sympathischen Beschränkungen erleben muss – wird der Bedeutung der Fichen und den Auswirkungen der Überwachungstätigkeit aber nicht gerecht. Frisch hat, trotz Fiche, eine Ausnahmekarriere durchlebt. Trotz oder gerade wegen seiner Auseinandersetzung mit Konstitution und Ausprägung des Staates hat er sich in das nationale Literatuerbe der Schweiz eingeschrieben. Die Überwachung gereichte ihm damit zu keinem Zeitpunkt nachweislich zum Nachteil. Frischs Fiche umfasste dreizehn Seiten. Im Vergleich zu grossen Teilen der Fichen ist das überdurchschnittlich viel. Die meisten politischen Aktivist*innen hatten aber bedeutend längere Register.

Dass die Einträge in den Fichen-Registern nicht einfach nur von Unfähigkeit zeugten, sondern teilweise gravierende Auswirkungen haben konnten, das ahnte wohl auch Frisch, als er 1990 als einer der Ersten seine Fiche erhielt und festhielt:

»Einigen Tausend Landsleuten wird in diesem Herbst, wenn sie ihre Fichen gesehen haben, ein Licht aufgehen: warum du trotz bester Fachzeugnisse nie weitergekommen bist; warum es für eure Familie einfach keine städtische Wohnung gibt seit Jahrzehnten; warum es Alfred Gilgen verhindert hat, dass du Assistent wirst mit so einer Fiche, und warum einer als Lehrer, obschon die Eltern sich für ihn einsetzen, nicht wiedergewählt wird – Repression, die negative Auslese. Resultat: die Schweiz heute.« ¹⁶

Die Biografien der als »kommunistisch« oder »trozkistisch« klassifizierten Personen erzählen genau von diesen gravierenden und weitreichenden Konsequenzen der Überwachung. Da ist zum Beispiel ein linkes SP-Mitglied, das mit der Bewegung gegen die atomare Aufrüstung sympathisierte und beim staatlichen Post- und Fernmeldeunternehmen PTT angestellt war. Der junge Mann soll laut Fiche seine Kenntnisse zur Telefon- und Postüberwachung an linke Aktivist*innen weitergeleitet haben. Die Konsequenz dieser Vermutung folgt einige Einträge weiter unten: »6.11.59 an [geschwärzt] PTT: teilen obiges mit, wobei die erwähnten Vorkommnisse die Vertrauenswürdigkeit des W. als sehr fraglich erscheinen lassen«. ¹⁷ Besagter W. wurde sein Leben lang nicht mehr in die von ihm gewünschte Position befördert. Auf seiner Personalakte soll ein Vermerk angebracht worden sein: »Darf nicht befördert werden.« ¹⁸ Viele weitere solche Beispiele könnten angeführt werden. Auch in Heinrich Buchbinders Leben sind mehrere einschneidende Erlebnisse bekannt, die auf die umfassenden Staatsschutzaktivitäten zurückzuführen sind. Hier führte beispielsweise der

von der Kantonspolizei Zürich registrierte Kontakt Buchbinders zum »algerischen Nationalistenführer« Moulay Merbah 1956 zunächst zu einer Telefonabhörung, später zur Hausdurchsuchung und Verhaftung Buchbinders unter dem Vorwurf des Terrorverdachts. Ein Verdacht, der sich nicht erhärten liess.¹⁹

Name:	Buchbinder	wichtig	Scheik Ibrahim	Nr. C.8.7202
Vorname:	Heinrich	alias	Ch. Berkovski	
Geburt:	6.2.1919 in Zürich	Eltern:	Barnhard & Berta geb. Davidsohn	
Beruf:	Sekr.d.Zahnärzte-Verbandes, Publizist	Zivilstand:	verh.m. Claire geb. Müller 28.5.21	
Wohnort:	Zürich, Schillerstr. 92	(Büro: Gessnerallee 34)	Reginastr. 12'	
Bemerkungen:	Auto MG ZH 70927 *3	Sekr.d.Proletarischen Aktion	San.Sit. Ls.Kp.II/26	17.Karte

Akten	Datum	Gegenstand
1.8.31	14.11.57	v. ND Zürich: Die Mitglieder der 'Proletarischen Aktion' haben sich am 2.11.57 in Zürich versammelt, zwecks Gründung der 'Genossenschaft VERITAS-Verlag'. Die Geschäftsführung übernehmen vorläufig B. und KEPP (alter 20. [redacted])
-	18.11.57	v. do: Der in Gründung begriffene VERITAS-VERLAG der Trotzkisten beabsichtigt die Herausgabe eines Buches über TROTZKI. B. gelangte an Jules HEMBERT-Droz 91, dem ehemaligen Sekretär der Komintern, mit der Bitte, ein Vorwort zu schreiben, der Hembert-Droz entsprach. Vorwort in extenso wiedergegeben.
8. 7202	19.11.57	v. Sikripo BE: Die Hefrau des B. nächtigte am 22.10.57 im Volkshaus in Bern und traf sich dort mit 2 Freundinnen: OTTH Annelies 18 und ROTH Ottilia 15, welche ebenfalls 2 Nächte in Bern blieben u. zusammen sangen. Ferner stieg Frau B. am 9.11.57 mit ihrem Ehemann B. erneut im Volkshaus ab.
1.8.31	19.11.57	v. Stapo ZH: Bericht über Versammlung des 'Aktionskomitees der sozialistischen Linken' vom 10.11.57 im Volkshaus Zürich. B. liess sich entschuldigen, da ihn dringende Geschäfte nach Bern gerufen hätten. in London [redacted]
3. 10243 21	10.12.57	v. ND ZH: Das Sekretariat der IV. INTERNATIONALE (TROTZKISTEN) berichtete am 27.11.57 dem B., dass die nächste Komitee-Sitzung am 6./7.12.57 abgehalten werde. B. telefonierte am 2.12. nach London, er könne nicht kommen; Einladungen an seine Privatadresse seien im übrigen ein Blödsinn. Telegraphisch setzte sich dann B. mit [redacted]

Abb. 4: Das Bundesarchiv in Bern archiviert die Fichen-Originale und die dazugehörigen Staatsschutzdossiers. Im oberen Teil finden sich die persönlichen Angaben, unten sind die verschiedenen Einträge mit Datum und den weiterführenden Akten aufgelistet.

Wie sind denn nun die Fehler, Unstimmigkeiten und seltsamen Gewichtigungen, die Max Frisch bei der Durchsicht seiner eigenen Fiche kritisierte und als »Ignoranz« deutete, zu erklären? Ein Grund mag sicherlich sein, dass »Wahrheit« und »Vollständigkeit« im Sinne des Staatsschutzes etwas anderes bedeuteten als für die fichierten Personen. Ein jahrelanger politischer Weggefährte Heinrich Buchbinders kommentierte seine eigene Fiche nach Erhalt in den 1990er Jahren bezüglich eines Ereignisses 25 Jahre zuvor: »Und das soll alles sein? Ich hoffe, bei dir steht mehr, denn dies war doch eine der besten Aktionen überhaupt. Ich verstehe immer besser jene Leute, die Geschichtsbücher selber schreiben.«²⁰ Es gilt sich in Erinnerung zu rufen, dass der Staatsschutz des Bundes nie mit dem Auftrag agierte, eine Geschichte der politischen Bewegungen und Organisationen zu verfassen.

Stattdessen lohnt es sich zu überlegen, wozu die Fichen erstellt wurden. Georg Kreis erwähnt den »multifunktionalen Charakter der Kartei«. So diene diese nicht nur als zentrales Werkzeug des Staatsschutzes, sondern auch als »Geschäftskontrolle der Verwaltung«. In der Kartei wurden nämlich die eingegangenen Informationen vermerkt, aber auch die ausgehende Korrespondenz – also erteilte Auskünfte oder weitergeleitete Informationen

– festgehalten. Als Instrument des Staatsschutzes wiederum stellten die Fichen ein Informationssystem dar, das Recherchen zu einzelnen Personen, aber auch zu allgemeineren Entwicklungen des politischen Geschehens in der Schweiz ermöglichen sollte. Gerade für den Versuch, einen Gesamteindruck über die »politische und ideologische Entwicklung des Landes« zu erhalten, wurden längst nicht nur Informationen festgehalten, die direkt die inneren Bereiche der Staatssicherheit tangierten.²¹ In der aus dieser Konstellation entstehenden Zusammenstellung von Fichen-Einträgen war die grösstmögliche Kohärenz der Informationen oder eine möglichst genaue Wertung und Gewichtung einzelner Ereignisse wahrscheinlich nicht vordergründiges Ziel. Vielmehr deutet der multifunktionale Charakter der Fichen darauf hin, dass darin ganz unterschiedliche Informationen festgehalten wurden, deren Gehalt sich nicht einheitlich nach denselben Kriterien bemessen lässt.

Die teilweise dilettantisch anmutenden Inkonsistenzen der Fichen sind aber noch direkter mit der politischen und polizeilichen Organisation des Staatsschutzes zu erklären. An der Produktion der Fichen und der zugehörigen Dossiers waren neben dem bürokratischen Apparat zwangsläufig verschiedene Polizeidienste und ihnen zugehörige Expert*innen beteiligt. Diese verknüpften die gesammelten Informationen zu allgemeineren Übersichten und versuchten beispielsweise Gefahrenanalysen zu erstellen.²²

Der so praktizierte »Staatsschutz« kann dadurch nicht als reiner Verwaltungsakt beschrieben werden. Gleichzeitig unterscheidet er sich von anderen Formen der Wissensproduktion, etwa in der Wissenschaft. Ihm spezifisch ist – so Eva Horn – eine »Epistemologie des Geheimen«. Das produzierte Wissen muss, das ist der Kern der Sache, auf einen kleinen Kreis von Personen beschränkt bleiben und darf keinesfalls bis zu den überwachten Personen vordringen. Dadurch kann die gewonnene Erkenntnis kaum durch konkurrierende Perspektiven in Frage gestellt werden – man weiss einzig, was man zu wissen glaubt.

»Nachrichtendienstliches Wissen [...] konstituiert ein Wissen über den Feind, das möglicherweise nichts ist als die Imagination dessen, was man für den Feind hält.«²³ Um dieses aus Informationen, Gerüchten und Fehlinformationen produzierte Wissen einordnen zu können, und um die »Imagination des Feindes« nachzuvollziehen sowie historisch nutzbar zu machen, müssen die Entstehungsbedingungen der Fichen und Dossiers beleuchtet werden. Das konkrete Wirken der verschiedenen Polizei- und Verwaltungsapparate ist zum Verständnis der Fichen und Staatsschutzdossiers zentral.

Produktionsbedingungen

Die Einträge in den Bundesfichen stammen gemäss Georg Kreis grundsätzlich aus sechs unterschiedlichen Quellen, die an verschiedenen Positionen des föderal organisierten Schweizer Staates angesiedelt waren.

Neben den Beobachtungen der Bundespolizei selbst, Mitteilungen von ausländischen Geheimdiensten und den Meldungen der Passkontrolle über Ein- und Ausreisen von fichierten Personen waren drei Erhebungsmethoden in der politischen Überwachung besonders zentral:²⁴

1. Meldungen der kantonalen Polizei- und Nachrichtendienststellen an den Bund über Aktivitäten und Entwicklungen.
2. Mitteilungen durch Informant*innen, also Privatpersonen, die aus eigenem Antrieb oder auf Anfrage Informationen zu den betroffenen Personen lieferten.
3. Telefon- und Briefüberwachung. Diese konnten von verschiedenen Stellen angeordnet werden und durften eigentlich nur auf einen konkreten Verdacht hin erfolgen.

Eine systematische Aufarbeitung der Möglichkeiten und Wege zur Informationsbeschaffung durch Polizei- und Nachrichtendienste ist für die Schweiz bislang noch nicht erfolgt. Bei der Arbeit mit den Fichen und Dossiers von politisch aktiven Personen lassen sich aber immerhin gewisse Strategien erkennen, die zu Einträgen in den Bundesfichen geführt haben. So lässt sich insbesondere feststellen, dass Einträge sehr häufig sind, die auf Meldungen der kantonalen Polizeistellen zurückgehen. Hier ist aber rückblickend kaum mehr nachzuvollziehen, wie die von den kantonalen Behörden weitergeleiteten Informationen gesammelt und nach Relevanz geordnet wurden. Auch die Reichweite polizeilicher Massnahmen wird in den Staatsschutzakten nicht nachgewiesen. In den Dokumenten, die überwachte Telefongespräche belegen, ist beispielsweise nicht nachvollziehbar, ob die Überwachung des Telefonanschlusses sämtliche getätigten Anrufe umfasste, oder ob gezielt bestimmte Gespräche abgehört wurden.

Bereits 1966 wurde bekannt, dass die Telefonüberwachung in der Schweiz eine rege genutzte Informationsquelle für verschiedene Polizei- und Staatsschutzstellen darstellte. *Der Spiegel* veröffentlichte in einem vielbeachteten Artikel eine Liste mit allen Schweizer Dienststellen, die Telefongespräche abhören durften und zitierte dabei auch den linken Aktivist Heinrich Buchbinder. Dieser behauptete, schon lange zu wissen, dass seine Telefone abgehört und seine Post abgefangen würde. Laut *Der Spiegel* hätte Buchbinder dies erfahren, weil ihm per Post eine Mitschrift eines seiner Telefongespräche versehentlich übermittelt worden sei. Verschiedene Schweizer Zeitungen griffen in den folgenden Tagen die Geschichte auf, sodass auch die Bundespolizei intern darauf reagieren musste. In einem vertraulichen Bericht des Nachrichtendienstes des Polizeikommandos Zürich an die Bundespolizei wird der Vorwurf der fälschlichen Übergabe von Gesprächsmitschriften entkräftet. Eine fälschliche Übergabe an einen Überwachten sei technisch quasi ausgeschlossen, da die Dokumente in versiegelten Ledermappen transportiert würden. Nicht jeglicher Ironie entbehrend findet sich im Bundespolizei-Dossier zum Vorfall das Transkript eines Telefongesprächs zwischen Buchbinder und einer Person X vom 29. März 1966, also nur

einen Tag nach dem Erscheinen des Zeitungsartikels. In diesem Gespräch erklärt Buchbinder seinem Gesprächspartner den Irrtum im *Spiegel*-Artikel. Eigentlich sei es in seinen Informationen an den Journalisten um ein fälschlich zugestelltes Briefcouvert gegangen, das Rückschlüsse auf eine Postüberwachung zulies. Der im Raum stehende Vorwurf einer gröberen Unachtsamkeit in Sachen Telefonüberwachung ist damit durch ein abgehörtes Telefongespräch entkräftet worden.²⁵

Aus einem weiteren abgehörten Telefongespräch resultiert ein Eintrag in der Fiche eines Freundes von Heinrich Buchbinder. Darin erzählt dieser Freund, er habe einen Wachtmeister der Stadtpolizei Zürich dabei erwischt, wie dieser an der 1. Mai-Demonstration 1964 mit einer »Geheimkamera« in der Aktenmappe fotografiert hätte. Er empfiehlt, ein Foto des verantwortlichen Polizisten zu veröffentlichen. Dieses Mal gab es von der verantwortlichen Stelle keine Gegendarstellung. Stattdessen folgte ein Kommentar in der Fiche selbst, der als Weisung zu lesen ist: »ND [Nachrichtendienst] empfiehlt grössere Vorsicht!«²⁶

Buchbinder Heincr. 45 79 28 (1) 2991
 Herr Jentzer 18.4.62
 10.4.62 13.21 18. APR. 1962 BA (1)
 011.0280.044 Reg.

J. : "entser!
 B. : Buchbinder, entschuldigen Sie, wenn ich Sie über Mittag störe.
 J. : Macht nichts.
 B. : Gegen heute abend, es ist so, ich muss um 6 Uhr nach Aarau fahren, könnten wir das auf einen andern Zeitpunkt verlegen?
 J. : Jaja, machen Sie nur einen Vorschlag, ich habe gesagt ich sei diese Woche abends frei, ausser Freitag.
 B. : Ja morgen bin ich in Lausanne, da ist diese Landesaussstellungsgeschichte.
 J. : Wie geht es da eigentlich, so nebenbei gefragt?
 B. : Ja das 'chnorzet' schwer.
 J. : Ja? Was n ich da nicht irgendwie vermittelnd wirken?
 B. : Ja!
 J. : Es ist nicht ein Zbr würfnis mit den Architekten?
 B. : Mein nein, wir haben da gewisse Differenzen mit den Ausstellern, die wollen natürlich wieder eine Mustermesse aus dem ganzen Zeug machen.
 J. : Ja das ist immer das Gleiche, da haben Sie sicher von oben -
 B. : Ja nicht wahr, von der Landesaussstellungsleitung sind wir geschützt, die steht schon auf unserer Seite, aber die andern geben eben das Geld, d.h. einen Teil vom Geld, etwa 2/3 Mio kommen eben aus der Industrie.
 J. : Ja natürlich.
 B. : Und die machen dann eben ihre Bedingungen, ja es wird sich ja weisen.
 Also morgen bin ich abends auch besetzt.
 J. : Ja wir könnten das einmal um 2 Uhr machen, der Urs muss ja nicht unbedingt dabei sein.
 B. : Ja im Gegenteil! Das ist gar nicht nötig. Mir würde es am besten am Donnerstag um 3 Uhr oder am Freitag um 2 Uhr passen.
 J. : Ja gut, ich würde Urs noch Bescheid sagen.
 B. : Prima, danke Ihnen, adieu Herr Jentzer!

Spediert an:
 4 PT
 1 ND/KP

G. Kont.	
Peng.	
Sp. Flög.	
Ausw.	24. April 1962 (1)

Abb. 5: Transkript eines abgehörten Telefongesprächs zwischen Heinrich Buchbinder und Herr Jentzer vom 10. April 1962.

Dass die Fichen mit Sorgfalt angelegt wurden und das Verweissystem erstaunlich gut funktionierte, wird an einigen Stellen der Registraturen

besonders gut ersichtlich. Etwa dann, wenn zwei Personen in einem abgehörten Telefongespräch über eine dritte Person sprechen. Es kommt vor, dass die Fiche dieser Drittperson einen Verweis auf das entsprechende Transkript des Telefongesprächs enthält und eine Kopie davon im Personendossier abgelegt wird. So findet sich im Staatsschutzdossier von Heinrich Buchbinder auch ein Gespräch zwischen Theo Pinkus und Rose Weiss, die sich nach Buchbinder erkundigte. Die Sachbearbeiter*innen der Bundespolizei hielten die Informationen von Pinkus zu Buchbinder für so relevant, dass sie diese in dessen Dossier ablegten.²⁷ Allerdings nimmt diese Sorgfalt scheinbar im Verlaufe der Jahre ab. Von verschiedenen Personen, die sich intensiv mit den Staatsschutzakten beschäftigt haben, wird eine markante Verschlechterung der Arbeitsqualität des Schweizerischen Staatsschutzes festgestellt, insbesondere für die Jahre 1960 bis 1990. Eine schlüssige Erklärung für diese qualitativen Veränderungen fehlt bislang. Als Grund wird einzig die Konzeptlosigkeit der Überwachung angeführt.²⁸

Öffentliche Veranstaltungen linker Organisationen wurden durch Beamte der Stadt- oder Kantonspolizeien häufig im Wortlaut – inklusive der Diskussionen – transkribiert und diese Transkriptionen an die Bundespolizei übersandt. Interne Veranstaltungen wiederum wurden in seltenen Fällen von Informant*innen überwacht, häufiger jedoch die Protokolle in Postüberwachungen abgefangen. Damit waren die entsprechenden Stellen praktisch zu jedem Zeitpunkt über die Grösse, die Mitgliederzahl, den Zustand und die bearbeiteten Themen der politischen Organisationen in Kenntnis gesetzt. An grösseren Veranstaltungen wie Demonstrationen wurden zusätzlich häufig Fotografien der wichtigsten Personen erstellt und die Parolen auf den Spruchbändern fein säuberlich notiert. Spätestens ab 1951 waren zudem in allen Kantonen die technischen Mittel vorhanden, Versammlungen durch Mikrofone mit Kleinsendern kabellos abzuhören.²⁹

Neben den technischen und polizeilichen Mitteln, die zu Verfügung standen, prägte der gesellschaftliche Kontext die Entstehung der Fichen in vielerlei Hinsicht. Welche Gestalt die Fichen annahmen und welche Informationen sie enthielten, war beträchtlich von sozialen Normen abhängig. Etwa im Bereich der Geschlechter lässt sich feststellen, dass die Fichen und das Fichierte weitreichende Aussagen über die Gesellschaft zulassen, in der sie entstanden sind. Besonders deutlich manifestieren sich die gesellschaftlichen Geschlechterrollen in Fichen von politisch aktiven verheirateten Paaren. E.W. und F.W. heirateten 1962. In der Fiche von Ehefrau E.W. ist vermerkt: »Am 20.7.62 hat sich die bekannte Linksextremistin W. mit dem Funktionär der Soz.Jugend etc. [...] verheiratet.« Nur vier Einträge später folgt 1966: »Die Eheleute W. werden ihre Ferien in Italien verbringen und reisen anschliessend nach Prag.«³⁰ In der Überwachung ihres Ehepartners F.W. scheinen solche persönlichen Ereignisse einen geringeren Stellenwert zu haben und sind keinen Eintrag wert. Die politischen Ereignisse, so beispielsweise die Teilnahme an Sitzungen und Diskussionsversammlungen, sind bei F.W. dafür deutlich detaillierter festgehalten. Das schlägt sich auch im Umfang der Fiche und

der Dossiers nieder: Trotz jahrelangem Engagement beider Ehepartner übertrifft das aufgestapelte Papier zur männlichen Person dasjenige zur weiblichen mehrfach. Und auch mit einem Blick auf die gesamte Fichen-Registrierung wird das Verhältnis deutlich: Nur 22 Prozent der Fichen verzeichnen Frauen.³¹



Abb. 6: Von der Polizei heimlich aufgenommenes Foto von Heinrich Buchbinder an einer Demonstration, das in dessen Staatsschutzdossier abgelegt wurde, undatiert.

Die Fiche als Chance

Es zeigt sich also, dass die Fichen in einem spezifischen gesellschaftlichen Kontext entstanden sind und auf einer Überwachungstätigkeit beruhen, die diese Faktoren widerspiegelt. Wer sich mit den Fichen und den Staatsschutzpraktiken beschäftigt, kommt gerade deshalb nicht umhin, sich mit dem Kalten Krieg auseinanderzusetzen. Ohne diese geopolitische Konstellation, die »[...] als dichotome Spaltung der Welt in *sämtliche* Bereiche der Gesellschaft eindrang und einen zentralen Referenzpunkt selbst in davon abgekoppelten Debatten darstellte«,³² sind die Fichen nicht zu verstehen. Das »Imaginäre des Kalten Krieges« lässt sich in den Fichen besonders gut erkennen. Das, was die entsprechenden politischen Stellen des Staatsschutzes für den »Feind« hielten und überwachen liessen, wurde immer auch durch diese Überwachung produziert und zeigt sich dann in den Fichen in seinen bedrohlichen Ausprägungen.

Besonders deutlich wird diese Komponente des Imaginären, wenn die Fichen im Raster von gesellschaftlich prägenden Kategorien wie Geschlecht untersucht werden. Hier zeigt sich deutlich, dass Frauen ganz grundsätzlich als die kleinere Gefahr betrachtet wurden. Ihre politische Aktivität scheint

nicht in der gleichen Masse als Bedrohung für die staatlichen Strukturen wahrgenommen worden zu sein; die Überwachung war lückenhafter und produzierte weniger Akten. Die kleineren Aktenstapel dürften dann wiederum auf die Überwachung zurückgewirkt und die Wahrnehmung einer geschlechtsspezifischen Bedrohungslage nochmals verstärkt haben. An diesen Stellen braucht es eine besondere Sensibilität bei der Arbeit mit diesen Quellen. Ansonsten werden die Positionen und der Anteil spezifischer gesellschaftlicher Gruppen in der Retrospektive noch stärker vernachlässigt.

Doch die Fichen verbergen nicht nur, sie bringen auch immer wieder Verborgenes zu Tage – so etwa Ereignisse, die sich der kollektiven Erinnerung entzogen haben, oder zu denen es sonst keine Nachweise mehr gibt. Die Fichen sind also auch eine Chance, historische Ereignisse neu zu beurteilen und mit neuen Details zu ergänzen. Allerdings muss dabei zwingend in die Beurteilung miteinbezogen werden, was die Überwachung für das Leben der Personen bedeutete, wo es sie einschränkte, wo es gar Lebensläufe drastisch veränderte. Gleichzeitig sollten die Entstehungsbedingungen reflektiert werden, denn schliesslich konnten viele der in den Fichen festgehaltenen Informationen nur durch das Eindringen des Staatsschutzes in eigentlich private Räume gewonnen werden.

Im Gespräch mit ehemaligen Aktivist*innen fällt aber auch auf, dass die Fichen in vielen Fällen trotz der Empörung über deren Existenz eine persönliche Bedeutung erlangt haben. Sie dienen als Orientierungshilfen in teils turbulenten, vielfältigen Lebensläufen und werden dazu benutzt, die Erinnerung an einzelne Ereignisse aufzufrischen. Diese zwiespältige Begegnung mit den Staatsschutzakten kann auch rund um die Stasi-Überwachung in Deutschland beobachtet werden. Cornelia Vismann schreibt zum erstaunlichen Umstand, dass Menschen für den Erhalt von Akten auf die Strasse gehen, die eigentlich von verhassten staatlichen Strukturen geschaffen wurden: »Sie [die Akten] gehörten zum eigenen Ich, konstituierten es, auch und gerade als nicht einsehbare Akten. Das pure Wissen um die Existenz von persönlichen Akten wirkte, selbst wenn ihr Inhalt unbekannt blieb und selbst wenn das Wissen um die amtliche Mitschrift des eigenen Lebens die Verhaltensfreiheit beschränkte, lebensversichernd.«³³

Die Verbindung zwischen der Akte und dem eigenen Ich wurde bei vielen Schweizer Aktivist*innen mit der Aushändigung der Fiche verstärkt. Der Umfang der Fiche wurde zu einem Faktor, der durchaus mit »Stolz« erfüllt sein kann. Wenn auch mit ironischem Unterton stellte ein Freund von Heinrich Buchbinder in einem Kommentar zu seiner eigenen Fiche fest: »Möglicherweise ist es ja nur der Neid, denn deine 130 Seiten haben mich erblassen lassen und doch kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, hier fehlt einiges...«³⁴ Vielleicht auch gerade weil die hinterlassenen politischen Spuren meistens nicht mehr sichtbar sind, dient die Fiche gewissermassen als Beweis für jahrzehntelanges Engagement.

Der Journalist Martin Schwander hielt in der zweitletzten Ausgabe des *Fichen-Fritz* fest: »Die Schweiz ist durch die Politische Polizei nicht sicherer geworden, ganz im Gegenteil. Aber die Sicherheit des einzelnen Bürger, der einzelnen Bürgerin war und ist ja auch nie das eigentliche Ziel einer politischen Polizei. Bei uns nicht, so wenig wie anderswo. Eine politische Polizei hat immer und überall nur einen Zweck: Die Sicherung bestehender Machtverhältnisse.«³⁵ Die Fiche bleibt Zeugnis und Mahnmal für den unternommenen Versuch der politischen Aktivist*innen, eben diese »Machtverhältnisse« in Frage zu stellen.

In der letzten Ausgabe des *Fichen-Fritz* stand denn auch in einer Box: »Das Archiv Schnüffelstaat Schweiz – ASS ist ein langfristiges Projekt, die historische Aufarbeitung des Kalten Krieges bedarf erst noch ihres Anfangs. Umso wichtiger ist, dass jetzt – nach Abschluss der Kampagne um eine Schweiz ohne Schnüffelpolizei – die Fichen und Akten nicht Opfer von Resignation oder Wut werden und im Abfall verschwinden.«³⁶ Diese Aussage gilt auch heute noch, zwanzig Jahre nach dem Erscheinen des letzten *Fichen-Fritz*. Es liegt unter anderem an den Historiker*innen, die Aufarbeitung der umfassenden Überwachung während des Kalten Kriegs weiter voranzutreiben und insbesondere auch die Überwachten in diese Betrachtung miteinzubeziehen.

Lucas Federer arbeitet seit 2016 am Historischen Seminar der Universität Zürich am Dissertationsprojekt »Internationalismus und Sachpolitik zwischen den Blöcken. Die trotzkistische Bewegung in der Schweiz, 1945–1969«, das vom Forschungsfonds Ellen Rifkin Hill des Schweizerischen Sozialarchivs finanziert wird. Er ist Mitglied des Doktoratsprogramms des Zentrums Geschichte des Wissens.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Unbekannt, *Demonstration vor dem Bundeshaus gegen die Fichenaffäre*, 1990, Bern, Schweizerisches Sozialarchiv (SozArch), Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiterverband (SMUV), F 5032-Fc-0878.

Abb. 2: Kantonspolizei Zürich (linke Seite)/Sicherheits- und Kriminalpolizei des Kantons Bern (rechte Seite), *Buchbinder zugesandte Kopien seiner Staatsschutz-Akte*, Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich (AfZ), Nachlass Heinrich Buchbinder (NL Buchbinder) 2c(V).

Abb. 3: Titelblatt *Fichen-Fritz* (1990), Online-Archiv (Ausschnitt).

Abb. 4: Staatsschutz des Bundes, *Auszug aus Buchbinders Fiche, Karte Nummer siebzehn*, 1957, AfZ, NL Buchbinder 2c(V).

Abb. 5: *Transkript eines abgehörten Telefongesprächs aus Buchbinders Staatsschutz-Akte*, 1962, AfZ, NL Buchbinder 2c(V).

Abb. 6: Unbekannt, *Überwachungsfotographie aus Buchbinders Staatsschutz-Akte*, undatiert, AfZ, NL Buchbinder 2c(V).

Literatur

- 1 PUK-EJPD, »Vorkommnisse im EJPD. Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK)«, 22.11.1989, <https://www.parlament.ch/centers/documents/de/ed-berichte-puk-ejpd.pdf> (18.09.2018).
- 2 Vgl. Georg Kreis u.a.: *Staatsschutz in der Schweiz: Die Entwicklung von 1935-1990: Eine multidisziplinäre Untersuchung im Auftrage des schweizerischen Bundesrates*, Bern: Paul Haupt (1993), S. 28-41 sowie Julia Sandor: *Ein »Aktengebirge so gewaltig...«: Die kommunikativen Aufgaben der Fichen der schweizerischen Bundespolizei*, Zürich: unveröffentlichte Lizentiatsarbeit (2012), S. 4.
- 3 Tagesschau des Schweizer Fernsehens: »Demonstration gegen die Bundesanwaltschaft wegen Fichen-Kartei-Affäre«, 03.03.1990, SRF-Archiv.
- 4 o.V.: »Dieses Land wird zum Alptraum«, in: *Der Spiegel* 7 (12.02.1990), S. 157-159, <http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/13498032> (18.09.2018).
- 5 Vgl. Georg Kreis u.a.: *Staatsschutz in der Schweiz: Die Entwicklung von 1935-1990: Eine multidisziplinäre Untersuchung im Auftrage des schweizerischen Bundesrates*, Bern: Paul Haupt (1993), S. 33-35.
- 6 Vgl. Markus Büschi: »Fichiert und archiviert: Die Staatsschutz-Akten des Bundes 1960-1990«, in: *Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs* 24 (2001), S. 319-380, hier S. 325-328.
- 7 Vgl. ebd. S. 328-333.
- 8 Vgl. Josef Zwicker: »Von der Fichenaffäre zur Bergierkommission: Legitimation und Selbstverständnis von Archiven in der Schweiz 1990-2000«, in: *Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs* 27 (2001), S. 233-248, hier S. 234 und S. 240.
- 9 David Gugerli, Hannes Mangold: »Einleitung«, in: Max Frisch, David Gugerli, Hannes Mangold (Hg.): *Ignoranz als Staatsschutz?*, Berlin: Suhrkamp (2015), S. 7-16.
- 10 Vgl. Julia Sandor: *Ein »Aktengebirge so gewaltig...«: Die kommunikativen Aufgaben der Fichen der schweizerischen Bundespolizei*, Zürich: Hochschulschrift (2012), S. 11-13.
- 11 Auf dieses Desiderat wird verwiesen in: Nicola Behrens: »Zwischen Schnüffelstaat und Staatsschutz: Die Staatsschutzakten im Stadtarchiv Zürich«, in: Angelika Linke (Hg.): *Der Zürcher Sommer 1968: Zwischen Krawall, Utopie und Bürgersinn*, Zürich: NZZ (2008), S. 111-118, hier S. 117.
- 12 Vgl. Anna Stauffer: »Frauen und der »Schnüffelstaat««, in: *Emanzipation: Feministische Zeitschrift für kritische Frauen* 16/2 (1990), S. 11.
- 13 Max Frisch, David Gugerli, Hannes Mangold (Hgg.): *Ignoranz als Staatsschutz?*, Berlin: Suhrkamp (2015).
- 14 Zitiert nach: David Gugerli, Hannes Mangold: »Einleitung«, in: Max Frisch, David Gugerli, Hannes Mangold (Hg.): *Ignoranz als Staatsschutz?*, Berlin: Suhrkamp (2015), S. 7-26.
- 15 Vgl. beispielsweise Roman Bucheli: »Die seltsame Hinterlassenschaft des Staatsschutzes«, in: *Neue Zürcher Zeitung* (12.07.2009), https://www.nzz.ch/die_seltsame_hinterlassenschaft_des_helvetischen_staatschutzes-1.3015643 (18.09.2018).
- 16 Max Frisch, David Gugerli, Hannes Mangold (Hg.): *Ignoranz als Staatsschutz?*, Berlin: Suhrkamp (2015), S. 57-59.
- 17 Staatsschutz des Bundes, Staatsschutz-Fiche von W.W., 1958-1976, Privatarchiv.
- 18 Persönliches Gespräch mit W. vom 08.08.2017.
- 19 Staatsschutz des Bundes, Staatsschutz-Fiche von Heinrich Buchbinder, 1939-1986, Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich (AfZ), Nachlass Heinrich Buchbinder (NL Buchbinder), 2(V).
- 20 Staatsschutz des Bundes, Fichen von Drittpersonen, an Heinrich Buchbinder übergeben, 1936-1968, AfZ, NL Buchbinder, 3abc(V).
- 21 Georg Kreis u.a.: *Staatsschutz in der Schweiz: Die Entwicklung von 1935-1990: Eine multidisziplinäre Untersuchung im Auftrage des schweizerischen Bundesrates*, Bern: Paul Haupt (1993), S. 38f.
- 22 Beispiele solcher Gefahrenberichte sind zu finden in: Staatsschutz des Bundes, »Staatsschutzdossier Proletarische Aktion«, 1942-1959, Schweizerisches Bundesarchiv (BAR), C.08-31.04.
- 23 Eva Horn: »Das Wissen vom Feind: Erkenntnis und Blindheit von Geheimdiensten«, in: Wolbert Smidt, u.a. (Hg.): *Geheimhaltung und Transparenz: Demokratische Kontrolle der Geheimdienste im internationalen Vergleich*, Berlin: LIT (2007), S.257-277, hier S. 263.
- 24 Eine detaillierte Besprechung der sechs verschiedenen Erhebungsmethoden findet sich in: Georg Kreis u.a.: *Staatsschutz in der Schweiz: Die Entwicklung von 1935-1990: Eine multidisziplinäre Untersuchung im Auftrage des schweizerischen Bundesrates*, Bern: Paul Haupt (1993), S. 230-242 sowie Markus Büschi: »Fichiert und archiviert: Die Staatsschutz-Akten des Bundes 1960-1990«, in: *Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs* 24 (2001), S. 319-380, hier S. 350-352.
- 25 o.V.: »Schweiz: Telefon-Kontrolle. Kopien an Alle«, in: *Der Spiegel* 14 (28.03.1966), S.122f. Staatsschutz des Bundes, »Staatsschutz-Dossier Heinrich Buchbinder, Akten zur Telefonüberwachung«, 1966, AfZ, NL Buchbinder, 2ef(V).
- 26 Staatsschutz des Bundes, Fichen von Drittpersonen, an Heinrich Buchbinder übergeben, 1936-1968, AfZ, NL Buchbinder, 3abc(V).
- 27 Kantonspolizei Zürich, »Gespräch zwischen Theo Pinkus und Rose-Lotte Weiss«, Staatsschutz-Dossier Heinrich Buchbinder, 19.12.1968, AfZ, NL Buchbinder, 2ef(V).
- 28 Vgl. Markus Büschi: »Fichiert und archiviert: Die Staatsschutz-Akten des Bundes 1960-1990«, in: *Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs* 24 (2001), S. 319-380, hier S. 322.
- 29 Vgl. Georg Kreis u.a.: *Staatsschutz in der Schweiz: Die Entwicklung von 1935-1990: Eine*

- multidisziplinäre Untersuchung im Auftrage des schweizerischen Bundesrates*, Bern: Paul Haupt (1993), S. 231.
- 30 Staatsschutz des Bundes, Staatsschutz-Fiche von E.W., 1962–1984, Privatarchiv.
- 31 Vgl. Georg Kreis u.a.: *Staatsschutz in der Schweiz: Die Entwicklung von 1935–1990: Eine multidisziplinäre Untersuchung im Auftrage des schweizerischen Bundesrates*, Bern: Paul Haupt (1993), S. 23.
- 32 David Eugster, Sibylle Marti: »Einleitung: Das Imaginäre des Kalten Krieges«, in: David Eugster, Sibylle Marti (Hg.): *Das Imaginäre des Kalten Krieges: Beiträge zu einer Kulturgeschichte des Ost-West-Konfliktes in Europa*, Essen: Klartext (2015), S. 3–18, hier S. 5.
- 33 Cornelia Vismann: *Das Recht und seine Mittel: Ausgewählte Schriften*, Frankfurt am Main: Fischer (2012), S. 142f.
- 34 Staatsschutz des Bundes, Fichen von Drittpersonen, an Heinrich Buchbinder übergeben, 1936–1968, AfZ, NL Buchbinder, 3abc(V).
- 35 Martin Schwander: »Kein Platz für die politische Polizei. Niemand...«, in: *Fichen-Fritz* 32 (März 1998), S. 8.
- 36 o.V.: ASS – »Archiv Schnüffelstaat Schweiz«, in: *Fichen-Fritz* 33 (Juni 1998), S. 1.

Solidarität zu Zeiten des Algerienkriegs

Als politische und private Akteure entwickelten die Schweizer Trotzist*innen früh ein Interesse an den algerischen Unabhängigkeitsbestrebungen der 1950er Jahre. Während der acht Jahre anhaltenden Kampfhandlungen unterstützten sie diese nach Möglichkeiten.

In den 1950er Jahren befand sich das ehemals gigantische französische Kolonialreich im Zerfall. Nach den verlustreichen Jahren des Zweiten Weltkrieges war Frankreich weder militärisch noch ökonomisch in der Lage, seine Kolonien zu erhalten. In *Điên Biên Phủ* verlor es im Frühjahr 1954 seinen wichtigsten kolonialen Einfluss in Südostasien. Als sich die französischen Truppen aus dieser Region zurückzogen, zeichnete sich in der Mittelmeerregion bereits der nächste Konflikt ab. In der algerischen Unabhängigkeitsbewegung, die unter der Kontrolle des *Mouvement pour le triomphe des libertés démocratiques* (MTLD) und dessen Gründer, dem Vordenker des algerischen Nationalismus, Messali Hadj, stand, kam es zu dramatischen internen Auseinandersetzungen. Diplomatisch agierende Unabhängigkeitsbefürworter*innen wie Hadj standen Aktivist*innen gegenüber, welche einen Unabhängigkeitskrieg guthiessen. Diese Streitigkeiten führten zu einer Spaltung des MTLD: Mit dem Ziel, Algerien als Nationalstaat aus der über hundertjährigen Kolonialherrschaft Frankreichs zu führen, gründeten Befürworter*innen des bewaffneten Kampfes das politisch unabhängige Aktionskomitee *Front de Libération Nationale* (FLN) und lancierten den »Befreiungskampf« am 1. November 1954 mit einer Serie von Bombenanschlägen in Algerien.

Etlliche kleinere algerische Parteien waren ebenfalls bestrebt, ihren Einfluss zu vergrössern, und griffen in den sich entwickelnden Machtkampf ein. In der Folge sollten sie jedoch alle entweder zu Grunde gehen oder in die FLN integriert werden. Als einzige echte inneralgerische Konkurrentin etablierte sich um den im MTLD entmachteten Messali Hadj die neu gegründete Partei *Mouvement National Algérien* (MNA). Zwischen der FLN und der MNA, den beiden Kontrahentinnen um die Vertretung des algerischen Volkes, entbrannte in der Folge ein blutiger Konflikt. Die Auseinandersetzungen beschränkten sich dabei nicht allein auf die algerischen Gebiete; innerhalb eines Jahres wütete der Krieg auch auf dem französischen Festland in voller Härte. Beide Parteien strebten in Frankreich mittels einer Kampagne aus Einschüchterungen und Gewaltakten danach, die finanzielle Unterstützung der algerischen Arbeiter*innen in Frankreich für sich zu sichern.

Dieser als »Café-Krieg« bezeichnete Nebenschauplatz des Konfliktes – sogenannt aufgrund der vielen Anschläge auf Cafés in Frankreich – forderte ungefähr 5000 Tote und wurde hauptsächlich zwischen den beiden algerischen Gewerkschaften geführt: der UGTA (*Union Générale des Travailleurs Algériens*), welche mit der FLN affiliert war, und der USTA (*Union Syndicale des Travailleurs Algériens*), die der MNA angehörte. Beide Gewerkschaften sammelten unter ihren Mitgliedern Gelder, um die Kampfhandlungen der jeweiligen Partei und deren militärischen Verbände zu finanzieren. Während Frankreich in dieser Frühphase des Krieges erst allmählich die Signifikanz des algerischen Aufstandes realisierte, versank die Unabhängigkeitsbewegung selbst immer mehr in internen Auseinandersetzungen. Auch die Schweiz bekam die Auswirkungen zu spüren, da sie aufgrund ihrer geografischen Nähe zu Frankreich und durch den französischsprachigen Landesteil als Rückzugsort für die von Frankreich verfolgten Algerier*innen diente. Besonders Genf, welches eine

Vielzahl an internationalen Organisationen beherbergte, wurde von algerischen Widerstandskämpfer*innen frequentiert.¹



Abb. 1: Die beiden Schweizer Trotzlisten Walter Kern (links) und Heinrich Buchbinder, hier vermutlich an einer Friedensdemonstration 1963, pflegten enge Kontakte mit dem algerischen Widerstand und waren zentrale Figuren der Algerien-Solidarität in der Schweiz.

Der Algerienkrieg, in dem sich das Streben einer Nation nach Dekolonisation und Unabhängigkeit äusserte, weckte das Interesse diverser politischer Organisationen. Auch die Schweizer Trotzlist*innen unterstützten gemäss ihrer politischen Überzeugung die Unabhängigkeitsbewegung schon früh – während des Kriegsverlaufes allerdings in unterschiedlicher Intensität. Die Schweizer Trotzlist*innen, die damals unter anderem im Sozialistischen Arbeiterbund (SAB) organisiert und teilweise Mitglieder der IV. Internationale waren, sahen sich in der Tradition von Trotzlisten oppositioneller Haltung gegenüber der stalinistischen Bürokratisierung der Sowjetunion. Durch die politische Ablehnung des Imperialismus – die Trotzlist*innen sahen die westlichen Kolonialreiche als Überbleibsel des Finanzimperialismus des 19. Jahrhunderts – und aufgrund des Postulats des Internationalismus, engagierten sie sich zugunsten der algerischen Rebell*innen.²

Zeitgleich initiierte auch der Polizeidienst der schweizerischen Staatsanwaltschaft, im Folgenden als »Bundespolizei« bezeichnet, die Überwachung der in der Schweiz lebenden algerischen Aktivist*innen. Dabei wurden im Namen des schweizerischen Staatsschutzes nicht nur die Algerier*innen, sondern auch die sie unterstützenden aktivistischen Netzwerke observiert. Die heute einsehbaren Dokumente des Staatsschutzes können deshalb als Quellen dienen, um die Aktivitäten der Schweizer Trotzlist*innen im Zusammenhang mit der algerischen Unabhängigkeitsbewegung zu rekonstruieren.³ Zudem sind Schriften der trotzlistischen Aktivist*innen – oft in Form von Zeitungsartikeln – Zeugnisse

ihrer Auseinandersetzung mit dem Krieg beziehungsweise ihrer Solidarität mit dem algerischen Widerstand.

Im Folgenden wird anhand der archivierten Dokumente, einiger Personennachlässe, sowie der Fichen der Bundespolizei gezeigt, wie Schweizer Trotzlist*innen jeweils unterschiedlich in den Algerienkonflikt involviert waren. Dabei sollen die Sichtweisen der politischen Überwacher*innen und die Schilderungen der Überwachten miteinander verbunden und deren Interaktionen beleuchtet werden. Dadurch ergibt sich das Bild solidarischer Unterstützung, welche die Trotzlist*innen teilweise unter grossen Gefahren geleistet haben.

Der Algerienkrieg und die Schweizer Trotzlist*innen

Die frühe Auseinandersetzung der Schweizer Trotzlist*innen mit dem Krieg in Algerien ist bemerkenswert, weil der Krieg sowohl im Grossteil der Schweizer Presse wie auch im politischen Diskurs praktisch ignoriert wurde. Das offizielle Frankreich selbst erkannte erst in den 1990er Jahren an, dass es sich bei den Auseinandersetzungen rund um die Unabhängigkeit Algeriens überhaupt um einen Krieg gehandelt hatte. Die Aufarbeitung setzte dementsprechend spät ein und gestaltet sich auch heute durch teilweise noch immer verschlossene Archive als schwierig.⁴ Die Ursachen für die grosse Einsatzbereitschaft der Trotzlist*innen für das Thema Algerien können somit nicht restlos aufgeklärt werden. Vieles deutet aber darauf hin, dass das intensive Engagement von Beginn des Aufstandes an aufgrund von persönlichen Beziehungen zustande gekommen war.

In den 1950er Jahren gab es eine weitreichende internationale Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen, vor allem in Europa aktiven, trotzlistischen Organisationen. Gerade die schweizerischen und die französischen Trotzlist*innen standen rege in Korrespondenz und persönlichem Austausch.⁵ Durch die Aktivitäten innerhalb der Arbeiterschaft waren die französischen Aktivist*innen der trotzlistischen *Parti Communiste Internationaliste* (PCI) mit der grossen Anzahl an Arbeiter*innen algerischer Herkunft in Kontakt gekommen. Vor allem die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den französischen Trotzlist*innen und algerischen Aktivist*innen scheinen ein wesentlicher Faktor dafür gewesen zu sein, dass der Algerien-Konflikt bei den Schweizer Trotzlist*innen eine derart hohe Bedeutung erhielt.

Nachdem sich die PCI 1952 über die Frage des Verhältnisses zur *Parti Communiste Français* (PCF) gespalten hatte, existierten fortan zwei trotzlistische Parteien in Frankreich, die sich PCI nannten, und die auch jeweils die entgegengesetzte Seite im FLN-MNA-Konflikt unterstützten. Die Schweizer Trotzlist*innen pflegten enge Kontakte mit derjenigen PCI, die von Pierre Bousset (alias Pierre Lambert) angeführt wurde und die MNA

unterstützte. Sie übernahmen denn auch deren Positionierung, und propagierten diese über ihr eigenes redaktionelles Organ, *Das Arbeiterwort*.⁶



Abb. 2: Der Algerienkrieg wurde in der Schweizer Öffentlichkeit lange kaum beachtet. Unter anderem durch das Engagement der Schweizer Trotzki*innen etablierte sich in linken Kreisen eine Solidaritätsbewegung, die versuchte, das »Schweigen« zu brechen. Artikel in einer Gewerkschaftszeitung.

Die Beziehungen zu ihren französischen Genoss*innen waren aber nicht der einzige Grund dafür, dass sich die Schweizer Trotzki*innen umfangreich in der Algerien-Thematik engagierten. Da die politische Führung des SAB immer nur aus wenigen Personen bestand, erhielten die Erfahrungen und Anschauungen einzelner Mitglieder starkes Gewicht. So entwickelte sich das SAB-Mitglied Walter Kern, der auf privaten Reisen schon früh verschiedene Kontakte nach Algerien aufgenommen hatte, zu einer treibenden Kraft. Kern baute bereits Jahre vor dem Krieg freundschaftliche Beziehungen in Algerien auf, und zwar spezifisch im Umfeld der späteren MNA. 1949 gelang es ihm auf seiner ersten Algerienreise, Kontakt mit Messali Hadj aufzunehmen und mit ihm eine Diskussion über ein unabhängiges Algerien zu führen.⁷ Über Algerien und von den Erlebnissen seiner Reisen berichtete Kern nicht nur im *Arbeiterwort*, sondern er schrieb auch für die Zeitung der Gewerkschaft VPOD, *Der öffentliche Dienst*.⁸

Die Nähe der PCI zur MNA und die persönlichen Beziehungen Kerns trugen entscheidend dazu bei, dass in der Berichterstattung über Algerien im trotzkistischen *Arbeiterwort* die MNA in den ersten Jahren dominierte. Doch auch unabhängig von den direkten Kontakten zwischen den Organisationen passten die ideologischen Überlegungen der MNA, welche sich besonders zu Kriegsbeginn durch sozialistisches Gedankengut und einen Willen zur

Agrarreform auszeichneten, gut zu den politischen Überzeugungen der Schweizer Trotzki*innen. Der Konflikt in Algerien wurde im *Arbeiterwort* als Chance gesehen, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges stagnierende sozialistische Bewegung im Westen neu zu beleben.⁹ Der Konflikt wurde zudem von Beginn an als der Versuch eines kolonial unterdrückten Volkes gewürdigt, den Imperialismus zu besiegen – und dementsprechend als »Krieg« bezeichnet. Dies war keinesfalls üblich in der öffentlichen Debatte. Der überwiegende Teil der medialen Berichterstattung spiegelte die Position der französischen Behörden wider, die den Konflikt als Aufstand algerischer Banditen darstellten.¹⁰

Praktische Unterstützung in der Schweiz

Vermittelt durch die Kontakte zu den französischen Genoss*innen der IV. Internationale besuchte 1956 erstmals ein Mitglied der MNA, Moulay Merbah, die Trotzkiisten Heinrich Buchbinder und Walter Kern in der Schweiz. Merbah war einer der bedeutendsten Anhänger von Messali Hadj und hatte eine wichtige Position in der MNA inne. In Frankreich wurde er per Haftbefehl gesucht. Die vorhandenen Akten belegen, dass die in der Schweiz operierende Zelle des MNA vollständig von Merbah kontrolliert wurde.¹¹ Obwohl er als politischer Flüchtling in der Schweiz das Versprechen hatte ablegen müssen, alle politischen Aktivitäten einzustellen, agitierte er weiterhin für die Sache der MNA.

Merbah knüpfte Kontakte zu Heinrich Buchbinder, Jost von Steiger und Walter Kern, die versuchten, die MNA-Aktivist*innen in der Schweiz sporadisch zu unterstützen und sie vor der staatlichen Überwachung abzuschirmen. Sie stellten ihnen Unterkünfte bereit, hielten als »Briefkästen« Kommunikationswege offen und boten finanzielle Unterstützung. Doch sollten diese Tätigkeiten dem Staatsschutz nicht unbemerkt bleiben. Wahrscheinlich rückten genau diese Treffen mit Merbah die Schweizer Trotzkiisten Buchbinder, von Steiger und Kern in den Fokus der Bundespolizei.¹² Merbah lernte sie gemäss den Fichen wahrscheinlich am 9. und 11. Mai 1956 bei Treffen in Restaurants kennen; die Kontaktaufnahme erfolgte durch die Vermittlung eines französischen Trotzkiisten.¹³

Die politische Überwachung dieser drei Schweizer Trotzkiisten im Zusammenhang mit dem Algerienkrieg begann mit diesen Treffen. In den folgenden Monaten wurden diverse Zusammenkünfte Buchbinders mit verschiedenen Algeriern registriert, die allesamt mit der MNA affiliert waren. Wie Moulay Merbah wurden viele von ihnen in Frankreich gesucht und hielten sich oft in der Schweiz auf, um so weiterhin politischen Einfluss ausüben zu können.¹⁴

Akten	Datum	Gegenstand
C.8.10221	2.6.56	v.ZH.Kant.: Erwähnt im Ueberwachungsbericht zum Aufenthalt der beiden algerischen Nationalisten MERRAH Mouly 13 und BOUHAFIA' Abed 13 im Hotel 'Eden au Lac', wo diese mit B. Verbindung aufgenommen hatten. Die beiden Algerier wurden am 9.5.56 vom Café 'Frascati' von einem Auto ZH 70927 Besitzer B.weggeführt.
	6.7.56	v.Insp. [REDACTED]: Aktennotiz betr. Angaben von 'Su' über HAMAIDIA Abdallah 22. Doiser erklärte, dass er in der Schweiz u.a. am B. in Verbindung gestanden sei.
	9.7.56	v.do: Bericht betr. Personen die mit HAMAIDIA Abdallah 22 in Verbindung standen. Personalien.
	6.7.56	an PTT: ersuchen um TK gegen Anschlüsse 267429 privat und 258240 Büro. [REDACTED]
	7.7.56	v.ND Zürich: Bericht betr. die Ueberwachung des MERRAH Mouly 13 in Zürich. Am 5.6.56 hat er sich im Café 'Frascati' mit B. getroffen.
	9.7.56	an ER Feldmann: Bericht über die Umtriebe von Nordafrikanern in der Schweiz. Informationen betr. die Verbindungen des HAMAIDIA Abdallah 22 zu schweizerischen Trotzlisten u.a. zu B. B. soll sich auch an einer Besprechung von 5.6.56 in Zürich mit Nordafrikanern teilgenommen haben, wobei Bombenanschläge gegen franz. Vertretungen am 14.7.56 geplant worden seien. Am 4.3.56 hat B. dem HAMAIDIA einen falschen Pass übergeben, welchen er durch Vermittlung eines franz. Trotzlisten beschaffen konnte.
	11.7.56	v. [REDACTED]: Aktennotiz. Die Hausdurchsuchung bei B. ist programmgemäss durchgeführt worden, die Einvernahme z.Zt. noch im Gang.
.8.31	11.7.56	v.ND Zürich: B. erhielt von FREI Josef in Freiburg i.Br. einen Brief betr. Treffpunkt in Lörrach mit den Zürcher Genossen.
.8.10221	14.7.56	v.Komm. [REDACTED] Bericht betr. Aktion gegen Algerier in Zürich am 11.7.56. B. ist seit Jahren Mitglied der Trotzlisten. Er hatte enge Beziehungen zum Sekr. des 'Mouvement national algérien', MERRAH Mouly 13 und andern algerischen Nationalisten. Er hat auch HAMAIDIA A,dallah 22 finanziell unterstützt.

Abb. 3: Die Aktivitäten der Schweizer Trotzlist*innen, insbesondere im Bezug auf ihre Kontakte zum algerischen Widerstand, wurden von der Bundespolizei streng überwacht. Heute lassen sich Teile ihrer praktischen Solidaritätsarbeit anhand der Überwachungsdokumente rekonstruieren. Ausschnitt aus der Fiche von Heinrich Buchbinder.

Im Juli 1956 wurde die Überwachung verschärft; die Bundespolizei ordnete eine Telefon- und Briefkontrolle der Schweizer Trotzlisten an. Zeitgleich mehrten sich bei der Bundespolizei die aus Frankreich stammenden Hinweise, dass die auf schweizerischem Boden agierenden Algerier*innen zusammen mit den Trotzlist*innen mehrere Anschläge auf französische Vertretungen in der Schweiz und im nahen Ausland planen würden. Die Bundespolizei initiierte daraufhin den umfangreichsten Eingriff, der im Zuge dieser Überwachung stattfinden sollte. Sie durchsuchte die Häuser von Buchbinder und Kern und verhörte die beiden. In den Akten wurde dieser Zugriff stets als »Aktion gegen Algerier« beschrieben. Mit dieser »Aktion« trat die staatliche Überwachung aus ihrem Wirken im Verborgenen: Aus einer passiven Observierung wurde eine aktive Operation. Den Verdacht der geplanten Anschläge konnte die Bundespolizei dadurch aber nicht erhärten. Sprengstoff wurde ebenso wenig sichergestellt wie illegale Gerätschaften. Die Verhörten wurden am selben Tag wieder auf freien Fuss gesetzt. Allerdings gelang es, genügend politisches Material zu konfiszieren, um die algerischen Aktivist*innen des Landes zu verweisen.¹⁵

Verfolgt man die Fichen-Einträge nach dieser Eskalation weiter, kollabierte das MNA-Netzwerk in der Schweiz relativ bald danach. Damit einhergehend scheinen die persönliche Kontakte der drei überwachten Trotzlisten Buchbinder, von Steiger und Kern mit algerischen Unabhängigkeitskämpfer*innen für die nächsten Jahre zum Erliegen

gekommen zu sein. Keiner der fichierten Algerier hielt sich in der Folgezeit längerfristig in der Schweiz auf oder agierte dort in Sachen der MNA. Abgesehen von einigen kurzen Besuchen, meistens in Genf, blieben die Mitglieder der MNA der Schweiz fortan fern. Auch die Fichen der drei Trotzlisten weisen nun praktisch keine Nennungen mehr im Zusammenhang mit dem Algerienkrieg auf. Es lässt sich allerdings nicht abschliessend eruieren, ob der Grund hierfür auch darin liegen könnte, dass die Überwachten ihre Tätigkeiten in der Folgezeit besser verschleierten. Allerdings impliziert auch das Jahre später verfasste Selbstzeugnis von Walter Kern, dass diese erste Phase, in welcher hauptsächlich praktische Unterstützung geleistet worden war, nach der polizeilichen Aktion geendet hatte.¹⁶ Die schweizerischen Behörden erreichten also die Stilllegung der politischen Aktivitäten algerischer Aktivist*innen sowie deren Unterstützung durch Schweizer Trotzlist*innen. Doch kann nicht endgültig beantwortet werden, ob dies auf die Aktionen der Bundespolizei zurückzuführen ist, oder auf den sich ohnehin abzeichnenden Untergang der MNA.¹⁷

Für einen der ausgewiesenen Algerier endete die Episode besonders dramatisch. Youssef Lamoudi wurde ebenfalls im Zuge der »Aktion gegen Algerier« des Landes verwiesen. Gemäss der Aussage von Walter Kern in einem Interview, das Jahre nach dem Krieg geführt wurde, sei dieser in der Folge in Algerien verhaftet worden und habe durch die Hände des französischen Geheimdienstes den Foltertod erlitten.¹⁸ Gemäss der Fiche der Bundespolizei, in der ein dazu divergierender Hergang beschrieben wird, sei Lamoudi in Frankreich im Mai 1957 einem tödlichen Anschlag zum Opfer gefallen. Die Informationen, auf die sich die Bundespolizei bei diesem Eintrag stützte, stammten vom französischen Geheimdienst.¹⁹ Die Aktionen der Bundespolizei hinterliess aber auch bei den Schweizer Aktivist*innen Spuren. Kern hielt den Zugriff Jahrzehnte später in seinem autobiografischen Werk *Begegnungen mit dem Teufel* fest; Buchbinder machte ihn schon damals in Zeitungsartikeln und in politischen Reden publik.

Walter Kern nutzte die Episode in seiner Autobiografie als Anlass, allgemeinere Reflexionen bezüglich der Fichierungen anzustellen, und zog eine direkte Verbindung zwischen den Hausdurchsuchungen und der sogenannten *Dubois-Affäre*.²⁰ Hierbei handelte es sich um die im Sommer 1957 aufgedeckte Verwicklung zwischen der Bundesstaatsanwaltschaft und dem französischen Botschaftsattaché André Marcel Mercier, der als Offizier im französischen Auslandsgeheimdienst tätig war. Gemäss dem offiziellen Bericht und den autobiografischen Angaben Kerns hatte ein Mitarbeiter der Bundesanwaltschaft namens Max Ulrich während längerer Zeit Material mit ausländischen Geheimdiensten ausgetauscht, vor allem mit Mercier. Als der Bundesstaatsanwalt René Dubois von den Verflechtungen seines Mitarbeiters erfuhr, gelang es Mercier, Dubois ebenfalls als Informanten einzuspannen. Als die Verbindung aufgedeckt wurde, beging Dubois Selbstmord.²¹ Der gesamte Umfang des Austausches ist zwar noch nicht erforscht, umfasst aber nachweislich auch Dokumente über die Trotzlisten Buchbinder, von Steiger und Kern.²² Die von Kern

angenommene direkte Verbindung zwischen der Hausdurchsuchung und der Affäre scheint dennoch fragwürdig, da die Hinweise wohl über offizielle Kanäle kamen und auch der Bundesrat darin involviert war.²³

Buchbinder wiederum schilderte seine Erfahrung mit den Hausdurchsuchungen und ihren Konsequenzen in einem Artikel im *Arbeiterwort*, in welchem er die politisch Verantwortlichen angreift. Er kritisiert die Ausschaffung algerischer Aktivisten, bei denen allesamt keine strafbaren Handlungen festgestellt werden konnten. Auch prangert er die einseitige Positionierung der offiziellen Schweiz im Algerienkrieg und die undurchsichtigen Verbindungen der Bundesanwaltschaft zum französischen Geheimdienst an. Man erkenne zwar an, dass algerische Unabhängigkeitskämpfer*innen Attentate verübten, doch seien diese der FLN und nicht der MNA zuzuschreiben.²⁴

Von der MNA zur FLN

Zeitgleich mit dem Abbrechen der Kontakte zwischen der MNA und den Schweizer Trotzlist*innen änderte sich auch der Kriegsverlauf. Der inneralgerische Machtkampf eskalierte und erreichte den ersten grausamen Höhepunkt. Bis ins Jahr 1958 gelang es der FLN, teilweise durch blutige Massaker, die MNA als letzte inneralgerische Konkurrentin beinahe komplett zu eliminieren. Bis zum Kriegsende überdauerten zwar einige wenige Unterstützer*innen der MNA, besonders in Frankreich, als Kriegspartei war sie in der Folge aber bedeutungslos. Dies spiegelt sich auch in den Akten der überwachten Algerier wider. Einer der letzten Einträge in den Fichen der Bundespolizei zu den Aktivisten der MNA stammt vom September 1960 und behandelt die Aktivitäten einer massiv geschwächten Gruppierung. Bereits hätten sich beinahe alle Mitglieder von Messali Hadj abgewandt und ihm ihr Vertrauen entzogen. Der Generalsekretär der MNA, Moulay Merbah, sei nun einer seiner letzten Getreuen.²⁵ Merbah sollte erst am 17. Juli 1962 aus der MNA austreten und daraufhin nach Algerien reisen, um den Kontakt mit Mitgliedern der FLN aufzunehmen und einen Versöhnungsprozess zwischen den verfeindeten algerischen Nationalist*innen zu initiieren. Nach seiner Ankunft wurde er verhaftet, kurz darauf jedoch wieder freigelassen. In den darauffolgenden Jahren praktizierte er als Anwalt in Medea.²⁶

Die Trotzlist*innen selbst berichteten zwischen 1958 und 1960 nicht mehr über die MNA und erst im November 1960 wurde im *Arbeiterwort* eine Erklärung abgedruckt: Bisher habe man stets die MNA unterstützt, weil die FLN stark bürgerliche Elemente aufgewiesen habe. Kürzlich habe jedoch in der MNA ein Rechtsrutsch stattgefunden, Messali Hadj unterstütze offen Charles de Gaulle und habe die MNA aus dem aktiven Kampf genommen. In der FLN und in der Gewerkschaft UGTA sei es derweil zu einem Linksrutsch gekommen.²⁷ Darum würde man nun konsequenterweise die FLN unterstützen. Genauer werden die Gründe für den Richtungswechsel der Trotzlist*innen nicht ausgeführt, sie scheinen auch nicht vollständig

zugetroffen zu haben und wohl mehr dazu gedient zu haben, die neuen Loyalitäten zu legitimieren. Die Trotzki*innen suchten fortan den Kontakt zu Mitgliedern des FLN.



Abb. 4: Auf die Hausdurchsuchungen bei Walter Kern und Heinrich Buchbinder und die Ausweisung von Moulay Merbah und anderen algerischen Aktivisten reagierte die Schweizer Trotzki*innen unter anderem mit einer Sonderausgabe des Arbeiterwort. Darin werfen sie der Bundespolizei vor, auf Anwendung der französischen Geheimpolizei gehandelt zu haben, und mit dem französischen Kolonialismus zu kollaborieren.

Walter Kern gibt an, auf einer Reise, die er 1959 nach Tunesien unternahm – dank der Vermittlung von Freunden aus der Gewerkschaft UGTA – eines der Gründungsmitglieder des FLN, Muhammad Boudiaf, getroffen zu haben.²⁸ Kern erzählt weiter, er habe diesen damals in die Schweiz eingeladen. Da Boudiafs Bruder Moussa während des Krieges in Bern gewesen war, hätte er die Einladung gerne angenommen.²⁹ Im Mai 1962 beherbergte Heinrich Buchbinder, auf Vermittlung von Kern, Muhammad Boudiaf bei sich.³⁰ Allerdings bestehen berechtigte Gründe, diese frühe Verbindung von Kern zu Boudiaf zu bezweifeln. Boudiaf wurde nämlich 1956 aus einem algerischen Flugzeug heraus verhaftet und erst im Frühjahr 1962 wieder aus dem französischen Gefängnis freigelassen. Es ist also

unmöglich, dass Kern Boudiaf tatsächlich bereits 1959 traf und es bleibt offen, ob es sich um eine Verwechslung des Namens oder der Jahreszahl handelt. Das Treffen im Mai 1962 dagegen lässt sich mittels der Fichen nachweisen.³¹ Ein Kontakt zwischen den Boudiaf-Brüdern, Buchbinder und Kern hatte also mit Sicherheit stattgefunden.

Solche Fehlinformationen im autobiografischen Werk Kerns können teilweise auch durch die Natur des Algerienkrieges selbst erklärt werden. In diesem komplexen Konflikt und mit den sich stetig verändernden Frontlinien war es äusserst schwierig, präzise Informationen zu erlangen. So findet man auch in der Berichterstattung des *Arbeiterwortes* fehlerhafte Aussagen. Ferner darf bei der Untersuchung des Quellenmaterials nicht vergessen werden, dass die Schweizer Trotzki*innen nicht einfach nur Berichterstatte*innen waren. Sie hatten während des Krieges aktiv für Kriegsparteien sowie für einzelne Akteure Partei ergriffen. Bei den autobiografischen Aufzeichnungen muss zusätzlich bedacht werden, dass sie Jahrzehnte später niedergeschrieben worden waren und es daher zu Verwechslungen bezüglich Personen wie auch Daten gekommen sein könnte.

Muhammad Boudiaf selbst sollte nach dem Krieg eine Oppositionspartei gegen die FLN gründen und aus dem Land exiliert werden. Während des in den 1990er Jahren wütenden algerischen Bürgerkrieges wurde Boudiaf als Kompromisskandidat vom Militär, das mit der FLN affiliert war, zum Präsidenten Algeriens ernannt. Nach einigen Monaten im Amt wurde er im Juni 1992 von seinem Bodyguard erschossen.

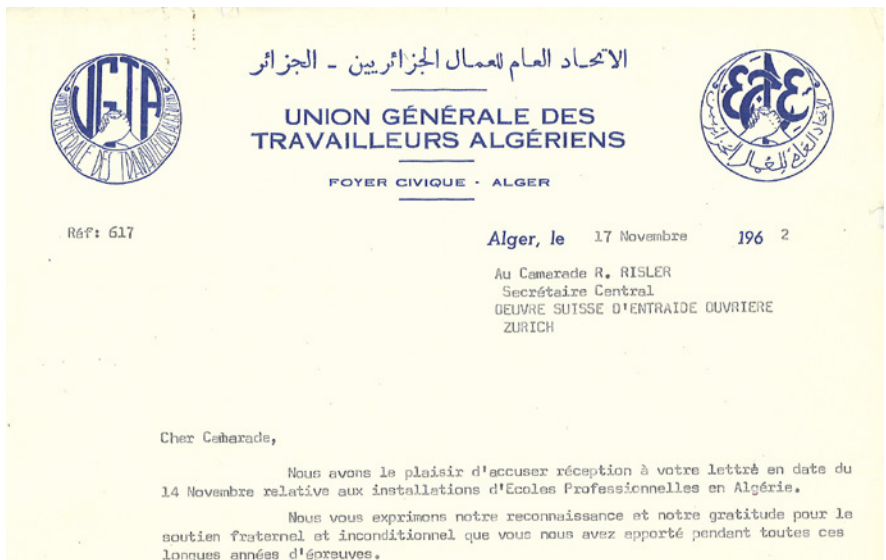


Abb. 5: Walter Kern spielte eine zentrale Rolle in der Vernetzung zwischen Algerien und der Solidaritätsbewegung in der Schweiz. Auch die Kontakte zwischen der UGTA und dem Schweizerischen Arbeiterhilfswerk wurden durch ihn vermittelt. Brief der UGTA an SAH Zentralsekretär Robert Risler.

Kerns Reise nach Algerien

Auch wenn die Unterstützung der algerischen MNA durch die Schweizer Trotzki*innen gegen Ende der 1950er Jahre nachliess, nahm sie doch an anderer Stelle und vor allem dank Walter Kern und Heinrich Buchbinder zu. Wichtig wurde die Solidarität vor Ort. Kerns Solidaritätsleistungen und sein politisches Engagement basierten wiederum stark auf seinen persönlichen Kontakten. So nutzte er seine bereits angesprochenen Beziehungen zu Moussa Boudiaf sowie zum Schweizerischen Arbeiterhilfswerk (SAH), um einen befreundeten österreichischen Arzt, Dr. Willy Schöllner, im Frühjahr 1959 an ein tunesisches Dorf für algerische Kriegsflüchtlinge zu vermitteln. Gemäss den autobiografischen Angaben Kerns meldete sich Schöllner, nachdem er seine Zulassung in Österreich wegen vorgenommenen Abtreibungen verloren hatte, mit der Bitte bei ihm, ihn als Arzt an die *Armée de libération nationale* (ALN) – den militärischen Arm der FLN – zu vermitteln. Schöllner hatte sich an Kern gewandt, da dieser über ein umfassendes Netzwerk an Personen des algerischen Widerstandes verfügte.

Kern riet seinem Freund aber vehement von einem Einsatz im Kampfgebiet ab, dies besonders aufgrund des fortgeschrittenen Alters des Arztes. Er habe sich stattdessen um andere Möglichkeiten bemüht und sich hierfür an Moussa Boudiaf gewandt. Dieser habe wiederum mit seinem Bruder Muhammad Boudiaf in Tunis telefoniert, welcher trotz seiner Inhaftierung Mitglied der provisorischen algerischen Regierung mit Sitz in Tunis war. Da Boudiaf wohl im Gefängnis trotzdem in der Lage war, ein gewisses Mass an Kommunikation und Organisation aufrechtzuerhalten, war für Kern klar, dass über diesen Kanal eine Zusammenarbeit zustande kommen könne und die Idee sei entstanden, den Arzt an das tunesische Kinderdorf zu vermitteln.³²

Im selben Jahr sei Kern von Robert Risler, dem damaligen Leiter des SAH,³³ gebeten worden, einen Transport von 50 000 Franken in das erwähnte und vom SAH unterstützte Flüchtlingsdorf zu übernehmen, was nach tunesischem Gesetz illegal war. Eine Transaktion des Geldes aus der Schweiz hätte bis zu 50 Prozent Verlust gebracht. Da Tunesien dabei war, den Tourismus neu aufzubauen, sei man Tourist*innen gegenüber allerdings äusserst zuvorkommend gewesen. Dies hatte zur Folge, dass ausländische Gäste kaum Gepäckkontrollen unterzogen wurden. Kern gibt an, das Geld im Zuge der bereits angesprochenen Reise nach Tunesien im Sommer 1959 transportiert zu haben. Auf der gleichen Reise wollte er Willy Schöllner treffen und das mittlerweile von ihm betreute Kinderdorf besuchen. Es sei ihm darüber hinaus gelungen während dieser Reise freundschaftliche Beziehungen zu Mitarbeitern der UGTA aufzubauen und in Tunis Muhammad Boudiaf persönlich kennenzulernen. Kern nutzte die Reise aber auch, um einen Bericht über die Zustände in Tunesien und das algerische Grenzgebiet zu verfassen. Laut Kern sei für die Algerier*innen, mit denen er sich ausgetauscht habe, offensichtlich, dass nach der Revolution nur eine sozialistische Politik das Land aus der Misere führen könne.

kanische Republik, Haiti und Paraguay haben nämlich alle übrigen 17 auf dem Wege zur Demokratie schon einiges hinter sich und streben nun die soziale und mithin auch staatliche Festigung an. Die nach dem letzten Weltkrieg zur Hauptsache aus Händlern und auch aus Arbeitern entstandene Mittelklasse will ein Zurücksinken in Armut und dementsprechende Radikalisierung der Massen unter allen Umständen vermeiden. Dies beansprucht jedoch große Mittel und sonstige Hilfe von außen, denn die Frage von Dutzenden von Millionen bettelarmer Ländereiten und Analphabeten muß ja auch irgendwie gelöst werden.

Woher das viele Geld nehmen? Vorbei sind die Zeiten des Zweiten Weltkrieges, in denen das von der Natur begünstigte Süd- und Mittelamerika für gute Preise Kupfer, Zinn, Öl, Zucker, Wolle, Fleisch, Kaffee und anderes an die USA und ihre Verbündeten liefern konnte. Die Nachkriegszeit ließ die Nachfrage nach diesen Rohstoffen und Lebensmitteln rapid sinken, denn andere Länder traten als Verkäufer wieder auf. Bedenkenlos erließen die USA ferner aus verschiedenen Gründen Einfuhrbeschränkungen für gewisse südamerikanische Artikel und stürzten damit die Einproduktländer, wie es die lateinamerikanischen Staaten meistens sind, in große Schwierigkeiten. 34 Milliarden Dollar flossen im weiteren durch den Marshall-Plan nach dem kriegsverwüsteten Europa, über 9 Milliarden erhielten die bedrohten asiatischen Staaten, Lateinamerika hatte sich mit 1 Milliarde zu begnügen. Dieser Erdteil war offensichtlich vom Kommunismus zu wenig bedroht, als daß sich für Washington eine vielmilliardenschwere «Versicherungsprämie» lohnte! Langfristige billige Anleihen waren in Washington nicht erhältlich, die Bittsteller wies man an die Wall Street.



Helpt den algerischen Flüchtlingen

Abb. 6: Die Fotografie war ein wichtiges visuelles Medium, mit welchem für die Solidarität mit Algerien geworben wurde, wie hier in der Gewerkschaftszeitung *Helvetische Typographia*. Speziell die hier abgebildete Aufnahme spielte in den Algerien-Solidarität eine wichtige Rolle.

Bei aller proklamierten Nähe Kerns zum »algerischen Volk« verfällt dieser immer wieder in eine romantische Verklärung des algerischen Widerstandes. So berichtet er von angeblicher Geschlechtergleichberechtigung bei der UGTA. Die teilweise stark frauenfeindliche Einstellung in den Reihen der FLN und ihrem bewaffneten Arm, der ALN, thematisierte er dagegen nie.³⁵ Dennoch waren der Kontakt, den Kern mit der algerischen Bevölkerung pflegte, und seine Gegnerschaft zum Kolonialismus wohl die massgeblichen Gründe, weswegen ab 1959 eine Annäherung der Trotzki*innen an die FLN und die UGTA zustande kam.

Materielle Hilfe für Algerien

Angeblich auf Vorschlag von Muhammad Boudiaf, den Kern auf seiner Reise getroffen haben will, leitete dieser, geprägt von seinen Erfahrungen, mit Bekannten aus sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Kreisen eine Sammelaktion in die Wege. Mit fünfzig namhaften Interessierten gründeten sie das Komitee Schweiz-Algerien unter Vorsitz von Franz Rispy, einem ehemaligen Fremdenlegionär, der sich nun gegen die französische Kolonialmacht positioniert hatte.

Eine Voraussetzung zum Beitritt war, keine Beziehungen zur FLN zu haben, was einen immer noch vorsichtigen Umgang mit der FLN impliziert. Ebenso waren Behördenmitglieder von der Teilnahme ausgeschlossen, was wohl mit den Erfahrungen in Zusammenhang mit der staatlichen Überwachung zusammenhing.³⁶

Es war vorgesehen, dass das Komitee hauptsächlich propagandistische Tätigkeiten übernehmen würde.³⁷ Mit Bildern und Texten über den Krieg wollte man die Öffentlichkeit für die Geschehnisse in Algerien sensibilisieren. Dennoch scheint sich die anfänglich stark propagandistische Ausrichtung später zugunsten eines pragmatischen Umgangs verschoben zu haben und es kam zu Spenden sowie zum Sammeln und Verteilen von Ressourcen. Kern beschreibt etwa, dass sie mit Aktivist*innen eine Sammelaktion an der Universität Zürich organisiert hätten und so zu diversen Medikamenten, Nahrungsergänzungsmitteln und einer fast neuwertigen Röntgenmaschine gekommen seien. Mit Hilfe von Medizinstudent*innen wurde die gesammelten Waren sortiert und beim SAH gelagert. Das Arbeiterhilfswerk sorgte für die Verpackung und den Versand nach Tunesien. Die Verteilung der Hilfsgüter, oftmals Medikamentenproben, die anderenfalls entsorgt worden wären, wurde mit Hilfe des SAH und Dr. Willy Schöller, organisiert.³⁸ Auch das *Arbeiterwort* unterstützte das Komitee, indem es zum Einsenden von Hilfsgütern aufrief.³⁹

WALTER KERN

Lieber Röbi!

Hier eine Einladung des Komitees Schweiz-Algerien zu einer Arbeitstagung nach Biel. Es würde uns freuen, wenn Du oder einer Deiner Mitarbeiter daran teilnehmen könntest.

Die Medikamentensammlung ist gut angelaufen. Es sind bald etwa 500 kg eingelagert. Könntet Ihr, wie abgemacht, den Versand übernehmen?

Herzliche Grüsse

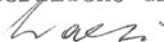


Abb. 7: Nachricht von Walter Kern an Robert Risler vom Schweizerischen Arbeiterhilfswerk betreffend einer Sammelaktion für Algerien.

Für Walter Kern blieben nach dem Krieg gemischte Gefühle Algerien gegenüber. Ein anfängliches Aufblühen einer sozialen und freiheitlichen Gesellschaft sei rasch wieder unterdrückt worden. Durch die Ausbeutung der reichen Bodenschätze Algeriens habe sich eine Finanzmafia bilden können, so Kern, der es gelang, die Regierung zu unterwandern und die Geschäfte zu übernehmen. Die zunehmende Verbitterung der armen Bevölkerung wurde zum Nährboden eines extremistischen Islams und als sich die FLN in den 1990er Jahren weigerte, nach verlorener Wahl die Macht abzugeben, brach der algerische Bürgerkrieg aus. Kern hat oft über das Schicksal seiner Freunde aus der UGTA nachgedacht und fragte sich, ob diese exiliert, verhaftet oder gar wie Muhammad Boudiaf ermordet worden waren.⁴⁰

Die Beteiligung Heinrich Buchbinders an der praktischen Hilfe in Algerien fand erst nach Beendigung der Kriegshandlungen und zusammen mit dem SAH statt. Er half bei der administrativen Unterstützung für den Aufbau der algerischen Industrie und für die Ausbildung von Fachkräften. Auf die Details der Solidaritätsleistung von Buchbinder lässt seine Korrespondenz mit einem *Comité français préparatoire à la conférence d'assistance technique d'Alger* schliessen. So wurde Buchbinder etwa aufgefordert, seine Autorität und sein Prestige in den linken Kreisen Deutschlands zu nutzen, um einige Persönlichkeiten an eine geplante Konferenz in Brüssel einzuladen.⁴¹ Die Aktivitäten des Komitees drehten sich vor allem um den Versuch, die einzelnen europäischen Solidaritätsbemühungen zu synchronisieren, wie in einem Brief an Buchbinder vom 8. April 1963 impliziert wird.

Zu diesem Zweck wurde Buchbinder für den 20. April 1963 zu einer Konferenz nach Paris eingeladen. An diesem Treffen sollte unter anderem ein europäisches Sekretariat für die Algerienhilfe eingerichtet werden und eine weitere Konferenz geplant werden. Diese sollte voraussichtlich am 27. Mai in Algier stattfinden, um mit algerischen Regierungsvertretern inklusive dem Staatspräsidenten Ahmed Ben Bella, die notwendigen Hilfeleistungen zu besprechen und ein Sekretariat als Bindeglied zwischen Europa und Algerien einzurichten, das die nötige Hilfe effizienter koordinieren sollte.⁴² Nach Aussagen von Freunden kannten sich Buchbinder und Ben Bella persönlich. Dies belegen auch einige Glückwunschschriften von Ben Bella an Buchbinder, die sich in seinem Nachlass finden.⁴³

Zu einem späteren Zeitpunkt kann keine Beteiligung Buchbinders an Aktivitäten in Algerien mehr festgestellt werden. Auch in der Berichterstattung des *Arbeiterwortes* verlor Algerien bereits vor Kriegsende an Bedeutung. Der Waffenstillstand und der Friedensvertrag wurden kaum noch thematisiert. Es folgten noch einige wenige Artikel über Algerien und die Machtübernahme durch Houari Boumedienne im Juli 1965 wurde noch einmal scharf kritisiert.⁴⁴ Insgesamt aber scheint es, als sei Buchbinders Auseinandersetzung mit Algerien ab Sommer 1963 im Sande zu verlaufen.

Dass sich die anfänglich positive Einstellung dem algerischen Unabhängigkeitskampf gegenüber in den Jahren nach dem Friedensschluss bei den Akteuren oft verflüchtigt hatte, gar eine gewisse Resignation eingetreten war, sollte die Bewertung des Engagements nicht schmälern. Der eigenen Gefährdung und des beachtlichen Aufwandes zum Trotz bauten die Schweizer Trotzist*innen ein beachtliches Unterstützungsnetzwerk für den algerischen Unabhängigkeitskampf auf.

Christian Futter studiert Geschichte und Osteuropäische Geschichte im Master an der Universität Zürich.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Unbekannt, *Heinrich Buchbinder und Walter Kern an einer Friedensdemonstration*, vermutlich 1963, Privatarchiv.

Abb. 2: Zeitungsartikel, vermutlich aus *Helvetische Typographia*, undatiert, Schweizerisches Sozialarchiv (SozArch), Ar. 20.971.122: Algerienhilfe (Ausschnitt).

Abb. 3: Bundesfiche Heinrich Buchbinder, AfZ, NL Buchbinder, 2(V)/3(V) (Ausschnitt).

Abb. 4: Titelseite, *Das Arbeiterwort* Jg. 12 (Sonderausgabe Juli 1956), SozArch.

Abb. 5: Briefkopf, UGTA an Robert Risler, 17.11.1962, SozArch, Ar. 20.971.122: Algerienhilfe.

Abb. 6: Titelseite, *Helvetische Typographia*, Jg. 101 (12.11.1959), SozArch (Ausschnitt).

Abb. 7: Walter Kern an Robert Risler, undatiert, SozArch, Ar. 20.971.122: Algerienhilfe.

Literatur

- 1 Vgl. Damien Carron: *La Suisse et la guerre d'indépendance algérienne*, Lausanne: Editions Antipodes (2013), S. 65–70.
- 2 Vgl. Leo Trotzki: *Verratene Revolution*, Essen: Mehring (2016), S. 207.
- 3 Vgl. Lucas Federer: »Aktiv Fichiert«, in diesem Band.
- 4 »Guerre d'Algérie et combats en Tunisie et au Maroc«, in: Webseite des französischen Senats, <http://www.senat.fr/dossier-legislatif/pp198-418.html>
- 5 Abhörungsprotokoll Merbah Moulay vom 11.07.1956, Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich (AfZ), Nachlass Heinrich Buchbinder (NL Buchbinder), 2b(V) Umschlag 1956; Bericht vom 20.09.1956 (französisch), ebd. sowie Sylvain Pattieu: »The Comrades of the Brothers«, in: Ian Birchall: *European Revolutionaries and Algerian Independence, 1954–1962*, London: Socialist Platform (2012), S. 98–103.
- 6 »Zur Weltlage«, in: *Das Arbeiterwort* Jg. 11 (April 1956), S. 2 sowie »Was will die algerische Befreiungsarmee«, in: ebd., Jg. 12 (Sonderausgabe Juli 1956), S. 1f.
- 7 Walter Kern, »Geraubte Erde, erster Teil«, in: *VPOD – Der öffentliche Dienst*, 14.02.1958, S. 1f. sowie ders.: »Geraubte Erde, zweiter Teil«, in: ebd., 21.02.1958, S. 2.
- 8 Walter Kern: »Soziologischer Streifzug durch Algerien, erster Teil«, in: *VPOD – Der öffentliche Dienst*, 24.02.1956; ders.: »Soziologischer Streifzug durch Algerien, zweiter Teil«, in: ebd., 02.03.1956; ders.: »Geraubte Erde, erster Teil«, in: ebd., 14.02.1958 sowie ders.: »Geraubte Erde, zweiter Teil«, in: ebd., 21.02.1958.
- 9 »Zur Weltlage«, in: *Das Arbeiterwort* Jg. 10 (November 1954), S. 2 sowie »Zur Weltlage«, in: ebd., Jg. 12 (August 1956), S. 2f.; für weiterführende Überlegungen zur theoretischen Positionierung der Trotzki*innen im Algerienkrieg vgl. Michiel van Gulpen: »Die Hoffnung in die Kolonialrevolution«, in diesem Band.
- 10 Vgl. Philip Dine: »A la recherche du soldat perdu: Myth, Metaphor and Memory in the French Cinema of the Algerian War«, in: Valerie Holman, Debra Kelly: *France at War in the Twentieth Century: Propaganda, Myth, and Metaphor*, New York: Berghahn Books (2000), S. 144f.
- 11 Personendossier Moulay Merbah, Schweizerisches Bundesarchiv (BArch), E4320-01C#1996/202#37* Massab–Marzoukri.
- 12 Ebd.; Personendossier Walter Kern, BArch E4320-01C#1996/203#270* Kehr–K.G.Z. sowie Fiche von Heinrich Buchbinder, AfZ, NL Buchbinder, 2(V)/3(V).
- 13 Abhörungsprotokoll Merbah Moulay vom 11.07.1956, AfZ, NL Buchbinder, 2b(V) Umschlag 1956 sowie Bericht vom 20.09.1956 (französisch), AfZ, NL Buchbinder, 2b(V), Umschlag 1956.
- 14 Personendossier Moulay Merbah, BArch, E4320-01C#1996/202#37* Massab–Marzoukri.
- 15 Ebd.
- 16 Vgl. zum Beispiel Walter Kern: *Begegnung mit dem Teufel*, unveröffentlicht: Zürich (Vorabdruck Februar 2008), S. 94–101.
- 17 Personendossier Moulay Merbah, BArch, E4320-01C#1996/202#37* Massab–Marzoukri; Personendossier Walter Kern, BArch, E4320-01C#1996/203#270* Kehr–K.G.Z. sowie AfZ, NL Buchbinder, Kiste 2(V)/3(V).
- 18 Vgl. René Holenstein: *Was kümmert uns die Dritte Welt: Zur Geschichte der internationalen Solidarität in der Schweiz*, Zürich: Chronos (1998), S. 56.
- 19 Personendossier Youssef Lamoudi, BArch, E4320-01C#1996/202#34* La–Luwaty.
- 20 Walter Kern: *Begegnung mit dem Teufel*, unveröffentlicht: Zürich (Vorabdruck Februar 2008), S. 94–100.
- 21 Vgl. Jürg Frischknecht u.a.: *Die unheimlichen Patrioten*, Zürich: Limmat-Verlag (1979), S. 65f.
- 22 Bericht »Nationalistes algériens«, 18.07.1956, BArch, C.25. Fall Dubois/Ulrich, C.25.10 im Büro von BA Dubois erhobene Akten (französisch).

- 23 »Betr. Umtriebe von Nordafrikanern in der Schweiz« 09.07.1956, AfZ, NL Buchbinder, 2b(V), Umschlag 1956.
- 24 »Ein »Algerierkomplott« in Zürich«, in: *Das Arbeiterwort* Jg. 12 (Sonderausgabe Juli 1956), S. 1.
- 25 Personendossier Moulay Merbah, BArch, E4320-01C#1996/202#37* Massab-Marzoukri.
- 26 Vgl. Benjamin Stora: *Dictionnaire biographique de militants nationalistes algériens: E.N.A., P.P.A., M.T.L.D.: (1926-1954)*, Paris: Editions L'Harmattan (1985), S. 295f.
- 27 »Zur Weltlage«, in: *Das Arbeiterwort* Jg. 16 (November 1960), S. 2.
- 28 Walter Kern: *Begegnungen mit dem Teufel*, unveröffentlicht: Zürich (Vorabdruck Februar 2008), S. 124f.
- 29 Ebd., S. 125.
- 30 Bundesfiche Heinrich Buchbinder, AfZ, NL Buchbinder, 2(V)/3(V).
- 31 Rapport der Kantonspolizei Zürich an die Bundesanwaltschaft Bern vom 29.05.1962, AfZ, NL Buchbinder, 2c(V), Dossier 1962.
- 32 Walter Kern: *Begegnungen mit dem Teufel*, unveröffentlicht: Zürich (Vorabdruck Februar 2008), S. 111-113.
- 33 Vgl. Findmittel SozArch, Robert Risler, <http://findmittel.ch/archive/archNeu/Ar151.html> (26.09.2016).
- 34 Walter Kern: *Begegnungen mit dem Teufel*, unveröffentlicht: Zürich (Vorabdruck Februar 2008), S. 113-115/S. 124-131.
- 35 Ebd., S. 128 sowie Martin Evans: *Algeria: France's undeclared War*, Oxford: Oxford University Press (2012), S. 172-175.
- 36 Handschriftliche Notiz, Komitee Schweiz-Algerien, 27.10.1960, Schweizerisches Sozialarchiv (SozArch), SAH, Ar 20.971.122, Dossier HA R. Risler Algerienhilfe, Mappe Einzelfälle.
- 37 Berichtigung des Komitees Schweiz-Algerien vom 30.12.1960, SozArch, SAH, Ar 20.971.122, Mappe Algerienhilfe in der Schweiz 1959-1960.
- 38 Bericht an das Komitee Schweiz-Algerien, SozArch, SAH, Ar 20.971.122 Mappe Einzelfälle sowie Walter Kern: *Begegnungen mit dem Teufel*, unveröffentlicht: Zürich (Vorabdruck Februar 2008), S. 111-113/S. 132f.
- 39 Aufruf des Komitees Schweiz-Algerien, *Das Arbeiterwort* Jg. 16 (Dezember 1960), S. 1 sowie Walter Kern: *Begegnungen mit dem Teufel*, unveröffentlicht: Zürich (Vorabdruck Februar 2008), S. 132-134.
- 40 Walter Kern: *Begegnungen mit dem Teufel*, unveröffentlicht: Zürich (Vorabdruck Februar 2008), S.129f.
- 41 Brief an Heinrich Buchbinder vom 06.05.1963 (französisch), AfZ, NL Buchbinder, 21(V), Umschlag 2.
- 42 Brief an Heinrich Buchbinder vom 08.04.1963 (französisch), AfZ, NL Buchbinder, 79(V), Dossier Algerien 1963/64.
- 43 Diverse Dokumente, AfZ, NL Buchbinder, 79(V), Dossier Algerien 1963/64.
- 44 »Zur Weltlage«, in: *Das Arbeiterwort* Jg. 21 (Juli 1965), S. 2.

Die Hoffnung in die »Kolonialrevolution«

Die antikolonialen Kämpfe in vielen Teilen der Welt wurden von den Schweizer Trotzist*innen intensiv mitverfolgt. In ihrer Zeitschrift interpretierten sie diese als treibende Kraft für die Weltrevolution. Damit wurden die Trotzist*innen zum Bindeglied zwischen dem traditionellen kommunistischen Internationalismus und dem aufkommenden Tiersmondismus.

»Proletarier aller Länder, vereinigt euch!«¹ – Der Aufruf aus dem *Kommunistischen Manifest* (1848) von Marx und Engels findet sich prominent platziert auf der Titelseite jeder Ausgabe der trotzkistischen Zeitschrift *Das Arbeiterwort*. Doch was bedeutete die Parole konkret für die Proletarische Aktion der Schweiz (PAS), die Herausgeberin dieser ungefähr monatlich erscheinenden Zeitung? Immerhin waren seit der Veröffentlichung des *Kommunistischen Manifests* über hundert Jahre vergangen, als die PAS in den 1950er Jahren das *Arbeiterwort* lancierte – und die Welt war in vielerlei Hinsicht nicht mehr dieselbe.

Für Marx und Engels bedeutete der proletarische Internationalismus in erster Linie die »vereinigte Aktion« des Proletariats in den »zivilisierten Ländern«, die das Zentrum des jungen Kapitalismus bildeten.² Auch wenn Marx sich durchaus auch mit aussereuropäischen Kämpfen auseinandergesetzt hatte, blieben Allianzen mit aussereuropäischen Gruppierungen, abgesehen von Nordamerika, in dieser Periode der Arbeiter*innenbewegung »exotische« Ausnahmen.³ In der Welt der 1950er Jahre, in denen die PAS das *Arbeiterwort* lancierte, wurden aussereuropäische Kämpfe und Gruppierungen hingegen zu einem zentralen Referenzpunkt für gewisse Teile der revolutionären Linken. Im Zuge des Wirtschaftswunders fand eine relative Stabilisierung der westlichen kapitalistischen Gesellschaften statt, während im Kontext des Kalten Krieges der Antikommunismus erstarkte. Die Perspektive einer revolutionären Bewegung der Arbeiter*innen in den Zentren des kapitalistischen Weltsystems war in weite Ferne gerückt.

Gleichzeitig hatte der Zweite Weltkrieg in vielen aussereuropäischen Ländern eine katalysierende Wirkung auf die antikolonialen Kämpfe ausgeübt. In den 1950er Jahren verschärfte sich dann in den kolonialen und postkolonialen Weltregionen soziale und wirtschaftliche Auseinandersetzungen wie auch nationale Befreiungskämpfe. Ereignisse wie die anti-imperialistischen Revolutionen von 1952 in Ägypten und Bolivien, der Sieg der Viêt Minh über Frankreich 1954, die Bandung-Konferenz der blockfreien Staaten 1955, die Verstaatlichung des Suezkanals, die kubanische Revolution und der algerische Unabhängigkeitskrieg waren Teil einer »Revolte gegen den Westen«.⁴ Im Zuge dieser Revolte zerfielen innert weniger Jahrzehnte die europäischen Imperien grösstenteils, die vor den Weltkriegen noch den grössten Teil der Erde umspannten.

Die Dekolonisation war kein Prozess, der sich nur zwischen den Kolonisierten und den Kolonisatoren abspielte, sondern war von der gegenseitigen Wahrnehmung und Beeinflussung sozialer und politischer Bewegungen aus verschiedenen Erdteilen geprägt. Ein wichtiges Element dieser Verflechtungsgeschichte waren die ideologischen und politischen Verbindungen zwischen den antikolonialen Widerstandsbewegungen und der Arbeiter*innenbewegung in den europäischen Ländern.⁵ Wenn das *Arbeiterwort* in den 1950er Jahren den proletarischen Internationalismus beschwört, so stellt sich die Frage, wie die neu entbrannten

Emanzipationskämpfe in den (post-)kolonialen Staaten und die globalhistorischen Prozesse der Dekolonisation in ein marxistisch-internationalistisches Weltbild eingeordnet wurden. Wie beeinflussten die anti-kolonialen Kämpfe der Dekolonisation die politische Analyse der Schweizer Trotzlist*innen und ihren Blick auf die (post-)kolonialen Länder?



Abb. 1: Die Tradition des proletarischen Internationalismus bildete den Rahmen für die Auseinandersetzung der Schweizer Trotzlist*innen mit den antikolonialen Kämpfen im globalen Süden. Das bringt auch das Motto des Arbeiterworts zum Ausdruck: »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!«

Sowohl in der politischen Erinnerungskultur der radikalen Linken als auch in der Geschichtsschreibung zu den Verflechtungen zwischen der Arbeiter*innenbewegung und den antikolonialen Kämpfen werden meistens zwei historische Momente ins Zentrum gerückt: einerseits der proletarische Internationalismus und Antimperialismus der frühen Kommunistischen Internationale (Komintern) unter Lenin, andererseits die tiersmondistische Bewegung ab den späten 1960er Jahren. Die Kämpfe der nun als »Dritte Welt« oder »Trikont« bezeichneten Weltregionen wurden im Zuge des Tiersmondismus zu einem der zentralen Fokuspunkte der radikalen Linken.⁶

Der Tiersmondismus war geprägt von einer radikalen Dezentrierung Europas. Den europäischen Mächten wurde in diesem Kontext vorgeworfen, sie hätten durch koloniale und kapitalistische Expansion die Probleme des globalen Südens zu verantworten, könnten aber keine Lösungen dafür bieten.⁷ Das moralisch und politisch korrumpierte Europa wird in dieser ideengeschichtlichen Verschiebung »vom Subjekt zum Objekt der Geschichte«,⁸ während die »Dritte Welt« zum Ort der »Hoffnung auf Erneuerung und die Entwicklung einer politischen und gesellschaftlichen Alternative« wird.⁹ In der Forschung wird oft die Neuartigkeit des tiersmondistischen Fokus auf den globalen Süden betont. Dabei werden die Brüche und Diskontinuitäten hervorgehoben, die diese neuen Solidaritätsdiskurse und -bewegungen von den älteren Traditionen des proletarischen Internationalismus und des kommunistischen Antiimperialismus abgrenzen.¹⁰

Das Narrativ der Diskontinuität trifft allerdings nur bedingt zu, wie sich in der trotzkistischen Auseinandersetzung mit den antikolonialen Kämpfen zeigt. Schon Mitte der 1950er Jahre – also noch vor dem eigentlichen Aufkommen des Tiersmondismus – formierte sich, eng verbunden mit der Eskalation des Algerienkriegs, zunächst in Frankreich, und kurz darauf auch in anderen westlichen Industriestaaten, eine »neue radikale Linke«.¹¹ Sie setzte sich aus neuen intellektuellen Strömungen in der Linken und älteren dissidenten Strömungen des Linkssozialismus, Anarchismus und des Trotzkismus zusammen.¹² Diese neue radikale Linke formulierte scharfe Kritik an den Institutionen des offiziellen Kommunismus und der Sozialdemokratie, wobei ihr »wichtigstes Distinktionsmerkmal« ein »radikaler Antikolonialismus« war. Sie war an der »Entdeckung der Dritten Welt« im Westen, die sich in dieser Periode auch in bürgerlichen Entwicklungsdiskursen zu äussern begann, massgeblich beteiligt und hätte gleichzeitig ohne die Inspiration durch die antikolonialen Kämpfe nicht existiert.¹³

Die Schweizer Trotzki*innen der PAS können als Pioniere dieser »neuen« linken Politik in der Schweiz betrachtet werden. In ihrer Auseinandersetzung mit den Widerstandsbewegungen im globalen Süden lässt sich eine gewisse Kontinuität zwischen dem »alten« linken Antiimperialismus der Komintern und dem neuen politischen Fokus auf die antikolonialen Bewegungen feststellen. Anhand der Berichterstattung im *Arbeiterwort* wird folgend die Auseinandersetzung der Schweizer Trotzki*innen mit den antikolonialen Bewegungen während der 1950er Jahre im Hinblick auf diese ideengeschichtliche Kontinuität analysiert.

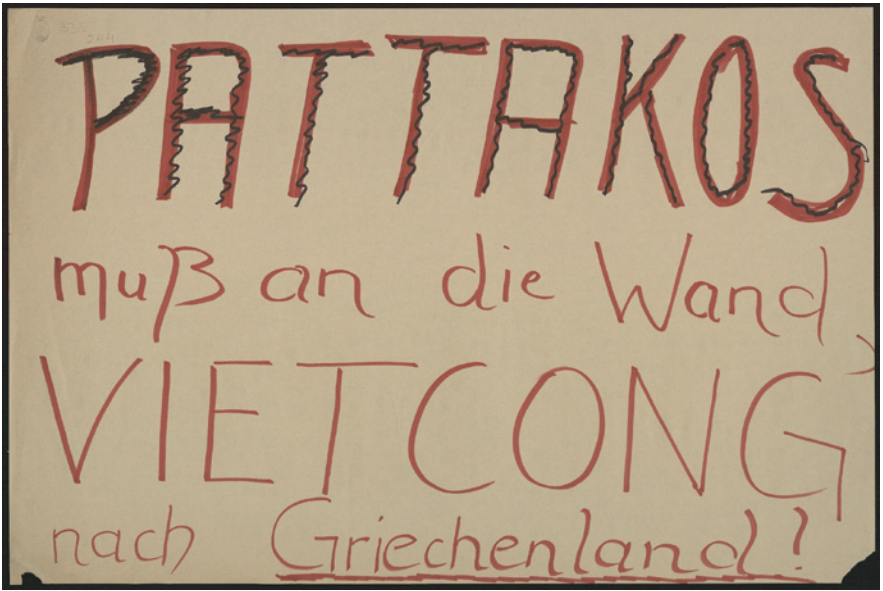


Abb. 2: In den Ende der 1960er Jahre aufkommenden tiersmondistischen Diskursen ersetzten die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt das westliche Proletariat als das Subjekt revolutionären Wandels. In einer Wandzeitung in Zürich von 1968 wird dieses Prinzip humoristisch überspitzt, indem gefordert wird, dass die Vietcong den Umsturz der griechischen Militärdiktatur unter Stylianos Pattakos in die Hand nehmen sollen.

Das Arbeiterwort und sein Publikum

Das *Arbeiterwort* wurde von der PAS und dem Sozialistischen Arbeiterbund (SAB) ab 1952 mit Heinrich Buchbinder als verantwortlichem Redaktor monatlich herausgegeben.¹⁴ In ihrem Selbstverständnis verfocht die Zeitung »[...] im Gegensatz zur Sozialdemokratie und zur kremlhörigen PdA eine konsequente und saubere sozialistische Politik.«¹⁵ Die Quellenlage erlaubt keine genaue Nennung der Auflage. Klar ist, dass das *Arbeiterwort* kein Massenmedium war. Aus internen Korrespondenzen lässt sich schliessen, dass die Zeitung 1955 nicht mehr als achtzig Abonnent*innen zählte, auch wenn der tatsächliche Leser*innenkreis »wesentlich grösser« gewesen sein soll.¹⁶ Es ist wahrscheinlich, dass die Zeitung innerhalb der Organisationen ohne formelle Abonnemente zirkulierte. Dazu kommen Exemplare, die über den Strassenverkauf in Umlauf gebracht wurden, was wohl den Grossteil der Auflage ausgemacht haben dürfte. Darüber hinaus wurde das *Arbeiterwort* auch in trotzkistischen Zusammenhängen ausserhalb der Schweiz gelesen. So sendete die PAS nach eigenen Angaben schon 1952 monatlich zweihundert Exemplare des *Arbeiterworts* an ihr nahestehende Organisationen in Deutschland. Sogar in Dänemark wurde die Presse der PAS gelesen.¹⁷

Als Adressaten des *Arbeiterworts* kann aufgrund der kleinen Auflage kaum die schweizerische Arbeiterschaft als Ganzes angenommen werden. Der Grossteil der Arbeiter*innen, inklusive jener, die in der politischen Arbeiter*innenbewegung organisiert waren, wäre kaum empfänglich

gewesen für die revolutionären Ideen der Trotzki*innen – zu stark dominierte dort im Kontext der Hochkonjunktur der Nachkriegsjahre und des Antikommunismus eine »Politik des Klassenkompromisses und der nationalen Verständigung«. ¹⁸ Das *Arbeiterwort* war wohl viel eher an drei spezifische Gruppen gerichtet. Erstens an die Mitglieder und Sympathisant*innen der PAS und des SAB selbst: Publizistische Organe sind als kontinuierliches Element von ideologischer Selbstkonstitution und interner Bildung für politische Organisationen von zentraler Bedeutung. Zweitens müssen auch trotzkistische Organisationen im deutschsprachigen Ausland als Adressaten mitgedacht werden. Drittens wurden Dissident*innen aus Sozialdemokratie, Gewerkschaften und der PdA sowie unabhängige Linke adressiert, für die die PAS oder der SAB eine Alternative zu Sozialdemokratie oder Stalinismus bieten konnte. Dies zeigt sich zum Beispiel im *Arbeiterwort* daran, dass die PAS Sozialdemokrat*innen des linken Flügels der SP eine Plattform für Kritik an der eigenen Partei bot, oder dass sich der SAB mit offenen Briefen an die PdA und ihre Mitglieder wandte. ¹⁹

Die antikolonialen Bewegungen im *Arbeiterwort*

Berichterstattungen und Analysen zu den antikolonialen und sozialen Kämpfen in den (post-)kolonialen Ländern finden sich in den meisten Ausgaben des *Arbeiterworts* in den 1950er Jahren. Dies ist bemerkenswert, wenn man den gesellschaftlichen Kontext, in den die Trotzki*innen mit der Publikation intervenierten, bedenkt. In der Schweizer Öffentlichkeit der 1950er Jahre wurden den Entwicklungen in den (post-)kolonialen Ländern allgemein wenig Beachtung geschenkt. Wenn dies doch einmal geschah, so wurde tendenziell hinter »[...] jedem Ereignis die lange Hand Moskaus oder Pekings vermutet [...]«, was ein Verständnis für die Tragweite der Dekolonisierungsprozesse blockierte. ²⁰ Das *Arbeiterwort* jedoch solidarisierte sich bereits in seinen ersten Ausgaben mit der antiimperialistischen Bewegung und bekräftigte in der Berichterstattung zur bolivianischen Revolution von 1952 und der Suezkrise den Grundsatz, dass für die »[...] Überwindung der unerträglichen Lebensverhältnisse [in Ägypten] die Abschaffung der kolonialen Fremdherrschaft Voraussetzung ist«. ²¹

Die Kontextualisierung der Situation in Ägypten und Bolivien, die im *Arbeiterwort* von Beginn weg vor dem Hintergrund des »Aufstand[s] der kolonialen Völker« ²² betrachtet wurde, zeigt auf, dass die Schweizer Trotzki*innen ein eher breites Verständnis von antikolonialen Kämpfen hatten. Es war nicht etwa auf die nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen der Kolonien beschränkt, sondern schloss auch Widerstand gegen andere Formen der Abhängigkeit von den kapitalistischen Staaten Europas und der USA ein. Schliesslich waren weder Bolivien noch Ägypten zu jenem Zeitpunkt formell Kolonien. Auch wurde der Imperialismus nicht nur als

koloniale Expansion im engeren Sinne begriffen, wie folgende Passage aus dem *Arbeiterwort* deutlich macht: »Der Aufstand der kolonialen Völker hat auf den Imperialismus, auf den unmittelbaren Machtbereich der Wallstreet übergreifen.«²³ Entsprechend der marxistischen Imperialismustheorie entsprach der Imperialismus für die Schweizer Trotzki*innen einer Expansion des Kapitals, die – insbesondere durch das Finanzkapital vorangetrieben – nicht zwingend über koloniale Integration funktionierte.

Jenseits des Eisernen Vorhangs

Wer der XIX. Parteitag der sowjetrussischen Regierungspartei in gewissem Sinn eine Bilanz der Entwicklung der SU, so haben wir unsererseits in bisher drei Artikeln (*Arbeiterwort* Nr. 4, 5 und 6) aus dieser Bilanz einige Schlüsse gezogen. Ein gewaltiger, auf Tatsachen und nicht etwa auf Bilanzierungskünsten beruhender Aktivposten sprang in die Augen: die planmäßig geleitete Kollektivwirtschaft der SU hat ein Entwicklungstempo eingeschlagen, wie es der Kapitalismus nie erreicht hat und auch nicht erreichen kann. Gleichzeitig hat und auch nicht erreichen kann, Gleichzeitigkeit haben wir aber festgestellt, daß auf Grund der heutigen Konsumgüterproduktion der Lebensstandard der Massen noch so ürmlich sein muß, daß schon allein darum von einer sozialistischen Gesellschaft im wahren Sinn des Wortes in der Sowjetunion keine Rede sein kann.

Wie steht es nun sozial, politisch und kulturell?
Ist auf diesen Gebieten ein Entwicklungsstand erreicht, der über die kapitalistische Barbarei hinausweist in Richtung einer «Assoziation», worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist? (Kommunistisches Manifest)?

Wir haben immer betont, daß dies nicht der Fall ist, daß Sowjetrußland noch weit von der sozialistischen Freiheit entfernt ist, daß seit dem Aufkommen einer privilegierten, bürokratischen Oberschicht viele diesbezügliche Errungenschaften der Oktoberrevolution sogar wieder rückgängig gemacht wurden, und daß ein Polizeiregime schlimmster Sorte unter dem Deckmantel des «Sozialismus» schändlichste Verbrechen begeht. Heute, nachdem die Regierung Malenkov offiziell zugibt, daß es in der SU möglich war, höchste Würdenträger (zu denen gehören nämlich die Kreni-Arzte) fälschlich des Mordes anzuklagen, eine Anklage mit gefälschten Beweismitteln aufzuziehen und von den Angeklagten Geständnisse ihrer Schuld zu erpressen, müssen sich auch bisher blindgläubige Stalinsten fragen, wie es denn mit den früheren Prozessen des Stalinsregimes gegen seine Gegner gestanden habe. Selbst der Leichtgläubigste kann ja kaum annehmen, daß nur zwei Personen (wie uns jetzt weismacht wird) für die Riesenanklage und Riesenkampagne gegen die «Mordritze» verantwortlich seien! Wo bleibt die Überprüfung all der übrigen Prozesse, die der statistische Staatsicherheitsdienst aufgezogen hatte?

Der XIX. Parteitag
Am XIX. Parteitag war natürlich von solchen Dingen noch keine Rede. Auch wurden dort so wenig wie in der Sowjetstatistik Angaben gemacht über die Bürokratie und ihre Privilegien. Offiziell gibt es

Die SU im Lichte des 19. Parteitages der KPdSU (Schluß)

in der SU bekanntlich nur «Arbeiter, Bauern und Intellektuelle». Und dennoch findet man zwischen den Zeilen des Berichts von Malenkov Aufschlüsse über die wahren Zustände, die zum Aufsehen zwingen. Wir meinen nicht die vielen Kritiken an faulen, unfähigen oder unehrlichen «Funktionären», schlechter Organisation, mangelndem kulturellem Niveau usw., die auf Konto «menschlicher Schwächen» zu buchen sind. Wir meinen vielmehr die Kritiken Malenkovs an den (offenbar nicht seltenen) Elementen, die offen in den Betrieben schollen, wie wenn diese ihr kapitalistisches Privateigentum wären, die offen die Sowjetgesetze brechen und ihre Untergebenen zwingen, ihnen illegale Vorteile zuzuschaukeln:

«Es sind nicht wenig Funktionäre aufkommen, die vergessen, daß die ihrer Fürsorge und Leitung anvertrauten Betriebe staatliche Betriebe sind, und diese Betriebe in ihre Domäne zu verwandeln suchen, in der ein solcher, mit Verlaub zu sagen Leiter alles tut, was seinem (linken +) einfallen mag.»

heißt es auf Seite 173 des Berichts. Und auf Seite 77 findet sich folgende Schilderung:

«Manche Funktionäre von Partei, Sowjet- und Landwirtschaftsorganen, betrafen sich, stütz über die Interessen der gesellschaftseigenen Wirtschaft der Kolchose zu wachen, selbst damit, Kolchosgut zu verschleppen, verstoßen gräßlich gegen die Sowjetgesetze, lassen sich den Kolchos gegenüber Willkür und ungesetzliche Handlungen zuschulden kommen. Unter Mißbrauch ihrer dienstlichen Stellung nehmen solche Funktionäre gesellschaftseigenen Boden für sich in Anspruch, nötigen Verwaltungen und Vorsitzende von Kolchosen, ihnen ungemächlich oder zu niedrigen Preisen Getreide, Fleisch, Milch und andere Erzeugnisse abzugeben, ihnen gehörendes, wenig ergebnisses Vieh gegen hochergiebigeres, wertvolleres Vieh der Kolchose umzutauschen usw.»

Die «Funktionäre», die Malenkov hier beschreibt, sind nicht einfach besonders üble Bürokraten, sondern es sind im Grunde kapitalistische Elemente, es ist ein Teil jener konterrevolutionären Schicht, von der im Leitartikel der letzten Nummer des «AW» die Rede war, und deren Existenz wir hier aus «berufenem Munde» bestätigt finden. Aber die zitierten Worte beweisen noch mehr.

Die Ursachen der Willkür
Worum können solche Funktionäre es riskieren, dazwischen zu hausen? Doch offenbar nur darum, weil die von ihrer Willkür Betroffenen es nicht wagen, beim Richter oder beim zuständigen Partei- oder Staatsorgan Klage einzulegen. Worum wagen sie es nicht? Weil sie aus bitterer Erfah-

Wir müssen es uns aus Raumangel versagen, aus Malenkovs Bericht weitere Tatsachen zu zitieren. Trotz Unterschlagung wichtigster Posten und andern Kniffen zeigt Malenkovs Bilanz das Eine mit aller Klarheit: nicht nur in Bezug auf den wirtschaftlichen Unterbau, sondern noch mehr in Bezug auf den sozialen, politischen und kulturellen Unterbau steckt Sowjetrußland noch tief im Uebergangsstadium vom Kapitalismus zum Sozialismus. Und aus unserer Kenntnis fügen wir hinzu: es ist in mancher Beziehung sogar in seine zivilisatorische, barbarische Vergangenheit zurückgefallen, falls das Kreni-Regime in Bezug auf Grausamkeit der Methoden das zaristische Polizeiregime nicht sogar noch übertrifft.

Dies haben wir immer und immer wieder festgesetzt. Und wenn ein Einsender in der Februar-Nummer «Stalin-Rußland — ein Faktor der Re-

Diesseits des Eisernen Vorhangs

Wer übt Terror in Kenya?

«Als die Weißen kamen, hielten sie die Bibel und wir das Land — heute haben sie das Land und wir die Bibel.» Diese Worte eines südafrikanischen Negerführers treffen in abgewandelter Form fast auf ganz Afrika zu, so z. B. auf Kenya, wo 30 000 Weiße 5 Millionen Schwarze mit List und Gewalt von ihrer angestammten Erde in unfruchtbare Reservate vertrieben haben.

Heute fordern die Afrikaner unter Führung der Kenya-Afrika-Union ihren Boden und ihr Recht zurück und die weißen Herren wollen es ihnen mit Gewalt verwehren. Das ist der Hintergrund der Schlogzeiten in unsern bürgerlichen Blättern über den «Mau-Mau-Terror», der, wenn er überhaupt auf Wahrheit beruht, offenbar in Notwehrhandlungen schlecht bewaffneter schwarzer Partisanen besteht. Diese Tatsachen brechen sich sogar durch die verlogenen offiziellen Verlautbarungen der Kolonialverwaltung Bahn, die immer wieder von Verhaftung und Internierung von Tausenden und Abertausenden von Afrikanern und von der Verfolgung und Tötung Hundertter von «Terroristen» berichten, während diese einzelne Weiße oder einige schwarze «Kollaborateure» ermordet haben sollen.

Daß der ursprüngliche Terror in Kenya nicht von den «Mau-Mau», sondern von den britischen Kolonialherren ausgeht, das beweist in aller Klarheit die kürzliche Verurteilung Jomo Kenyattas zu einer hohen Gefängnisstrafe wegen angeblicher

Abb. 3: In den Rubriken »Jenseits des Eisernen Vorhangs« und »Diesseits des Eisernen Vorhangs« kritisierte das *Arbeiterwort* die Entwicklungen in den beiden Lagern des Kalten Krieges. In der letzteren werden immer wieder die Kolonialgreuel der europäischen Mächte und der US-Imperialismus angeprangert. Das Verhältnis des Westens zur »Dritten Welt« wird im *Arbeiterwort* stets als Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnis thematisiert.

In der wiederkehrenden *Arbeiterwort*-Rubrik »Zur Weltlage« dominierten zu Beginn der 1950er Jahre noch Nachrichten aus Europa, den USA und der Sowjetunion. Insbesondere die Befürchtung, die Krise der amerikanischen Wirtschaft und die massiven Investitionen in die Rüstungsindustrie könnten zu einem »heissen« Krieg führen, ist regelmässig zu beobachten.

Allerdings wurde die Intensivierung von antkolonialen Bewegungen durchaus registriert und das Erstarken des »Heer[s] von Kolonialsklaven, die an ihren Ketten rütteln« zu einem weltpolitischen Faktor antizipiert. Zusammen mit den »Heerscharen des Arbeitervolks [im Westen]« wird hier das Potential verortet, den scheinbar bevorstehenden Krieg zu verhindern.²⁴ Die antkolonialen Bewegungen, die im *Arbeiterwort* oft in abstrakter Form als »die Kolonialrevolution« vereinheitlicht werden, tauchen also schon früh

als eine historische Kraft auf, die »eigene Gesetzmässigkeiten und damit auch eine entsprechende ›Eigenwilligkeit‹ aufweist«, und nicht bloss »diplomatisches Schachergut« der Sowjetunion ist.²⁵

Allerdings blieb die Auseinandersetzung mit der Dekolonisation und den antikolonialen Bewegungen als weltpolitischer Faktor in den Jahren 1952 und 1953 eher auf Nebensätze beschränkt. Dies änderte sich 1954 mit der Genfer Indochinakonferenz zu den Korea- und Indochinakriegen. Im Kontext der Berichterstattung zu dieser Konferenz, an der die USA, die Sowjetunion, China, die Kolonialmacht Frankreich und die Viêt Minh teilnahmen, erschien im *Arbeiterwort* eine Reihe von Artikeln, die die weltpolitische Wichtigkeit der antikolonialen Bewegungen in neuer Deutlichkeit unterstreichen, wie folgende Textstelle illustriert:

»Die Kolonialrevolution marschiert heute in zwei Kontinenten mit Kolonnen, die dreimal so zahlreich sind, wie die Bevölkerung der sie beherrschenden ›Mutterländer‹. Und die Bedeutung, die dieser Bewegung zukommt, erhellt (sic!) neuerdings aus der Tatsache, dass ihr Ausmass und ihre Tiefe eine Stabilisierung des Imperialismus im Weltmassstab unmöglich machen[...]«²⁶

Die antikolonialen Bewegungen werden hier bereits als weltpolitische Kraft wahrgenommen, die die Stabilität der globalen Machtverhältnisse herausfordert. Die im Westen verbreitete Vorstellung, diese Bewegungen seien von Moskau aus gesteuert, wird negiert. Es wird festgehalten, dass »[...] die koloniale Befreiungsbewegung Asiens und Afrikas nicht wegen, sondern trotz dem Kreml im Gange« sei. In den antikolonialen Bewegungen sieht das *Arbeiterwort* sogar den Beweis dafür, dass die »Aufteilung der Welt [...] in Interessenssphären« nicht mehr die einzige weltpolitische Dynamik sei, sondern dass »die überwiegende Mehrheit der Menschheit, angetrieben durch ihre verzweifelte Lebenslage, aufgebrochen ist, sich eine andere Welt und eine andere Zukunft als jene der Ausbeutung, des Elends, der Krise und der Kriege zu erkämpfen«. Darin spiegelt sich die Hoffnung, dass die antikolonialen Bewegungen als eine neue, revolutionäre Dynamik in die rigide Blockkonstellation des Kalten Krieges intervenieren würden, indem sie »[...] die Befreiung des arbeitenden Menschen aller Rassen, Farben und Kontinente [...] auf die Tagesordnung der Geschichte« stellen.²⁷

Die afroasiatische Konferenz von Bandung 1955 stellte die Dekolonisation definitiv auf die »Tagesordnung der Geschichte«. Schon im Vorfeld der Konferenz beschrieb auch das *Arbeiterwort* die Zusammenkunft in Bandung als einen »gewaltigen Schritt vorwärts« für die Emanzipation der Kolonialvölker. Schon fast euphorisch wird proklamiert, dass die »[...] Stunde der europäischen Kolonialherrschaft [...] unwiderruflich geschlagen [...]« habe.

Darüber hinaus wird den antikolonialen Kämpfen im Verbund mit dem westlichen Proletariat eine zentrale Bedeutung in der Weltrevolution zugesprochen:

»Am Tage, da sich die kämpfenden Arbeiter Westeuropas mit den kämpfenden farbigen Massen verbünden und sich über die reformistische und stalinistische Politik des Burgfriedens und der friedlichen Koexistenz der Klassen hinweg sozialistische Ziele stecken werden, an dem Tage wird auch die Stunde des Kapitalismus geschlagen haben.«²⁸

Nach der Konferenz von Bandung hielt das *Arbeiterwort* zwar weiterhin daran fest, dass diese ein »revolutionäres Ereignis« gewesen sei, das den Eintritt der Völker Asiens und Afrikas in die Weltgeschichte markiere. Allerdings wird auch ernüchert festgestellt, dass die Konferenz »keine Zusammenkunft revolutionärer Vertreter« der afrikanischen und asiatischen Länder gewesen sei. Im Gegenteil, die Konferenzteilnehmenden werden als »bürgerlich« und »halbfeudal« bezeichnet. Darüber hinaus wird heftig kritisiert, dass die revolutionären Freiheitsbewegungen Algeriens, Marokkos, Kenias und Mittel- und Südafrikas nicht eingeladen waren. Das Bild des durchwegs einheitlichen und revolutionären Charakters der »Kolonialrevolution« wird hier also getrübt.²⁹ Die Konfrontation zwischen sichtbarer Realität der Politik der postkolonialen Staaten und der Projektion revolutionärer Perspektiven auf diese Staaten und die antikolonialen Bewegungen führt zu einer stärker differenzierenden Wahrnehmung von den verschiedenen Kräften innerhalb der antikolonialen Bewegungen.

In den folgenden Jahren verorteten die Trotzki*innen die revolutionäre Dynamik der antikolonialen Kämpfe vor allem im Maghreb, und zwar in erster Linie im algerischen Unabhängigkeitskampf. Das sozialrevolutionäre Potential dieses Konflikts sahen sie vor allem in der Tatsache, dass in Algerien so gut wie keine einheimische Bourgeoisie existierte. Darum gingen sie davon aus, dass die Revolution keine bürgerlich-nationalistische Form annehmen könne, sondern im Sinne der permanenten Revolution direkt und unter der Führung der Arbeiter*innen und der Landbevölkerung von der nationalen in die soziale Revolution übergehen müsse.³⁰ Der Krieg in Algerien wird im *Arbeiterwort* stets als »Frontabschnitt[...] der Befreiungsbewegung der Kolonialvölker« konzeptualisiert, der den »Imperialismus an seinem schwächsten Glied, Frankreich« angreift.³¹ In der Analyse der Schweizer Trotzki*innen schwächen die antikolonialen Kämpfe in Nordafrika nicht nur den französischen, sondern auch den globalen Imperialismus massgeblich.³²

Stark betont wird immer wieder der Einfluss des Algerienkriegs auf die europäische Arbeiter*innenbewegung, in erster Linie die französische. Es wird von Meutereien und Desertionen französischer Soldaten berichtet, die sich an der Seite gegen den Krieg protestierender Arbeiter*innen tagelange Strassenschlachten mit der französischen Sicherheitspolizei liefern würden.³³ Für die Trotzki*innen sind dies »Symptome, die den Vorabend einer Revolution charakterisieren.« Gemäss ihrer Analyse hat der Algerienkrieg den französischen Kapitalismus in eine Krise gestürzt, welche »[...] die Unvereinbarkeit seiner Herrschaft mit den Lebensinteressen der französischen und nordafrikanischen Werktätigen in krassester Weise

aufzeigen wird«. Im Zuge der Meutereien in der französischen Armee spekulierte das *Arbeiterwort* in der Novemberausgabe 1955 schon über die soziale Revolution in Frankreich als erster Schritt »[...] zu einem auf die Kolonialrevolution gestützten, sozialistischen Europa der Arbeiter und Bauernbewegung und zur Isolierung des kriegerischen USA-Imperialismus«.³⁴

Die weiteren Entwicklungen in Algerien und in Frankreich mögen diese euphorische Einschätzung nicht bestätigt haben, dennoch hielt sich die Vorstellung, dass die antikolonialen Bewegungen einen entscheidenden Einfluss auf die globalen Entwicklungen, die Klassenkämpfe in den Metropolen und die globale revolutionäre Perspektive haben. In der Tat nahmen die antikolonialen Kämpfe im *Arbeiterwort* während der zweiten Hälfte der 1950er Jahre eine zentrale Rolle ein, wie die folgende Passage aus der Ausgabe vom Juni 1957 exemplarisch zeigt:

»Über Algier-Frankreich erschüttert die Koloniale Revolution sehr spürbar das Gefüge des europäischen Kapitalismus [...]. Mit als Folge dieses Prozesses kristallisiert sich an all diesen Brennpunkten der weltpolitischen Umwälzung sichtlich eine immer wirkungsvollere und aktionsfähigere sozialistische Linke heraus, die es ablehnt, mit den am Kolonialismus hängenden Profiteuren der Kolonialherrschaft [...] gegen das eigene Volk und gegen die farbigen Völker zu marschieren. Sie suchen überall den Weg freizulegen für einen engen Schulterschluss zwischen der sozialistischen Arbeiterschaft des Westens und den kolonialrevolutionären Massen Asiens und Afrikas. [...] Heute noch nur ihre grosse Hoffnung, wird [sic!] morgen die Massen der Kolonien mit jenen der Metropole vereinen, um durch den gemeinsamen Kampf das kapitalistische System aus seinen Angeln zu heben. [...]«³⁵

Wenn man diese Passage aus der Rubrik »Zur Weltlage« mit dem Artikel derselben Rubrik in der Erstausgabe vom Januar 1952 vergleicht, in der noch angekündigt worden war, dass »die allernächsten Monate [...] im Verlaufe der sich ankündigenden sozialen Kämpfe insbesondere in Westeuropa, die Vorentscheidung bringen [werden] im Wettlauf zwischen Krieg und Revolution«,³⁶ so wird eine Verschiebung der Perspektive deutlich. Während zu Beginn der 1950er Jahre ein klarer Fokus auf die Klassenkämpfe in Westeuropa festzustellen war, hatten die Ereignisse der Dekolonisation in Kombination mit dem Ungarn-Aufstand und anderen politischen Widerstandsbewegungen in der Sowjetunion ein Bild einer Weltrevolution mit drei sich gegenseitig verstärkenden Teilen gezeichnet: die antikolonialen Bewegungen der »Kolonialrevolution«, die »politische Revolution« im Sowjetstaat gegen die stalinistische Bürokratie sowie die »soziale Revolution« in den kapitalistischen Industrienationen, allen voran diejenige in Europa. Der wichtigste Ausgangspunkt, sozusagen die treibende Kraft der Weltrevolution, lag neu aber klar bei den antikolonialen Kämpfen und deren Wirkung auf die Klassenkämpfe in Europa.



Abb. 4: Der Algerienkrieg war ein Schlüsselmoment in der Verflechtungsgeschichte der radikalen Linken und der antikolonialen Bewegungen. Die Solidaritätsbewegung für den algerischen Widerstand in der europäischen Linken war die erste ihrer Art in der Nachkriegszeit. Sie stellte die antikolonialen Kämpfe in den Fokus linker internationalistischer Politik und nahm viele der Merkmale und Organisationsformen späterer Solidaritätsbewegungen mit der Dritten Welt vorweg. 1. Mai-Demonstrationszug über die Selnaubücke in Zürich, 1960.

Allerdings muss eingeräumt werden, dass auch die Schwäche der revolutionären Arbeiter*innenbewegung in der Schweiz und in Europa einen grossen Teil zu dieser Umorientierung beigetragen haben dürfte. Dies zeigen die Autor*innen des *Arbeiterworts* indirekt selbst, wenn sie zuerst mit nostalgischem Pathos beklagen, dass die Losung der »Weltrevolution«, welche »einst Millionen von Arbeiterherzen zu heroischem Kampf entflammte«, in der Schweiz nunmehr »leer und ›veraltet« scheine, um daraufhin auf ihre Lebendigkeit in den antikolonialen Bewegungen zu verweisen:

»Doch der Schein trügt, niemand spricht mehr von der Weltrevolution, und doch ist sie da, sie spielt sich vor unseren Augen ab. Die ungeheure Bewegung der farbigen Völker [...] ist eine Phase der revolutionären Umgestaltung der Erde, die zum weltweiten Sieg des Sozialismus führen muss und wird [...].«³⁷

Die starke Dynamik der Bewegungen in den (post-)kolonialen Gegenden bot den Trotzki*innen die Möglichkeit, die Perspektive der Weltrevolution trotz der stagnierenden revolutionären Linken in der Schweiz und der eigenen Marginalisierung aufrecht zu erhalten. Durch diese Projektion wurden die (post-)kolonialen Weltregionen im *Arbeiterwort* gewissermassen als homogene Einheit und die verschiedenen antikolonialen Kämpfe als eine einzige weltpolitische revolutionäre Kraft dargestellt. Dadurch erfuhren die konkreten historischen Ereignisse, ihre

Akteure und Schauplätze eine Abstraktion, welche sie in ein kohärentes Narrativ globalhistorischer Prozesse einpasste. Die Rhetorik, mit der die Bevölkerungen (post-)kolonialer Länder beschrieben werden, ist denn auch geprägt von der Bildsprache der anonymen, uniformen Masse, die geeint auf ein Ziel zumarschiert. Die Kolonialvölker treten als »Heer der Kolonialsklaven, das an seinen Ketten rüttelt«³⁸ oder als »die kämpfenden farbigen Massen«³⁹ in Erscheinung. Diese fiktive Homogenisierung der zahlreichen Befreiungskämpfe aus verschiedensten kolonialen Kontexten in eine globale und einheitliche »Kolonialrevolution« war typisch für das Bild der »Dritten Welt« in der neuen radikalen Linken der 1950er Jahre.⁴⁰



Abb. 5: Die Projektion revolutionär-sozialistischer Hoffnungen auf die antikolonialen Bewegungen ermöglichte es den Trotzki*innen, die Perspektive der Weltrevolution angesichts der Schwäche der revolutionären Arbeiter*innenbewegung im industrialisierten Westen aufrechtzuerhalten. Illustration der personifizierten Weltarbeitermacht, die nach der Erde greift, auf der Titelseite des *Arbeiterworts*.

Bruch oder Kontinuität?

Wie bereits beschrieben, hebt der grösste Teil der historischen Forschung die Diskontinuität zwischen dem kommunistischen Antiimperialismus der frühen Komintern und dem Tiersmondismus hervor. Im Schweizer Kontext könnte dies damit zu tun haben, dass die bisherige Forschung die trotzkistische Bewegung, die auf den ersten Blick eine eher marginale Erscheinung in der Schweizer Linken der 1950er Jahre war, weitgehend vernachlässigt hat.

Die obenstehenden Beobachtungen lassen jedoch den Schluss zu, dass die Positionen der Trotzki*innen durchaus eine Kontinuität zwischen dem traditionellen proletarischen Internationalismus und dem Tiersmondismus darstellten.

Die Auseinandersetzung der Schweizer Trotzki*innen mit der Dekolonisierung im *Arbeiterwort* deutet nämlich an, dass sie bereits in den 1950er Jahren einen durch die antikolonialen und antiimperialistischen Bewegungen angeregten und einen auf diese bezogenen Internationalismus vertraten. Dieser Internationalismus grenzte sich vom Internationalismus der kommunistischen Parteien ab, welchen sie in erster Linie als aussenpolitisches Instrument der Sowjetunion betrachteten.

Dennoch bezogen sich die Schweizer Trotzki*innen sehr stark auf den proletarischen Internationalismus. Sie knüpften direkt an den Theorien von Marx, Lenin, Luxemburg und Trotzki an. Nicht nur das anfangs genannte Motto der Zeitung – »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!« – stellt einen direkten Bezug zu Marx und damit zu den Ursprüngen des proletarischen Internationalismus her. Auch im Hinblick auf die Solidarität mit den antikolonialen Kämpfen greift das *Arbeiterwort* explizit auf Marx zurück: »Schon Marx hat darauf hingewiesen, dass die weissen Arbeiter nie wirklich frei sein können, solange sie zulassen, dass ihre farbigen Brüder in kolonialen Ketten gehalten werden.«⁴¹

Die Schweizer Trotzki*innen beziehen sich im *Arbeiterwort* zudem explizit auf die Grundlagen der marxistischen Imperialismustheorie, die unter anderem von Lenin und Luxemburg gelegt wurden.⁴² Deren Analyse besagt, dass der Imperialismus für den Kapitalismus überlebensnotwendig geworden sei, weshalb die antikolonialen Kämpfe den Kapitalismus entscheidend schwächen würden und damit als natürliche Verbündete des internationalen Proletariats zu betrachten seien. Die Weltlage wird im *Arbeiterwort* entlang dieses analytischen Kernpunktes betrachtet. Das Recht auf Selbstbestimmung der unterdrückten Nationen wird denn auch, wie schon bei Lenin, bedingungslos unterstützt, selbst wenn diese Kämpfe von bürgerlichen Kräften geführt werden.⁴³ Die internationale Solidarität wird als eine gemeinsame Interessenslage des Proletariats in den Ländern des Westens und den Völkern der (post-)kolonialen Länder begriffen, was eine Kontinuität des traditionellen proletarischen Internationalismus und des kommunistischen Antiimperialismus der frühen Komintern darstellt.

Ein weiteres wichtiges Element marxistischer Theorie, das den Analysen im *Arbeiterwort* zugrunde liegt, ist Trotzki's Konzept der permanenten Revolution. Dieses Konzept geht davon aus, dass in den Ländern, in denen sich der Kapitalismus noch nicht vollständig entwickelt hat und die Bourgeoise nicht stark genug ist, die ihr vom Marxismus zugeordnete Aufgabe der demokratischen Revolution und der nationalen Befreiung zu erfüllen, diese Aufgabe vom Proletariat und der Bauernschaft übernommen werden muss. Die Phase der politischen Emanzipation der Bourgeoise wird dabei übersprungen, und auf die demokratische Revolution und die nationale Befreiung folgt sogleich die Diktatur des Proletariats. Das herrschende Proletariat treibt dann die Entwicklung der Produktivkräfte und die Transformation zum Sozialismus, welche notwendigerweise ein internationaler Prozess sein müsse, voran.⁴⁴

Diese Überlegungen sind die Grundlage für die Behauptung, die koloniale Revolution werde nicht auf der kapitalistischen Etappe stehen bleiben, da in den meisten postkolonialen Ländern nicht einmal eine schwache einheimische Bourgeoisie auszumachen sei.⁴⁵ Das grosse sozialrevolutionäre Potential, das die Schweizer Trotzlist*innen in den antikolonialen Bewegungen erkannten, muss vor dem Hintergrund dieser theoretischen Überlegungen betrachtet werden.

Sowohl in ihrem Selbstverständnis als auch in Bezug auf die angewendeten Erklärungsmuster liegt die Beschäftigung des *Arbeiterworts* mit den antikolonialen Kämpfen also klar in einer ungebrochenen Kontinuität mit dem traditionellen proletarischen Internationalismus und dem Antiimperialismus der frühen Komintern. Nennenswerte neue theoretische Einflüsse, etwa von Intellektuellen oder Kämpfer*innen aus dem globalen Süden, wie sie für den späteren Tiersmondismus bezeichnend waren, lassen sich keine feststellen.

Trotz all dieser Kontinuitäten lässt sich eine Veränderung der Rolle feststellen, die den antikolonialen Kämpfen in den weltpolitischen Entwicklungen und globalen revolutionären Prozessen zugeschrieben wurde. So treten die antikolonialen Bewegungen nicht mehr als »Hilfstruppen« der proletarischen Revolution im Westen auf,⁴⁶ sondern als die momentan wichtigste Dynamik der Weltrevolution, die auch auf die Klassenkämpfe und revolutionären Perspektiven im Westen entscheidenden Einfluss ausüben. Es kann in diesem Sinne durchaus von einer gewissen »Dezentrierung« des Westens gesprochen werden. Dabei wird aber nicht – wie später im Tiersmondismus – das westliche Proletariat als revolutionäres Subjekt von den antikolonialen Bewegungen abgelöst. Vielmehr wird eine organische, sich gegenseitig vorantreibende Verflechtung der antikolonialen Revolution in den (post-)kolonialen Ländern und der sozialen Revolution im Westen konstruiert. Die »Kolonialrevolution« wird dabei als die momentan stärkere Bewegung dargestellt, während gleichzeitig die »soziale Revolution« im Westen nach wie vor als die für den Sieg des Sozialismus unabdingbare Kraft gilt.

Eine weitere Verschiebung liegt in den Entwicklungen in der Sowjetunion seit der Oktoberrevolution und der weltpolitischen Situation des Kalten Krieges begründet, die zu Zeiten Lenins und Luxemburgs so kaum vorhersehbar waren. Die Bedeutung der antikolonialen Kämpfe beschränkte sich für die Schweizer Trotzlist*innen in den 1950er Jahren nicht mehr nur auf ihre Rolle im Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus. Vermehrt sahen die Trotzlist*innen in ihnen einen weltpolitischen Faktor, der einen positiven Einfluss auf die Weltlage hatte. Sie sprachen ihnen das Potential zu, die rigiden Dynamiken der Blockkonfrontation aufzulockern und eine neue revolutionäre Dynamik anzustossen, die sowohl die antistalinistischen Bewegungen im Osten, als auch die Klassenkämpfe im Westen stärken würden. Damit würden beide Konfliktpartner des Kalten Krieges geschwächt, die Kriegsgefahr relativiert und neue Perspektiven progressiver Veränderungen eröffnet.

Dies waren jedoch keine grundlegenden Abweichungen von den traditionellen marxistischen Deutungsmustern, vielmehr scheint es, als seien die verschiedenen Elemente des proletarischen Internationalismus und der marxistischen Imperialismustheorie einfach an die neue Weltlage angepasst worden. Allerdings finden mit der Anpassung dieser ideengeschichtlichen Felder an den Kontext der Dekolonisation und des Kalten Krieges einzelne Verschiebungen in Richtung einer graduellen Dezentrierung des Westens statt, die gewisse ideengeschichtliche Brüche im linken Internationalismus ankündigen, welche sich aber erst mit dem Tiersmondismus der 1960er Jahre stärker ausprägen sollten.⁴⁷ Gewissermassen kann die trotzkistische Bewegung in der Schweiz also als ein Element der Kontinuität des linken Internationalismus angesehen werden, über welches der traditionelle proletarische Internationalismus in die Diskurse des Tiersmondismus einfluss.

Die PAS sollte das Aufkommen des Tiersmondismus nicht mehr erleben. Die Existenz der Organisation lässt sich durch die Quellen nur bis 1962 belegen.⁴⁸ Auch das *Arbeiterwort* selbst, das vom SAB noch bis 1969 herausgegeben wurde, konnte sich nicht bis zum Höhepunkt der Dritte-Welt-Bewegung halten. Es war eine neue Generation von Aktivist*innen, geprägt von 1968, die den Fokus auf die antikolonialen Bewegungen und die Solidarität mit den Kämpfen im globalen Süden zu einem der Hauptthemen einer breiten linken Bewegung machte. Mit der Revolutionären Marxistischen Liga (RML) war – zumindest zeitweise – auch eine neue Generation von trotzkistischen Aktivist*innen an diesen Entwicklungen beteiligt.⁴⁹

Michiel van Gulpen studiert Geschichte und Englisch im Master an der Universität Zürich.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: *Titelseite*, in: *Das Arbeiterwort* Jg. 10 (Mai 1954), Schweizerisches Sozialarchiv (SozArch), S. 1.

Abb. 2: *Wandzeitung in Zürich*, September 1968, SozArch, F 5093-Zd-227.

Abb. 3: *Rubriken »Diesseits des Eisernen Vorhangs« und »Jenseits des Eisernen Vorhangs«*, in: *Das Arbeiterwort* Jg. 9 (Mai 1953), SozArch, S. 2 (Ausschnitt).

Abb. 4: Berndt B., *1. Mai-Umzug in Zürich: Marschierende mit Banner »Freiheit und Unabhängigkeit für Algerien«*, 1960, SozArch, F 5047-Fb-066.

Abb. 5: *Abbildung »Nur die Weltarbeitermacht kann den Frieden sichern«*, in: *Das Arbeiterwort* Jg. 10 (Mai 1954), SozArch, S. 1 (Ausschnitt).

Literatur

- 1 Karl Marx/Friedrich Engels: *Werke*, Berlin: Dietz Verlag (1959), Band 4, S. 459–493, hier S. 493.
- 2 Ebd., S. 479.
- 3 Vgl. Reinhardt Kössler: »Von der Sozialen Revolution zur nationalen Befreiung«, in: Wladislaw Hedeler, Mario Kessler, Gert Schäfer (Hg.): *Ausblicke auf das vergangene Jahrhundert: Die Politik der internationalen Arbeiterbewegung von 1900 bis 2000*, Hamburg: VSA Verlag (1996), S. 324–337; zu

- Marx' Auseinandersetzung mit der aussereuropäischen Welt vgl. Kevin B. Anderson: *Marx at the Margins: On Nationalism, Ethnicity, and non-Western Societies*, Chicago: Chicago University Press (2010).
- 4 Vgl. Geoffrey Barraclough: »The Revolt Against the West«, in: Duara Prasenjit (Hg.): *Decolonization: Perspectives from Now and Then*, London: Psychology Press (2003), S.118–130.
 - 5 Siehe beispielsweise Christoph Kalter: »Le monde va de l'avant. Et vous êtes en marge: Dekolonisierung, Dezentrierung des Westens und die Entdeckung der Dritten Welt in der radikalen Linken in Frankreich in den 1960er Jahren«, in: Anja Kruke (Hg.): *Dekolonisation: Prozesse und Verflechtungen 1945–1990*, Bonn: J.H.W. Dietz (2009), S. 99–132.
 - 6 Vgl. ebd.
 - 7 Vgl. René Holenstein: *Was kümmert uns die Dritte Welt*, Zürich: Chronos (1998), S. 44f.
 - 8 Jean-Paul Sartre: »Vorwort«, in: Frantz Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, zitiert nach: René Holenstein: *Was kümmert uns die Dritte Welt*, Zürich: Chronos (1998), S. 45.
 - 9 Monica Kalt: *Tiersmondismus in der Schweiz der 1960er und 1970er Jahre*, Bern: Peter Lang (2010), S. 145.
 - 10 Vgl. Christoph Kalter: »Le monde va de l'avant. Et vous êtes en marge: Dekolonisierung, Dezentrierung des Westens und die Entdeckung der Dritten Welt in der radikalen Linken in Frankreich in den 1960er Jahren«, in: Anja Kruke (Hg.): *Dekolonisation: Prozesse und Verflechtungen 1945–1990*, Bonn: J.H.W. Dietz (2009), S. 105; Monica Kalt: *Tiersmondismus in der Schweiz der 1960er und 1970er Jahre*, Bern: Peter Lang (2010), S. 207.
 - 11 Vgl. René Holenstein: *Was kümmert uns die Dritte Welt*, Zürich: Chronos (1998), S. 44.
 - 12 Vgl. Christoph Kalter: »Le monde va de l'avant. Et vous êtes en marge: Dekolonisierung, Dezentrierung des Westens und Entdeckung der Dritten Welt in der radikalen Linken in Frankreich in den 1960er Jahren«, in: Anja Kruke (Hg.): *Dekolonisation: Prozesse und Verflechtungen 1945–1990*, Bonn: J.H.W. Dietz (2009), S. 104.
 - 13 Vgl. Christoph Kalter: *Die Entdeckung der Dritten Welt: Dekolonisierung und neue radikale Linke in Frankreich*, Frankfurt am Main: Campus Verlag (2011), S. 9.
 - 14 Vgl. »Von der PA zum Arbeiterwort« in: *Das Arbeiterwort* Jg. 7 (Januar 1952), S. 3.
 - 15 Ebd.
 - 16 Brief von Walter Imhof, 24.02.1955, Schweizerisches Sozialarchiv (SozArch), Marxistische Aktion der Schweiz (MAS) / Proletarische Aktion der Schweiz (PAS), Ar. 453.10.10.
 - 17 Vgl. Brief der PA, 11.03.1952, SozArch, Marxistische Aktion der Schweiz (MAS) / Proletarische Aktion der Schweiz (PAS), Ar. 453.10.10. Siehe auch: Brief von I.A.E. Altwein aus Bremerhaven an die PA, 05.02.1952, SozArch, Marxistische Aktion der Schweiz (MAS) / Proletarische Aktion der Schweiz (PAS), Ar. 453.10.10; Brief von der Gruppe „Internationale Kommunisten in Dänemark“, Kopenhagen, 11.02.1948, SozArch, Marxistische Aktion der Schweiz (MAS) / Proletarische Aktion der Schweiz (PAS), Ar. 453.10.9. Bei der dänischen Korrespondenz geht es allerdings noch nicht um *Das Arbeiterwort*, sondern um die Vorgängerzeitung *Proletarische Aktion*.
 - 18 Monica Kalt: *Tiersmondismus in der Schweiz der 1960er und 1970er Jahre*, Bern: Peter Lang (2010), S. 227.
 - 19 Vgl. zum Beispiel: »Offener Brief an die Partei der Arbeit und ihre Mitglieder«, in: *Das Arbeiterwort* Jg. 12 (Mai 1956), S. 4.
 - 20 René Holenstein: *Was kümmert uns die Dritte Welt*, Zürich: Chronos (1998), S. 29.
 - 21 »Ägypten in Bewegung«, in: *Das Arbeiterwort* Jg. 7 (Januar 1952), S. 3.
 - 22 »Aus dem proletarischen Lager«, in: *Das Arbeiterwort* Jg. 8 (Juli 1952), S. 3.
 - 23 »Siegreiche Revolution in Bolivien«, in: *Das Arbeiterwort* Jg. 8 (Juli 1952), S. 3.
 - 24 »Zur Weltlage«, in: *Das Arbeiterwort* Jg. 9 (Mai 1953), S. 4.
 - 25 »Zur Weltlage«, in: *Das Arbeiterwort* Jg. 8 (April 1953), S. 2.
 - 26 »Zur Genfer Asienkonferenz«, in: *Das Arbeiterwort* Jg. 10 (Mai 1954), S. 2.
 - 27 Ebd.
 - 28 »Zur Weltlage«, in: *Das Arbeiterwort* Jg. 10 (Februar 1955), S. 2.
 - 29 Vgl. »Am Rande vermerkt«, in: *Das Arbeiterwort* Jg. 10 (Mai 1955), S. 1.
 - 30 Vgl. »Zur Weltlage«, in: *Das Arbeiterwort* Jg. 12 (April 1956), S. 2.
 - 31 »Zur Weltlage«, in: *Das Arbeiterwort* Jg. 11 (September/Oktober 1955), S. 2.
 - 32 Vgl. ebd.
 - 33 Vgl. »Klassenkampf gegen den Krieg«, in: *Das Arbeiterwort* Jg. 11 (November 1955), S. 2.
 - 34 »Zur Weltlage«, in: *Das Arbeiterwort* Jg. 11 (November 1955), S. 2.
 - 35 »Zur Weltlage«, in: *Das Arbeiterwort* Jg. 13 (Juni 1957), S. 2.
 - 36 »Zur Weltlage«, in: *Das Arbeiterwort* Jg. 7 (Januar 1952), S. 2.
 - 37 »Zur Weltlage«, in: *Das Arbeiterwort* Jg. 11 (April 1956), S. 2.
 - 38 »Zur Weltlage«, in: *Das Arbeiterwort* Jg. 8 (Mai 1952), S. 2.
 - 39 »Zur Weltlage«, in: *Das Arbeiterwort* Jg. 10 (Februar 1955), S. 2.
 - 40 Vgl. Christoph Kalter: »Le monde va de l'avant. Et vous êtes en marge: Dekolonisierung, Dezentrierung des Westens und Entdeckung der Dritten Welt in der radikalen Linken in Frankreich in den 1960er Jahren«, in: Anja Kruke (Hg.): *Dekolonisation: Prozesse und Verflechtungen 1945–1990*, Bonn: J.H.W. Dietz (2009), S. 119.
 - 41 »Zur Weltlage«, in: *Das Arbeiterwort* Jg. 14 (August 1958), S. 2.
 - 42 Vgl. »Marxismus und Arbeiterpartei«, in: *Das Arbeiterwort* Jg. 9 (Mai 1953), S. 2.
 - 43 Vgl. »Zur Weltlage«, in: *Das Arbeiterwort* Jg. 13 (Februar 1958), S. 2.
 - 44 Vgl. Daniel Bensaïd: *Was ist Trotzismus?: Ein Essay*, Köln: ISP (2004), S. 17.

- 45 »Zur Weltlage«, in: *Das Arbeiterwort* Jg. 11 (April 1956), S. 2.
- 46 Reinhardt Kössler: »Von der Sozialen Revolution zur nationalen Befreiung«, in: Wladislaw Hedeler, Mario Kessler, Gert Schäfer (Hg.): *Ausblicke auf das vergangene Jahrhundert: Die Politik der internationalen Arbeiterbewegung von 1900 bis 2000*, Hamburg: VSA (1996), S. 324–337, hier S. 324.
- 47 Kalter sieht die Trotzki*innen als eine jener Gruppen, die diese neue antikoniale Linke geprägt haben. Vgl. Christoph Kalter: »Le monde va de l'avant. Et vous êtes en marge«: Dekolonisierung, Dezentrierung des Westens und Entdeckung der Dritten Welt in der radikalen Linken in Frankreich in den 1960er Jahren«, in: Anja Kruke (Hg.): *Dekolonisation: Prozesse und Verflechtungen 1945–1990*, Bonn: J.H.W. Dietz (2009), S. 104; die Rolle der Trotzki*innen (wenn auch eher als Einzelpersonen denn als Organisationen) in der Schweizer Algerien-Solidarität wird von Holenstein hervorgehoben. Vgl. René Holenstein: *Was kümmert uns die Dritte Welt*, Zürich: Chronos (1998), S. 44f., 53, 63–65; dass die Trotzki*innen auch in der französischen Algerien-Solidarität eine wichtige Rolle spielten, lässt sich zum Beispiel aus Stutjes Biographie von Ernest Mandel herauslesen. Vgl. Jan Willem Stutje: *Rebell zwischen Traum und Tat: Ernest Mandel (1923–1995)*, Hamburg: VSA (2009), S. 196–198.
- 48 SozArch, Marxistische Aktion der Schweiz (MAS) / Proletarische Aktion der Schweiz (PAS).
- 49 Frank Nitzsche: *Aus dem Schatten in die Reichweite der Kameras: Die Entwicklung trotzkistischer Organisationen in Deutschland, Österreich und der Schweiz unter besonderer Berücksichtigung des Einflusses der neuen Sozialen Bewegungen*, Siegen: Hochschulschrift (2006), S. 128.

In Accra gegen die Atombombe

Als Trotzkiist und engagierter Atombombengegner hatte Heinrich Buchbinder in der Schweizer Politik einen schweren Stand. Eine zentrale Rolle nahm er hingegen bei einer internationalen Konferenz gegen die Atombombe ein. Dort traf er auf Gleichgesinnte und politische Grössen.

Die zwei Atombomben, die 1945 über Japan abgeworfen wurden, läuteten das Ende des Zweiten Weltkrieges ein – und den Anfang der Anti-Atomwaffen-Bewegung. Nach Kriegsende wurde die Weiterentwicklung der neuen Bombentechnologie – gerade im Rahmen des Kalten Krieges – mit Hochdruck vorangetrieben. Zusammen mit der zunehmenden Präsenz atomarer Bewaffnung in Rüstungsfragen und der intensiven Testaktivität entstand eine internationale Protestbewegung gegen die Atombombe, in der der Schweizer Trotzist Heinrich Buchbinder eine bedeutende Rolle spielte. Buchbinder war überzeugter Sozialist, der sich, nachdem er sein Medizinstudium abgebrochen hatte, neben seiner beruflichen Tätigkeit unter anderem für die Schweizerische Chiropraktoren-Gesellschaft, der Politik zuwandte. Er war der Kopf des Sozialistischen Arbeiterbundes (SAB), gab dessen Zentralorgan *Das Arbeiterwort* heraus und setzte sich intensiv mit sicherheitspolitischen Fragen auseinander. So war er einer der Initiant*innen der Volksinitiative »Verbot der Atomwaffen« von 1962, die zum Ziel hatte, die Herstellung oder Anschaffung von Atomwaffen in der Schweiz zu verbieten.¹

Nach dem Zweiten Weltkrieg verfolgten verschiedene Staaten eigene Nuklearprogramme. So besass die Sowjetunion ab 1949, Grossbritannien ab 1952, Frankreich ab 1960 und China ab 1964 eigene Atomwaffen. Seit den Atombombenabwürfen über Japan wuchs im Zuge der weltweiten Zunahme von Kernwaffen aber auch der Widerstand gegen diese. Die zerstörerische Kraft der Bomben von Hiroshima und Nagasaki wurde zum Weckruf für zahlreiche Wissenschaftler*innen, die versuchten, die Politiker*innen von den Gefahren des Auf- und Wetrüstens zu überzeugen. Auch aktivistische Gruppierungen in verschiedenen Ländern, wie etwa Frankreich, Deutschland und Grossbritannien, begannen gegen die Atombombe zu protestieren. Im Zusammenhang mit der Anti-Atomwaffen-Bewegung sprachen sich auch Regierungen von Staaten des globalen Südens gegen Kernwaffen aus. Vom 21. bis zum 28. Juni 1962 kamen Vertreter*innen dieser Staaten sowie internationale Anti-Atomwaffen-Aktivist*innen in Accra, der Hauptstadt Ghanas, zu einer Konferenz zusammen. Der ghanaische Präsident Kwame Nkrumah war Gastgeber der sogenannten *Accra Assembly*.

An der Konferenz nahmen verschiedene Akteure aus dem globalen Norden teil – unter ihnen auch Heinrich Buchbinder, der bei der Organisation der Konferenz in Accra und der Vorkonferenz in Zagreb sogar eine zentrale Rolle spielte. Wie ist die Bedeutung der *Accra Assembly* aus globalgeschichtlicher Perspektive zu beurteilen? Welche unterschiedlichen Interessen müssen dabei in Betracht gezogen werden? Und welche Rolle kam Buchbinder bei der Organisation der Konferenz zu? Grundsätzlich wissen wir noch sehr wenig über die *Accra Assembly*. In Buchbinders Nachlass sind aber viele Dokumente dazu zu finden, so etwa Briefe, Einladungen, Zeitungsartikel, Typoskripte, Reden, Sitzungsprotokolle und Teilnehmer*innenlisten. Angesichts dieser Fülle an Quellen soll die bisher wenig erforschte Konferenz samt der Vorbereitung und der anschliessenden Entwicklungen rekonstruiert werden.

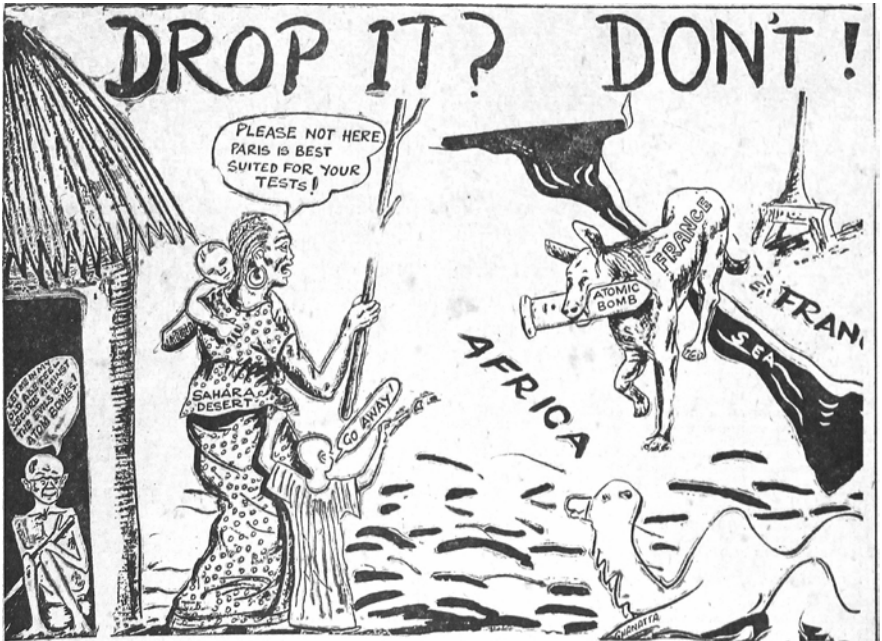


Abb. 1: Der Protest gegen die Atomwaffen fand weltweit statt. In Ghana, einem wichtigen Vertreter der Blockfreien-Bewegung, war neben dem pazifistischen auch ein antikolonialistisches Argument entscheidend für die Ablehnung der Atomwaffen, wie diese Karikatur in der ghanaischen Zeitung *Evening News* kurz vor Beginn der *Accra Assembly* zeigt.

Warum gerade Ghana?

Ghana war seit dem späten 19. Jahrhundert eine britische Kolonie, die in den 1950er Jahren einen stark am britischen Parlamentarismus orientierten Demokratisierungsprozess durchmachte. Ab Mitte der 1950er Jahre bemühte sich der charismatische Anführer der ghanaischen Unabhängigkeitsbewegung, Kwame Nkrumah, das Land aus der britischen Hegemonie zu lösen, was 1957 mit der Unabhängigkeitserklärung gelang. Nkrumah – zu jenem Zeitpunkt Premierminister und dem Westen gegenüber kritisch eingestellt – prägte von nun an mit seiner *Convention People's Party* (CPP) Ghana zunehmend sozialistisch, was bei vielen westlichen Politiker*innen für Unmut sorgte. 1960 wurde Nkrumah zum Präsidenten Ghanas gewählt.²

Mit der Konstitution der Bewegung der blockfreien Staaten im September 1961 in Belgrad, welche als Gegenpol zu den zwei Blöcken des Kalten Krieges fungieren sollte, rückte Ghana, wie auch andere, nun unabhängig gewordene Staaten der »Dritten Welt«, ins Blickfeld der Blockfreien-Bewegung, die grosses Potenzial für die Erweiterung der Organisation ausmachte. Nkrumah sah durch ein Engagement in der Blockfreien-Bewegung eine Chance, sich und sein Land besser in der Weltpolitik zu positionieren. So setzte er sich an der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York 1960 neben Jawaharlal Nehru (erster Premierminister Indiens), Sukarno (erster Präsident Indonesiens), Gamal

Abdel Nasser (damals Staatspräsident Ägyptens) und Josip Broz Tito, dem charismatischen Anführer des sozialistischen Jugoslawiens, als einer der grossen fünf Staatsoberhäupter der Blockfreien in Szene.³

Nkrumah engagierte sich dafür, dass Ghana bei der Blockfreien-Bewegung eine führende Stellung einnehmen sollte. Doch innenpolitische Angelegenheiten beschäftigten den ghanaischen Präsidenten 1961 so sehr, dass Ghana auf internationaler Ebene nicht diejenige Rolle spielen konnte, die dieser für sein Land vorgesehen hatte. Dennoch besuchte Tito die ghanaische Hauptstadt Accra im selben Jahr, wodurch sich die politisch-strategische Freundschaft zwischen den zwei Staatsmännern festigte. Bei diesem Treffen schlug Nkrumah vor, in seinem Land eine Zusammenkunft der Blockfreien zu organisieren. Diese kam aber nicht zustande, da Nehru ebenfalls daran interessiert war, die Konferenz in Indien abzuhalten, was wiederum zu Streitigkeiten zwischen Nehru und Nkrumah führte.⁴

Der ghanaische Präsident machte sich auf die Suche nach einer anderen Möglichkeit, in seinem Land eine Konferenz von vergleichbarer Bedeutung zu organisieren. Anlass dazu gaben schliesslich Atomwaffentests, die Frankreich auf dem afrikanischen Kontinent, insbesondere in Algerien, durchführte. Als Antwort auf diese Tests hatte sich das *Direct Action Committee* (DAC), eine britische pazifistische Organisation, um organisierten Widerstand auf dem afrikanischen Kontinent bemüht.⁵ Dabei hatte das DAC aus verschiedenen Gründen Ghana als Ausgangspunkt des Widerstands ausgewählt. In Ghana herrschte zu jener Zeit, vor allem aufgrund des Algerienkrieges, eine ausgeprägt frankreichkritische Stimmung. Dazu war mit Nkrumah ein Präsident an der Macht, der sich für Antiimperialismus und Antimilitarismus einsetzte.⁶ Ausserdem wurde in Ghana bereits 1959 mit der Unterstützung des US-Amerikaners Bill Sutherland das *Ghana Council for Nuclear Disarmament* gegründet.⁷ Die Bemühungen des DAC waren zwar nicht so erfolgreich wie erhofft, dennoch bestand in Ghana Sympathie für die Abrüstungsbewegung.⁸ So sah Nkrumah die Gelegenheit, eine Konferenz zur Abrüstung abzuhalten.

Die Konferenz fand schliesslich im Sommer 1962 tatsächlich statt, unter dem Motto »The World without the bomb«. Das offizielle Ziel der *Accra Assembly* war die Ausarbeitung eines gemeinsamen Plans, um das nukleare Aufrüsten zu unterbinden und rückgängig zu machen.⁹ Nkrumah wollte mit der Konferenz sein Land ins politische Rampenlicht rücken. Doch die ghanaischen Zeitungen, die Buchbinder aufbewahrt hat, deuten ebenfalls darauf hin, dass Nkrumah, der in Ghana oft mit »Osagyefo« – auf Deutsch »Erlöser« – betitelt wurde, sich mit dieser Konferenz auch selbst in Szene setzen wollte. Diese Vermutung liegt darin begründet, dass in den Titeln der meisten Artikel hauptsächlich Nkrumah erscheint; darunter findet sich sehr oft ein Foto mit ihm im Zentrum der Verhandlungen. Anhand dieser Zeitungsartikel lässt sich erahnen, dass in der ghanaischen Berichterstattung das Hauptanliegen der *Accra Assembly* zumindest teilweise mit innenpolitischen Zielen konkurrierte.

Evening News, Accra, Ghana, Page 3, 1960

WORLD PEACE MAKERS FOR ACCRA PEACE TALKS

World Without The Bomb

GHANA RAILWAY AND HARBOURS NOTICE

KNOW YOUR NEW DAILY PASSENGER TRAINS TIMINGS

The Railways Administration announces the following alterations in the Accra-Danin Passenger Train on 22nd July, 1960:

1. Takoradi-Danin Passenger Train will now depart at 8.10 a.m. and arrive at Danin at 1.10 p.m. and 1.15 a.m. respectively on weekdays, with a stop at Tema on the way and will also stop for 15 minutes at Tema on Saturdays and Sundays.
2. Danin-Takoradi Passenger Train will now depart at 8.10 a.m. and arrive at Takoradi at 1.10 p.m. and 1.15 a.m. respectively on weekdays, with a stop at Tema on the way and will also stop for 15 minutes at Tema on Saturdays and Sundays.
3. Danin-Takoradi Passenger Train will now depart at 8.10 a.m. and arrive at Takoradi at 1.10 p.m. and 1.15 a.m. respectively on weekdays, with a stop at Tema on the way and will also stop for 15 minutes at Tema on Saturdays and Sundays.
4. Takoradi-Danin Passenger Train will now depart at 8.10 a.m. and arrive at Danin at 1.10 p.m. and 1.15 a.m. respectively on weekdays, with a stop at Tema on the way and will also stop for 15 minutes at Tema on Saturdays and Sundays.
5. Danin-Takoradi Passenger Train will now depart at 8.10 a.m. and arrive at Takoradi at 1.10 p.m. and 1.15 a.m. respectively on weekdays, with a stop at Tema on the way and will also stop for 15 minutes at Tema on Saturdays and Sundays.
6. Danin-Takoradi Passenger Train will now depart at 8.10 a.m. and arrive at Takoradi at 1.10 p.m. and 1.15 a.m. respectively on weekdays, with a stop at Tema on the way and will also stop for 15 minutes at Tema on Saturdays and Sundays.
7. Danin-Takoradi Passenger Train will now depart at 8.10 a.m. and arrive at Takoradi at 1.10 p.m. and 1.15 a.m. respectively on weekdays, with a stop at Tema on the way and will also stop for 15 minutes at Tema on Saturdays and Sundays.
8. Danin-Takoradi Passenger Train will now depart at 8.10 a.m. and arrive at Takoradi at 1.10 p.m. and 1.15 a.m. respectively on weekdays, with a stop at Tema on the way and will also stop for 15 minutes at Tema on Saturdays and Sundays.
9. Danin-Takoradi Passenger Train will now depart at 8.10 a.m. and arrive at Takoradi at 1.10 p.m. and 1.15 a.m. respectively on weekdays, with a stop at Tema on the way and will also stop for 15 minutes at Tema on Saturdays and Sundays.
10. Danin-Takoradi Passenger Train will now depart at 8.10 a.m. and arrive at Takoradi at 1.10 p.m. and 1.15 a.m. respectively on weekdays, with a stop at Tema on the way and will also stop for 15 minutes at Tema on Saturdays and Sundays.
11. Danin-Takoradi Passenger Train will now depart at 8.10 a.m. and arrive at Takoradi at 1.10 p.m. and 1.15 a.m. respectively on weekdays, with a stop at Tema on the way and will also stop for 15 minutes at Tema on Saturdays and Sundays.
12. Danin-Takoradi Passenger Train will now depart at 8.10 a.m. and arrive at Takoradi at 1.10 p.m. and 1.15 a.m. respectively on weekdays, with a stop at Tema on the way and will also stop for 15 minutes at Tema on Saturdays and Sundays.
13. Danin-Takoradi Passenger Train will now depart at 8.10 a.m. and arrive at Takoradi at 1.10 p.m. and 1.15 a.m. respectively on weekdays, with a stop at Tema on the way and will also stop for 15 minutes at Tema on Saturdays and Sundays.
14. Danin-Takoradi Passenger Train will now depart at 8.10 a.m. and arrive at Takoradi at 1.10 p.m. and 1.15 a.m. respectively on weekdays, with a stop at Tema on the way and will also stop for 15 minutes at Tema on Saturdays and Sundays.
15. Danin-Takoradi Passenger Train will now depart at 8.10 a.m. and arrive at Takoradi at 1.10 p.m. and 1.15 a.m. respectively on weekdays, with a stop at Tema on the way and will also stop for 15 minutes at Tema on Saturdays and Sundays.
16. Danin-Takoradi Passenger Train will now depart at 8.10 a.m. and arrive at Takoradi at 1.10 p.m. and 1.15 a.m. respectively on weekdays, with a stop at Tema on the way and will also stop for 15 minutes at Tema on Saturdays and Sundays.
17. Danin-Takoradi Passenger Train will now depart at 8.10 a.m. and arrive at Takoradi at 1.10 p.m. and 1.15 a.m. respectively on weekdays, with a stop at Tema on the way and will also stop for 15 minutes at Tema on Saturdays and Sundays.
18. Danin-Takoradi Passenger Train will now depart at 8.10 a.m. and arrive at Takoradi at 1.10 p.m. and 1.15 a.m. respectively on weekdays, with a stop at Tema on the way and will also stop for 15 minutes at Tema on Saturdays and Sundays.
19. Danin-Takoradi Passenger Train will now depart at 8.10 a.m. and arrive at Takoradi at 1.10 p.m. and 1.15 a.m. respectively on weekdays, with a stop at Tema on the way and will also stop for 15 minutes at Tema on Saturdays and Sundays.
20. Danin-Takoradi Passenger Train will now depart at 8.10 a.m. and arrive at Takoradi at 1.10 p.m. and 1.15 a.m. respectively on weekdays, with a stop at Tema on the way and will also stop for 15 minutes at Tema on Saturdays and Sundays.
21. Danin-Takoradi Passenger Train will now depart at 8.10 a.m. and arrive at Takoradi at 1.10 p.m. and 1.15 a.m. respectively on weekdays, with a stop at Tema on the way and will also stop for 15 minutes at Tema on Saturdays and Sundays.
22. Danin-Takoradi Passenger Train will now depart at 8.10 a.m. and arrive at Takoradi at 1.10 p.m. and 1.15 a.m. respectively on weekdays, with a stop at Tema on the way and will also stop for 15 minutes at Tema on Saturdays and Sundays.
23. Danin-Takoradi Passenger Train will now depart at 8.10 a.m. and arrive at Takoradi at 1.10 p.m. and 1.15 a.m. respectively on weekdays, with a stop at Tema on the way and will also stop for 15 minutes at Tema on Saturdays and Sundays.
24. Danin-Takoradi Passenger Train will now depart at 8.10 a.m. and arrive at Takoradi at 1.10 p.m. and 1.15 a.m. respectively on weekdays, with a stop at Tema on the way and will also stop for 15 minutes at Tema on Saturdays and Sundays.

G. K. B. de GRAY-JOHNSTON
GENERAL MANAGER
GHANA RAILWAY AND HARBOURS HEADQUARTERS,
TEMA.

Abb. 2: In den Evening News wurde grossflächig für die Anliegen der Accra Assembly geworben. In diesem Inserat wurden bedeutende Persönlichkeiten aufgelistet, die die Accra Assembly unterstützten. Darunter befanden sich etwa der SP-Nationalrat Karl Dellberg (4. Reihe, Mitte), aber auch der später weltberühmte marxistische Intellektuelle Stuart Hall (oben rechts).

Trotz der Instrumentalisierung der Konferenz durch den ghanaischen Präsidenten verfolgte die Tagung durchaus ambitionierte politische Ziele. Buchbinder bewahrte ein Büchlein auf, das an die Konferenzteilnehmer*innen geschickt wurde. Daraus ist zum einen ersichtlich, welches die Zielsetzungen der Konferenz waren. Es ging darum, konkrete Schritte auszuarbeiten, um die Gefahren der nuklearen Auseinandersetzung zu verringern. Zum anderen wird im Büchlein das Profil der eingeladenen Personen kurz vorgestellt:

»[...] The Assembly will be composed of about one hundred liberal-minded individuals who by the constructive work they have done towards disarmament and peace have proved their concern about the damage to the life and health of mankind inherent in the military abuse of atomic energy, even in peace time.«¹⁰

Ausserdem sollten die Eingeladenen nicht Mitglieder einer Regierung sein. Die Ausnahme dieser Regelung bildete die ghanaische Delegation, da Nkrumah zu jenem Zeitpunkt Präsident Ghanas war. Somit lässt sich bei der Accra Assembly nicht ausschliesslich von einer »non-governmental

conference« sprechen. Unter den Teilnehmer*innen der Konferenz befand sich auch Heinrich Buchbinder.

Buchbinder als Anführer der Schweizer Delegation in Accra

Am 4. Juli 1962 brachte das *St. Galler Tagblatt* einen Artikel über die *Accra Assembly*, betitelt mit »Karl Dellbergs Abstecher nach Accra«. Diesen Artikel bewahrte Buchbinder auf. Auch sein Name findet darin Erwähnung:

»In Accra, der Hauptstadt von Ghana, hat sich der sozialistische Walliser Nationalrat Karl Dellberg zum Präsidenten eines internationalen Bundes ›Welt ohne Bombe‹ wählen lassen. Er trat dort mit dem ehemaligen kommunistischen Nationalrat Emil Arnold und dem Zürcher Trotskisten Buchbinder in Erscheinung.«

Die Ostschweizer Zeitung schrieb Buchbinder damit eher eine sekundäre Rolle zu. Gleichzeitig bezeichnet sie Karl Dellberg, einer der Gründer der Sozialdemokratischen Partei (SP) des Kantons Wallis und langjähriger Nationalrat, als Hauptakteur der Schweizer Teilnehmenden. Dem bereits 75-jährigen Sozialdemokraten Dellberg wurde als Nationalrat in der öffentlichen Wahrnehmung der Schweiz unzweifelhaft eine wichtigere Rolle als Buchbinder an der *Accra Assembly* zugeschrieben. Dass Dellberg zum Vorsitzenden des Konferenzrates gewählt wurde, trug sicherlich dazu bei.



Abb. 3: Der ghanaische Präsident Kwame Nkrumah war ein wichtiger Verfechter des Panafrikanismus und der Blockfreien-Bewegung. Um ihn gab es einen inszenierten Personenkult; so war er in der ghanaischen Zeitung *Evening News* omnipräsent. »Osagyefo« (deutsch »Erlöser«) war Nkrumahs Ehrentitel.

Die umfangreiche Korrespondenz und weitere Dokumente in Buchbinders Nachlass deuten aber einerseits darauf hin, dass die *Accra Assembly* für Buchbinder persönlich sehr wichtig gewesen ist. Andererseits zeigen sie, dass er sich aktiv engagiert hatte und eine wichtige organisatorische Kraft gewesen sein muss. Daher erscheint es wahrscheinlich, dass Buchbinder für die Konferenz wichtiger war als in der Schweiz wahrgenommen.

Es war Buchbinder, der im Vorfeld der Konferenz in Accra eine Vorbereitungskonferenz in Zagreb vorschlug, was Dokumente im Nachlass bezeugen. So liegt etwa ein Brief von Edouard Le Ghait vor, belgischer Botschafter in Moskau und ebenfalls ein Verfechter der Abrüstung, in dem sich dieser entschuldigt, dass er in Ghana nicht anwesend sein könne. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Ghana und Belgien seien aufgrund gewisser Ereignisse in der ehemaligen belgischen Kolonie Kongo, die im Brief nicht aufgeführt werden, abgebrochen worden. Deshalb sei es unmöglich, ein Visum bei der ghanaischen Botschaft zu beantragen.¹² Dieses Schreiben scheint der Auslöser für Buchbinder gewesen zu sein, eine frühere, vorbereitende Konferenz organisieren zu wollen, und zwar in einem Staat, in dem auch Le Ghait teilnehmen konnte. Weshalb Le Ghait so wichtig war, ist nicht bekannt.

By the use of shelters, or the like, many people could escape death in an atomic war.

Survivors

In reality the survivors are likely to be confined to those engaged in directing and waging nuclear war, since those who think in terms of a "hot war" is automatically accept that these are the only lives which must at all costs be saved.

Ideological differences between the nations have unfortunately become the basis of a campaign of hate between peoples, and the whole apparatus of science is employed on both sides in this campaign.

The result of this can only be the obliteration of the human race with all its achievements.

Programme

The vast sums of money consumed in this campaign could be used to finance national and international programmes for the eradication of disease, poverty and want. It is believed that about 114,000,000 pounds (the equivalent of 342,000,000 dollars) is spent every day—every single day, mark you—on the production of weapons of mass destruction.

And let me say this:

out-moded attitude of mind which still regards Co-existence and dis-

Accra, Thursday
Deputy Minister of the Interior, has explained the measures proposed by Government to check reckless driving, to the National Council of Ghana Driving Schools at a meeting held here.

"EVENINGS" CLASSIFIEDS

TRADE NOTICE

BALLANTRAE FUR DRIVING
Oversea Study Courses.

FOR SALE

EXAMPLE OF JOURNALISTIC ATTITUDE
The following is a copy of a letter which was sent to the Ghanaian newspaper 'The Evening News' by a person who writes to the Ghanaian newspaper 'The Evening News'.

HAVE SAID GIVE THEM COPIES OF AFRICA SPEAKS
I have only 500 in my collection and I am offering them for sale to the Ghanaian newspaper 'The Evening News'.

WHITE NOW HAVE FOUR COPIES OF BOOK OF AFRICA
I have only 500 in my collection and I am offering them for sale to the Ghanaian newspaper 'The Evening News'.

EVERYONE SHOULD HAVE A COPY OF THE BOOK
I have only 500 in my collection and I am offering them for sale to the Ghanaian newspaper 'The Evening News'.

ENTERTAINMENT

LEDO Remember the Birthday Band Boasting with Shashona on Friday Night.

REGIONAL CINEMAS

A BONGALAMBI Accra (Friday) 8:30 p.m. Malindi to Nairobi (Friday) 7:30 p.m.

BANKAMA Accra (Friday) 8:30 p.m. Lovers' Paradise in The King of The Forest (Friday) 8:30 p.m.

CENTRAL CINEMA PALACE Accra (Friday) 8:30 p.m. Once Upon a Time in the West (Friday) 8:30 p.m.

QUEEN Kumasi (Friday) 8:30 p.m. The Great Escape (Friday) 8:30 p.m.

PRINCESS Accra (Friday) 8:30 p.m. The Great Escape (Friday) 8:30 p.m.

REX Accra (Friday) 8:30 p.m. The Great Escape (Friday) 8:30 p.m.

THEATRE Accra (Friday) 8:30 p.m. The Great Escape (Friday) 8:30 p.m.

Abb. 4: Nicht nur in den Schweiz fand »Dellbergs Abstecher nach Accra« mediale Beachtung. Auch die ghanaische *Evening News* druckte auf der Frontseite ab, wie Dellberg vom ghanaischen Verteidigungsminister Kofi Baako empfangen wurde.

Buchbinder selbst nahm die notwendigen Schritte für das Zustandekommen dieser Vorkonferenz auf. Dies bezeugt ein Brief an den jugoslawischen Botschafter in Bern. Buchbinder bat diesen um Hilfe, im Februar 1962 eine Vorkonferenz zur *Accra Assembly* in Jugoslawien abzuhalten.¹³ Zudem schrieb Buchbinder einen Brief an Primo Bulajić, den Präsidenten der *Yugoslav League for Peace, Independence and Equality of Peoples*. Darin schildert er die Gründe, weshalb eine Vorkonferenz zur *Accra Assembly* notwendig sei, und welche Funktion eine solche erfüllen

würde.¹⁴ Buchbinder begründet sein Vorhaben mit der Absprache der fünf Arbeitsgruppen, die sich für die Konferenz in Ghana zu jeweils unterschiedlichen Themen vorbereiten sollten.

Ausserdem erwähnt Buchbinder, dass ursprünglich Frankfurt am Main als Tagungsort für die Vorkonferenz vorgesehen gewesen sei, dies jedoch nicht länger möglich sei, da »Einreiseschwierigkeiten für verschiedene Kommissionsmitglieder« bestünden. Daraufhin soll die ghanaische Regierung Irland als Austragungsort in Erwägung gezogen haben. Buchbinder aber habe daraufhin eine jugoslawische Stadt vorgeschlagen. Schliesslich fragt Buchbinder nach, ob es möglich sei, die Vorkonferenz in Zagreb abzuhalten, und ob Bulajićs Liga bei der Organisation behilflich sein könnte. Denselben Brief schickte Buchbinder auch an den jugoslawischen Physikprofessor und Friedensaktivisten Ivan Supek, der von der Organisation *European Federation against Nuclear War* eine vorbereitende Arbeitsgruppe für die *Accra Assembly* präsidierte. In dieser Arbeitsgruppe war auch Buchbinder Mitglied.¹⁵

Buchbinders Engagement, verschiedene Persönlichkeiten nach Accra zu bringen, die dann aber aus unterschiedlichen Gründen nicht teilnehmen konnten, führte demnach zu seiner Eigeninitiative, eine Vorkonferenz in Zagreb zu organisieren, welche dann auch tatsächlich zustande gekommen ist.¹⁶ Buchbinder versuchte darüber hinaus, verschiedene Personen zu einer Reise nach Ghana zu bewegen, die für ihn persönlich wichtig waren und von denen er überzeugt war, dass sie an der Konferenz teilnehmen sollten. Zahlreiche Typoskripte von Einladungsbriefen, beispielsweise an den schwedischen Ökonomen Gunnar Myrdal, an den Diplomaten und Präsidenten des *Canadian Institute of International Affairs* John W. Holmes und an viele weitere Persönlichkeiten aus verschiedenen Ländern sind in seinem Nachlass erhalten.

Buchbinder hatte also die Kompetenz, diese Personen auf die Gästeliste der Konferenz zu bringen, obwohl die Entscheidungshoheit über die Einladungen vornehmlich bei der ghanaischen Regierung lag.¹⁷ Der Einladungsbrief an den SP-Politiker Max Arnold vom 12. Juni 1962, kurz vor der Konferenz, bestätigt diese Kompetenz Buchbinders. Er schreibt: »Ich freue mich, dich offiziell im Namen des Preparatory Committee der »Accra Assembly« einzuladen, einer der 100 Teilnehmer an diesem »rencontre international« zu sein.«¹⁸ Der Brief belegt zudem, dass Buchbinder Teil des »Preparatory Committees« für die Konferenz war. In dieser Rolle hat er auch praktische und organisatorische Tätigkeiten für die Konferenz ausgeführt. So sind im Nachlass Bestätigungsschreiben der *Swissair* vorzufinden, die zeigen, dass Buchbinder für einige Teilnehmende die Anreise organisierte.¹⁹ Buchbinder wirkte also nicht bloss an der Vorkonferenz in Zagreb als Organisator mit, er war auch bei den Vorbereitungsarbeiten für die Hauptkonferenz in Ghana massgeblich beteiligt.²⁰ In dieser Rolle des Mitorganisators wurde er von anderen Teilnehmenden und Eingeladenen wahrgenommen. So schrieb etwa der französische Sozialist Guy Desson am 2. Juli 1962, also unmittelbar nach

der *Accra Assembly*, an Buchbinder: »Ich möchte nicht länger warten, um Ihnen zur perfekten Organisation der *Accra Assembly* zu gratulieren.«²¹

Dass auch die politische Positionierung der Organisator*innen der Konferenz eine zentrale Rolle spielen konnte, zeigt ein Brief des deutschen Professors Gerd Burkhardt auf. Denn darin erklärt dieser, dass er von »Herrn Mayer-Amery« – hierbei handelte es sich womöglich um den bekannten Essayisten und Intellektuellen Jean Améry, geboren Hanns Chaim Mayer – eine Einladung zur Konferenz erhalten habe. Er habe zugesagt unter der Bedingung, dass die *Accra Assembly* nicht von »kommunistisch gesteuerten Gruppen« organisiert und finanziert werde. Um sicherzugehen, dass dem nicht so war, bat der Professor Buchbinder um Angaben zur Zusammensetzung des Vorbereitungskomitees, zu den Eingeladenen und der Organisation. Schlussendlich scheint Burkhardt tatsächlich an der Konferenz teilgenommen zu haben, denn sein Name taucht in einem Buch auf, in dem einige Texte, die an der Konferenz vorgetragen wurden, gesammelt veröffentlicht wurden.²²



Abb. 5: Die ghanaisch-schweizerischen Beziehungen existierten nicht nur innerhalb der Anti-Atombomben-Bewegung. Während die *Accra Assembly* im Gange war, warben die *Ghana Airways* für eine neue Luftlinie von Ghana in die Schweiz.

Aus der grossen Anzahl von Briefen in Buchbinders Nachlass lässt sich herauslesen, dass Buchbinder der Konferenz in Ghana ein hohes Potenzial für Veränderungen auf internationaler, gar globaler Ebene zuschrieb. So schreibt er etwa an den bereits erwähnten Holmes: »Can I engage your interest in a project which I personally think may have some influence on the deplorable trend in world events?«²³

Buchbinder war allerdings nicht nur in der Organisation und dem Werben für die *Accra Assembly* tätig. Er nahm auch selbst Stellung und nannte

konkrete Vorschläge für die Förderung der Abrüstung. Im Buch zur Konferenz etwa findet sich auch ein Artikel von ihm. Das Buch wurde unter dem Titel *The World Without the Bomb – Selections from the Accra Assembly Papers* unmittelbar nach der Konferenz durch die ghanaische Regierung publiziert. Darin finden sich Stellungnahmen von einigen Teilnehmenden zu den globalen Spannungsverhältnissen, zum psychologischen Aspekt der Abrüstungsbewegung, zu den Vereinten Nationen, zum Kolonialismus und zu weiteren Themen. Ein Name dominiert in diesem Buch: der von Präsident Nkrumah. Hier zeigt sich erneut, dass Ghanas Präsident die Gelegenheit nutzte, sich in den Mittelpunkt der *Accra Assembly* zu stellen.

Buchbinders Stellungnahme taucht im Unterkapitel »The case for direct action« auf. Darin kritisiert er zunächst den Krieg als solchen und warnt vor einem dritten Weltkrieg. Er erklärt, dass sich die Welt in einer solch gefährlichen Situation befinde, weil viele »Intellektuelle, Wissenschaftler, aber auch Menschen von der Strasse der industrialisierten und entwickelten Länder« moralisch gleichgültig agierten.²⁴ Er bezieht sich auf das Argument der Aufrüstungsbefürworter*innen, Atombomben seien wegen ihres Abschreckungseffekts für die Sicherheit positiv. Dieses Argument sollte nach Buchbinder nicht länger gelten, denn die Spannung zwischen den beiden Blöcken sei an einem Punkt, wo alles möglich sei, eben auch ein Nuklearkrieg. Vielmehr solle ein Paradigmenwechsel eingeleitet werden und die Abrüstung als Auslöser für »sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Fortschritt« fungieren. Dabei setzte Buchbinder grosse Hoffnung in den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt und die technologischen Errungenschaften, die inzwischen auf einem Niveau seien, auf dem man das eigentlich technisch schwierige Unterfangen des Abbaus der Atomsprengeköpfe in Angriff nehmen könne.²⁵

Buchbinder setzt sich in seinem Text ausserdem dafür ein, dass nicht nur die Grossmächte bei den Verhandlungen zur Abrüstung, zu Krieg und Frieden eine Stimme haben sollten, sondern auch jene zwei Drittel der Welt, die im Kalten Krieg nicht direkt involviert waren. Die Abrüstung betreffe alle Staaten. Buchbinder entwickelte darüber hinaus konkrete Vorschläge zur Zusammenarbeit zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern, die seinen Versuch, sich für den Frieden einzusetzen, und die Bedeutung, die er den Ländern des globalen Südens zusprach, nochmals verdeutlichen:

»I propose that industrialised nations unilaterally and without delay contribute 10 per cent of the youth of military age so that they can volunteer for development work overseas. Such a reduction of armed forces can easily be subjected to international control. An international agency composed of representatives from developing countries and assisted by technical experts of countries included in the reduction scheme would be in charge of employing and distributing such voluntary personnel. This agency would be solely authorized to acknowledge compliance with the reduction scheme on the part of the countries concerned.«²⁶

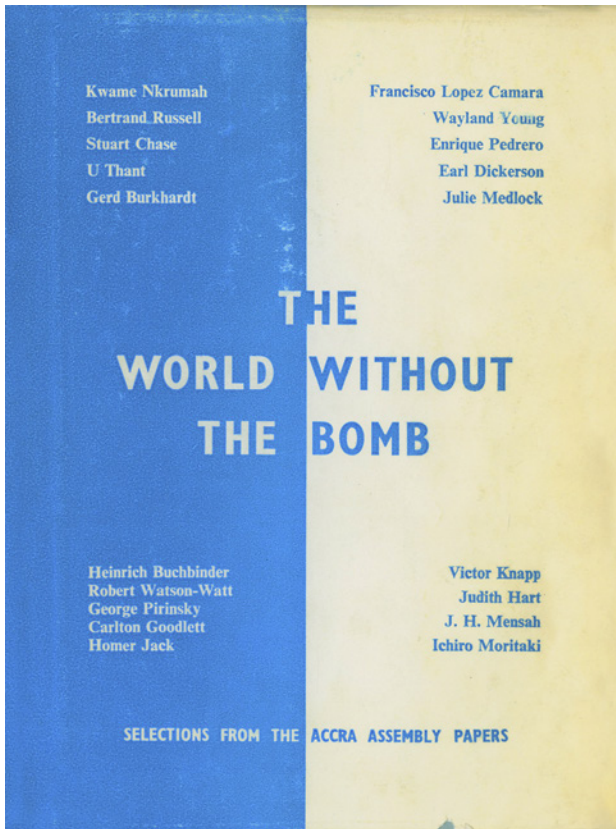


Abb. 6: Nach der *Accra Assembly* veröffentlichte die ghanaische Regierung das Buch *The World Without the Bomb*. Auch Buchbinder verfasste einen Artikel.

Buchbinder war von seinen Vorschlägen überzeugt. Er nennt auch die Finanzierungsmöglichkeiten, und schlägt vor, die militärischen Budgets umzufunktionieren und damit die Freiwilligenarbeit der Personen aus den industrialisierten Ländern in den Entwicklungsländern zu finanzieren.²⁷

Die Quellen lassen keine direkten Aussagen darüber zu, wie Buchbinders Vorschläge aufgenommen wurden. Seine Ideen waren relativ unkonventionell, zumal er auch ein Studierendenaustauschprogramm zwischen den beiden dominierenden Blöcken des Kalten Kriegs mit einem Austausch von 60 000 Student*innen von jedem Block innerhalb von zwei Jahren forderte.²⁸ Doch bot er mit seinen Aussagen auch Angriffsflächen. Denn auch wenn er versuchte, zahlreiche Gruppen in seine Pläne einzubeziehen – so zum Beispiel eine Vereinigung von blockfreien Wissenschaftler*innen – hätten gerade diese Gruppen Buchbinders Stellung als europäisch-paternalistisch auffassen können. Die Tatsache allerdings, dass sein Artikel überhaupt im Konferenzband publiziert worden ist, zeigt, dass seine Ideen wohl grundsätzlich auf Zustimmung gestossen sein dürften.

Accra war erst der Anfang

Die Konferenz in Ghana ging am 28. Juni 1962 zu Ende, doch sie hatte lange Nachwirkungen. Das zeigt sich im Nachlass von Heinrich Buchbinder deutlich. Zwar kann der Einfluss der *Accra Assembly* auf die internationale Politik nur schwer abgeschätzt werden. Doch Buchbinder scheint dieses Projekt auch nach der eigentlichen Konferenz wichtig gewesen zu sein: Er sammelte Dokumente mit Bezug auf die *Accra Assembly* noch einige Jahre lang weiter. Aus der Konferenz entstand eine Vereinigung, die im Namen der *Accra Assembly* weitere Konferenzen organisierte. Heinrich Buchbinder war in dieser sehr engagiert. Dies offenbart beispielsweise ein Brief des ghanaischen Diplomaten Frank E. Boaten vom April 1964. Im Brief erwähnt Boaten, dass er dem Schreiben den Entwurf des Protokolls einer Versammlung, die im Januar in Tyringe (Schweden) abgehalten wurde, beilege.²⁹ Er bittet Buchbinder, den Entwurf durchzuschauen, und ihm Verbesserungsvorschläge mitzuteilen.



Abb. 7: Vom 21. bis zum 28. Juni 1962 kamen Vertreter*innen vieler Staaten sowie internationale Anti-Atomwaffen-Aktivist*innen zur *Accra Assembly* zusammen. Während dieser Zeit dominierte in der Berichterstattung der ghanaischen Printmedien die *Assembly*.

Offensichtlich genoss Buchbinder ein hohes Ansehen innerhalb der Organisation und unterstützte verschiedene Personen bei Vor- und Nachbereitungstätigkeiten von Tagungen. Auch fragt Boaten, ob die dritte Juliwoche für das nächste Treffen des Rats in Marokko geeignet sei. Dies deutet darauf hin, dass die Sitzungen des *Councils of the Accra Assembly* mehrmals jährlich stattfanden, was sowohl für das Weiterbestehen als auch die Ausweitung der *Accra Assembly* nach 1962 spricht.

Das Protokoll einer Versammlung des *Councils of the Accra Assembly* von 1964, das ebenfalls im Nachlass vorhanden ist, zeigt einerseits, dass Buchbinder eines von nur zwei Ratsmitgliedern aus einem westlichen Staat war.³⁰ Dominiert wurde der Rat von Personen aus Staaten der Blockfreien-Bewegung. Die *Accra Assembly* scheint also nach der Konferenz in Ghana noch stärker zur Einflusszone der Blockfreien geworden zu sein, während das Interesse bei Protagonist*innen aus westlichen Staaten – bis auf wenige Ausnahmen – nachgelassen hatte. Andererseits belegt das Protokoll der Ratsversammlung auch, wie aktiv Buchbinder war. Seine Rolle bestand nicht ausschliesslich in der Organisation der Konferenzen und in anderen administrativen Tätigkeiten. Er war auch bei den Sitzungen engagiert, wo er seine Vorschläge in zahlreichen Voten den Anwesenden mitteilte.

Allerdings gab es auch Auseinandersetzungen rund um das Gewicht von Personen in der *Accra Assembly*, die nicht aus der Blockfreien-Bewegung stammten. Während der indische Politiker Diwan Chaman Lall – ein Angehöriger der Blockfreien-Bewegung – vorschlug, dass man kleine Komitees (*Friends of the Accra Assembly*) in blockfreien Staaten gründen solle, die zur Unterstützung bei der Geldmittelbeschaffung dienen sollten, erwiderte Buchbinder, man könne dieses Vorgehen auch auf westliche Länder ausweiten, in denen Sympathien mit den Bestrebungen vorhanden wären.³¹ Man kann leicht erkennen, dass es zwar die Idee der *Accra Assembly* war – auch im Fortbestehen nach der Konferenz von 1962 –, eine konstruktive und gemeinsame Planung der Abrüstung voranzutreiben; dennoch standen die einzelnen Mitglieder in gewissen Spannungsverhältnissen bezüglich des Ost-West- und Nord-Süd-Konflikts zueinander. Solche Tendenzen wirkten auf den eigentlichen Zweck der Organisation sicherlich hemmend.

Ein Schweizer Trotzlist inmitten der globalen Politik

Dank dem Umstand, dass Heinrich Buchbinder Dokumente zur *Accra Assembly* akribisch aufbewahrt hat, eignet sich sein Nachlass sehr gut, um die Geschichte dieser Abrüstungskonferenz aus seiner Perspektive zu erzählen. Die *Accra Assembly* war – gemäss dem Nachlass eines Schweizer Trotzlisten – eine Konferenz, die idealerweise von Angehörigen blockfreier Staaten geprägt werden sollte. Dies zeigt sich beispielsweise im in der Vorbereitung geäusserten Anspruch, dass mindestens zwei Drittel der einhundert eingeladenen Personen aus Asien, Afrika oder Lateinamerika stammen sollten. Gleichzeitig engagierten sich aber auch Teilnehmende aus europäischen und westlichen Ländern zusammen mit den Blockfreien in der *Accra Assembly*.



Abb. 8: Der ghanaische Diplomat Frank E. Boaten (am Tisch rechts, hier bei einer Pressekonferenz) war 1962 der Generalsekretär der *Accra Assembly*. Im Vorfeld warb er weltweit Teilnehmer*innen für Versammlungen an. Er und Heinrich Buchbinder pflegten auch nach der *Assembly* weiterhin Kontakt.

Buchbinder selbst war, im Rahmen seiner Tätigkeit als Vizepräsident der *European Federation against Nuclear War*, sehr engagiert für die *Accra Assembly*. Er war der Hauptinitiant der Vorkonferenz in Zagreb im Februar 1962.

Dabei ging es ihm auch darum, dass gewisse Personen, die in Ghana im Juni nicht anwesend sein konnten, eine Möglichkeit bekamen, ihre Voten und Ideen öffentlich anzubringen. Auch war Buchbinder Teil des »Preparatory Committees« und lud in dieser Funktion verschiedentlich Personen zur Konferenz ein. Womöglich durfte er dabei die Personen selbst auswählen, die seinem Ermessen nach für die Tagung geeignet waren. Des Weiteren organisierte er die Flüge für zahlreiche Eingeladene. Auch bei der Konferenz selbst hielt er einen Vortrag, der in Textform später im Buch *The World Without the Bomb* publiziert wurde. Die *Accra Assembly* wurde nach der Konferenz im Juni 1962 weitergeführt. Es folgten einige Nachkonferenzen in verschiedenen Ländern. Auch dort war Buchbinder als einer von wenigen europäischen Ratsmitgliedern des *Councils of the Accra Assembly* tätig.

Dass Buchbinder als überzeugter Trotzkiist in Ghana an der Konferenz teilnahm, scheint zunächst erstaunlich. Immerhin ging es in Accra ja um die Rolle der Blockfreien-Bewegung. Die Blockfreien formierten sich als dritter Block, da sie sich weder für die Sowjetunion noch für die USA entscheiden

wollten. Der Trotzismus war in einer ähnlichen Position. Während man den Westen als kapitalistisch und damit nicht gleichgesinnt betrachtete, sahen die Trotzist*innen in der Sowjetunion nicht denjenigen kommunistischen Staat, der den eigenen Vorstellungen entsprach. Daher erstaunt es nicht, dass die Trotzist*innen sich zu einem gewissen Teil mit den blockfreien Staaten identifizieren konnten. Vor diesem Hintergrund scheint Buchbinders Engagement in Ghana auf einmal weniger überraschend. Ausserdem war Buchbinder in der Schweiz und auf europäischer Ebene sehr stark in die Bewegung gegen die atomare Aufrüstung involviert. Diese Bewegung zeichnete sich unter anderem dadurch aus, dass sie sich intensiv über Landesgrenzen hinweg vernetzte und ein erstaunliches Netzwerk an Kontakten und Organisationen aufbauen konnte.

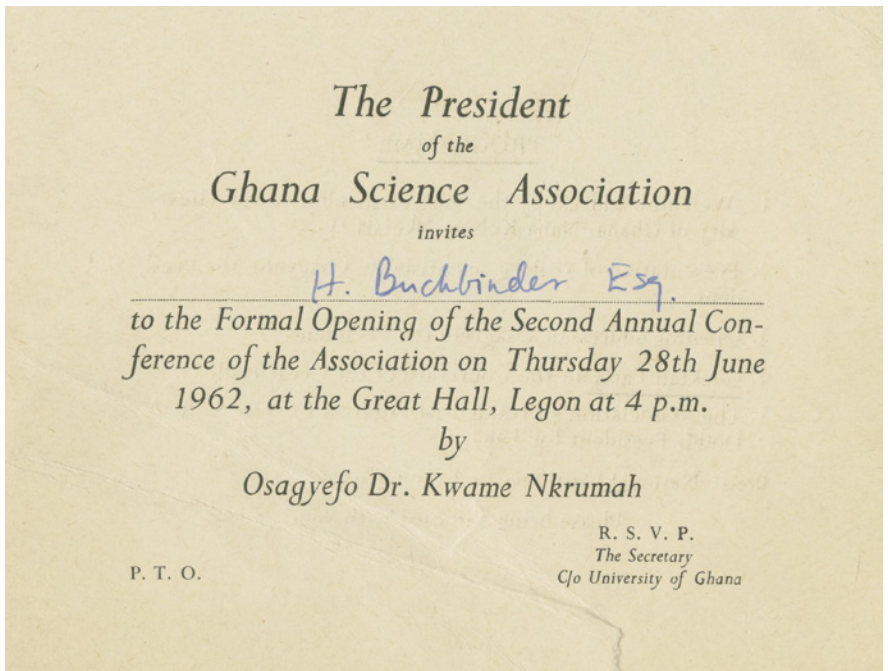


Abb. 9: Für Buchbinder war die Accra Assembly von grosser Bedeutung. So bewahrte er akribisch verschiedenste dazugehörige Dokumente auf. In seinem Nachlass findet sich etwa eine persönliche Einladung des Präsidenten der ghanaischen Akademie der Wissenschaften.

Die Anti-Atomkonferenz in Accra war ein Resultat dieser Vernetzung und die konsequente Umsetzung der internationalistischen Ideale, die sowohl im Trotzismus als auch in der gesamten Bewegung gegen die Atombombe eine zentrale Rolle spielten. Das Ziel einer Welt ohne Atombombe brauchte global denkende und handelnde Aktivist*innen.

Srdjan Dragojevic hat den Master in Geschichte und Spanischer Sprach- und Literaturwissenschaft an der Universität Zürich abgeschlossen.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: *Karikatur*, in: *Evening News*, 18.06.1962, Public Records and Archives Administration Department (PRAAD), Accra, Ausschnitt.

Abb. 2: *Inserat mit Unterstützer*innen der Accra Assembly*, in: *Evening News*, 21.06.1962, Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich (AfZ), Nachlass Heinrich Buchbinder (NL Buchbinder), 37(V), S. 3.

Abb. 3: *Titelseite*, in: *Evening News*, 22.06.1962, PRAAD, Accra, (Ausschnitt).

Abb. 4: *Titelseite*, in: *Evening News*, 21.06.1962, PRAAD, Accra, (Ausschnitt).

Abb. 5: *Werbung für neue Airline zwischen Ghana und der Schweiz*, in: *The Ghanaian Times*, 23.06.1962, AfZ, NL Buchbinder, 37(V), S. 4 (Ausschnitt).

Abb. 6: The Accra Assembly, *The World Without the Bomb*, 1962, AfZ, NL Buchbinder, 37(V).

Abb. 7: *Titelseite*, in: *Evening News*, 21.06.1962, Ed. 3 p.m., PRAAD, Accra, (Ausschnitt).

Abb. 8: Unbekannt, *Foto von Frank. E. Boaten*, in: *Evening News*, 11.05.1962, PRAAD, Accra, (Ausschnitt).

Abb. 9: *Einladung für Heinrich Buchbinder nach Ghana*, 1962, AfZ, NL Buchbinder, 37(V).

Literatur

- 1 Vgl. Robert J. Alexander: *International Trotskyism 1929–1985: A Documented Analysis of the Movement*, Durham: Duke University Press (1991), S. 732.
- 2 Vgl. »Einleitung«, in: Franz Ansprenger, Heide Traeder, Rainer Tetzlaff (Hg.): *Die politische Entwicklung Ghanas von Nkrumah bis Busia*, München: Weltforum Verlag (1972), S. 8.
- 3 Williard Scott Thompson: *Ghana's Foreign Policy, 1957–1966: Diplomacy, Ideology and the New State*, Princeton: Princeton University Press (1969), S. 177f.
- 4 Vgl. ebd., S. 181f.
- 5 Vgl. Lawrence S. Wittner: *The Struggle Against the Bomb, Vol. 2: Resisting the Bomb: A History of the World Nuclear Disarmament Movement 1954–1970*, Stanford: Stanford University Press (1997), S. 266.
- 6 Vgl. ebd.
- 7 Vgl. Jodi Burkett: »The Campaign for Nuclear Disarmament and Changing Attitudes Towards the Earth in the Nuclear Age«, in: *British Journal for the History of Science* 45/4 (2012), S. 625–639, hier S. 628.
- 8 Lawrence S. Wittner: *The Struggle Against the Bomb, Vol. 2: Resisting the Bomb: A History of the World Nuclear Disarmament Movement 1954–1970*, Stanford: Stanford University Press (1997), S. 270.
- 9 »The Accra Assembly«, Konferenzbüchlein, 1962, Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich (AfZ), Nachlass Heinrich Buchbinder (NL Buchbinder), 40a(V), S. 2.
- 10 Ebd.
- 11 »Karl Dellbergs Abstecher nach Accra«, Zeitungsausschnitt aus dem *St. Galler Tagblatt* vom 04.07.1962, AfZ, NL Buchbinder 40a(V).
- 12 Edouard Le Ghait an Heinrich Buchbinder, 20.12.1961, AfZ, NL Buchbinder 40a(V).
- 13 Heinrich Buchbinder an jugoslawischen Botschafter, 15.01.1962, AfZ, NL Buchbinder 40a(V).
- 14 Heinrich Buchbinder an Krsto Bulajic, 15.01.1962, AfZ, NL Buchbinder 40a(V).
- 15 Heinrich Buchbinder an Ivan Supek, 15.01.1962, AfZ, NL Buchbinder 40a(V).
- 16 Heinrich Buchbinder an Professor Flechtheim, 12.06.1962, AfZ, NL Buchbinder 40a(V).
- 17 Heinrich Buchbinder an Robert Jungk, 06.06.1962, AfZ, NL Buchbinder 23(V).
- 18 Heinrich Buchbinder an Max Arnold, 12.06.1962, AfZ, NL Buchbinder 23(V).
- 19 Dokument der Swissair, undatiert, AfZ, NL Buchbinder 37(V).
- 20 Dr. G. Burkhardt an Heinrich Buchbinder, 03.01.1962, AfZ, NL Buchbinder 40a(V).
- 21 Guy Desson an Heinrich Buchbinder: »[J]e ne veux pas attendre davantage pour vous féliciter de la parfaite organisation de l'Assemblée d'Accra«, 02.07.1962, AfZ, NL Buchbinder 40a(V).
- 22 »The World Without the Bomb«, Buch von 1962, AfZ, NL Buchbinder 40a(V).
- 23 Heinrich Buchbinder an John W. Holmes, 11.11.1961, AfZ, NL Buchbinder 40a(V).
- 24 »The World Without the Bomb«, Buch von 1962, AfZ, NL Buchbinder 40a(V), S. 73.
- 25 Ebd.
- 26 Ebd., S. 74
- 27 Ebd.
- 28 Ebd., S. 75.
- 29 F. E. Boaten an Heinrich Buchbinder, 10.04.1964, AfZ, NL Buchbinder 40a(V).
- 30 Protokollentwurf zur Ratsversammlung vom Januar 1964, AfZ, NL Buchbinder 38(V).
- 31 Ebd.

Trotz alledem! Motivationen eines Aktivisten

Trotz ausbleibender Erfolge blieben trotzistische Aktivist*innen während des Kalten Krieges jahrelang politisch aktiv. Warum? Was motivierte sie? Ein Blick in den Nachlass des Trotzisten Heinrich Buchbinder zeigt mögliche Antworten auf.

Wie schaffen es linke Aktivist*innen sich langfristig politisch zu engagieren, auch wenn der unmittelbare Erfolg ihrer politischen Arbeit ausbleibt? Wer heute im Internet nach »activist burnout« sucht, findet hunderte Beispiele von Aktivist*innen, die ihre politische Arbeit als anstrengend und kräftezehrend beschreiben – und darüber nachdenken, wie die Motivation des eigenen Einsatzes aufrechterhalten werden kann. Eine aktivistische Praxis beizubehalten und »selfcare« finden sich ganz oben auf der Liste der Durchhalte-Strategien.

Auch die trotzkistischen Organisationen in der Schweiz kämpften seit ihrem Aufkommen in den 1930er Jahren mit viel Gegenwind und jeder Menge Niederlagen. In der Regel erhielten ihre Ideen wenig gesellschaftliche Resonanz. Die trotzkistische Bewegung in der Schweiz war praktisch immer weit davon entfernt, eine Massenbewegung zu sein. Ihr Hauptziel – die Überwindung des kapitalistischen Systems – wurde offensichtlich nicht erreicht. Ihre Exponent*innen engagierten sich aber dennoch während vieler Jahre. Was motivierte sie dazu? Betrachteten sie ihr Projekt ab einem gewissen Zeitpunkt als gescheitert? Am Beispiel von Heinrich Buchbinder soll versucht werden, diese Fragen zu beantworten.



Abb 1: Buchbinder im Verlauf der Jahre. Das erste Passfoto stammt vermutlich aus den frühen 1960er Jahren, das letzte ist um 1984 herum entstanden.

Heinrich Buchbinder wurde 1919 geboren und war vor allem in der Nachkriegszeit politisch aktiv. Er selbst bezeichnete den Zweiten Weltkrieg als Beginn seines politischen Engagements.¹ Sehr grob lässt sich sein politisches Leben in zwei Abschnitte gliedern: In den 1950ern und 1960ern Jahren war er in linkssozialistischen Gruppierungen trotzkistischer Prägung aktiv. Er war zentrale Figur beim Aufbau des Sozialistischen Arbeiterbundes (SAB) und engagierte sich sowohl in der Schweiz als auch international als politisch höchst umtriebiger Aktivist. Dabei war der Kampf gegen die atomare Aufrüstung sein Kernanliegen.

Bis 1951 war Buchbinder auch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP), vermutlich aber ohne besonderen Einfluss. Mit seinem Wiedereintritt in die SP Ende der 1960er Jahre beginnt der zweite Abschnitt. Die SP erhielt nun einen wichtigeren Stellenwert für Buchbinder (bei gleichbleibendem Engagement für die atomare Abrüstung). Er wurde als Grossrat gewählt und schaffte beinahe den Sprung in den Nationalrat. Innerhalb der SP war Buchbinder jahrzehntelang eine wichtige Stimme in

sicherheitspolitischen Fragen. So war er zum Beispiel auch 1987, gegen Ende seiner politischen Laufbahn, noch in die parteiinterne Positionsfindung der SP zur Beschaffung neuer Kampfjets eingebunden.²



Abb. 2: 1951 trat Buchbinder aus der SP aus und widmete sich bis zu seinem Wiedereintritt Ende der 1960er Jahre ganz der Arbeit in trotzkistischen Kleingruppen. Buchbinders Parteibüchlein lässt den Austritt an den nunmehr fehlenden Marken erkennen.

Buchbinders Nachlass ist ein politisches Vermächtnis: 39 Laufmeter Material erzeugen den Eindruck eines politischen Aktivisten, der kaum über ein Privatleben verfügte. Buchbinder bewahrte massenhaft alte Zeitschriften und Broschüren auf, aber auch persönliche Notizen und Korrespondenz – wobei letztere nur selten etwas anderes als Politik behandelte. Dieses umfangreiche Material ermöglicht es, Buchbinders Hoffnungen, seine Wünsche und seine Motivation zumindest teilweise zu rekonstruieren. Dadurch wird nicht nur Buchbinders Handeln nachvollziehbar. Das Archivmaterial liefert auch einen Schlüssel zum Verständnis von (links-)politischem Aktivismus im Allgemeinen. Was motiviert Menschen, Zeit und Energie in politischen Aktivismus zu stecken – oft mit geringer Aussicht auf Erfolg? War die Frage nach Erfolg oder Scheitern für Buchbinders Selbstwahrnehmung überhaupt relevant?

Persönlicher Erfolg oder politisches Scheitern?

Buchbinders politische Karriere scheint auf den ersten Blick erfolgreich verlaufen zu sein: Er wurde, wie erwähnt, Grossrat, Präsident der parteiinternen sicherheitspolitischen Kommission der SP und beinahe Nationalrat. Buchbinder selbst sah in diesen politischen Ämtern jedoch keinen Selbstzweck und betonte, sie würden ihm wenig bedeuten – schliesslich war er der staatlichen Bürokratie gegenüber äusserst kritisch eingestellt.³ Er sah in der Bürokratie eine neue Klasse, die ebenso wie die Kapitalist*innen die arbeitende Klasse ausbeutet. Diese Haltung teilte er mit vielen anderen Trotzki*innen.

Der Grund für den Wiedereintritt Buchbinders in die SP Ende der 1960er Jahre war nicht seine inhaltliche Übereinstimmung mit den Positionen der Partei. Vielmehr anerkannte er, dass Arbeiter*innen viel eher der SP als trotzkistischen Gruppierungen folgen würden.⁴ Ohnehin war der

Trotzkismus innerhalb der SP nicht beliebt; Buchbinder wurde 1975 aufgefordert, sich davon zu distanzieren. Eine Zeitung griff ihn als »[den] bekannte[n] Trotzki[st]en« an. Diese Angriffe waren nicht irrelevant – sogar der damalige SP-Parteipräsident Helmut Hubacher äusserte sich dazu, stellte sich aber hinter Buchbinder.

Ob er nun ein Trotzki sei oder nicht, diese Frage liess Buchbinder in seiner Antwort auf die Vorwürfe offen: »[I]n jenen Jahren [1945] solidarisierte ich mich mit Trotzki's Positionen und bekämpfte diese Tendenzen [gemeint ist der Stalinismus]«. Buchbinder stritt demnach weder ab, Trotzki zu sein, noch bestätigte er dies. Scheinbar ging es ihm nicht darum, sich eine möglichst vorteilhafte Position innerhalb der SP zu erarbeiten. Denn wäre zu irgendeinem Zeitpunkt die Aussicht auf politische Ämter Buchbinders Antrieb gewesen, hätte er sein trotzkistisches Engagement deutlich negieren müssen.⁵

Für Buchbinder relevanter als parteipolitische Ämter waren wohl seine Erfolge bei der Friedens- und Antiatombewegung. Trotz des Scheiterns der massgeblich von Buchbinder initiierten ersten Atomwaffenverbots-Initiative 1962 gelang es den hinter der Initiative stehenden politischen Kräften, eine breite Öffentlichkeit zu erreichen, sowohl national wie auch international. Die Initiative habe den öffentlichen Diskurs geprägt und die Atomrüstung »entscheidend aufgehalten«,⁶ so Buchbinders Einschätzung.

Den grössten Erfolg stellten dabei die Ostermärsche dar – Kundgebungen für Frieden und gegen atomare Aufrüstung, die tausende Menschen anzogen und von Buchbinder mitorganisiert wurden. Ebenfalls erwähnenswert ist die Tatsache, dass es der Antiatombewegung gelang, sich international zu vernetzen, indem Buchbinder auf seine weitläufigen Kontakte zurückgriff, die nicht unwesentlich aus dem Umfeld der trotzkistischen IV. Internationale geprägt waren. Er wurde zu Konferenzen eingeladen und war als Experte für Sicherheitsfragen rund um Atomwaffen anerkannt.⁷ Buchbinder konnte so seine Positionen in den Bereichen Antiatom- und Sicherheitspolitik in die politischen Debatten einbringen. Neben diesen Erfolgen erlitt Buchbinder aber auch schon früh politische Misserfolge. Während der 1950er und 1960er Jahre fanden diverse Versuche statt, einen Zusammenschluss verschiedener linker Gruppierungen zu realisieren. Sie scheiterten alle.⁸

Besonders schmerzlich für Buchbinder dürfte gewesen sein, dass sich die von ihm initiierte Vereinigung der Sozialistischen Linken bereits nach wenigen Sitzungen wieder auflöste. Danach weigerte sich Buchbinder, zumindest gemäss dem Vermerk in seiner Staatsschutzakte, noch einen weiteren Versuch zu starten: »B.[uchbinder] habe in diesem Zusammenhang erklärt, er sei selber ein wenig angeschlagen [...]. Es stinke einfach.«⁹

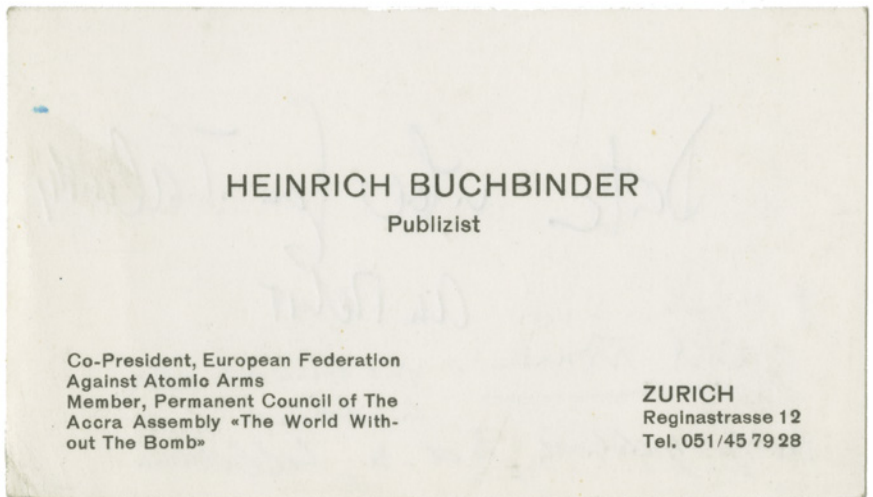


Abb. 3: Buchbinder war ein wichtiger Vertreter der internationalen Bewegung gegen die atomare Aufrüstung. Visitenkarte, ca. 1963.

In den 1960er Jahren – Buchbinder engagierte sich bereits seit den frühen 1950er Jahren gegen Atomwaffen – formulierte er seine Sicht auf die Thematik des politischen Scheiterns beziehungsweise Erfolgs in einem Papier expliziter. Der genaue Adressatenkreis des Textes lässt sich nicht rekonstruieren – es wird lediglich von einer »notwendige[n] Kritik unserer bisherigen Einschätzung« gesprochen – doch dürften sich die Überlegungen an die Mitglieder des Sozialistischen Arbeiterbundes (SAB) gerichtet haben.¹⁰

Das Papier existiert in drei Versionen, was auf einen längeren Entstehungsprozess und damit eine gewisse Wichtigkeit hindeutet. Die Versionen weisen einige Unterschiede auf, doch der Einstieg ist jedes Mal derselbe. Trotz objektiv guter Voraussetzungen habe man es nicht geschafft, als politische Führung der Arbeiter*innen anerkannt zu werden: »Seit Jahren ringen wir darum, der Arbeiterklasse die für ihren Sieg notwendige revolutionäre Führung zu schaffen und dieser das Vertrauen der Werktätigen [sic] Masse zu gewinnen [...]«¹¹

Dieser Misserfolg wog umso schwerer, bedenkt man, dass Buchbinder überzeugt war, die Schaffung eines »[p]olitischen Bewusstseins« in der Bevölkerung sei die Aufgabe einer Partei schlechthin.¹² Sogar noch etwas pessimistischer äussert sich Buchbinder in einer undatierten, handschriftlichen Notiz: in dieser hält er fest, dass die klassische Arbeiterbewegung »nicht mehr real« sei.¹³

Vermutlich als Konsequenz dieser Misserfolge ist eine gewisse Ratlosigkeit bei Buchbinder zu bemerken. In seinen Notizen findet sich so ein Dokument, welches (handschriftlich) mit »Ost-West-Problem« betitelt ist. Darunter stehen drei *Bullet-Points*: Zuerst einige Worte, die bis zur Unleserlichkeit durchgestrichen sind. Beim zweiten Punkt stehen die Worte

»Suche nach Lösungen«. Der dritte Punkt ist leer.¹⁴ Zwar ist zu bedenken, dass Buchbinder gewaltige Mengen Papier aufbewahrt hat. Dennoch ist die Notiz bemerkenswert, gerade weil sie quasi keine Informationen enthält, und ohne weiteres hätte entsorgt werden können. Buchbinder aber legte sie gelocht in einem Ordner ab.

Buchbinders Erfolge in der Bewegung gegen Atomwaffen standen also Misserfolge beim Aufbau einer schlagkräftigen Linken gegenüber. Diese schwächten seine Motivation, er war gewissermassen sprachlos und fand für relevante Probleme keine Lösungsansätze mehr. Was aber war für Buchbinder wichtiger: seine Misserfolge bei der Organisation der Arbeiter*innen oder seine Erfolge bei der Mobilisierung gegen die (atomare) Aufrüstung?

Eine mögliche Antwort wäre, dass die zentralen Ziele Buchbinders in den Bereichen lagen, in denen er scheiterte – insbesondere im Aufbau einer Massenpartei. Sein Engagement bei der Antiatombewegung wäre dann lediglich Nebensache, und er selbst insgesamt gescheitert. Daraus könnte man die These entwickeln, dass es sich bei Buchbinders sicherheitspolitischem Engagement um eine »Flucht nach vorne« handelte, bei der der politische Erfolg greifbarer schien, wenn auch weniger relevant.

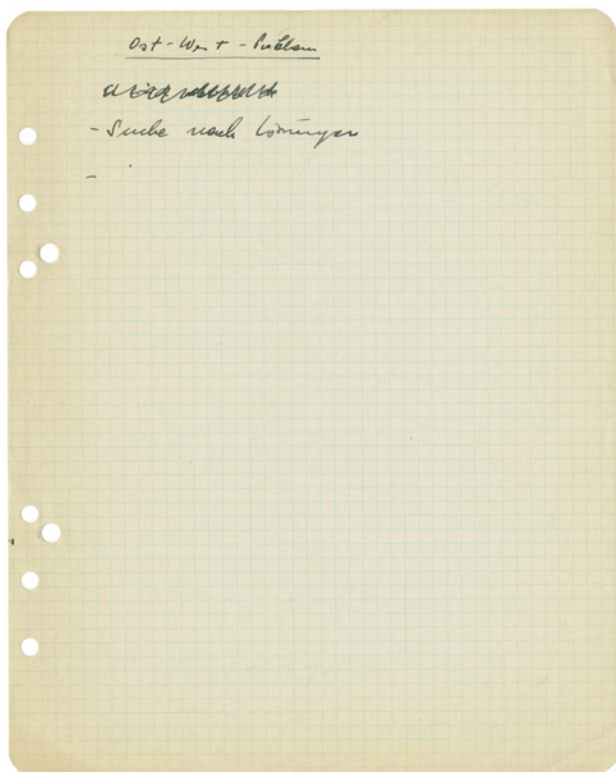


Abb. 4: Ausdruck der Ratlosigkeit: Buchbinder bewahrte diese unvollendete Notiz bis an sein Lebensende auf, scheinbar ohne auf die gesuchten Lösungen gestossen zu sein.

Oder aber man könnte die Antiatombewegung als ein Mittel zum Zweck verstehen: Buchbinder beschäftigte sich dabei mit einem Thema, das die Massen mobilisieren sollte – und mit den einmal mobilisierten Massen hätten dann auch andere Ziele durchgesetzt werden können.

Eine Notiz Buchbinders liefert Hinweise dafür, dass er die Antiatombewegung und den Aufbau einer sozialistischen Massenbewegung nicht als voneinander losgelöste Projekte beurteilte.¹⁵ Vielmehr sah er starke Verbindungen zwischen einem starken Antimilitarismus und dem Kampf für den Sozialismus. Auf fünf Seiten beschreibt Buchbinder dort das kapitalistische System und seine Entwicklung hin zum Scheideweg »Sozialismus oder Barbarei«. Das kapitalistische System neige zum Monopol, gerate jedoch durch mangelnde Kaufkraft nach Ausschalten der Konkurrenz in Absatzschwierigkeiten. Die letzte Möglichkeit, diese Absatzschwierigkeiten zu umgehen, sei die Schaffung und Ausdehnung eines ganz spezifischen Monopols in der Rüstungsindustrie. Der durch andauernde Kriege garantierte Absatz schaffe es, das kapitalistische System vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Diese Phase sei durch Vollbeschäftigung und den Einbezug der Mittelschicht geprägt.

Die nächste Phase beschrieb Buchbinder folgendermassen: »Das Kapitalverhältnis wird unter den Bedingungen des Monopolismus mehr und mehr politisiert; der Schauplatz des sozialen Kampfes weitet sich aus.« Die Rüstungsindustrie ist somit nicht ein Sektor unter vielen. Buchbinder misst ihr eine zentrale Bedeutung in der Entwicklung des kapitalistischen Systems bei und prophezeit, dass sich an den entstehenden Monopolen soziale Kämpfe entzünden werden.

Noch klarer wird die Wichtigkeit Buchbinders Antimilitarismus in einer weiteren Notiz: Er schreibt, dass Atomwaffen an sich »totalitär« seien und einer totalitären Ideologie entsprängen.¹⁶ Den Militarismus selbst beschreibt Buchbinder an anderer Stelle als »antisozialistisch«.¹⁷ Der Kalte Krieg war für Buchbinder demnach nicht nur ein Aufeinanderprallen zweier Grossmächte. Nach Buchbinders Ansicht richtete sich der Kalte Krieg gegen den »Wandel der Welt« zum Sozialismus.¹⁸ Der Kampf gegen (atomare) Aufrüstung war somit ein Kampf für den Sozialismus und gegen den Totalitarismus, dessen erklärter Gegner Buchbinder war.

Anhand der überlieferten Tondokumente und Notizen im Nachlass wird also deutlich, dass Buchbinder die Abrüstungs- und Antiatomthematik nicht als isolierte Nebenschauplätze betrachtete, sondern als verflochtene Kampffelder. Wenn die Rüstungsindustrie die letzte Rettung des Kapitalismus ist, dann entspricht der Kampf für die Abrüstung dem Kampf gegen den Kapitalismus. Buchbinder betont, dass genau solche zeitweiligen Auswege von der politischen Linken zu wenig beachtet würden, aber enorm wichtig seien.¹⁹

Seine Erfolge gegen die atomare Aufrüstung waren für Buchbinder demnach vermutlich mindestens ebenso wichtig wie seine Misserfolge beim

Aufbau einer sozialistischen Massenbewegung. Falls dies zutrifft, hat er seine politische Tätigkeit wohl nicht als gescheitert betrachtet.

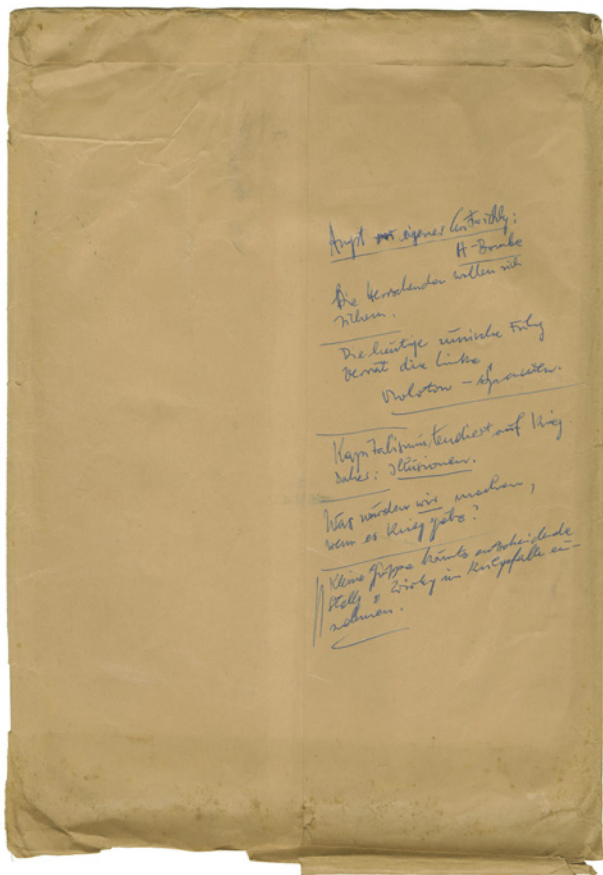


Abb. 5: Kapitalismus tendiert zu Krieg: Notizen von Buchbinder zum Thema Krieg und Atombombe.

Und dennoch: Das Thema »Motivation« beschäftigte Buchbinder. Er setzte sich mit den Gründen auseinander, die Menschen dazu bringen, sich politisch zu engagieren. In den 1970er Jahren plante der Journalist Alphons Matt ein Buchprojekt über linke Aktivist*innen und ihre Beweggründe am Beispiel des antifaschistischen Widerstandes vor und während des Zweiten Weltkriegs. Buchbinder wurde beigezogen, da er viele Kontakte zu Aktivist*innen in ganz Europa hatte.²⁰ Diese Vernetzung war unter anderem Resultat seiner Aktivität in der internationalen trotzkistischen Bewegung. Im Vertrag zwischen Matt und dem Ringier-Verlag wird Buchbinder gleich im ersten Absatz als Co-Autor genannt.²¹ Das Projekt sah vor, diverse Persönlichkeiten – nicht nur, aber zu einem grossen Teil Linke – über ihre Motivation für den antifaschistischen Widerstand zu befragen.

Im Rahmen dieses Projektes, vermutlich 1978–79, sprach Buchbinder mit Willy Brandt, dem ehemaligen Kanzler der BRD. Das Gespräch wich stark

vom eigentlich vorgegebenen Schema ab.²² Buchbinder stellte nicht nur Fragen, sondern äusserte auch eigene Meinungen. Teilweise spricht über eine ganze Seite des Transkripts hinweg nur Buchbinder. Entstanden ist nicht ein Interview auf Basis des Fragenkataloges, sondern ein Gespräch über die Motivation für politischen Aktivismus im Allgemeinen – dieses Thema scheint Buchbinder in jenem Augenblick mehr interessiert zu haben als der spezifische Rahmen des Antifaschismus.

Er stellte Brandt nur wenige Fragen zu seinem antifaschistischen Engagement und wollte von ihm gleich zu Beginn wissen, warum er politisch aktiv wurde: »Was war eigentlich deine Motivation, dass du zur sozialistischen Bewegung gestossen bist?« Auch interessierte ihn, ob Brandt jemals ans Aufgeben gedacht habe. Buchbinder spricht die Aussichten der sozialistischen Bewegung im internationalen Kontext an, und stellt die Suggestivfrage: »Ist es so, dass vielleicht Resignation drinliegt, heute, in der sozialistischen Bewegung?« Im Gespräch wird nicht nur Buchbinders Beschäftigung mit dem Thema »Motivation« deutlich, auch seine eigene Position wird fassbar. Seine Frage, ob »Geschichte machbar« sei, beantwortet er gleich selbst mit einem Ja. Der Sozialismus sei kein Automatismus, und die Zukunft offen.

Buchbinder sollte eigentlich sechzehn Personen interviewen. Allerdings finden sich im Nachlass nur drei Transkripte von Interviews. Im veröffentlichten Buch wird Buchbinder nicht mehr als Autor aufgeführt, die von ihm geführten Interviews fehlen, und auch im Vorwort wird ihm nicht gedankt. In einem Brief verlangt Matt von Buchbinder, endlich die Transkriptionen der Gespräche einzureichen. Es ist anzunehmen, dass Buchbinder sich aus dem Projekt zurückgezogen hatte.²³ Buchbinders Zeit war knapp bemessen, ständig war er beschäftigt. Seine umfangreiche Korrespondenz blieb teilweise Wochen bis Monate liegen. Die politische Arbeit war oft langwierig und kräftezehrend: »[Die Arbeit] frisst mich allerdings geradezu auf«, schrieb er 1966.²⁴ Umso mehr stellt sich die Frage, warum er sich immer wieder aufs Neue engagierte.

Buchbinders Durchhalte-Motive

Seine Erfolge in der Abrüstungsthematik reichen als Begründung für den langjährigen Aktivismus nicht aus, erlitt Buchbinder doch auch immer wieder Misserfolge, verlor seine Motivation und setzte sich mit der Resignation in der Linken auseinander. Es finden sich aber in seinem Nachlass drei Motive, die ihn zum Weitermachen bewogen haben könnten: die Hoffnung in die Jugend, der historische Materialismus und die Überzeugung, aus den Fehlern der Vergangenheit lernen zu können.

Erstes Motiv: »Jugend im revolutionären Aufbruch«

Trotz Rückschlägen wirken Buchbinders Aussagen in den verschiedensten Dokumenten oft optimistisch. Seine Hoffnung setzte er zu einem grossen

Teil in die Jugend, die er in einem »revolutionären Aufbruch« begriffen sah.²⁵ Bei einer 1962/1963 aufgezeichneten Schulung für die Zürcher Jungsozialist*innen erwähnte Buchbinder, dass die junge Generation nicht durch die Furcht vor einer Krise gelähmt sei. Bei der Elterngeneration dagegen lähme diese Angst und die Erfahrung wirtschaftlicher Not »[p]olitische Denken und Entschlussfähigkeit«.²⁶

Deshalb versuchte Buchbinder, linke Jugendbewegungen zu stärken. Neben der oben erwähnten Schulung fanden mindestens in den Jahren 1958, 1959, 1961 und – unter besonders zahlreicher Beteiligung – 1969 weitere statt. Dieses Engagement für die Jugend wurde dankbar angenommen. Buchbinder scheint als Referent beliebt gewesen zu sein. Eine Einladung erwähnt, dass er ja schon einige Male aufgetreten sei und den Weg zum Versammlungslokal daher kenne.²⁷

Zweites Motiv: »Entwickelter Kapitalismus entwickelt Produktivkräfte [...] bis Soz. Aera beginnt!«

Buchbinder war von der marxistischen Geschichtskonzeption überzeugt und vertrat ein teleologisches Geschichtsbild. Ausführungen zur Entstehung der Sklavenhaltergesellschaft, zum Wandel in die Feudalgesellschaft und den Frühformen des Kapitalismus machen gut ein Drittel der Tonbandaufzeichnungen seiner Schulung 1962/1963 aus. Entsprechend stark war Buchbinders Überzeugung, dass sich die Gesellschaft weiterentwickeln würde, wenn die Produktivkräfte sich weiterentwickeln.

Buchbinder verfolgte den technologischen Fortschritt mit grossem Interesse. In seinen Notizen hat er seitenweise Beispiele zusammengetragen, insbesondere quantitativer Art. Beispielsweise findet sich in seinen Unterlagen die folgende Bemerkung: »Ein paar Dutzend qualifizierter Facharbeiter verstehen heute ebenso viel Getreide zu vermahlen, wie [...] die Müller [...] eines ganzen Fürstentums«.²⁸

Buchbinder entschuldigt Fehler linker Projekte der Vergangenheit mehrfach mit dem Verweis auf die damals noch nicht ausreichend entwickelten Produktivkräfte. Besonders deutlich wird dies in einer Reihe von Typoskripten zur »momentanen Lage«, welche unter anderem auf die Frage eingehen, ob Sozialismus zwangsläufig autoritäre Züge annimmt. Buchbinder widerspricht dem und schreibt in einer ersten Version:

»Der Sozialismus ist nicht aus sich heraus totalitär! Selbst Marx hat ihn als realen Humanismus – im Unterschied zur verbal-humanen Frömmerei der wacker inhumanen kapitalistischen Gesellschaft – verstanden wissen wollen. Wenn es dennoch zu totalitären Erscheinungen und Entartungen im Sozialismus kommt, so hängt dies vom Entwicklungsstand der Produktionsstruktur ab, die, wie zuvor schon, auch unter einer sozialistischen Regierung die voll ausgestaltete Demokratie nicht zu tragen vermag«.²⁹

In einer späteren Version wird der Abschnitt stark zusammengestrichen, jetzt heisst es nur noch: »Totalitär ist ein Sozialismusmodell dann, wenn es von der Produktionsstruktur her nicht anders sein kann.« Von all den Argumenten, die er gegen eine totalitäre Natur des Sozialismus hervorbringen könnte (und anfänglich auch erwähnt) sind nur die Produktivkräfte wichtig genug, um auch in späteren Versionen genannt zu werden. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass mit höher entwickelten Produktivkräften auch ein allfälliger Sozialismus die Möglichkeit hätte, demokratische Formen anzunehmen.

Buchbinder sah in der Zeit der 1960er und 1970er Jahre – vermutlich auch davor und danach – die Möglichkeit, den Sozialismus einzuführen: »Sie [neue Gesellschaftssysteme] sind möglich: das neue Zeitalter hält hierfür die sachlichen Mittel und die menschlichen Fähigkeiten bereit.« Es existiere eine »Gesellschaft des möglichen Überflusses«.³⁰

Weiter schreibt er, dass konservative Kräfte versuchen würden, das »Rad der Entwicklung« aufzuhalten – eine Metapher, die ein zwingendes Fortschreiten der Gesellschaft impliziert und somit Buchbinders teleologisch-marxistische Überzeugung ausdrückt. Dieser Glaube an die Technologie und das Fortschreiten der Produktivkräfte bedeutete für Buchbinder jedoch nicht, dass politisches Engagement überflüssig wäre. Er stellt klar, dass auch eine andere Entwicklung möglich ist, hin zur Barbarei statt zum Sozialismus.³¹



Abb. 6: Eine Kollektion politischer Anstecker in seinem Nachlass bezeugt Buchbinders vielfältigen Aktivismus und seinen Kontakt zu verschiedenen politischen Initiativen und Strömungen.

Wie zentral das Thema des technologischen Fortschritts für Buchbinder auch Jahre später noch war, zeigen seine handschriftlichen Anmerkungen zum Parteiprogrammentwurf der SP 1982. In den meisten Abschnitten hatte Buchbinder kaum Differenzen zum Entwurf und veränderte in erster Linie Formulierungen oder markierte einzelne Teile. Bei den technologie- und wachstumskritischen Teilen des Parteiprogrammes finden sich hingegen Kommentare wie »was für ein bodenloser Irrsinn!« und »Quatsch«. ³² Der technologische Fortschritt war für Buchbinder durchwegs positiv konnotiert und *das* Mittel für eine bessere Zukunft.

Dieses zweite Motiv relativierte also die Misserfolge Buchbinders: Die Hoffnung, dass zukünftig alles einfacher werden würde, weil sich die objektiven Bedingungen für den Sozialismus verbesserten. Gleichzeitig war politisches Engagement weiterhin wichtig. Buchbinder lehnte Automatismen ab, auch unter verbesserten Bedingungen war die sozialistische Gesellschaft nicht einfach vorherbestimmt, sondern bedurfte seines Einsatzes.

Drittes Motiv: »Die Aufgabe der Sozialisten ist, eine bessere [...] Einschätzung zu erlangen«

Buchbinder legte grossen Wert darauf, die aus seiner Sicht Schuldigen für die Fehlschläge linker Projekte zu benennen, und Unterschiede zwischen Prognose und Realität zu erklären. ³³ Insbesondere die sowjetische Bürokratie, aber auch sozialistische Organisationen und die Sozialdemokratie werden von ihm mehrfach beschuldigt, für das Scheitern einzelner Projekte verantwortlich zu sein. Motivierend sind Buchbinders Erklärungen insofern, weil er mittels dieser Kritik die Hoffnung aufrechterhielt, dass es in Zukunft anders kommen könnte.

Die Kritik an der Sowjetbürokratie war für Buchbinder dabei zentral. Besonders deutlich wird dies in einem von ihm verfassten Exzerpt zum Buch *Die russische Revolution und der Sozialismus* des deutschen Sozialwissenschaftlers Willy Strzelewicz. Auf den ersten Seiten ist Buchbinder voll des Lobes in seinen Bemerkungen. Sobald sich die Monographie aber dem Stalinismus zuwendet, ändert sich die Form von Buchbinders Exzerpt. Statt kurzer, zustimmender Kommentare kommt es zu längeren Abschnitten, in denen Buchbinder dem Autor widerspricht. Nicht Stalin sei Ursache für den Stalinismus gewesen, sondern die ökonomischen Interessen einer neuen privilegierten Klasse, der Bürokratie. ³⁴ Mit dieser Analyse stellt sich Buchbinder in die sehr wichtige bürokratiekritische Tradition des Trotzismus. ³⁵ Danach bricht das Exzerpt ab, obwohl das Buch 113 Seiten hat.

Die Schuldzuweisung an die Sowjetbürokratie ist also nicht einfach nur ein Teil von Buchbinders Analyse (und derjenigen anderer Trotzist*innen), sondern das zentrale Element, weil diese Schuldzuweisung es Buchbinder ermöglichte, das Scheitern der Russischen Revolution zu erklären. Eine widersprechende Auffassung wie die von Strzelewicz verdiente es gar nicht,

zu Ende gelesen zu werden. Besonders interessant ist die auf Strzelewicz zielende Bemerkung im Exzerpt: »Sieht es wie ein Bürokrat!«.

Auch an der Sozialdemokratie – nicht nur in der Schweiz, sondern international – übte Buchbinder Kritik. Durch ihre Beteiligung am bürgerlichen Staat habe sie sich von der Arbeiterschaft entfernt.³⁶ Die Kritik an der SP half, realpolitische Rückschläge zu erklären: Im Protokoll der Delegiertenversammlung der Schweizerischen Bewegung gegen atomare Aufrüstung 1963 wird festgehalten, dass das schlechte Abschneiden der zweiten Atom-Initiative durch die »Parteiemanöver« der SP zustande gekommen sei.³⁷

Die Kritik an Sowjetbürokratie und Sozialdemokratie erlaubte es Buchbinder, Misserfolge sozialistischer Bewegungen zu externalisieren. Schuld an Fehlschlägen waren weder er noch andere Sozialist*innen, Schuld waren die Bürokrat*innen und Parteitaktierer*innen. Diese Externalisierung ist aber nicht die einzige Funktion der Distanzierung und kritischen Vergangenheitsanalyse. Vergangene Fehlschläge ermöglichten es auch, für die Zukunft zu lernen. Enzo Traverso beschreibt diese Art des Lernens aus vergangenen Fehlschlägen als Merkmal diverser linker Bewegungen und Protagonist*innen, sichtbar etwa bei Marx, der Pariser Kommune und Rosa Luxemburg.³⁸ Auch Buchbinder war der Meinung, dass die Analysen der Vergangenheit nicht nur Schuldzuweisungen, sondern auch dem Lernen aus diesen Fehlern dienen.

Resümee

Buchbinder erlitt gemäss seiner eigenen Einschätzung viele Rückschläge. Trotzdem konnte er sich immer wieder dazu aufraffen, sich über Jahre hinweg politisch zu betätigen. Den Grund dafür bildeten die drei eruierten Motive, die letztlich auf seinen theoretischen Überzeugungen fussten, aber auch eine bessere Zukunft versprachen: Eine neue Generation, die unverbraucht ist, übernimmt das Ruder; die Produktivkräfte entwickeln sich weiter und machen es einfacher, den Sozialismus zu verwirklichen; und die Fehler der Vergangenheit sind wertvolle Erfahrungen, aus denen gelernt werden kann.

Vereinfachend könnte man sagen, dass die marxistische Theorie Buchbinder immer wieder aufs Neue antrieb: Auf ihr fusst das sehr zentrale und bis in die 1980er Jahre immer wieder auftauchende Motiv der sich entwickelnden Produktivkräfte. Auch die Idee, die Gesellschaft analysieren zu können und dank der gewonnenen Erkenntnisse durch richtiges Handeln einer Revolution zum Erfolg zu verhelfen, findet sich bei Buchbinder oft mit Verweis auf die Wissenschaftlichkeit marxistischer Theorie. Gleichzeitig konnte durch die Frage nach Buchbinders Motivation zum Engagement gegen (atomare) Aufrüstung gezeigt werden, dass der Themenkomplex »Antikrieg/Antiatom« ein zentraler Punkt seiner politischen Analyse und kein isoliertes Themengebiet war.

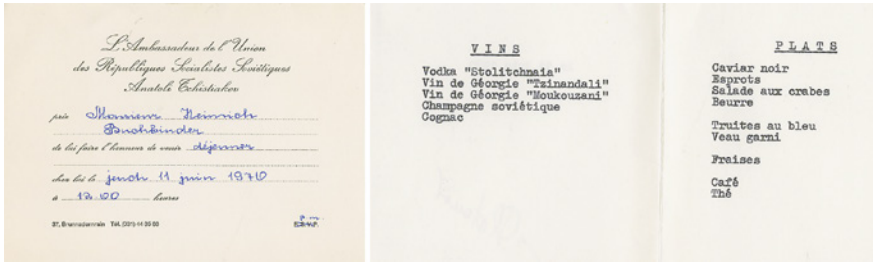


Abb. 7: Politischer Aktivismus hatte auch seine angenehmen Seiten: Einladung für Buchbinder zum *Déjeuner* in der sowjetischen Botschaft inkl. Menu 1971.

Einen scharfen Kontrast zu den gewonnenen Erkenntnissen über Buchbinders Motivationsstrategien bilden die heutigen Antworten auf Motivationsschwierigkeiten: Aktivistische Praxis solle so gestaltet werden, dass sie eben gerade nicht erschöpfend werde. Zur Verhinderung eines *activist burnout* sind nicht Überzeugungen, die einem immer wieder antreiben, der Schlüssel, sondern eine nachhaltige aktivistische Praxis. Dabei werden Ratschläge auf individueller Ebene – wie etwa das Ausschalten von WhatsApp-Benachrichtigungen – und auf Organisationsebene, wie beispielsweise Politik nur nach fixem Zeitplan zu betreiben, formuliert.

Diese Schritte sollen sicherstellen, dass die Aktivist*innen neben ihrem Engagement die Möglichkeit haben, sich zu erholen. Ziel dieser Massnahmen ist es, Resilienz aufzubauen und den unvermeidlichen Rückschlägen – sowohl als Organisation als auch als Individuum – besser standzuhalten.³⁹ Politisches Engagement soll möglichst angenehm oder zumindest nicht anstrengend gestaltet werden.

Natürlich war Buchbinders Engagement zwischendurch auch angenehm, wie diverse Bemerkungen im Nachlass zeigen. Diese bleiben jedoch Nebensächlichkeiten. In Buchbinders Nachlass finden sich keine Überlegungen dazu, wie Aktivismus organisiert werden sollte – dafür hunderte Seiten Zusammenfassung marxistischer Theorie. Die Frage nach dem *Wie* stellt sich für Buchbinder nicht, wichtig ist das *Warum*.

Dieses Warum, Buchbinders Motivation, ist im Kern theoretisch: Die Analyse der Gegenwart ergibt, dass die Zukunft besser werden wird. Statt den Kampf für eine andere Welt kräfteschonend zu gestalten, werden die Notwendigkeit und die Erfolgsaussichten des Kampfes betont. An Buchbinders Beispiel lässt sich exemplarisch belegen, wie zentral marxistische Theorie für die Linke war – nicht nur als Erklärung der Welt, sondern auch als Motivation für jahrzehntelanges Engagement.

Christian Gross studiert Geschichte im Master an der Universität Zürich.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: *Passfotos von Heinrich Buchbinder*, ca. 1960 bis ca. 1984, Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich (AfZ), Nachlass Heinrich Buchbinder (NL Buchbinder), 1(V).

Abb. 2: *SP-Mitgliedsbuch*, 1944, AfZ, NL Buchbinder, 1(V).

Abb. 3: *Visitenkarte von Heinrich Buchbinder*, ca. 1963, AfZ, NL Buchbinder, 1(V).

Abb. 4: Heinrich Buchbinder, *Notiz »Ost-West-Problem«*, undatiert, AfZ, NL Buchbinder, 7(V).

Abb. 5: Heinrich Buchbinder, *Notiz zu Krieg und Atombombe*, undatiert, AfZ, NL Buchbinder, 76(V).

Abb. 6: Lucas Federer, *Anstecker aus dem Nachlass von Heinrich Buchbinder*, undatiert, AfZ, NL Buchbinder, 15(V).

Abb. 7: *Einladung zum Déjeuner in der sowjetischen Botschaft*, 1970, AfZ, NL Buchbinder, 1(V).

Literatur

- 1 Heinrich Buchbinder, Interviewtranskript, undatiert, Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich (AfZ), Nachlass Heinrich Buchbinder (NL Buchbinder), 1(V), S. 1.
- 2 Vgl. Walter Dürig: »Der politisch-mediale Entscheidungsprozess«, in: Fernard Carrel u.a. (Hg.): *Ein Kampfflugzeug für die Schweiz. Dokumentation zum Projekt F/A-18*, Bern: Bibliothek am Guisanplatz (2017), S. 117.
- 3 Heinrich Buchbinder, Handschriftliche Ergänzung auf Briefentwurf an Olga Fischer, 13.10.1975, AfZ, NL Buchbinder, 29(V).
- 4 Heinrich Buchbinder, Mappe Exzerpte, vermutlich 1945, AfZ, NL Buchbinder, 5(V).
- 5 Kurt Dubach, Helmut Hubacher, Heinrich Buchbinder und Herbert Zehnder, Briefsammlung, 1975, AfZ, NL Buchbinder, 29(V).
- 6 Protokoll Delegiertenversammlung, 1963, AfZ, NL Buchbinder, 29(V), S. 3.
- 7 Buchbinder wurde beispielsweise von der Zeitschrift *New Middle East* um Artikel angefragt: Simha Falapan, Brief an Heinrich Buchbinder, 30.10.1962, AfZ, NL Buchbinder, 29(V). Siehe auch Halter-Haller, Brief April 1978, AfZ, NL Buchbinder, 92(V). Einladungen zu Konferenzen finden sich im Nachlass in grosser Anzahl.
- 8 Einladungen oder Korrespondenz zu solchen Treffen finden sich zum Beispiel in: AfZ, NL Buchbinder, 12a (V), Register E 1969, G 1967 und M 1967; in Buchbinders Fiche finden sich ausserdem Hinweise auf weitere von Buchbinder initiierte Versuche, Zusammenschlüsse zu gründen: Fiche Heinrich Buchbinder, 03.12.1956, 10.10.1956, 30.01.1957 und 09.07.1965, AfZ, NL Buchbinder, 2(V); siehe dazu auch: David Vogelsanger: *Trotzkismus in der Schweiz: Ein Beitrag der Geschichte der Schweizer Arbeiterbewegung bis zum Zweiten Weltkrieg*, Zürich: Hochschulschrift (1986), S. 214–216.
- 9 Staatsschutz des Bundes, Eintrag vom 22.10.1957, AfZ, NL Buchbinder, 2(V)I.
- 10 Heinrich Buchbinder, »Einige Worte zur Perspektive unserer Arbeit in der Schweiz«, undatiert, AfZ, NL Buchbinder, 5(V).
- 11 Diese Haltung findet sich schon in: Heinrich Buchbinder, Mappe Exzerpte, 1945, AfZ, NL Buchbinder, 5(V).
- 12 Explizit wird diese Überzeugung in: Heinrich Buchbinder, Kommentare zum SP-Parteiprogrammentwurf, 1982, AfZ, NL Buchbinder, 92(V).
- 13 Heinrich Buchbinder, »Hat der Kapitalismus Strukturwandlungen durchgemacht?«, undatiert, AfZ, NL Buchbinder, 6(V), S. 2.
- 14 Heinrich Buchbinder, »Ost-West-Problem«, Notizen, undatiert, AfZ, NL Buchbinder, 7(V).
- 15 Heinrich Buchbinder, Notiz, undatiert, AfZ, NL Buchbinder 5(V).
- 16 Ebd.; die Verknüpfung von Atomwaffen mit Totalitarismus findet sich auch in: Heinrich Buchbinder, »Jugend/Spec. Kom.«, Mappe Atombewegung, ca. 1958, AfZ, NL Buchbinder, 31(V).
- 17 Heinrich Buchbinder, Briefwechsel mit Emil Arnold, vermutlich 1966, AfZ, NL Buchbinder, 10(V).
- 18 Heinrich Buchbinder, Mappe Referendispositionen, undatiert, AfZ, NL Buchbinder, 6(V).
- 19 Heinrich Buchbinder, »Einige Worte zur Perspektive unserer Arbeit in der Schweiz«, undatiert, AfZ, NL Buchbinder, 5(V).
- 20 Es scheint zumindest so, als sei dies der Grund gewesen. Buchbinder wurde mit der Anfrage diverser ausländischer Politiker*innen beauftragt: Alphons Matt, »Projektskizze«, Mappe Buchprojekt, 1978, AfZ, NL Buchbinder, 8(V), S. 1f.
- 21 Vertragskopie, Mappe Buchprojekt, 1978, AfZ, NL Buchbinder, 8(V).
- 22 Heinrich Buchbinder, Transkript Gespräch Willy Brandt, 1978/79, AfZ, NL Buchbinder, Mappe Buchprojekt, 8(V).
- 23 Alphons Matt, Brief an Buchbinder, 1979, AfZ, NL Buchbinder, Mappe Buchprojekt, 8(V).
- 24 Heinrich Buchbinder, Briefentwurf, 07.05.1966, AfZ, NL Buchbinder 10(V).

- 25 Heinrich Buchbinder, »Jugend im revolutionären Aufbruch«, undatiert, AfZ, NL Buchbinder, 12a(V), Register S.
- 26 Heinrich Buchbinder, Schulung, 1962/63, AfZ, TA Tondokumente 82.1.
- 27 Brief Neukirch, 07.03.1961, Mappe IGM, AfZ, NL Buchbinder 29(V).
- 28 Heinrich Buchbinder, Mappe Manuskripte, undatiert, AfZ, NL Buchbinder, 6(V).
- 29 Heinrich Buchbinder, »Analyse gegenwärtige Lage«, undatiert, AfZ, NL Buchbinder, 11(V), S. 8.
- 30 Heinrich Buchbinder, »Wir stellen fest«, undatiert, AfZ, NL Buchbinder, 7(V), S. 2; dieselbe Schlussfolgerung in anderer Formulierung findet sich in: Heinrich Buchbinder, »Einige Worte zur Perspektive unserer Arbeit in der Schweiz«, undatiert, AfZ, NL Buchbinder, 5(V); Heinrich Buchbinder, Brief an Herbert Zehnder, 05.10.1975, AfZ, NL Buchbinder, 92(V) sowie Heinrich Buchbinder, Transkript Willy Brandt, 1978/79, AfZ, NL Buchbinder, Mappe Buchprojekt, 8(V), S. 8.
- 31 Heinrich Buchbinder, »Einige Worte zur Perspektive unserer Arbeit in der Schweiz«, undatiert, AfZ, NL Buchbinder, 5(V); sowie verbunden mit heftiger Kritik an einigen Linken: Heinrich Buchbinder, Transkript Willy Brandt, 1978/79, AfZ, NL Buchbinder, Mappe Buchprojekt, 8(V), S. 16f.
- 32 Heinrich Buchbinder, Kommentare zum SP-Parteiprogrammentwurf, 1982, AfZ, NL Buchbinder, 92(V).
- 33 Heinrich Buchbinder, »Einige Worte zur Perspektive unserer Arbeit in der Schweiz«, AfZ, NL Buchbinder, Mappe undatiert, 5(V).
- 34 Heinrich Buchbinder, »Exzerpt zu Strzelewicz«, AfZ, NL Buchbinder, Mappe undatiert, 5(V).
- 35 Vgl. zum Begriff der Bürokratie aus trotzkistischer Sicht: David Vogelsanger: *Trotzkismus in der Schweiz: Ein Beitrag der Geschichte der Schweizer Arbeiterbewegung bis zum Zweiten Weltkrieg*, Zürich: Hochschulschrift (1986), S. 18-20.
- 36 Heinrich Buchbinder, Mappe Tschechoslowakei, 1948, AfZ, NL Buchbinder, 5(V).
- 37 Protokoll Delegiertenversammlung Schweizerische Bewegung gegen Atomare Aufrüstung, 1963, AfZ, NL Buchbinder, 29(V).
- 38 Enzo Traverso: *Left-Wing Melancholia*, New York: Columbia University Press (2016) , S. 33-36.
- 39 Timo Luthmann: *Politisch aktiv sein und bleiben*, Münster: Unrast Verlag (2018).

Publizieren, politisieren: Der Veritas-Verlag

Der trotzkistische Veritas-Verlag wurde 1958 in Zürich gegründet. In den darauffolgenden dreizehn Jahren hat er nur ein einziges Buch herausgegeben, bevor er in den 1970er Jahren eine rege Verlagstätigkeit entwickelte. Damit folgte der Verlag der Konjunktur des Trotzkismus in der Schweiz.

Das Schreiben war eine der wichtigsten Formen des trotzkistischen Aktivismus. Obwohl alle trotzkistischen Organisationen in der Schweiz zwischen 1930 und 1989 an ihren Mitgliederzahlen gemessen schwach waren, entstand in ihrem Umfeld eine erstaunliche Fülle an publizierten Texten. Wie die meisten ausserparlamentarischen oder linkssozialistischen Organisationen hatte auch das trotzkistische Spektrum eigene Publikationsorgane. So existierten in rascher Abfolge verschiedene Zeitungsprojekte wie *Trotz Alledem!* (1935–1939), die *Proletarische Aktion* (1945–1951), *Gegen den Strom* (1948), *Das Arbeiterwort* (1952–1969) und die *Bresche* (1971–1994).¹ Dazu kam eine Vielzahl an Pamphleten, Flugblättern und sonstigen gedruckten Texten zu aktuellen Themen.²

Anteil an dieser trotzkistischen Publikationstätigkeit hatte auch die Genossenschaft Veritas-Verlag in Zürich, deren Name (Latein für »Wahrheit«) sich sowohl an die von Leo Trotzki 1908 in Wien gegründete Zeitung *Pravda* (russisch ebenfalls für »Wahrheit«) als auch an die gleichnamige Zeitung der Bolschewiki anlehnt. Der Veritas-Verlag wurde 1958 gegründet, gab bis 1987 31 Publikationen heraus und existiert, zumindest in seiner rechtlichen Form, bis heute.

Ein Verlag als Forschungsgegenstand

Der Veritas-Verlag überdauerte mehrere Generationen von Schweizer Trotzki*innen und wurde jeweils von den zeitgenössischen trotzkistischen Organisationen unterhalten. Warum war es für die Schweizer Trotzki*innen so wichtig, einen eigenen Verlag zu haben? Und warum waren die in Eigenregie herausgegebenen Bücher und Broschüren – generell das Schreiben und Vertreiben von Drucksachen – so zentrale Aufgaben der politischen Betätigung?

Der Veritas-Verlag blieb bislang von der historischen Forschung praktisch unbeachtet – die Verlagsunterlagen sind nämlich erst seit 2013 öffentlich zugänglich. Dann wurden wichtige Dokumente dem Schweizerischen Sozialarchiv übergeben: Gründungsakten, Statuten, Protokolle, Rechnungsunterlagen, Steuerakten und Korrespondenz verschiedenster Art. Der Entstehungszeitraum dieser unvollständig zusammengestellten Dokumente erstreckt sich vom Gründungsjahr 1958 bis ins Jahr 1999, wobei die Dokumentation der Verlagsgeschichte aber grosse Lücken aufweist.³

Weiter ist im Nachlass von Jost von Steiger, der jahrzehntelang Mitglied trotzkistischer Organisationen und phasenweise eine wichtige Figur innerhalb der IV. Internationale war, Korrespondenz aus den Jahren 1962 bis 1965 in Bezug zum Veritas-Verlag erhalten.⁴ Dabei handelt es sich jedoch nur um einige wenige, das Rechnungswesen betreffende Dokumente und Briefe zwischen von Steiger und Ulrich Gujer, der in der Kontrollstelle des Verlags tätig war. Archivmaterial zum Veritas-Verlag findet sich ausserdem im Nachlass des trotzkistischen Publizisten Heinrich Buchbinder

im Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich.⁵ Buchbinder, Führungsfigur der Bewegung gegen die atomare Aufrüstung und langjähriger Sicherheitsexperte der SP, bewahrte Protokolle und Statuten, Papiere zum Handelsregistereintrag sowie juristische Korrespondenz zur Gründung des Verlags aus den Jahren 1957 bis 1959 auf.

Um die Aktivitäten des Veritas-Verlags nachzuvollziehen, wird das Archivmaterial mit einem zu diesem Zweck geführten Interview mit der langjährigen Verlagspräsidentin, Ursula Urech, ergänzt.⁶ Urech, die schon durch ihre Mutter mit linkssozialistischer Politik in Kontakt kam und ab 1971 in der trotzkistischen Revolutionären Marxistischen Liga (RML) engagiert war, ist heute noch offiziell als Kassierin des Verlags im Handelsregister eingetragen.⁷ Sie ist somit seit über vierzig Jahren am Veritas-Verlag beteiligt. Urechs Ausführungen ermöglichen es, zusammen mit den Archividokumenten die Verlagsgeschichte zu veranschaulichen, in welcher sich gleichzeitig die Geschichte des Schweizer Trotzismus widerspiegelt.

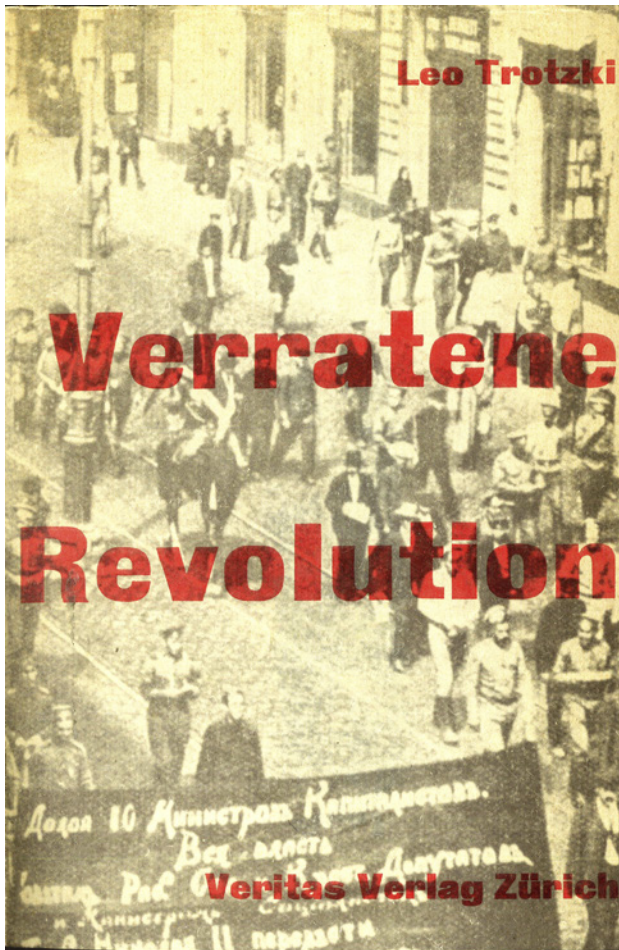


Abb. 1: Leo Trotzki's *Verratene Revolution* war das erste Buch, das im Veritas-Verlag erschien.

Der Veritas-Verlag und der Schweizer Trotzismus

Bei den Gründern des Veritas-Verlags handelte es sich um die Zürcher Speerspitze des Sozialistischen Arbeiterbundes (SAB) und der Proletarischen Aktion (PA), wie aus der Mitgliederliste herauszulesen ist.⁸ Die beiden trotzkistischen Organisationen gaben in den Jahren 1952 bis 1969 gemeinsam auch die Zeitung *Das Arbeiterwort* heraus. Zu den bekannteren Exponenten des SAB und der PA gehörten Heinrich Buchbinder und Jost von Steiger, die auch als Redaktoren und Herausgeber des *Arbeiterwortes* fungierten.⁹ Beide waren 1958 zusammen mit acht weiteren, ausschliesslich männlichen Mitgliedern und Sympathisanten des SAB Gründungsmitglieder der Genossenschaft Veritas-Verlag.¹⁰ Bei diesen Protagonisten handelte es sich sozusagen um Vertreter der »Alten Linken«, welche ihre politischen Wurzeln noch in den Vorkriegsjahren hatte.

Diese Generation der Schweizer Trotzist*innen schwächelte allerdings Anfang der 1960er Jahre. Obwohl das *Arbeiterwort* noch bis 1969 erschien, verschwand der SAB Anfang der 1960er Jahre in der Inaktivität¹¹ und die PA löste sich 1962 offiziell auf.¹² Ein Schreiben vom August 1965 von Ulrich Gujer, der als Revisor des Veritas-Verlags offensichtlich schon lange auf die Unterlagen für den Kontrollbericht wartete, verdeutlicht die Stimmung zu dieser Zeit: »[...] Natürlich sind wir in der Ferienzeit, aber diese ›Schlamperei‹ behagt mir gar nicht und wird den Rücktritt als Revisor zur Folge haben. Über den ›SAB‹ will ich für diesmal schweigen; kann ja doch nicht mehr als die Kritik wiederholen – die nichts fruchtet.«¹³ Mit diesen zeitgenössischen Klagen stimmt auch die Einschätzung des Politikwissenschaftlers Frank Nitzsche überein: »Ähnlich wie in Deutschland und in Österreich [...] warteten [sic] nun auch in der Schweiz bis Ende der sechziger Jahre eine kleine Gruppe altgedienter Trotzisten auf den Wiederaufschwung der Weltrevolution.«¹⁴ Trotz der geringen Aktivität des SAB und der Auflösung der PA blieb die Schreibtätigkeit der Trotzist*innen erhalten. Es ist bezeichnend, dass sich das *Arbeiterwort* als die grosse Konstante der trotzkistischen Organisation vor 1968 erwies.

Gleichzeitig existierten neben diesen sich im Abwärtstrend befindlichen Organisationen aber bereits in den frühen 1960er Jahren eine Gruppe junger Aktivist*innen, vor allem aus dem Umfeld der Bewegung gegen die atomare Aufrüstung, die einen intensiven Austausch mit den älteren Trotzist*innen pflegte. Der Wiederaufschwung des Schweizer Trotzismus erfolgte denn auch im Zuge der 1968er-Bewegung und des Aufkommens der Neuen Linken.¹⁵ Seine Anfänge hatte er in der Westschweiz: 1969 spalteten sich einige Mitglieder der kommunistischen Waadtländer *Parti Ouvrier Populaire* (POP) ab und gründeten die *Ligue Marxiste Révolutionnaire* (LMR). Innerhalb der LMR wandten sich die Mitglieder trotzkistischen Ideen zu und standen in engem Kontakt mit der IV. Internationale. Ab 1971 wurden auch in der Deutschschweiz Ableger gegründet – unter dem Namen Revolutionäre Marxistische Liga (RML). Ab

1980 nannte sich die Organisation dann Sozialistische Arbeiterpartei (SAP). Die RML hatte noch einige Mitglieder des früheren SAB gewinnen können, setzte sich aber grösstenteils aus Exponent*innen der jüngeren Generation rund um die 1968er-Bewegung zusammen. Sie war mit bis zu achthundert Mitgliedern die grösste trotzkistische Partei, die es in der Schweiz je gab, und nahm sogar Einsitz in einigen kommunalen und kantonalen Parlamenten.¹⁶



Abb. 2: Walter Kern rollte in *Was kümmert uns der Hut?* die Geschichte der Militärprozesse gegen politische Aktivist*innen im Zweiten Weltkrieg wieder auf. Das Buch *Eternit: Asbest und Profit* war eine der erfolgreichsten Veröffentlichungen des Veritas-Verlags. Beide Bücher erschienen 1983.

Gemäss Urech entfernte sich die RML/SAP ab circa 1980 allmählich vom Trotzkismus. Ab Mitte der 1980er Jahre zeigten sich dann erste Auflösungserscheinungen; 1987 tagte der letzte Parteikongress und 1991 wurden die noch verbliebenen nationalen Strukturen aufgegeben.¹⁷ Nur das Publikationsorgan der RML/SAP, die *Bresche*, erschien weiter bis 1994, wurde dann aber durch das *Monatsmagazin für neue Politik* (MOMA), ein rot-grünes Forum-Magazin, abgelöst. Viele der ehemaligen RML/SAP-Mitglieder wechselten zu dieser Zeit zu grün-alternativen Organisationen.¹⁸ Ab 1987 stellte der Verlag seine publizistischen Aktivitäten ein.

In seinen Anfängen also war der Veritas-Verlag der Verlag des SAB und der PA, ab 1971 übernahm dann die neu gegründete Zürcher Sektion der RML die Leitung.¹⁹ Das Verlagslokal befand sich an der Mattengasse 37 im Zürcher Kreis 4, wo sich in den 1970er Jahren auch die Räumlichkeiten der RML befanden. Ursula Urech erklärt im Interview, dass der Verlag bis zur Einstellung der aktiven Tätigkeit 1987 in Personalunion mit der RML/SAP arbeitete. Der Verlag sei während dieser Zeit von Berchtold Schwitler geleitet worden, offiziell Verantwortlicher für das Rechnungswesen und

Mitglied der Verwaltung. Sie selber habe stets eng mit ihm zusammengearbeitet und fungierte als eine Art Verbindungsfrau zwischen Verlag und Organisation: »Wenn er etwas von der Stadtleitung, der Sektionsleitung oder der nationalen Leitung wollte, kam er immer zu mir. So bestand der Verlag eigentlich nur aus zwei Personen: Berchtold Schwitter und mir.«²⁰ Auch nach dem Ende der SAP führten Schwitter und Urech den Verlag weiter. Erst 1999 gab Schwitter in einem Brief offiziell den Rücktritt von seiner Arbeit beim Veritas-Verlag bekannt. Grund für seinen Rücktritt waren nicht nur der massive Rückgang von Bücherbestellungen und die Konkurrenz durch das Internet. Der Entscheid war durchaus politisch, denn laut seinem Rücktrittsschreiben war er der Meinung, dass »[...] durch Auflösung der SAP und ihrer Jugendorganisation RSJ, kombiniert mit der Ablösung der ›Bresche‹ durch ›MOMA‹ [...] der Verlag seines Zwecks beraubt [...]« worden sei.²¹ Dieser Vorgang sei, genau wie die Verwendung von Verlags-Geldern für die Redaktion des *MOMA*, erst mit der Zeit ersichtlich geworden.

Urech zufolge wurde 2001/2002 zwar versucht, mit der neu aufgebauten Antikapitalistischen Linken (AKL) und der Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS) dem Verlag nochmals neues Leben einzuhauchen. Diese beiden Organisationen können als indirekte Nachfolgerinnen der RML/SAP bezeichnet werden. Doch bereits nach wenigen Jahren kam es zum Streit und so liegt der Verlag bis heute brach. Der Überblick zeigt also, dass die Geschichte des Veritas-Verlags untrennbar verknüpft ist mit der Geschichte der trotzkistischen Organisation in der Schweiz, und dies über 1968 hinaus. Zudem ist die publizistische Tätigkeit des Verlags eng mit den Ansprüchen und Zielen der jeweiligen Organisation verbunden.

Publizistische Tätigkeit

Bis zur Einstellung der publizistischen Tätigkeit 1987 gab der Veritas-Verlag insgesamt 31 Bücher und Broschüren heraus. Die erste Publikation war 1958 eine deutsche Übersetzung von Leo Trotzki's Werk *Verratene Revolution*.²² Die zweitausend Exemplare dieses ersten Werks übernahm der Veritas-Verlag bei seiner Gründung von Walter Kern.²³ Die Bücher, die bereits mit dem Label »Veritas-Verlag« versehen waren, wurden damit in den Besitz des nun auch rechtlich existierenden Verlags überführt. Im Nachlass von Buchbinder finden sich zu dieser ersten Publikation einige Unterlagen, wie zum Beispiel das Geleitwort der Herausgeber, der Text für den hinteren Buchumschlag sowie ein kurzer Brief von Trotzki's Witwe, Natalja Sedowa, die den Druck autorisierte.²⁴ Doch nach dieser ersten Publikation erschienen vierzehn Jahre lang keine weiteren mehr. Es ist zu vermuten, dass sich dies auf die Inaktivität der trotzkistischen Organisationen in der Schweiz zu dieser Zeit zurückführen lässt.



Abb. 3: Das zweite Buch, das im Veritas-Verlag erschienen ist: Pierre Franks *Die Geschichte der IV. Internationale*. Es fehlt die Jahresangabe, das Buch dürfte aber Anfang der 1970er Jahre veröffentlicht worden sein.

Nach politischen Erfolgen mit den Themen Mindestlöhne und Atomwaffenverbot in den 1950er und zu Beginn der 1960er Jahre hatten die Schweizer Trotzki*innen im Verlauf des folgenden Jahrzehnts nämlich mit zunehmendem Mitgliederschwund und politischer Erfolglosigkeit zu kämpfen. Dies, gepaart mit internen Differenzen, dürfte der Grund gewesen sein, warum in dieser Zeit beim Veritas-Verlag keine Bücher oder Broschüren für Kampagnen zu aktuellen Themen der Schweizer oder der Weltpolitik veröffentlicht wurden. Unter der Führung des SAB und der PAS wurde der Verlag offensichtlich gar nicht richtig aktiv.

Erst ab 1971, unter der Führung der RML, begann die Hochphase der Verlagstätigkeit. In den folgenden Jahren wurden dreissig Bücher und Broschüren zu Aktualitäten im In- und Ausland veröffentlicht – alleine zwölf davon in den Jahren 1974 und 1975. Mit dem Buch *Lenin und das Problem des proletarischen Klassenbewusstseins: Die Strategie der Übergangsforderungen* von Ernest Mandel erschien lediglich noch ein zusätzliches Werk, das eine allgemein historisch-theoretische Ausrichtung aufwies.²⁵ Ansonsten begleiteten die restlichen Publikationen allesamt

Kampagnen der RML. Sie behandelten dementsprechend zentrale Themen der in den 1970er Jahren prägenden Neuen Linken.

International waren die Themenbereiche nach Ländern aufgeteilt: Sowjetunion, Spanien, Chile, Indochina, Nicaragua. Die Bücher und Broschüren zur Lage in diesen Ländern, welche einen Bericht aus sozialistischer Sicht darstellten, konzentrieren sich fast ausschliesslich auf die Jahre 1973 bis 1975. Danach erhielten gegenwärtige Themen und Kampagnen in der Schweiz Priorität. Nitzsche liefert dafür eine Erklärung: »Nachdem sich die RML, ähnlich wie die deutschen und österreichischen Schwesterorganisationen, auf die Arbeit innerhalb der Studierendenschaft, der antiautoritären Jugendbewegung und Solidaritätskampagnen für Bewegungen in der Dritten Welt engagiert hatte, verlagerte sie nun ihre Schwerpunkte auf Fragen der Schweizerischen Politik [...]«. ²⁶

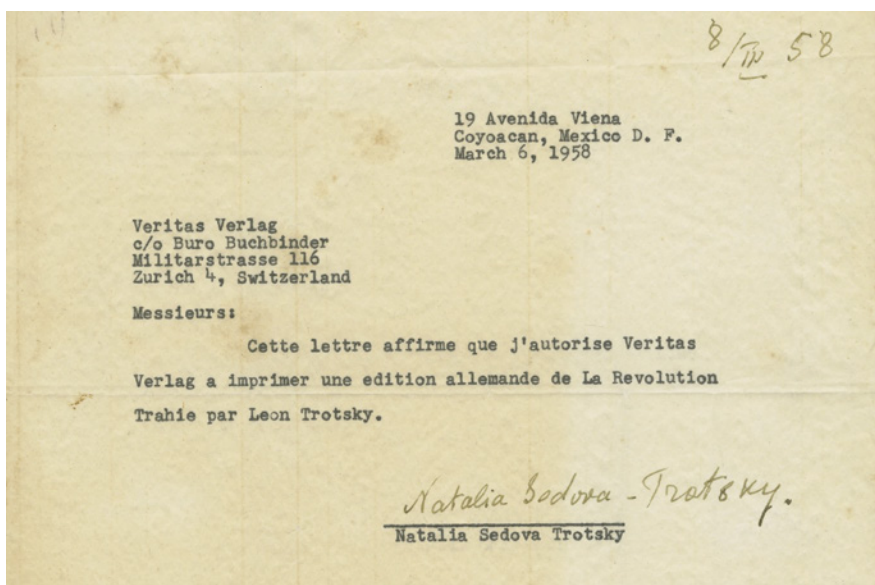


Abb. 4: Trotzki's Witwe, Natalja Iwanowna Sedowa, erteilte die Erlaubnis zum Druck der deutschsprachigen Ausgabe des Buchs *Verratene Revolution*.

Die politische Umorientierung – der die Umbenennung von RML in SAP folgte – veränderte den Themenkreis der Publikationen merklich. Zur aktuellen Schweizer Politik erschienen Titel über Jura-Frage, Armee, Frauenbewegung, Wirtschaftskrise, Arbeiterbewegung, Umweltzerstörung, Berufsausbildung, Mutterschaftsinitiative oder die allgemeine politische Lage der Schweiz und des Schweizer Kapitalismus. Besonders erfolgreich waren, wie Ursula Urech erzählt, 1983 die Publikationen *Eternit: Asbest und Profit: ein Konzern verseucht die Umwelt* der Kommission Ökologie und Gesundheit der SAP Zürich ²⁷ sowie *Was kümmert uns der Hut? Ein Frontbericht aus der Schweiz im zweiten Weltkrieg mit Bezügen zur Gegenwart* ²⁸ von Walter Kern. Obwohl der Verlag offiziell noch heute besteht, sind seit der Publikation *Frauwärts! Zur Verwirklichung der Gleichberechtigung* 1987 keine Werke mehr erschienen. ²⁹ Bis etwa 1999

befasste man sich nur noch mit dem Handel sozialistischer Literatur. Auch die Produktion kleiner Schriften für das Verteilen auf der Strasse oder zur Schulung der Mitglieder, die in grosser Zahl herausgegeben worden waren, wurde mit der Auflösung der SAP eingestellt.³⁰

Der Veritas-Verlag repräsentierte die zentrale Tätigkeit trotzkistischer Aktivist*innen: Das Schreiben. Und wenn sie nicht selber schrieben, veröffentlichten sie Texte von Trotzki selbst oder wandten sich Schriffterzeugnissen von befreundeten Organisationen aus anderen Ländern zu. Doch das Geschriebene nahm im trotzkistischen Aktivismus stets eine sehr wichtige Rolle ein. Und dass, wie Urech sich erinnert, in den 1970er und den frühen 1980er Jahren grosser Enthusiasmus und Begeisterung innerhalb der trotzkistischen Bewegung in der Schweiz herrschten, förderte sicherlich die bemerkenswerte Publikationstätigkeit. Doch das Schreiben und Verbreiten von Texten war kein Selbstzweck; es erfüllte konkrete Funktionen innerhalb der trotzkistischen Organisationen.



Abb. 5: Die RML/SAP veröffentlichte verschiedene Broschüren zu schweizspezifischen Themen.

Da die RML/SAP Teil der IV. Internationale war, wurden deren Publikationen auch in der Schweiz verbreitet. Das Vereinigte Sekretariat der IV. Internationale gab ab den 1970er Jahren insgesamt drei eigene Periodika heraus: die theoretische Zeitschrift *Quatrième Internationale*, die *Internationale Pressekorrespondenz (Inprekorr)* und das *Interne Bulletin*.³¹

Diese Publikationen hatten unterschiedliche Aufgaben, wie der Publizist Günter Bartsch in seiner zeitgenössischen Darstellung der trotzkistischen Strömungen zeigt. Die Zeitschrift *Quatrième Internationale* vermittelte »Beschlüsse der Weltkongresse sowie Beiträge führender Funktionäre von

prinzipieller und allgemeiner Bedeutung, darunter neue Thesen [...]« Die *Inprekorr* enthielt »Resolutionen und Analysen der nationalen Sektionen, Auszüge aus deren Zeitschriften, Artikel wichtiger Funktionäre zu aktuellen Fragen und Nachrichten aus der Arbeiterbewegung.« Das *Interne Bulletin* wiederum stand nur den Mitgliedern und Funktionär*innen der IV. Internationale zur Verfügung. Es konnte von Aussenstehenden nicht abonniert werden, sondern sollte das Innenleben regulieren. Das *Interne Bulletin* erschien meistens vor den Weltkongressen. »Jede Tendenz oder von der Generallinie abweichende politische Position soll[te] in diesen Perioden wenigstens einmal dargestellt werden, damit sich alle Mitglieder rechtzeitig eine Meinung [...]« bilden konnten.³²

Die Funktionen des Verlags

Die skizzierten Aufgaben, welche die Vermittlung der politischen Inhalte von den Organisationen sowohl nach aussen als auch nach innen umfassten, lassen sich auch innerhalb der Verlagstätigkeit des Veritas-Verlags finden. Einerseits sollte er als Herausgeber von linken Büchern und Broschüren fungieren, weil sich aufgrund des politischen Klimas während des Kalten Kriegs in der Schweiz dafür keine externen Verlage mehr finden liessen. Vor allem die RML/SAP nutzte die Gelegenheit, Publikationen zu ihnen zugewandten Themen in Eigenregie zu realisieren und zu vertreiben. Entscheidend für die Umsetzung war, dass die RML in Lausanne eine eigene kleine Druckerei besass. In dieser wurden neben der *Bresche* sämtliche Publikationen des Veritas-Verlags gedruckt. Die Bücher und Broschüren wurden nach der Vorbereitung in Zürich nach Lausanne geschickt. »Eine ›bürgerliche‹ Druckerei in Zürich oder Umgebung, die unsere Schriften drucken würde, hätte sich nie und nimmer gefunden«, ergänzt Urech.³³ Der Verlag war damit die zentrale Schnittstelle, in der die theoretischen Auseinandersetzungen, das Schreiben der Texte sowie deren Gestaltung und die eigentliche Produktion der Schriffterzeugnisse zusammenkamen.

Neben den Schriften, welche hauptsächlich Kampagnen der Organisation stützen sollten, war die zweite Hauptfunktion internen Charakters: nämlich die Produktion von Materialien für die Schulung der Mitglieder. Neben den Büchern und Broschüren produzierte der Veritas-Verlag auch eine Grosszahl an Pamphleten, Dokumenten, Flugblättern und sonstigen Schriften. Diese wurden zwar auch an Veranstaltungen, Aktionen, Demonstrationen und vor Fabriken verteilt.

Trotzdem waren sie gemäss Urech hauptsächlich intern für die Mitglieder der Organisation gedacht. Die kleinen Schriften wurden an die Mitglieder verteilt, woraufhin sie gelesen werden mussten. Der Inhalt wurde dann an den Versammlungen besprochen. Dies diente der Schulung der Mitglieder: »Egal, zu welchem Thema man eine Kampagne durchgeführt hat, man musste die Mitglieder irgendwie in kompakter Form informieren, um was es überhaupt geht, damit sie auf der Strasse, wenn sie mit den Leuten sprachen, argumentieren konnten«, so Urech.



Abb. 6: Feminismus und frauenspezifische Themen machten ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre einen Schwerpunkt der Publikationstätigkeit aus.

Diese internen Informationswege sollten ein demokratisches Funktionieren der Organisation gewährleisten. So sind denn auch die Publikationen, die beim Veritas-Verlag erschienen, stets intensiv in den Organisationen besprochen und diskutiert worden. Die Logik dieses Ablaufs sei gewesen, dass jene Mitglieder, die schreiben konnten, geschrieben haben, solche die reden konnten, geredet haben und die andern hätten zugehört. Mit der Zeit waren diese dann geschult, konnten auch mitreden und fingen selbst an zu schreiben. Urech betont die Allgegenwärtigkeit und Zentralität der Schreibtätigkeit.³⁴ Das Schreiben erfüllte sowohl nach aussen als auch nach innen eine entscheidende Funktion und wurde den Mitgliedern richtiggehend beigebracht.

Dieser Zweck vieler Publikationen zur internen Schulung erklärt auch, warum der Grossteil der gedruckten Exemplare direkt an die einzelnen Parteisektionen verkauft wurde, von wo aus sie wiederum den Mitgliedern weiterverkauft wurden. Angeboten wurden die Werke im eigenen Laden im Verlagslokal beziehungsweise dem RML-Büro in Zürich oder an Ständen an den verschiedenen Kongressen und Veranstaltungen der RML/SAP in der Schweiz. Interessierte ausserhalb der Organisation konnten die Publikationen zwar an Ständen, Demonstrationen und anderen politischen Veranstaltungen wie dem 1. Mai erwerben oder per Post bestellen. Die Bücher und Broschüren gelangten aber zum grössten Teil an bereits offizielle Mitglieder, für die der Kauf und die Lektüre der Bücher und Broschüren mehr oder weniger Pflicht war. Ein Grossteil des vom Verlag eingenommenen Geldes stammte somit von den eigenen Mitgliedern und floss in die Organisation ein.³⁵

Das Schreiben und der Umgang mit Schrifterzeugnissen waren also zentrale Tätigkeiten im Rahmen des politischen Aktivismus in der RML/SAP. Die verschiedenen internen und externen Funktionen des Schreibens, die möglicherweise auch eine Kompensation für konkrete politische Erfolge darstellten, kulminierten im Veritas-Verlag. Dies war sicherlich einem spezifischen Umgang mit Theorie gerade in den Jahren nach 1968 geschuldet, in denen das Schriftliche neue Priorität erhielt und vielfach bereits ältere Theoriewerke neu entdeckt, neu verlegt und neu gelesen wurden. In dieser Zeit haben sich nämlich viele linke Verlage entwickelt, welche die neu entstandenen politischen (Sub-)Kulturen und politischen Organisationen erheblich mitgeprägt haben. Der Veritas-Verlag ist also nicht unbedingt ein Spezialfall, sondern seine Hochblüte setzte in einer Zeit ein, in der linke Bücher, linke Theorien und linke Verlage im deutschsprachigen Raum eine Hochkonjunktur durchliefen.³⁶



Abb. 7: Im Themenbereich Internationalismus standen antikoloniale und antiimperialistische Befreiungskämpfe im Zentrum der Veröffentlichungspraxis.

Fazit

Die Geschichte des Veritas-Verlags ist grundsätzlich ein Spiegelbild der Geschichte des SAB/der PA, der RML/SAP, ja der gesamten trotzkistischen Bewegung in der Schweiz seit dem Ende der 1950er Jahre – mit allen Höhen und Tiefen. Dies erklärt sich daraus, dass der Veritas-Verlag durchgehend die hauseigene Publikationsplattform der genannten Organisationen war. Dass der Verlag aber so lange existierte, mag im Nachhinein erstaunen. Kurz nach seiner Gründung fiel er in einen Schlummerzustand, aus dem er erst wieder in der turbulenten Zeit nach

1968 gerissen wurde. Unter der RML, einer für die Schweiz verhältnismässig grossen trotzkistischen Organisation, entwickelte sich rund um den Veritas-Verlag eine rege Publikationstätigkeit. Getrieben vom Enthusiasmus einer jungen Generation von Aktivist*innen, fand die Arbeit des Verlags in einer theorieversessenen Umgebung einen fruchtbaren Boden.

Der Verlag nahm dabei für die Organisation eine zentrale Funktion ein. Nur über ihn – in Kombination mit der RML-eigenen Druckerei in Lausanne – war es überhaupt möglich, in Zeiten des Kalten Krieges und eines durch die Gesellschaft hindurch gehenden Antikommunismus trotzkistische Schriften zu publizieren. Dieses Publizieren war insbesondere deshalb wichtig, weil davon das interne Funktionieren der Organisation abhing. Demokratische Prozesse waren innerhalb der zentralistisch geführten RML eng an Schriftlichkeit geknüpft. Der Verlag übernahm die Reproduktion und Verbreitung von zentralen Texten, um das demokratische Funktionieren der Organisation zu gewährleisten.

Zugleich muss aber festgehalten werden, dass der Verlag zu keinem Zeitpunkt eine breitere Zielgruppe ansprach. Er fristete ein Nischendasein; sein Publikum waren die Mitglieder der RML und ihr näheres Umfeld. Die weitreichenden Veränderungen in der Organisationslandschaft der radikalen Linken während den 1980er und dann insbesondere den 1990er Jahren – das Aufkommen von grün-alternativen Organisationen und Parteien sowie dem Verschwinden organisierter Strukturen wie der RML/SAP – führten schliesslich zur Einstellung jeglicher Verlagsaktivität und den Verlag nach 1987 zurück in den Schlummerzustand.

Remo Cadalbert studiert Geschichte und Populäre Kulturen im Master an der Universität Zürich.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Leo Trotzki: *Verratene Revolution*, übersetzt von Walter Stehen, Zürich: Veritas (o.J., vermutlich 1958).

Abb. 2: Links: Walter Kern: *Was kümmert uns der Hut? Ein »Frontbericht« aus der Schweiz im zweiten Weltkrieg mit Bezügen zur Gegenwart*, Zürich: Veritas (1983). Rechts: SAP/Robert Lochhead (Hg.): *Eternit: Asbest und Profit. Ein Konzern versucht die Umwelt*, Zürich: Veritas (1983).

Abb. 3: Pierre Frank: *Die Geschichte der IV. Internationale*, Zürich: Veritas (o.J.).

Abb. 4: Natalja Iwanowna Sedowa: Druckerlaubnis für *Verratene Revolution*, 1957, Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich (AfZ), Nachlass Heinrich Buchbinder (NL Buchbinder), 74(V).

Abb. 5: Links: RML: *Dokumente zum Schulungskurs über Schweizer Kapitalismus*, Zürich: Veritas (o.J., vermutlich 1980). Rechts: RML: *»Jura-Frage« und Klassenkampf*, Zürich: Veritas (1974).

Abb. 6: Links: RML: *Frauen: von der Unterdrückung zur Befreiung*, Zürich: Veritas (1975). Rechts: SAP: *frauwärts!: zur Verwirklichung der Gleichberechtigung*, Zürich: Veritas (1987).

Abb. 7: Links: RML: *Iran: Stützpunkt des Imperialismus*, Zürich: Veritas (1972). Rechts: RML: *Die indochinesische Revolution: ihre Geschichte: der Weg zum Sieg: die sozialistische Lösung*, Zürich: Veritas (1975).

Literatur

- 1 Vgl. David Vogelsanger: *Trotzkismus in der Schweiz: Ein Beitrag zur Geschichte der Schweizer Arbeiterbewegung bis zum Zweiten Weltkrieg*, Zürich: Hochschulschrift (1986), S. 229–231.
- 2 Eine ausführliche Bibliographie trotzkistischer Periodika weltweit (inkl. Schweiz) von 1927 bis 1991 findet sich bei: Wolfgang Lubitz, Petra Lubitz: *Trotskyst Serials Bibliography 1927–1991*, München: Saur (1991).
- 3 Schweizerisches Sozialarchiv (SozArch), Genossenschaft Veritas-Verlag 1958–1999, Ar. 201.262.
- 4 SozArch, Jost von Steiger (1917–2007), Ar. 155.
- 5 Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich (AfZ), Nachlass Heinrich Buchbinder (NL Buchbinder).
- 6 Unveröffentlichtes Interview mit Ursula Urech, geführt am 19.04.2017 im Schweizerischen Sozialarchiv durch den Autoren.
- 7 Handelsregisterauszug des Kantons Zürich, <https://zh.chregister.ch/cr-portal/auszug/auszug.xhtml?uid=CHE-103.921.902>.
- 8 SozArch, Genossenschaft Veritas-Verlag 1958–1999, Ar. 201.262.
- 9 Vgl. SozArch, Findmittel zum Bestand SAB/SAK, <http://findmittel.ch/archive/archNeu/Ar454.html> (27.07.2011).
- 10 SozArch, Genossenschaft Veritas-Verlag 1958–1999, Ar. 201.262.
- 11 Vgl. David Vogelsanger: *Trotzkismus in der Schweiz: Ein Beitrag zur Geschichte der Schweizer Arbeiterbewegung bis zum Zweiten Weltkrieg*, Zürich: Hochschulschrift (1986), S. 215f.
- 12 Vgl. SozArch, Findmittel zur MAS/PAS, <http://findmittel.ch/archive/archNeu/Ar453.html>.
- 13 Brief von Ulrich Gujer, 1965, SozArch, Nachlass Jost von Steiger (NL von Steiger), Ar. 155.11.1.
- 14 Frank Nitzsche: *Aus dem Schatten in die Reichweite der Kameras: Die Entwicklung trotzkistischer Organisationen in Deutschland, Österreich und der Schweiz unter besonderer Berücksichtigung des Einflusses der neuen Sozialen Bewegungen von 1968 bis heute*, Siegen: Hochschulschrift (2006), S. 122.
- 15 Vgl. ebd., S. 180–242.
- 16 Vgl. ebd., S. 129.
- 17 Vgl. SozArch, Findmittel zur RML/SAP, <http://findmittel.ch/archive/archNeu/Ar79.html> (16.03.2007).
- 18 Vgl. SozArch, Findmittel zum Magazin MOMA, http://findmittel.ch/archive/archNeu/Ar201_260.html (22.03.2013).
- 19 Vgl. David Vogelsanger: *Trotzkismus in der Schweiz: Ein Beitrag zur Geschichte der Schweizer Arbeiterbewegung bis zum Zweiten Weltkrieg*, Zürich: Hochschulschrift (1986), S. 216.
- 20 Unveröffentlichtes Interview mit Ursula Urech, geführt am 19.04.2017 im Schweizerischen Sozialarchiv durch den Autoren.
- 21 Berchtold Schwitler, Rücktrittsschreiben, SozArch, Genossenschaft Veritas-Verlag, Ar. 201.262.
- 22 Leo Trotzki: *Verratene Revolution*, Zürich: Veritas (1958).
- 23 Vgl. SozArch, Findmittel zur Genossenschaft Veritas-Verlag, http://www.findmittel.ch/archive/archNeu/Ar201_262.html (26.09.2016).
- 24 Veritas-Verlag, Zürich 1957–1959, AfZ, Zürich, NL Buchbinder 2.4.1., 74(V).
- 25 Ernest Mandel: *Lenin und das Problem des proletarischen Klassenbewusstseins: Die Strategie der Übergangsforderungen*, Zürich: Veritas (1972).
- 26 Frank Nitzsche: *Aus dem Schatten in die Reichweite der Kameras: Die Entwicklung trotzkistischer Organisationen in Deutschland, Österreich und der Schweiz unter besonderer Berücksichtigung des Einflusses der neuen Sozialen Bewegungen von 1968 bis heute*, Siegen: Hochschulschrift (2006), S. 128.
- 27 Robert Lochhead/SAP: *Eternit: Asbest und Profit: Ein Konzern verseucht die Umwelt*, Zürich: Veritas (1983).
- 28 Walter Kern: *Was kümmert uns der Hut? Ein »Frontbericht« aus der Schweiz im zweiten Weltkrieg mit Bezügen zur Gegenwart*, Zürich: Veritas (1983).
- 29 SAP: *frauwärts!: Zur Verwirklichung der Gleichberechtigung*, Zürich: Veritas (1987).
- 30 Unveröffentlichtes Interview mit Ursula Urech, geführt am 19.04.2017 im Schweizerischen Sozialarchiv durch den Autoren.
- 31 Vgl. Günter Bartsch: *Trotzkismus als eigentlicher Sowjetkommunismus? Die IV. Internationale und ihre Konkurrenzverbände*, Berlin: J. H. W. Dietz (1977), S. 90.
- 32 Ebd., S. 90.
- 33 Unveröffentlichtes Interview mit Ursula Urech, geführt am 19.04.2017 im Schweizerischen Sozialarchiv durch den Autoren.
- 34 Ebd.
- 35 Ebd.
- 36 Vgl. Uwe Sonnenberg: *Von Marx zum Maulwurf: Linker Buchhandel in Westdeutschland in den 1970er Jahren*, Göttingen: Wallstein Verlag (2016).

In Bewegung: Frauen in der RML

1979 fand die nationale Frauenkonferenz der Revolutionären Marxistischen Liga (RML) statt. Hier entschied sich der Kurs der RML gegenüber der Neuen Frauenbewegung. Die Aktivist*innen debattierten über ihr Verständnis von Feminismus, dessen Bedeutung für die Revolution und organisationsinterne Probleme.

Rund hundert Delegierte kamen am Wochenende des 17. und 18. März 1979 in Lausanne zur nationalen Frauenkonferenz der Revolutionären Marxistischen Liga (RML) zusammen. Die Teilnahme kostete zwanzig Franken, für die Übernachtung waren Schlafsäcke selbst mitzubringen. Nebst den Mitgliedern waren auch Sympathisant*innen der RML eingeladen. Etwa die Hälfte der Teilnehmer*innen war weiblich. Wie der Einladung zu entnehmen ist, wartete auf die Aktivist*innen ab dem Samstagnachmittag ein volles Programm.¹ In den Diskussionsbeiträgen und Texten, die rund um diese Frauenkonferenz entstanden sind und diskutiert wurden, offenbart sich eine spezifische feministische Politik der RML, die sich von anderen Positionen innerhalb der Frauenbewegung abgrenzte.

Nach einem Eklat in der kommunistischen Partei im Kanton Waadt, der *Parti Ouvrier et Populaire* (POP), spaltete sich im Herbst 1969 eine linksoppositionelle Gruppe zur *Ligue Marxiste Révolutionnaire* (LMR) ab. 1971 wurde in Zürich deren erster Ableger in der Deutschschweiz unter dem Namen Revolutionäre Marxistische Liga (RML) gegründet. Bis 1974 hatten sich in der ganzen Schweiz verschiedene Sektionen formiert. Die RML – ab 1980 in Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) umbenannt – wurde zur bis anhin grössten trotzkistischen Organisation der Schweiz. In ihrer politischen Arbeit setzte sich die Organisation immer wieder für Gleichberechtigung ein, den meisten Sektionen gehörten zeitweise Frauengruppen an und es existierte eine nationale Frauenarbeitsgruppe. Die nationale Frauenkonferenz von 1979 fand dann auch aufgrund eines Beschlusses statt, der am vierten nationalen Kongress der RML 1978 getroffen worden war. Die RML hatte während der drei Jahre zuvor keine Debatte mehr über ihre »Frauenarbeit« geführt. Sie erachtete es daher für notwendig, kritisch Bilanz zu ziehen.



Abb. 1: Ein Eindruck von der nationalen Frauenkonferenz der RML: Von den etwa hundert Delegierten waren 48 Prozent Frauen. Im Durchschnitt lag der Frauenanteil in der RML/SAP bei 25–30 Prozent.

Bezeichnenderweise fiel die Frauenkonferenz der RML in die sogenannte zweite Phase der Neuen Frauenbewegung, die etwa Mitte der 1970er Jahre an gesellschaftlicher und politischer Relevanz gewann. In dieser Zeit begannen sich bestehende Frauenorganisationen aus der ersten Phase der

Neuen Frauenbewegung zu reorganisieren und neu zu konstituieren. Diese Organisationen verstärkten Kontakte zur älteren, teilweise auch bürgerlichen Frauenbewegung, indem sie neue Koalitionen bildeten. Das Schlüsselthema war – wie schon zu Beginn der 1970er Jahre – die weibliche Sexualität. Es dominierten daher Themen wie Verhütung, Abtreibung, Homosexualität, Lust und Zärtlichkeit.²

Neue Bezugspunkte der Frauenbewegung waren die Herausbildung autonomer Frauenräume, die Teilhabe am öffentlichen Raum, die institutionelle Gleichberechtigung und die juristische Verankerung der Anliegen der Aktivist*innen im Gesetz. Zwei Volksinitiativen repräsentierten die politischen Forderungen: Einerseits die 1978 eingereichte Mutterschaftsschutzinitiative (»Für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft«) und andererseits die Initiative, welche »gleiche Rechte für Mann und Frau« forderte und 1976 eingereicht wurde.³ An beiden Initiativen beteiligte sich die RML. Ihre Aktivist*innen hatten erkannt, dass sich die Frauenbewegung im Umbruch befand. Sie suchten daher an ihrer im März 1979 stattfindenden Frauenkonferenz Ansatzpunkte, um sich über die Bedeutung des Feminismus in der Gesellschaft zu verständigen.

Zudem wollten die Aktivist*innen gemeinsam ihre politische Strategie sowohl in der Neuen Frauenbewegung als auch in der eigenen Organisation erörtern. In kritischer Anlehnung an die Neue Frauenbewegung und in starker Abgrenzung von den bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien versuchten die RML-Aktivist*innen an der Frauenkonferenz, ihre eigene Position einerseits zu finden, andererseits zu stärken. Sie arbeiteten Interventionsmethoden aus, um gegen die Unterdrückung der Frauen in der Gesellschaft vorzugehen, mit dem Ziel, die Situation der Frauen umfassend zu verbessern. Ein weiterer Diskussionspunkt an der Frauenkonferenz betraf die Vormachtstellung und das Verhalten der männlichen Aktivisten innerhalb der RML. In der Partei kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen um die Anerkennung der weiblichen Aktivistinnen der RML als gleichberechtigte Mitglieder. Verschiedentlich wurden Anstrengungen unternommen, die Stellung der Aktivistinnen in der Organisation der RML zu stärken und diese vermehrt in die politische Arbeit einzubinden.

Wie die RML die Frauenbewegung analysierte

Zur Vorbereitung der Frauenkonferenz hatte eine Kommission des Zentralkomitees, bestehend aus drei Frauen und zeitweise weiteren Aktivist*innen, Thesen ausgearbeitet. Die Mitglieder der RML konnten in organisationsinternen Bulletins an der Diskussion teilhaben, indem sie die vorgestellten Thesen kommentierten und Änderungsanträge stellten. In den Thesen zur Frauenkonferenz gestanden die Aktivist*innen der RML ein, dass ihre Analyse und Einschätzung der Neuen Frauenbewegung von 1968 teilweise fehlerhaft gewesen sei. Zudem erachteten sie die »Integration des Feminismus«⁴ in die RML als nicht wirklich gelungen, und sehen die

politische Arbeit der Frauen innerhalb der Organisation an den Rand gedrängt. Die Aktivist*innen hielten daran fest, dass die Frauenbewegung seit 1968 eine neue politische Dimension angenommen habe, die über die Forderung nach Rechtsgleichheit, wie sie bürgerliche Frauen, sozialdemokratische und gewerkschaftliche Feministinnen gestellt hatten, hinausgehe. Sie unterstrichen insbesondere die erreichte Autonomie der neu entstandenen Frauengruppen sowie die Radikalität ihrer Forderungen und ihre Fähigkeit, Frauen aus verschiedensten sozialen Schichten erreichen zu können.

Auffallend ist jedoch, dass die Solidarität und gegenseitige Rücksichtnahme unter Frauen ebenso wie die Diskussionen um Liebe, (Homo-)Sexualität und männliche Macht in den Thesen und Diskussionsbulletins zur Frauenkonferenz keine Erwähnung finden. Das überrascht insofern, als die historische Forschung zur Neuen Frauenbewegung darauf hinweist, dass gerade diese Themen einen zentralen Stellenwert in den Diskussionen einnahmen.⁵ Die Aktivist*innen der RML betonten in ihrer Beurteilung der damaligen Situation – gut zehn Jahre nach 1968 – vielmehr den politischen Aktivismus und die Selbstorganisation der Frauen. Diese Praxisorientiertheit galt ihnen, wie es auch im Thesenpapier zur Frauenkonferenz benannt wird, als Zwischenschritt, der bei den Frauen ein neues politisches Bewusstsein begründet:

»Aus den folgenden zwei Gründen ist diese Fähigkeit zur Selbstorganisation der Frauen eine bedeutende Errungenschaft:

1. die Frauen nehmen den Kampf gegen ihre Unterdrückung selbst an die Hand. [...]
2. die Frauenbewegung ergreift eigene Initiativen. Sie zieht die Arbeiterbewegung zur Verantwortung und bewirkt, dass feministische Forderungen in ihren Organisationen aufgenommen werden.«⁶

Ein weitreichendes Problem der Neuen Frauenbewegung sahen die Aktivist*innen in der von ihnen beobachteten starken Zersplitterung der verschiedenen Frauenorganisationen seit 1968. Dafür führten sie drei Ursachen an: Erstens das »tiefe politische Niveau«⁷ der Arbeiter*innen. Zweitens identifizierten sie eine Spaltung der Arbeiter*innenklasse, die sie damit begründeten, dass die männlichen Arbeiter in der Schweiz schon lange Zeit vordergründig in Frieden leben würden und sich daher weder zur internationalen Solidarität noch zum Kampf gegen die Unterdrückung der Frauen verpflichtet fühlten. Drittens befanden sie, dass den »lohnabhängigen Männern und Frauen« zur »persönlichen und sozialen Befreiung« ganz grundsätzlich die »herrschende Ideologie des Bürgertums« im Weg stehen würde.⁸ Gerade in dieser Ideologie des Bürgertums sahen die Aktivist*innen der RML das Grundproblem, nicht nur für die Frauenbewegung, sondern für alle Lohnabhängigen.

Mutterschutz. ERSTER NATIONALER TREFF DER UNTERSTÜTZUNGSKOMITEES

Am Samstag, 24. Februar, fand in Bern der erste nationale Treff der meisten bestehenden Unterstützungskomitees (Ukos) statt, die sich zur Hauptaufgabe gestellt haben, rund um die Initiative für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft eine möglichst breite Kampagne zu führen.

Die lokalen Unterstützungskomitees bestehen aus Vertreter(inen) der lernenden sowie weiterer Organisationen und Parteien und aus unorganisierten Frauen. Es versammeln sich die Delegierten folgenden Ukos: Genf, Lausanne, Zürich, Basel, Bern, Biel, Jura, Freiburg, Baden, Neuchâtel. Folgende Organisationen waren vertreten: FBB, FKM (Frauen kämpfen mit), SF, RML, VPOD GRB.

Nach kurzen Berichten über die bisherige Tätigkeit der Ukos wurde darüber beraten, ob in den einzelnen Städten überträgt eine Beschäftigte nach nationalen Zusammenkünften mit gemeinsamen Diskussionen über verschiedene politische Fragen, besteht. Dann wurde der erste nationale Treff, der in Form eines Arbeitstages stattfinden soll, auf das Wochenende 9./10. Juni 1979 festgesetzt. An diesem Wochenende sollen folgende Probleme behandelt werden:

1. Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Finanzierung einer Mutterschutzversicherung stellen. Dann die Geoprovocachen des Bürgertums zur Initiative, wie sie von der nationalen Kommission für Frauenarbeit ausgearbeitet werden, und dienstliche Vorstöße im Parlament.
2. Welche Antwort auf die Art, wie das Bürgertum bei der laufenden KUNG-Konvention das Problem der Mutterschaft lösen will.
3. Das Problem der Kinderzulagen, des Elternurlaubes. Bedeutet die Mutterschutzinitiative eine Festschreibung oder eine Infragestellung der Familie? Welche Antwort geben wir auf die Initiative "Gleiche Rechte für Mann und Frau"?
4. Das Problem der Abtreibung; wie der Initiative "Recht auf Leben" antworten?

5. Welche Arbeit in Gewerkschaften und Betrieben?

6. Welche Aufgaben fallen in Zukunft der nationalen Koordination einerseits und der nationalen Zusammenkünfte der Ukos andererseits zu?

7. Weiterer Verlauf der Kampagne.

Die Ukos haben diese Themen unter sich aufgeteilt und werden darüber kurze Texte verfassen, die in der Uko diskutiert werden, damit sich alle auf das Arbeitswochenende vorbereiten können. Dieses wird entweder in Olten oder Zürich stattfinden.

Alle Interessent(inen) sind zur Teilnahme am Weekend herzlich eingeladen. Anmeldung bitte bis 2. Mai an: Unterstrungskomitee Mutterschutz-Initiative, Mellingerstrasse 104, 5400 Baden.

Trefft dem Uko in eurer Stadt bei. Unterstützt die Kampagne für die Initiative für einen wirksamen Mutterschutz!

NATIONALE FRAUEN-KONFERENZ DER RML

Ungefähr drei Jahre lang – zuletzt an ihrem 3. Kongress – hat die RML keine nationale Debatte mehr über ihre "Frauenarbeit" geführt – ein Ausdruck, der im Organisationsjargon alle Aktivitäten im Rahmen des Kampfes für die Frauenbefreiung bezeichnet.

Die nationale Konferenz ist in den Statuten der RML vorgesehen, um eine demokratische Debatte über ein bestimmtes Thema oder einen bestimmten Sektor zu erlauben. Sie beschliesst souverän über die politische Orientierung des zur Diskussion stehenden Themas oder Sektors.

Die Aktivität(en) unserer Organisation haben in den vergangenen Wochen eine solche Diskussion in allen Basisstrukturen und mit einem in zwei Sprachen geführten Diskussionsbulletin über die Frauenarbeit geführt. Aufgrund der Diskus-

sion werden zuletzt die Delegierten gewählt; falls es verschiedene Tendenzen gäbe, was in diesem Fall nicht zutrifft, müssen sie entsprechend ihrer Stärke an der Konferenz vertreten sein.

Die Konferenz, zu der auch Sympathisant(inen) haben sind, findet Mitte März statt. Für die Diskussion liegt zudem ein Resolutionentwurf zum gleichen Thema IV Internationale zur Annahme vorgelegt werden soll.

Was ist die Frauenbewegung, welcher Aussen hat sie, welche Bedeutung, welchen Klassencharakter? Auf diese Fragen hatte der 3. Kongress der RML grundsätzlich geantwortet: Die Frauenaktivierung vor allem seit 1968 ist ein neues, wachsendes Erscheinungsbild, das die weiblichen Frauen einbezieht. Alle wesentlichen Forderungen der Bewegung erfordern den Sturz des Kapitalismus. Aber die spezifische Unterdrückung der Frauen, welche eingebettet in den sozialen Strukturen und in der Mentalität, dringt bis in die Organisationen der Arbeiterbewegung. Darum geht hervor, dass die permanente Organisierung der Frauen während und nach der Revolution von sozialen Infrastrukturen entsteht wie bei ihrer Vorbereitung.

Die Frauenbewegung hat sich jedoch in den letzten drei Jahren ständig verändert und ihr Eindringen in alle Körperschaften der kapitalistischen Gesellschaft vertieft, sie ist zu den Arbeitsplatzorganisationen übergegangen, aber auch in die Quartiere und hat sich jetzt mit Fragen wie das Recht auf Abtreibung, sozialer Schutz der Mutterschaft, Gewalt gegen Frauen usw.

Am 3. Kongress galt die Aufmerksamkeit der RML vor allem den FBB-Gruppen; keine hat sie sich erweitert. Die FBBs haben von grosser Wichtigkeit, aber anderer Organisationformen der Frauen haben eine Bedeutung erreicht, die sie zuvor nicht hatten: In den Quartieren (Fraueninformationszentren für die Betreuung geschlagener Frauen usw.) und in den Organisationen der Arbeiterbewegung (Frauenkommissionen). Eine Orientierung muss gefunden werden, welche es ermöglicht, alle diese Aktionsfor-

men zusammenzuführen zu lassen, um den Forderungen der Frauen ein Maximum an sozialer und politischer Wirkung zu verleihe.

Was die unteilbarkeits und zerstückelte Frauenbewegung dazu führen, ein Maximum an politischem Gewicht zu haben und gleichzeitig systematisch die Verbindung mit der traditionellen Arbeiterbewegung zu realisieren, ohne das dies auf Kosten ihrer Unabhängigkeit im Kampf gegen die spezifische Unterdrückung der Frauen geht? Das ist die komplexe Frage, auf die die Konferenz eine Antwort zu geben versucht.

Die übrigen Themen der Debatte betonen denn auch um diese zentrale Frage. Welche prioritäten. Achsen wählen? Sollen alle Kräfte darauf konzentriert werden, um ein Gewicht eher auf die Diskriminierung am Arbeitsplatz und auf dem Arbeitsmarkt zu legen? Reichen die Kräfte aus, um so weitreichende Aktivitäten wie die Kampagne für die Mutterschutzinitiative, das Recht auf Abtreibung, "gleicher Lohn für gleiche Arbeit", gegen die Diskriminierung in der Berufsbildung, gegen die Gewalt an Frauen und für die Einschaltung von sozialen Infrastrukturen ernsthaft zu sichern?

Eine weitere Frage an der Konferenz: Könnte eine Massenorganisation der Frauen in diesem Rahmen eine Perspektive sein, um die Verzerrung, die mangelnde politische Einheit und die ungenügende Effektivität gegenüber der Bourgeoisie und den traditionellen reformistischen Führungen zu überwinden? Oder würde eine solche Massenorganisation sich keine genügend breite soziale Basis schaffen können, indem sie etwa unter die Vorherrschaft einer politischen Steuerung geriete.

Schliesslich die internen Probleme, unter zwei Gesichtspunkten: Einmal das stets vorhandene Problem der schlecht aufgeteilten politischen Verantwortlichkeiten zwischen Männern und Frauen in den gewählten Instanzen. Und zweitens die Frage der "Feminisierung" der ganzen Politik der RML, als Garantie dafür, dass die "Frauenarbeit" von den Männern der Organisation vollständig adaptiert wird. C.R.



Abb. 2: Ankündigung der nationalen Frauenkonferenz der RML in der Bresse vom 12. März 1979. Oben rechts das Signet, das die RML/SAP für ihre »Frauenarbeit« verwendete: Anstelle von Faust, Hammer und Sichel – dem offiziellen Signet der RML/SAP – ein nackter Frauenoberkörper mit gestreckter Faust, der das Venussymbol durchbricht.

Abgrenzung auf allen Seiten

In ihrer Analyse der verschiedenen feministischen Strömungen des Feminismus warfen die Mitglieder der RML der »reformistischen Arbeiterbewegung« – namentlich der SP, den Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) und der Partei der Arbeit (PdA) – vor, diese würde der Illusion verfallen, dass mittels entsprechender Gesetze das kapitalistische System egalitärer und gerechter gestaltet werden könne. Sie kritisierten, dass diese Organisationen mit ihrer Politik nicht wirklich gegen die Unterdrückung der Frauen ankämpfen, da sie die Verbindung von Kapitalismus und Patriarchat nicht benennen würden. Die Familie nämlich stelle den Ort dar, an dem die Arbeitskraft reproduziert werde. Solange die Rolle der Familie in der kapitalistischen Gesellschaft unhinterfragt bliebe, werde die soziale und ökonomische Abhängigkeit der Frauen weiterbestehen.

Zudem warfen sie den reformistischen Parteien vor, dass sie mit Teilen des Bürgertums kollaborieren:

»Die reformistische Arbeiterbewegung [...] hält die Illusion aufrecht, dass man den Kapitalismus ›gerechter, egalitärer‹ machen kann – wie es die SP sagt – oder dass man den Kapitalismus ›durch Gesetze zähmen‹ kann, ohne ihn zu zerstören – wie es die Projekte [...] von POCH und PdA wollen. Diese politischen Projekte stehen einer wirklichen Frauenbefreiung entgegen, weil sie die Verbindung zwischen Frauenunterdrückung und kapitalistischem System nicht aufzeigen. Sie unterstellen die Interessen und Bedürfnisse der Frauen ihren Projekten der Klassenkollaboration mit einem Teil des Bürgertums (z.B. mit der CVP, die der härteste Verteidiger der Frau am Herd ist!).«⁹

Auf der anderen Seite attestierten die Aktivist*innen der RML zwar den »Radikalfeministinnen« der Frauenbefreiungsbewegung (FBB), dass diese die Unterdrückung der Frauen als zentrales Thema der Politik etablieren konnten. Zugleich erachteten sie es für problematisch, dass die FBB die Frauen als »eigene soziale Klasse« betrachtet und zwei Produktionssphären voneinander trennen würde: die Hausarbeit und die kapitalistische Arbeitswelt. Dies führe dazu, dass der Kampf der FBB gegen die Unterdrückung der Frauen die Arbeiter*innenklasse und die Geschlechter spalte. Auch die Einschätzung, dass sich die Rolle der Frau in der Gesellschaft durch den von der FBB geforderten Lohn für Hausarbeit verändern würde, wurde von den Aktivist*innen der RML kritisiert. Lösungen für die Unterdrückung der Frauen könnten nur »[...] im Rahmen der Sozialisierung der Produktion, der Hausarbeit und der Politik gesucht werden.«¹⁰ Dennoch wird festgehalten, dass sowohl innerhalb der FBB als auch in den anderen Organisationen zumindest ansatzweise eine kritische Strömung existiere, die das kapitalistische System bekämpfe. Dieser kritischen Strömung fühlten sich die Aktivist*innen der RML aufgrund ihrer Autonomie gegenüber den bürgerlichen und sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Organisationen verbunden. Wie eine RML-Aktivistin in einem Diskussionsbeitrag schrieb, bestehe aber auch eine gewisse Nähe zu Frauen, die private und persönliche Erfahrungen der Befreiung machen, ohne dass diese Frauen sich dabei mit der Arbeiter*innenklasse verbunden fühlen und sich politisch engagieren.¹¹

Priorität für den feministischen Aktivismus der RML hatte aber die Vertretung der Organisation innerhalb der Frauenkommissionen der Gewerkschaften und der Organisation für die Sache der Frauen (OFRA), die im Umfeld der POCH entstand. Dadurch wollte die RML einerseits einer möglichen Isolation der eigenen Organisation sowie andererseits »sektiererischen Tendenzen« der verschiedenen Organisationen untereinander entgegenwirken. Die Aktivist*innen der RML warfen speziell der OFRA »Sektierertum« vor, da diese zu wenig grundsätzliche Fragen zur Unterdrückung der Frauen mit in ihr Programm aufnehme und sich zu wenig für eine geeinte Frauenbewegung einsetze.¹²

»Sektiererische Tendenzen« warf die RML ebenfalls den maoistischen Organisationen vor und kritisierten diese heftig. So beschuldigten sie *femmes en lutte* (»Frauen kämpfen«), eine Organisation, die vor allem in der

Romandie aktiv war, die Unterdrückung der Frauen als rein ökonomisches Problem im Sinne des »Vulgärmarxismus«¹³ abzuhandeln, weil sie diese auf einen Nebenwiderspruch in Bezug auf die Unterdrückung der Arbeiter*innenklasse reduzieren. Sie würden die Problematik des Patriarchats nicht miteinbeziehen und davon ausgehen, dass sich dieses von selbst mit der Berufstätigkeit der Frauen lösen würde. Sie warfen ihnen ebenfalls vor, sich wie SP, PdA und POCH auf Bündnisse mit Teilen des Bürgertums einzulassen. Für die Aktivist*innen der RML hingegen war klar: Für die Befreiung der Frau ist es notwendig, die Berufstätigkeit von Frauen an zwei Bedingungen zu knüpfen. Erstens müsse der sozial abhängige Status der Frau als Hausfrau innerhalb der Familie grundlegend verändert werden. Zweitens müsse sich die Arbeiter*innenbewegung der Diskriminierung der Frauen bewusst werden und für eine »Sozialisierung der Hausarbeit« und eine »sozialistische Alternative« eintreten.¹⁴



Abb. 3: Die einseitige Perspektive des »Vulgärmarxismus«, die die Befreiung der Frau einzig in der klassenlosen Gesellschaft verortete, galt es aus Sicht der Trotzki*innen mittels der Kritik am vorherrschenden Patriarchat zu überwinden.

In Analyse und Kritik der Frauenbewegung und des Patriarchats grenzten sich die Aktivist*innen der RML also deutlich von den verschiedenen bürgerlichen, aber auch von den linken und sogar marxistisch orientierten Parteien und Organisationen ab. Den einen unterstellten sie, nicht für die Abschaffung des »bürgerlich-kapitalistischen Konzepts« der Familie zu kämpfen, den anderen eine einseitige Orientierung an »vulgärmarxistischen Prinzipien«. Darüber hinaus warfen sie den sogenannten »Radikalfeministinnen« der FBB vor, sich abzuspalten und zu isolieren. Für ihre Beurteilung der feministischen Ansätze innerhalb der verschiedenen Parteien und Organisationen stützten sie sich jeweils auf die entsprechenden Parteiprogramme und analysierten diese in Vorbereitung für die eigenen feministischen Thesen eingehend.

Es stellt sich nun die Frage, wieso diese umfassende theoretische Abarbeitung an den verschiedenen Positionen vorgenommen wurde. Ein möglicher Grund hierfür könnte sein, dass die RML dadurch einerseits versuchte, sich durch explizite Abgrenzung in der Politiklandschaft zu positionieren. Andererseits könnte sie versucht haben, sich durch die immer wieder erfolgten Analysen den neuen Gegebenheiten anzupassen und entsprechende Massnahmen zu ergreifen. So scheint die RML in der neu entstandenen Frauenbewegung das Potential erkannt zu haben, Frauen zu mobilisieren, und sympathisierte trotz einer gewissen kritischen Distanz mit der Neuen Frauenbewegung. Auffällig ist aber auch, dass die im oben erwähnten Diskussionsbeitrag einer Aktivistin hervorgehobene Solidarität mit denjenigen kämpfenden Frauen, die sich zwar der Neuen Frauenbewegung zugehörig fühlen, der »Arbeiterklasse« aber nicht, im Thesenpapier der RML keinen Platz gefunden hatte. Hierbei spielte sicherlich wieder das von den Aktivist*innen der RML angesprochene (Klassen-) Bewusstsein, das eine Frau haben sollte, die entscheidende Rolle. Die damalige Tendenz einiger Frauen, sich auf sich selbst zu konzentrieren und sich in Selbsterfahrungsgruppen als Frauen neu kennenzulernen, passte nicht zu der politischen Strategie der RML.



Abb. 4: Laut der RML/SAP beeinflusste die biologische Mutterschaft der Frauen ihre soziale Rolle im kapitalistischen System.

Die Einheit der Frauen

Um einen erfolgreichen Kampf zur Befreiung der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen herbeiführen zu können und die Spaltung der Arbeiter*innenbewegung durch die bürgerlichen Parteien und deren »Ideologie« zu verhindern, insistierten die Aktivist*innen der RML in ihrem Programm darauf, dass die Frauenbewegung eng mit Arbeiter*innen zusammenarbeiten müsse. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse die Arbeiter*innenbewegung in die Auseinandersetzung rund um die Unterdrückung der Frau miteinbezogen werden. Als ein geeignetes Mittel

hierfür erachteten sie die Schaffung von Frauenkommissionen in den Gewerkschaften sowie Frauengruppen in den verschiedenen Gewerkschaftssektionen, damit sich die Frauen dort organisieren und an den Aktivitäten der Gewerkschaften teilnehmen würden. Um der drohenden Isolation der gewerkschaftlichen Frauenkommissionen entgegenzutreten, sei es notwendig, dass die Frauenkommissionen in die gesamte Politik der Gewerkschaften einbezogen und die »kämpferischen Gewerkschaftsaktivisten« von der Schaffung solcher Frauenkommissionen überzeugt würden. Darüber hinaus war es den Aktivist*innen der RML wichtig, dass eine enge Verbindung der gewerkschaftlichen Frauenkommissionen mit Aktionen und Initiativen der Frauenbewegung, sowohl auf lokaler als auch nationaler Ebene, garantiert würde. Die Aktivist*innen hielten es grundsätzlich für zentral, dass konkrete, realistische Forderungen gestellt würden, die die »unmittelbaren, objektiven« Bedürfnisse der Frauen miteinbezogen.¹⁵

Die Aktivist*innen der RML erkannten deshalb in der Ausarbeitung einer Verfassungsinitiative für das in den 1970er Jahren gesellschaftlich stark debattierte Recht auf Abtreibung und im Engagement für die Mutterschutzinitiative politisches Potential. Sie hielten beide Kampagnen für äusserst geeignet, ihre feministischen Forderungen im Kontext derjenigen der Frauenbewegung zu artikulieren. Beide Initiativen zielten nämlich auf die Verbesserung der Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft ab. Zum Recht auf Abtreibung schrieben zwei Aktivist*innen, dass dessen rechtliche Verankerung Frauen nicht nur ermöglichen würde, selbst über ihren Körper zu entscheiden und ihre Rolle in der bürgerlichen Gesellschaft kritisch zu hinterfragen, sondern dass damit die Familie gesamtgesellschaftlich in Frage gestellt würde.¹⁶

Bezüglich der Mutterschutzinitiative verfolgten die Aktivist*innen der RML eine ähnliche Argumentation: Sie sahen diese als Chance, aufzeigen zu können, dass sich die Unterdrückung der Frau – in Anlehnung an das Paradigma der 1968er- Aktivist*innen »das Private ist politisch« – »[...] nur im gesellschaftlichen Rahmen lösen lässt, und keineswegs »Privatsache« ist.«¹⁷ Ebenfalls als unerlässlich erachteten sie es, sich in der Debatte um die anstehende Initiative »Gleiche Rechte für Mann und Frau« einzubringen und den Wahlspruch »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« als zentrale Forderung gegenüber der »bürgerlichen Demagogie« zu behaupten.¹⁸ Mit »bürgerlicher Demagogie« drückten die Aktivist*innen an dieser Stelle ihre Einschätzung aus, dass die bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien die Gleichstellungsfrage auf ihre juristischen Aspekte reduzieren würden. Mit dem Fokus auf die Lohngleichheit versuchte die RML, auf eine Veränderung der Rollenverteilung im Haushalt und der Familie hinzuarbeiten sowie eine materielle Gleichstellung der Frauen zu erreichen.



Abb. 5: Auch die OFRA forderte am 8. März 1980 »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit«.

Für die Arbeit innerhalb des Teils der Neuen Frauenbewegung, der unabhängig von den Parteien und etablierten Organisationen agierte, plädierten die Aktivist*innen der RML dafür, eine »Einheitspolitik und Einheitsarbeit«¹⁹ zu entwickeln. Das Ziel dieser Politik sollte einerseits sein, möglichst viele Frauen zu erreichen, ihre Aktivitäten zu vereinen und für ein »demokratisches Funktionieren« in den autonomen Frauengruppen der Neuen Frauenbewegung zu sorgen; andererseits ging es darum, eine klare Abgrenzung gegenüber den bürgerlichen Frauenorganisationen und ihrer Ideologie aufrechtzuerhalten. Einem Diskussionsbulletin ist zu entnehmen, dass dabei nicht mehr eine »Massenorganisation mit Programm« im Fokus stand, wie es noch am dritten Kongress der RML 1976 diskutiert wurde. Vielmehr umfasst der Begriff der Einheitsarbeit und der Einheitspolitik das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Möglichkeit, verschiedene Standpunkte innerhalb der Frauenbewegung vertreten zu dürfen und die Tolerierung verschiedener Positionen. Die Aktivist*innen betonten insbesondere, wie wichtig es sei, gegenüber der FBB und OFRA hervorzuheben, dass die RML mit ihrer Strategie nicht vorhabe, die Frauenbewegung zu manipulieren.²⁰

Die Aktivist*innen der RML strebten also die Organisierung der Neuen Frauenbewegung in dem Sinne an, dass die verschiedenen Anliegen und Ziele der politisch relativ heterogenen Frauen vereint wurden, um eine drohende Spaltung der Neuen Frauenbewegung zu verhindern. Zudem war es für sie zentral, sich aktiv mit ihren eigenen Überlegungen zur Stellung der Frau in der Gesellschaft einbringen zu können. Im Vergleich zu vorangegangenen Diskussionen in der RML über ihre feministische Arbeit und ihre Ziele sahen die Aktivist*innen, neben ihrem Engagement für die Volksinitiativen und in den Gewerkschaften, zunehmend Priorität in ihrer

Arbeit in der Neuen Frauenbewegung. Sie hatten erkannt, dass sich die Neue Frauenbewegung in einer Phase der Reorganisation befand, viele Frauen anzog und im Vergleich zu anderen linken Organisationen keine Mühe hatte, ihre Mitglieder zu mobilisieren. Im Gegensatz zu anderen Organisationen in der Neuen Frauenbewegung waren die Aktivist*innen der RML jedoch nicht bereit, sich auf Konzessionen und Bündnisse mit Frauen aus bürgerlichen Parteien oder etablierten Frauenverbänden, die sich schon für das Frauenstimmrecht stark gemacht hatten, einzulassen, da diese nicht umfassende gesellschaftliche Veränderungen anstrebten, sondern lediglich die Rechtsgleichheit von Frauen und Männern forderten.

Die von den Aktivist*innen der RML immer wieder angesprochene drohende Spaltung und Isolation der autonomen Frauenbewegung fand in der Schweiz nur sehr begrenzt statt. In Spanien, Deutschland und den Niederlanden hingegen führten die Differenzen zwischen autonomen und sozialistischen Strömungen des Feminismus über die Ursache der Frauenunterdrückung dazu, dass sich diese trennten und verschiedene Organisationen gründeten.²¹ In der Schweiz waren es ab 1980 dann aber die Aktivist*innen der RML, die die OFRA zu spalten drohten. Die im Herbst 1980 zur Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) umbenannte RML versuchte, ihre an der Frauenkonferenz 1979 beschlossene Einheitsarbeit innerhalb der OFRA umzusetzen und eine eng an der sozialistischen Theorie orientierte Neue Frauenbewegung zu etablieren.



Abb. 6: Die RML/SAP reichte im Januar 1980 die Volksinitiative »Für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft« ein.

Dies lässt sich anhand verschiedener nach der Frauenkonferenz erschienenen, organisationsinternen Bilanzen der RML/SAP aus der ganzen Schweiz nachweisen, in denen meist mit dem Signum »streng intern« die Entwicklungen innerhalb der OFRA bilanziert wurden. Die Aktivistinnen der

OFRA fühlten sich von den Aktivistinnen der SAP unterwandert und manipuliert. So wurde den Aktivistinnen der SAP zum Beispiel an der Sitzung mit dem OFRA-Sekretariat vom 25. November 1984 vorgeworfen, dass sie die OFRA »kontrollieren« würden und dass die SAP versuchen würde, »wichtige Leitungspositionen« zu besetzen.²² Eine komplette Umorientierung der OFRA gelang den Frauen der SAP nicht. Die internen Grabenkämpfe führten jedoch so weit, dass sich die OFRA-Sektion Zürich auflöste. Mit der Auflösung der OFRA-Sektion Zürich beruhigte sich der Konflikt zwischen den autonomen und sozialistischen Aktivistinnen der Frauenbewegung aber wieder.²³

Als Frauen in einer Männerpartei

Neben dem ständigen Erarbeiten einer eigenen Position innerhalb der Neuen Frauenbewegung bestand ein gewichtiger Teil der feministischen Arbeit der RML-Aktivistinnen darin, ihre männlichen Parteigenossen davon zu überzeugen, dass die Gleichberechtigung eines ihrer zentralen Anliegen sein muss. So findet sich im Diskussionsbeitrag einer führenden und langjährigen RML-Aktivistin folgende Formulierung:

»Es geistert da eine Vorstellung durch die Köpfe und Texte [der Genossen], die SAP sei eine Gemeinschaft von kommunistisch erzeugten, freien und gleichen Menschen ohne Erinnerung an die Spaltungen der Lohnabhängigen nach Geschlecht [...]«. ²⁴

Sogleich vorweggenommen wird, dass die Aktivistinnen der RML/SAP das Problem der Ungleichheit zwischen Männern und Frauen in der Parteiarbeit mit den Aktivistinnen aller alten und neuen (linken) Parteien teilten. Trotz der immer wieder erfolgten Analysen zur Situation der Frau, der ansatzweise vorhandenen theoretischen Verknüpfung der Kapitalismuskritik mit der Kritik am Patriarchat und dem Engagement in Initiativen, die sich der Rolle und Stellung der Frau in der Gesellschaft widmeten, hatten die Aktivistinnen der RML intern Probleme, als Frauen überhaupt ernst genommen und gehört zu werden. Sie bemühten sich immer wieder, mit ihren Anliegen berücksichtigt zu werden.

Diese interne Auseinandersetzung lässt sich von Beginn der Organisation in den frühen 1970er Jahren bis zur Auflösung zu Beginn der 1990er Jahre verfolgen. So beklagte sich eine Aktivistin im Zusammenhang mit dem dritten Kongress der RML von 1976, dass Frauen vor allem Protokolle mittippen und transkribieren oder organisieren und ausführen, was Männer theoretisch ausarbeiten: »[...] praktisch der ganze technische Apparat der Organisation [wird] von Frauen getragen«. ²⁵ Vier Jahre später schrieb eine andere Aktivistin, dass es »[...] immer noch eine Realität [ist], dass die meisten Frauen in keine kollektive Arbeit einbezogen sind.« Sie »grübeln« entweder alleine in ihrer Arbeit oder leisten den erfahrenen, männlichen Genossen Handreichungen. ²⁶ Eine Aktivistin hat zudem beinahe zehn Jahre im Politbüro als Mitglied gearbeitet und an den Sitzungen teilgenommen,

jedoch ohne bei Beschlüssen als gleichwertiges Mitglied mitabstimmen zu dürfen. Als Grund hätten ihr die Männer erklärt, dass sie »theoretisch noch zu wenig geschult« sei.²⁷

Auch das Verhalten der »Genossen« gegenüber den »Genossinnen« wurde in den Unterlagen kritisiert und als »arrogant« und »chauvinistisch« bezeichnet.²⁸ Zudem hätten die Männer die Diskussionen und Sitzungen beherrscht. Es sei in einem Masse Druck auf die Frauen ausgeübt worden, dass diese sich gar nicht mehr getraut hätten, das Wort zu ergreifen und die eigene Meinung zu äussern.²⁹ Dieses Verhalten führte dazu, dass sich immer wieder engagierte Aktivistinnen frustriert und enttäuscht zurückzogen und aus der Partei austraten. In einer elfseitigen Austrittserklärung einer RML/SAP-Aktivistin kritisierte diese heftig, dass die »demokratischen Rechte« der Frauen in der Partei eingeschränkt, der Feminismus inner- und ausserhalb der Partei zur »Oberflächenkosmetik« degradiert und allgemein eine passive Haltung gegenüber den Anliegen der Frauen bestehen würde.³⁰

Als Gründe für die schwierige Stellung, die die Frauen in der RML/SAP hatten, führte eine Aktivistin in einem Antrag aus, dass Frauen aufgrund ihrer gesellschaftlichen Position, dem sozialen Druck in der »kapitalistischen Klassengesellschaft« und der Institution der Familie kein Selbstvertrauen aufbauen könnten.³¹ Dieses mangelnde Selbstbewusstsein zeige sich auch in der Organisation. Daher würden die Frauen auch von den »Genossen« nicht ernst genommen. Die Frauen der 1968er Bewegung hätten erst lernen müssen, Nein zu sagen und den Mut aufzubringen, für ihre eigenen Positionen einzustehen.³²

Bundesrat gegen «gleiche Rechte»

In der letzten Ausgabe der bresche stellten wir die Initiative "Gleiche Rechte für Mann und Frau" ausführlich vor. In der Zwischenzeit hat der Bundesrat die Initiative in seiner diesbezüglichen Botschaft, dessen einziger Zweck die Abwiegung ist, wie erwartet abgelehnt. Die RML hat gegen den Verwässerungs-Gegenvorschlag des Bundesrates protestiert.



Abb. 7: In einer Pressemitteilung prangerte die RML/SAP den Gegenvorschlag des Bundesrats zur Initiative »Gleiche Rechte für Mann und Frau« an. Sie kritisierte die Blindheit gegenüber der fehlenden arbeitsrechtlichen Gleichstellung und der Zuständigkeit von Frauen für die unbezahlte reproduktive Arbeit.

Damit übernahm die Aktivistin genau diejenigen Argumente, die im Thesenpapier der RML zur Unterdrückung der Frau angeführt werden, und überträgt diese auf die eigenen Organisationsstrukturen. Sie forderte nicht nur explizit, dass insbesondere von Seiten der Parteileitung Anstrengungen unternommen werden müssten, um Frauen in ihrer Arbeit zu ermutigen und entsprechende Schulungen für Frauen zu fördern, sondern zeigte mit ihrem Antrag selbst Mut, indem sie gegen die deutlich sichtbaren, organisationsinternen Missstände anscrieb. In einer Antwort eines Mitglieds einer Sektionsleitung der RML/SAP wurde ihr daraufhin unterstellt, dass sie ihre eigene Situation theoretisiere und zu wenig praktische politische Erfahrung aufweise, trotz jahrelanger Leitungserfahrung. Ihr wurde empfohlen, als Korrektorin in der Druckerei zu arbeiten, um sich besser in die Partei integrieren zu können, zudem könnten so »optimal ihre bisherigen Erfahrungen mit [...] den zentralen Aufbaufragen verknüpft werden (auch bezüglich der Frauenfrage).«³³

Es wurden aber auch Anstrengungen unternommen, die Situation der Frauen in der RML/SAP zu verbessern, und entsprechende Vorschläge unterbreitet. Aufgrund einer Diskussion während des dritten Kongresses der RML 1976 wurde beschlossen, nach Bedarf »ungemischte Frauenzellen«,³⁴ das heisst nach Geschlechter getrennte Gruppen, zu schaffen. Die Idee dahinter war, den Frauen zu einer besseren Integration in der Organisation zu verhelfen und ihr Selbstbewusstsein zu fördern. Diese ungemischten Frauenzellen funktionierten laut einer persönlichen Bilanz sehr gut und ermöglichten den Frauen, sich in die politischen Diskussionen einzubringen.³⁵ Knapp zwei Jahre später wurde das Recht der Frauen, in ungemischten Gruppen zu diskutieren, an der Frauenkonferenz aber wieder abgeschafft. Die Frauenzellen wurden aufgelöst.³⁶

Nach Ansicht der Leitung des Zentralkomitees, das sich auf Erfahrungen internationaler Sektionen berief, würden die ungemischten Gruppen zu verschiedenen Interessensgruppen innerhalb der Organisation führen und eben gerade nicht die angestrebte gleichberechtigte Diskussion aller Mitglieder der Organisation fördern. Dies widerspreche einer »demokratisch-zentralistischen« Organisation. Weiter schrieb die Leitung im Thesenpapier: »In einer revolutionär-marxistischen Organisation gibt es – welches auch sonst ihre Schwächen sein mögen – keinen inneren Widerspruch zwischen Programm, Leitung und Basis.« Die Leitung des Zentralkomitees gestand zwar eigene Fehler bezüglich der Frauenarbeit ein. Diese führten sie auf mangelndes »Bewusstsein und Verständnis« von Seiten der Leitung zurück. Sie waren aber überzeugt davon, diese überwunden und der feministischen Arbeit genügend Platz eingeräumt zu haben. Dies würde der Fokus der Organisation auf die Mutterschutzinitiative belegen. Für die internen Probleme der Organisation hinsichtlich der Stellung der Frau unterbreitete sie lediglich den Vorschlag, innerhalb der Sektionen entsprechende Schulungen bezüglich der Unterdrückung der Frau durchzuführen. Zudem nahm sich die Leitung vor, intensiver mit der Frauenkommission der RML/SAP zusammenzuarbeiten.³⁷

Fazit

Die Intervention in die Frauenbewegung und die eigene theoretische Positionierung zu feministischen Themen wurde für die RML im Verlaufe der 1970er Jahre zu einer zentralen politischen Achse. Dabei verbrachte die Organisation gerade rund um den Frauenkongress 1979 viel Zeit damit, die Positionen der vielen verschiedenen Organisationen, die rund um die Neue Frauenbewegung aktiv waren, zu studieren und zu kritisieren. Aus dieser theoretischen Auseinandersetzung entstand eine Position, die sich deutlich nach allen Seiten hin abgrenzt: gegenüber den autonom geprägten Teilen der Neuen Frauenbewegung, gegenüber den »reformistischen« Parteien und ganz besonders gegenüber einem »bürgerlichen« Feminismus. Und auch wenn die RML die Wichtigkeit von Organisationen wie der FBB oder der OFRA anerkannte, hatte sie in der jahrelangen Zusammen- und Mitarbeit in diesen Gefässen doch eigene Vorstellungen entwickelt, wie diese politisch weiterentwickelt und geführt werden sollten. Diese intensive theoretische Auseinandersetzung der RML mit feministischen Theorien und ihre 1979 klar formulierte Strategie, vermehrt in der Frauenbewegung und ihren Organisationen aktiv werden zu wollen, führte schlussendlich zu heftigen Abwehrreaktionen. Die Organisationen der Frauenbewegung wehrten sich gegen den Versuch der RML-Aktivistinnen, vermehrt Einfluss zu gewinnen.

Dabei waren diese äusseren Reaktionen längst nicht die einzigen Widerstände, gegen die die RML-Aktivistinnen anzukämpfen hatten. Die Betrachtungen der Stellung der Frauen innerhalb der RML/SAP zeigen, dass innerhalb dieser nach eigener Deklaration »demokratisch-zentralistischen« Organisation ein beträchtlicher Widerspruch zwischen Theorie und Praxis bestand. Die Frauen wurden in ihrem Versuch, sich auch innerhalb der Partei für die Stellung der Frau einzusetzen, teilweise auf einer persönlichen Ebene diffamiert und ihnen wurde unterstellt, selber für ihre schlechtere Stellung verantwortlich zu sein. Gerade die Parteileitung leugnete über weite Strecken schlichtweg, dass überhaupt interne Probleme bestanden. Zudem liegt die Annahme nahe, dass die Leitungsorgane Angst hatten, ihre führende Rolle zu verlieren und daher darauf insistiert wurde, dass die ungemischten Gruppen und die Frauenzellen wieder abgeschafft werden. Der RML/SAP gelang es nicht, Frauen als gleichberechtigte Mitglieder in der politischen Arbeit anzuerkennen – ein Problem, das sie mit vielen anderen linken Parteien und Organisationen der 1970er Jahre teilte. Die männlichen Aktivisten stellten ihre Vormachtstellung und ihr Verhalten gegenüber den weiblichen Mitgliedern oftmals nicht in Frage und zeigten nicht die Bereitschaft, dieses grundlegend zu ändern. In der Aussenwahrnehmung galt die RML/SAP ohnehin als »Männerpartei«. ³⁸ Wer sich gegen die Unterdrückung der Frauen politisch betätigen wollte, zog es als Frau vor, einer Organisation der Neuen Frauenbewegung beizutreten und nicht der RML/SAP, lautet das Fazit eines ehemaligen Aktivisten. ³⁹

Antje Rihm hat den Master in Philosophie und Geschichte an der Universität Zürich abgeschlossen.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Unbekannt, »Frauenbefreiung und Arbeiterbewegung«, *Foto der Frauenkonferenz der RML*, 17./18.03.1979, in: *Bresche* (09.04.1979), Schweizerisches Sozialarchiv (SozArch), S. 5 (Ausschnitt).

Abb. 2: *Rubrik Mutterschutz*, in: *Bresche* (12.03.1979), SozArch, S. 4 (Ausschnitt).

Abb. 3: *Spezialbeigabe Feminismus*, Faltblatt, in: *Bresche* (10.03.1980), SozArch, S. 16 (Ausschnitt).

Abb. 4: »Die Arbeiterbewegung muss die Mutterschaft als soziale Frage anpacken«, *Dossier Mutterschaft*, in: *Bresche* (25.09.1978), SozArch, S. 6 (Ausschnitt).

Abb. 5: Helga Leibundgut, *Nationale Demonstration zum 8. März (Internationaler Tag der Frau)*, OFRA-Transparent »*Gleicher Lohn für gleiche Arbeit*«, 1980, Luzern, SozArch, F 5110-Fc-039.

Abb. 6: Helga Leibundgut, *Einreichung der Initiative »Für einen wirksamen Mutterschutz«*, 1980, Bern, SozArch, F 5110-Fc-034.

Abb. 7: Revolutionäre Marxistische Liga, »Bundesrat gegen »gleiche Rechte««, *Pressemittteilung*, in: *Bresche* (03.12.1979), SozArch, S. 5 (Ausschnitt).

Literatur

- 1 Vgl. »Einladung«, undatiert, Schweizerisches Sozialarchiv (SozArch), Nationale Frauenkonferenz Texte, Thesen 1979, Mappe 1, Ar. 65.14.15.
- 2 Vgl. Kristina Schulz, Leena Schmitter, Sarah Kiani: *Frauenbewegung: Die Schweiz seit 1968: Analysen, Dokumente, Archive*, Baden: Hier und Jetzt (2014), S. 73–100.
- 3 Vgl. ebd., S. 77.
- 4 »Für eine kritische Bilanz des 3. Kongresses«, Diskussionsbulletin Nr. 2, 10.02.1979, SozArch, Nationale Frauenkonferenz: Texte, Thesen 1979, Mappe 1, Ar. 65.14.15.
- 5 Vgl. Kristina Schulz, Leena Schmitter, Sarah Kiani: *Frauenbewegung: Die Schweiz seit 1968: Analysen, Dokumente, Archive*, Baden: Hier und Jetzt (2014), S. 73–100.
- 6 »Thesen der nationalen Frauenkonferenz«, undatiert, SozArch, Nationale Frauenkonferenz: Texte, Thesen 1979, Mappe 1, Ar. 65.14.15, S. 1.
- 7 Ebd., S. 21.
- 8 Ebd.
- 9 Ebd., S. 4.
- 10 Ebd., S. 6.
- 11 Vgl. »Politische Organisation und autonome Frauenbewegung: Ist die Unterdrückung der Frau eine private Sache?«, Diskussionsbulletin Nr. 2, 10.02.1979, SozArch, Nationale Frauenkonferenz: Texte, Thesen 1979, Mappe 1, Ar. 65.14.15.
- 12 »Thesen der nationalen Frauenkonferenz«, undatiert, SozArch, Nationale Frauenkonferenz: Texte, Thesen 1979, Mappe 1, Ar. 65.14.15, S. 7.
- 13 Revolutionäre Marxistische Liga (Hg.): *Frauen: Von der Unterdrückung zur Befreiung*, Zürich: Veritas (1975), S. 15.
- 14 »Thesen der nationalen Frauenkonferenz«, undatiert, SozArch, Nationale Frauenkonferenz: Texte, Thesen 1979, Mappe 1, Ar. 65.14.15, S. 7f.
- 15 Ebd., S. 13–20.
- 16 »Beitrag über die Abtreibung«, Diskussionsbulletin Nr. 1, 05.02.1979, SozArch, Nationale Frauenkonferenz: Texte, Thesen 1979, Mappe 1, Ar. 65.14.15.
- 17 »Thesen der nationalen Frauenkonferenz«, undatiert, SozArch, Nationale Frauenkonferenz: Texte, Thesen 1979, Mappe 1, Ar. 65.14.15, S. 16.
- 18 Ebd., S. 16f.
- 19 Ebd., S. 18.
- 20 »Sollen wir eine »Frauenmassenorganisation« vorschlagen?«, Diskussionsbulletin Nr. 2, 10.02.1979, SozArch, Nationale Frauenkonferenz: Texte, Thesen 1979, Mappe 1, Ar. 65.14.15; »Thesen der nationalen Frauenkonferenz«, undatiert, SozArch, Nationale Frauenkonferenz: Texte, Thesen 1979, Mappe 1, Ar. 65.14.15, S. 21; »Frauenresolution«, undatiert, SozArch, III. Nationaler Kongress 1974–1976/2, Mappe 2, Ar. 65.10.1.
- 21 Vgl. Danièle Lenzin: *Die Sache der Frauen: OFRA und die Frauenbewegung in der Schweiz*, Zürich: Rotpunkt (2000), S. 94f.
- 22 »Sitzungsprotokoll«, 25.11.1984, SozArch, AG Frauen 1981–1986, Mappe 2, Ar. 65.14.12.
- 23 Vgl. Danièle Lenzin: *Die Sache der Frauen. OFRA und die Frauenbewegung in der Schweiz*, Zürich: Rotpunkt (2000), S. 106.
- 24 »Persönlicher Diskussionsbeitrag«, 22.01.1982, Privatarchiv Ursula Urech.
- 25 »Interne Probleme«, 22.02.1976, Schweizerisches Sozialarchiv, III. Nationaler Kongress, 1974–1976/2,

- Mappe 2, Ar. 65.10.1.
- 26 »Antrag«, 27.03.1980, Privatarchiv Ursula Urech, S. 1; »Sektionsleitungs-Protokoll«, 09.02.1982, Privatarchiv Ursula Urech.
- 27 Gespräch mit der ehemaligen, langjährigen RML/SAP-Aktivistin Ursula Urech, 06.06.2017.
- 28 »Anträge für die Frauenkonferenz von Mitgliedern der Frauenzelle Basel«, Diskussionsbulletin Nr. 2, 10.02.1979, SozArch, Nationale Frauenkonferenz: Texte, Thesen 1979, Mappe 1, Ar. 65.14.15.
- 29 Ebd.
- 30 »Austrittserklärung«, undatiert, SozArch, AG Frauen 1985–1989, Mappe 2, Ar. 65.14.13.
- 31 »Antrag«, 27.03.1980, Privatarchiv Ursula Urech, S. 1f.
- 32 Vgl. Barbara Kunz: »Auch das Private ist politisch – 68erinnen in Bewegung«, in: Erika Hebeisen, Elisabeth Joris, Angela Zimmermann (Hg.): *Zürich 68: Kollektive Aufbrüche ins Ungewisse*, Baden: Hier und Jetzt (2008), S. 28–39, hier S. 30f.
- 33 »Zur Feminisierung der RML – Antwort auf Text«, 25.06.1980, Privatarchiv Ursula Urech.
- 34 »Weshalb sind wir für Frauenzellen?«, Dezember 1976, Privatarchiv Ursula Urech.
- 35 Vgl. »Bilanz Frauenzelle«, September 1978, Privatarchiv Ursula Urech.
- 36 Vgl. »Sitzungsprotokoll«, undatiert, SozArch, Arbeitsprogramm für die Frauenarbeit der RML, Mappe 2, Ar. 65.14.12.
- 37 Vgl. »Recht auf ungemischte Sitzung in der RML«, undatiert, Privatarchiv Ursula Urech.
- 38 Gespräch mit einem ehemaligen RML/SAP-Aktivisten, 20.05.2017.
- 39 Vgl. ebd.

Mit Trotzki gegen Schwarzenbach

Die 1968 lancierte Schwarzenbach-Initiative löste heftige Debatten aus, an denen sich auch Trotzki*innen beteiligten. Mit klassenkämpferischer Hingabe schrieben sie gegen die erste sogenannte »Überfremdungsinitiative« an.

Die Schwarzenbach-Initiative hat sich wie kaum eine andere »Überfremdungsinitiative« in die Schweizer Migrationsgeschichte eingeschrieben. Als am 7. Juni 1970 54 Prozent der Stimmberechtigten die Initiative ablehnten, ging ein erbittert und zeitweise gehässig geführter Abstimmungskampf zu Ende, der bis heute nachhallt. Das liegt neben der historischen und politischen Bedeutung der Initiative auch an der beachtlichen Stimmbeteiligung: Mit 74,7 Prozent war diese so hoch wie seit der Einführung der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) 1947 nicht mehr. Die Asyl- und Migrationspolitik sollte fortan zu einem der kontroversesten und polarisierendsten innenpolitischen Themen werden. Die Forderung der Initiant*innen war so trivial wie radikal: Sie verlangten eine Begrenzung der Zahl der »Ausländer« in jedem Kanton – mit Ausnahme Genfs – auf zehn Prozent der schweizerischen Staatsangehörigen.¹ Rund 350000 Ausländer*innen hätten bei einer Annahme der Vorlage die Schweiz verlassen müssen.²

Die Initiative, benannt nach ihrem Ideen- und Taktgeber James Schwarzenbach, markiert somit eine Zäsur in der Schweizer Nachkriegsgeschichte. Zahlreiche Akteure beteiligten und engagierten sich an der Debatte rund um die Initiative: die Regierung, das Parlament, verschiedene Parteien, Wirtschaftsverbände, Medien, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und vereinzelt migrantische Organisationen.



Abb. 1: Der Abstimmungskampf rund um die Schwarzenbach-Initiative markiert einen Wendepunkt in der migrationspolitischen Debatte der Schweiz. Ihm folgten in rascher Kadenz weitere sogenannte »Überfremdungsinitiativen«.

Die Schweizer Trotzlist*innen hingegen erwischte die am 15. Mai 1968 lancierte Initiative auf dem falschen Fuss, denn sie fiel just in eine Zeit des organisatorischen Umbruchs. In den 1960er Jahren löste sich sowohl die

Proletarische Aktion (PA) als auch der Sozialistische Arbeiterbund (SAB) auf. Überlebt hatte einzig die Zeitschrift *Das Arbeiterwort*, das zentrale Sprachrohr der beiden Organisationen, deren Publikation erst 1969 eingestellt wurde, obwohl sie bereits Ende der 1950er Jahre in politischer Bedeutungslosigkeit verschwunden war.³

Eine Wiederbelebung des Trotzismus fand Ende der 1960er Jahre in der Romandie statt. Aus einer anfänglich lediglich oppositionellen Strömung innerhalb der *Parti ouvrier et populaire* (POP) entwickelte sich eine eigenständige, theoretisch und organisatorisch funktionierende trotzkistische Gruppe, welche die Abspaltung von der Partei vorantrieb. Im September 1969 gründeten Student*innen und junge Leute aus der Mittelschicht dann die *Ligue marxiste révolutionnaire* (LMR). Die erste Ausgabe des Zentralorgans der Gruppierung, *La brèche*, erschien im Folgemonat. Die Gründung der Organisation fällt damit genau in die Phase, in der die Schwarzenbach-Initiative, die im Juni 1969 zustande und ein Jahr später an die Urne kam, am präsentesten war.

Nationale Volksinitiativen stellen stets Momente erhöhter Aufmerksamkeit für politische Gruppierungen dar, zu denen sie sich positionieren können – oder müssen – und anhand derer sie um diskursive Deutungshoheit ringen. Dies wird umso bedeutender für politisch marginalisierte Gruppen, wie die trotzkistischen Organisationen. Mit der internationalistischen Ausrichtung, der Ablehnung von Patriotismus und seiner Orientierung an der Arbeiter*innenklasse musste der Trotzismus zwangsläufig in Widerspruch zur nationalistisch argumentierenden Schwarzenbach-Initiative stehen. Zudem zielte Schwarzenbach argumentativ auch auf die Sorgen einfacher Arbeiter*innen, und konkurrierte so mit den Trotzist*innen in ihrem agitatorischen Terrain. Wie also reagierten trotzkistische Organisationen in der Schweiz auf diese zunehmend identitätspolitisch geführte Diskussion um Überfremdung? Und wie reagierten sie selbst auf eine immer stärker migrantisch geprägte Gesellschaft?

Die Trotzist*innen und die Überfremdung

Die Schwarzenbach-Initiative bildet nicht nur den Auftakt einer ganzen Reihe sogenannter »Überfremdungsinitiativen«, sie kennzeichnet auch den Beginn eines neuen Rechtspopulismus, der sich allmählich in ganz Europa Bahn zu brechen begann, Asyl- und Migrationspolitik als politisches Feld entdeckte und dieses für sich besetzte.

James Schwarzenbach, Sprössling einer protestantischen Zürcher Industriellenfamilie, hatte sich zeit seines Lebens im Dunstkreis rechtskonservativer Intellektueller, wie dem Freiburger Gonzague de Reynold oder dem Zürcher Jesuitenpater Richard Gutzwiler, bewegt. Schwarzenbach, in wechselnden Rollen als Journalist, Publizist, Verleger und Schriftsteller tätig, wurde innerhalb kürzester Zeit zu einem der prominentesten und schillerndsten rechtsnationalen Intellektuellen in der

Schweiz der Nachkriegszeit. Auch über die Landesgrenze hinaus stiess er auf politische Anerkennung.⁴ 1967 kandidierte Schwarzenbach für die 1961 gegründete Nationale Aktion gegen die Überfremdung (NA), die spätestens durch die überraschende Wahl von Schwarzenbach in den Nationalrat den »Überfremdungs«-Diskurs wesentlich mitprägte.⁵

Dieser »Überfremdungs«-Diskurs war nicht gänzlich neu. Er steht in einer Kontinuität verschiedener rechtlicher und politischer Ausgrenzungsregularien gegenüber Ausländer*innen, die sich im Kontext des Ersten Weltkrieges erstmals intensiviert und sich danach dauerhaft in die Gesetze und Institutionen eingeschrieben hatten. Ausdruck davon sind etwa die Schaffung einer Fremdenpolizei 1914 oder das Gesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer*innen 1931. Ebenfalls nicht neu war die damit verbundene Stimmungslage: die Angst vor einer Überlagerung des schützenswerten »Eigenen« durch das bedrohliche »Andere«, die aus einer seit den 1880er Jahren zunehmend »volksnationalen« Identität hervorgegangen war.⁶

Das politische Schlagwort der »Überfremdung« wurde also nicht neu erfunden; es erhielt jedoch zu jener Zeit eine neue Virulenz.⁷ Schwarzenbach traf mit der Initiative den Nerv der Zeit, in welcher viele dem rasanten Tempo der ökonomischen und politischen Entwicklung nicht mehr folgen konnten.⁸ Das Wirtschaftswachstum der Nachkriegszeit, während der *trente glorieuses*, hatte auch in der Schweiz zu einer präzedenzlosen Einwanderung von Arbeitskräften geführt. Sie stammten mehrheitlich aus Südeuropa, insbesondere aus Italien und Spanien. Der Ausländer*innenanteil an der Wohnbevölkerung war von sechs Prozent in den ausgehenden 1940er Jahren auf rund fünfzehn Prozent 1965 angestiegen. Zwanzig Prozent aller Erwerbstätigen waren Ausländer*innen, im Baugewerbe lag der Anteil sogar bei fünfzig Prozent.⁹

Bis in die 1960er Jahre dominierte die Vorstellung, dass diese Arbeitsmigration nur vorübergehend sei und entsprechend der ökonomischen Nachfrage eingeschränkt werden könne. Doch mehr und mehr zeigte sich, dass sich immer mehr Arbeitsmigrant*innen dauerhaft in der Schweiz niederlassen wollten. Der Unmut jener, die vor »Überfremdung« warnten, wuchs. Aber auch seitens der Arbeitsmigrant*innen wurde Kritik formuliert an den Arbeitsbedingungen und dem diskriminierenden Aufenthaltsstatus, dem sogenannten Saisonierstatut.¹⁰



Abb. 2: Die LMR/RML argumentierte klassenkämpferisch: Xenophobie spalte die Klasse der Arbeiter*innen.

In diesem Spannungsfeld wurde die Migrationspolitik auch für die Schweizer Trotzki*innen zum Thema. Die Linkstendenz innerhalb der POP, aus der daraufhin die LMR entstand, grenzte sich gemäss dem Westschweizer Historiker Pierre Jeanneret unter anderem über die Forderung nach einem Wandel in der Migrationspolitik von ihrer Mutterpartei ab. Jeanneret schreibt:

»Dazu gehört auch, dass man sich mehr für das Problem der ausländischen Einwanderung interessiert und sich Ende der 1960er Jahre, als in der Schweiz eine Welle der Fremdenfeindlichkeit auszubrechen beginnt, stärker für die Verteidigung der Gastarbeiter einsetzt. Die linke Tendenz [später RML] warf der PdA immer noch vor, die Stimme der ausländischen Arbeiter zu überhören, aus Angst, ihrer Arbeiterbasis zu missfallen, die oft von fremdenfeindlichen Äußerungen getragen wird, und aus Sorge, durch den Zustrom kämpferischer italienischer oder spanischer Aktivisten überwältigt zu werden.«¹¹

In der siebten Ausgabe von *La brèche* betonten die Autor*innen die Wichtigkeit ihrer Kampagne gegen die Schwarzenbach-Initiative, für welche die LMR alle ihre Kräfte aufgewendet hatte, und die man sich 1300 Franken kosten liess.¹² Rückblickend betonte auch die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), eine Nachfolgeorganisation der LMR, die Bedeutung des migrationspolitischen Engagements:

»Unsere Partei misst seit ihrer Gründung im Jahr 1969 der Frage der Rechte der Immigranten eine ganz besondere Bedeutung zu. Dieser Kampf gegen ihre Diskriminierung spielt unseres Erachtens eine Schlüsselrolle im Aufbau einer starken Arbeiterbewegung, die fähig wäre, die Interessen der Lohnabhängigen in der Schweiz wirksam zu verteidigen.«¹³

Trotz des Umbruchs in den trotzkistischen Organisationen gegen Ende der 1960er Jahre sind zahlreiche Zeugnisse erhalten, die von einer Auseinandersetzung mit der Schwarzenbach-Initiative und migrationspolitischen Fragenstellungen zeugen. Auffällig ist, dass es fast ausschliesslich schriftliche, genauer publizistische Quellen sind. Aus der Recherche sind kaum andere Aktivitäten wie beispielsweise Demonstrationen oder Flugblattaktionen bekannt, die im Namen trotzkistischer Organisationen durchgeführt wurden. Es lassen sich lediglich vier Diskussionsveranstaltungen in Vevey, Yverdon, Lausanne und Sainte-Croix im Vorfeld der Abstimmung belegen. Zudem verteilten Aktivist*innen in Sainte-Croix Flugschriften.¹⁴ Die vorliegende Untersuchung stützt also weitgehend – so viel sei vorweggenommen – das Bild des Trotzkismus in der Forschung als einer buch- und schriftfixierten politischen Bewegung.

Für die folgenden Ausführungen zentral ist zum einen *Das Arbeiterwort*. Die Zeitschrift wurde zwischen 1952 und 1969 publiziert – zunächst als »Organ der Proletarischen Aktion der Schweiz und der Sozialistischen Arbeiterkonferenz«, ab 1960 jedoch als »Organ des Sozialistischen Arbeiterbundes« (SAB). Sie erschien zeitweise monatlich, manchmal auch zweimal im Monat. Für die untersuchten Ausgaben, ab Dezember 1964, zeichnete jeweils Heinrich Buchbinder für die Redaktion verantwortlich. Die einzelnen Autor*innen der Artikel sind nicht ersichtlich. Im *Arbeiterwort* wurden sowohl Texte zu aktuellen Themen als auch solche theoretischer Art – darunter zahlreiche Texte Trotzkis – veröffentlicht.

Zum anderen bietet *La brèche*, die Zeitschrift der LMR, einen Einblick in die migrationspolitischen Auseinandersetzungen der Trotzkist*innen. Sie erschien ab Oktober 1969 monatlich in Lausanne und war das offizielle und wichtigste Parteiorgan der LMR. »La Ligue, en quelque sorte, c'est la brèche, et La brèche, c'est la Ligue«, schreibt der Westschweizer Historiker Benoît Challand.¹⁵ Ein Jahr nach der Gründung hatte die Zeitschrift etwa tausend Abonnent*innen. Das Redaktionsteam bestand aus einem Netz von rund zwanzig Redaktor*innen, einem Sekretariat, einem permanenten Techniker und einem Verantwortlichen für die Distribution.¹⁶ Die deutschsprachige Version der Zeitschrift, *Die Bresche*, erschien in Zürich, jedoch erst ab November 1971 und damit nach der Volksabstimmung über die Schwarzenbach-Initiative.

Grundsätzlich wird die Migrationspolitik sowohl im *Arbeiterwort* als auch in *La brèche* immer dann zum Thema, wenn sie sich in konkreten Ereignissen manifestiert, wie etwa im »Italiener-Abkommen« von 1964/65, einem bilateralem Abkommen zwischen der Schweiz und Italien, oder dann eben

in der Schwarzenbach-Initiative. So erschienen zwischen 1965 und der Lancierung der Schwarzenbach-Initiative 1968 im *Arbeiterwort* keine migrationspolitischen Artikel. Und auch in *La brèche* wurde während der besagten Zeitspanne vornehmlich im Kontext tagespolitischer Ereignisse über Migrationspolitik geschrieben. Dies bestätigen quantitative Analysen aller in *La brèche* veröffentlichten Artikel, welche sowohl durch die LMR selbst als auch durch Challand vorgenommen wurden. 1970, im Jahr der Abstimmung, wurden acht Artikel zum Thema »Immigration« verfasst, was einen Anteil von 10 Prozent aller Artikel ausmacht. In den Folgejahren der Initiative bis 1974 publizierten die Autor*innen insgesamt sieben Artikel, 1974, als über die dritte »Überfremdungsinitiative« abgestimmt wurde, waren es deren neunzehn. Zur Relation: Im Jahr 1970 beschäftigten sich 39 Prozent aller Artikel mit »sozialen Kämpfen«, 13 Prozent mit »marxistischer Theorie«. ¹⁷ Damit wird deutlich, dass die Trotzki*innen jeweils auf migrationspolitische Aktualitäten reagierten und nicht von sich aus die politische Agenda setzten.

Geteilte Linke – »Klasse« versus »Identität«

Die Schwarzenbach-Initiative offenbarte, wie gespalten die politische Linke in migrationspolitischen Fragen war. Die politischen Lager und Frontstellungen präsentierten sich für einmal nicht so klar wie bei anderen Konflikten während des Kalten Kriegs. So waren es bereits in den 1950er Jahren die Gewerkschaften und andere linke Organisationen, aus denen Kritik an »Überfremdung« laut wurde. War dieser Diskurs anfangs primär ökonomisch geprägt – kritisiert wurden etwa verschärfte Konkurrenzverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt oder die Gefährdung des Arbeitsfriedens –, so wurde er in den 1960er Jahren zunehmend von Akteuren wie der NA (Nationale Aktion gegen die Überfremdung) geprägt, und ethnisiert. Migrationspolitik mutierte zu einer kulturellen und identitätspolitischen Frage. ¹⁸

Die Abstimmung über die Schwarzenbach-Initiative trieb denn auch einen Keil in die Arbeiter*innenbewegung und stellte die Linke vor ein Glaubwürdigkeitsproblem. Hatten die Gewerkschaften in den 1960er Jahren noch vor »Überfremdung« gewarnt und Gegenmassnahmen gefordert, mussten sie ihrer Basis nun erklären, dass die Initiative nicht das richtige Mittel darstelle. Während sich die Führung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP) gegen die Initiative aussprachen, befürworteten grosse Teile der Arbeiter*innenbasis das Anliegen. Rund 55 Prozent der Mitglieder des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB) stimmten für die Initiative. ¹⁹

Die SP, die ebenso wie der SGB in die politische Nachkriegsordnung eingebunden worden war, hatte bereits ab den frühen 1940er Jahren einen politischen Richtungswechsel vollzogen. Die Partei als klassische Vertreterin der Arbeiter*innenbewegung sprach fortan nicht mehr von einer Systemalternative zum Kapitalismus, sondern strebte innerhalb des

wirtschaftlichen Systems Reformen an. Damit verbunden war eine Abkehr von der ehemals internationalistischen Ausrichtung hin zu einer vermehrt »nationalen Problemwahrnehmung«. ²⁰ Damit brach die SP mit dem Paradigma, das gerade für Trotzki*innen zentral war: Die Überzeugung, dass sich Lohnarbeiter*innen über ihre Klassenzugehörigkeit definieren, und nicht über nationale oder ethnische Identität.

Im Gegensatz zur SP nahm beispielsweise die Partei der Arbeit (PdA), die Nachfolgeorganisation der Kommunistischen Partei der Schweiz (KPS), weiterhin eine dezidiert klassenkämpferische Position ein, und bekämpfte deshalb die Schwarzenbach-Initiative. Immigrant*innenorganisationen, allen voran die *Federazione delle Colonie Libere Italiane in Svizzera* (FCLIS), griffen ebenfalls in die Debatte ein. Die 1943 gegründete Organisation stand in einer klassenkämpferischen, antifaschistischen Tradition und versuchte, dem Diskurs um kulturelle Überfremdung eine Debatte um den Klassengegensatz zwischen Arbeiter- und Unternehmerschaft entgegenzusetzen. ²¹

Die Debatte um das Spannungsverhältnis der Kategorien »Klasse« und »Identität« hat heute im Zuge rechtspopulistischer Wahlerfolge in ganz Europa zugenommen. Der französische Soziologe Didier Eribon erklärt aus den Erfahrungen seiner eigenen Biographie die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien durch die Abwendung linker Parteien von der »Klassenfrage«. Er schreibt: »Ich habe in meiner Familie gesehen, wie sich das Weltbild verschoben hat. Aus »Wir Arbeiter gegen die Bourgeoisie« wurde allmählich »Wir Franzosen gegen die Migranten«.« ²² Schwarzenbach war es gelungen, diesen Paradigmenwechsel voranzutreiben. Die Trotzki*innen versuchten, dieser Entwicklung eine ökonomistische Analyse und Deutung migrationspolitischer Fragen entgegenzustellen. Damit wollten sie die Lücke schliessen, welche sich durch den reformistischen Wandel der Sozialdemokratie aufgetan hatte.

Wie also argumentierten und positionierten sich die Trotzki*innen in der Schweiz gegenüber dem beschriebenen Paradigmenwechsel? Werfen wir zuerst einen Blick auf *Das Arbeiterwort*. Im Nachgang zum »Italiener-Abkommen« von 1964/65 erschien im *Arbeiterwort* eine Kurzgeschichte mit dem Titel »Der Fremdling«. Erzählt wird aus der Ich-Perspektive die Geschichte einer Person, die im Tram eine Begegnung mit offensichtlich fremdenfeindlichen Schweizern macht. Die Männer versperren einer italienischen Frau den Ausgang des Trams. »Die Chaibe Gotthardchinese, wenn das so weiter geht, sind wir bald nirgends mehr zu Hause.« Die Ich-Person skizziert dann zum Schluss der Geschichte eine Schweiz ohne »Fremdarbeiter«:

»Als ich an diesem Morgen ins Tram einsteige, ist das noch das blitzblanke Züritram? Schmutzige Wagen sinds, Dreckkisten. Da, plötzlich erstarre ich! Der erste Kehrriechwagen rumpelt vorüber. Keine Männer, die die Eimer leeren. Hausfrauen im Morgenrock umstehen den Wagen und krampfen eigenständig die Kübel in die Höhe.« ²³

Die Kurzgeschichte steht mit dieser utilitaristischen und ökonomischen Argumentation durchaus sinnbildlich für das Argumentationsmuster, welche die Artikel vor der Schwarzenbach-Initiative im *Arbeiterwort* prägen. Es wird zum Beispiel betont, dass italienische Bauarbeiter der Schweiz nützen würden, da sie vielfach mehr Wohnraum bauen, als sie benötigen.



Abb. 3: Migrationspolitische Artikel erschienen im *Arbeiterwort* bei konkreten politischen Ereignissen wie Initiativen besonders häufig.

Durchaus erstaunlich ist, dass das *Arbeiterwort* in Artikeln zur Schwarzenbach-Initiative gewissermassen das Narrativ einwanderungskritischer Akteure übernahm und festhielt, dass der »Ausländerbestand« in der Schweiz zu hoch sei. Die durch den »raschen Zustrom von fast einer Million grössern Teils fremdsprachiger Menschen« geschaffenen Probleme würden die Arbeiterbewegung »[...] noch lange Jahre hinaus auf eine entscheidende Bewährungsprobe stellen [...]«, so die unbekanntem Autor*innen im *Arbeiterwort*. Die schweizerische Bevölkerung könnte die grosse Anzahl nicht mehr »verdauen«. Fälschlicherweise werde jedoch die Schuld für gewisse Probleme bei den Fremdarbeiter*innen gesucht, »[...] statt richtig beim kapitalistischen System [...]«. Die Autor*innen beschreiben den ökonomischen Nährboden, auf dem der Rassismus in der Schweiz zu gedeihen schien. Der hohe Ausländer*innenanteil, eine Folge der wirtschaftlichen Nachfrage, führe zu Fremdenfeindlichkeit mit »eindeutig faschistischen Tendenzen«. Rassismus und Kapitalismus werden damit in ein direktes Kausalitätsverhältnis gesetzt. Rassismus existiert, weil Kapitalismus existiert, so die These.²⁴

Die Argumentationsmuster im *Arbeiterwort* offenbaren aber auch Widersprüche. Oft ist die Rede von der einheimischen Wirtschaft, die von einer Reduktion ausländischer Arbeitskräfte getroffen würde, womit auch Schweizer*innen von einer Annahme der Schwarzenbach-Initiative

betroffen wären. Gleichzeitig wird eine internationalistische Perspektive stark gemacht, welche die Arbeiter*innen nicht nach ihrer Herkunft, sondern nach ihrem Status als Arbeiter*innen definiert. Dieses Nebeneinander von nationalen Forderungen und einer internationalistischen Ausrichtung scheint für den SAB (Sozialistischen Arbeiterbund) schon früher charakteristisch gewesen zu sein. In einem Grundsatzpapier mit dem Titel »Weg und Ziel der Sozialistischen Linken«, an dem auch Heinrich Buchbinder mitgearbeitet hatte, findet sich der Grundsatz »Wir sind schweizerisch und national« und ein Bekenntnis zum »arbeitenden Schweizervolk« – daneben jedoch auch das Paradigma »Solidarität und Internationalismus«. ²⁵

Die Einheit der Arbeiter*innenklasse

In Bezug auf die LMR sind vor allem zwei Artikel von besonderem Interesse. Die zweite Nummer von *La brèche* vom Januar 1970 nimmt erstmals explizit Bezug auf die Schwarzenbach-Initiative. ²⁶ Unter dem roten Titel »La brèche« illustriert ein Schwarz-Weiss-Foto eine Familie, die auf eine Wohnbaracke zuläuft. Dieser Blick von aussen auf die Schatten dreier Menschen verweist auf die Lebensbedingungen der Arbeitsmigrant*innen. Unter dem Bild prangt ein Zitat der Nationalen Aktion: »Wir erwarten vom Bundesrat [...] die Abschaffung des Kontingentsystems für Saisoniers und die Reduzierung der jährlichen Aufenthaltserlaubnis.« ²⁷

Die angedeutete Anonymität und Verletzlichkeit der Menschen auf dem Bild kontrastiert hier mit der radikalen Forderung der NA. Gleich zu Beginn des ersten Artikels zur Initiative wird moniert, dass von der Initiative, die sich chauvinistischen und rassistischen Argumenten bediene, vor allem die migrantischen Organisationen, wie die FCLIS oder die *Association des travailleurs espagnols en Suisse*, betroffen seien. Diesen ausländischen Arbeiter*innen attestieren die Autor*innen im Text jedoch wenig »Klassenbewusstsein«. Viele von ihnen würden aus »unterentwickelten« Gegenden im Süden Europas kommen und keine »Klassen- und Solidaritätstradition« besitzen. Diese durchaus paternalistische Wahrnehmung ist insofern beachtlich, als sie der Wahrnehmung gewisser Gewerkschaften, aber auch der Fremdenpolizei, welche in den Arbeitsmigrant*innen eine kommunistische Bedrohung und streikerfahrene Aktivist*innen sahen, diametral widersprach.

Der Rest des Artikels verweist punktuell auf das Argumentationsmuster und die Rhetorik, die uns bereits im *Arbeiterwort* begegnet sind, und die in der Broschüre *Capitalisme Suisse et travailleurs étrangers* ebenfalls prägend ist: Die Xenophobie wird als direkte Folge und Ausdruck der ökonomischen Verhältnisse, »des Systems«, betrachtet. »Der Schweizer Kapitalismus ist daher in erster Linie für die fremdenfeindlichen und nationalistischen Tendenzen innerhalb der Arbeiterklasse verantwortlich.« ²⁸



Abb. 4: Der Blick von aussen: Die Lebensbedingungen vieler Saisonniers waren katastrophal. In den migrationspolitischen Debatten blieben sie oftmals stimm- und gesichtslos.

Das wirksamste Mittel des Widerstandes sei daher die Einheit der Arbeiterklasse. Das Narrativ der »Einheitsfront«, das verschiedene Schichten und soziale Lagen von Arbeiter*innen wie Frauen, Migrant*innen, Facharbeiter*innen zusammenfasst, war zentral für den marxistisch orientierten Flügel der Arbeiter*innenbewegung. Umso erstaunlicher ist an dieser Stelle, dass – wie bereits im SAB-Grundsatzdokument aus den 1950er Jahren – ethnisierend von der »Schweizer Arbeiterklasse« als solcher gesprochen wird, jedoch gleichzeitig Immigrant*innen dazu gezählt werden. Auch die LMR scheint sich bezüglich der Initiative also schwer getan zu haben, eine nationale Problematik internationalistisch zu beantworten.

Der zweite zentrale Artikel in *La brèche* erschien im März 1970 und befasste sich mit dem Rundschreiben (»un document significatif!«) des Arbeitgeberverbands *Association patronale de l'industrie des machines* (ASM), in welchem dieser vor der Annahme der Initiative warnt.²⁹ Betont wird im Artikel wiederum die Notwendigkeit eines antikapitalistischen Kampfes: Die Arbeiterklasse müsse »attackieren«. Die grösste Sorge der

»Kapitalisten«, so die Autor*innen, sei ohnehin nicht die Annahme der Schwarzenbach-Initiative, sondern vielmehr die Einheit der Arbeiterklasse, »[...] das heisst die politische Neuzusammensetzung der beiden Komponenten (national und ausländisch) der Schweizer Arbeiterklasse.«³⁰ Den avantgardistischen Organisationen wie der LMR komme die Aufgabe zu, aufzuzeigen, dass es grundsätzlich um einen antikapitalistischen Kampf gehe. Die Gewerkschaften hingegen würden das Spiel der »Bourgeoisie« mitspielen.

Die Kritik an und die Betonung der ökonomischen Verhältnisse finden wir auch in der Broschüre *Capitalisme Suisse et travailleurs étrangers (au sujet de l'initiative Schwarzenbach)*, welche die LMR einen Monat vor der Abstimmung über die Schwarzenbach-Initiative publizierte.³¹ Trotz ihres späten Erscheinungsdatums stellt sie den Versuch dar, eine gesamtheitliche und stringente Kritik an der Initiative zu formulieren und damit die einzelnen in *La brèche* publizierten Texte zusammenzufassen. Die Bildsprache des Titelblatts verrät die Kernthese der Broschüre. Sie zeigt zwei ineinander verschränkte, sich überlagernde Arme und geballte Fäuste. Aussagekräftig ist jedoch auch die Titelsetzung: Unter dem Bild prangt der Spruch »Schweizerische und Französische Arbeiter: ein gemeinsamer Kampf.«³² Der Zusatz »au sujet de l'initiative Schwarzenbach« lässt als Untertitel und in kleinerer Schrift verfasst darauf schliessen, dass es hauptsächlich um eine Analyse des Schweizer Kapitalismus gehe. Die Initiative und die migrantischen Arbeitskräfte bieten lediglich einen Anlass, darüber zu sprechen.

Der gesellschaftliche Gegensatz befindet sich also in der Lesart der LMR nicht zwischen In- und Ausländer*innen, sondern in einem Klassenantagonismus zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiter*innenklasse. Die Bedeutung der Initiative liege somit nicht in einer angeblichen kulturellen Überfremdung, sondern vielmehr in der strukturellen Politik der Bourgeoisie, die wiederum von den Migrationsbewegungen profitieren würde. Migration erscheint in dieser Deutung stets als eine abhängige Variable des Kapitals, beziehungsweise der kapitalistischen Produktionsweise.

Ins Kreuzfeuer der Kritik geraten in der Broschüre auch die Gewerkschaften. Ihnen wird vorgeworfen, durch ihre Zusammenarbeit mit der »Bourgeoisie« die Xenophobie zu befeuern und ganz allgemein zum Erfolg des Kapitalismus beizutragen. Aus Angst, dass das Interesse an den Gewerkschaften immer stärker abnehme, hätten diese begonnen, die Interessen des Kapitals zu verteidigen und an nationalistische Affekte der Arbeiter*innen zu appellieren. Die Gewerkschaften, so die Autor*innen der Broschüre, würden Hand in Hand mit der »Bourgeoisie« eine Form von Humanismus vertreten, die lediglich eine bösartige Fremdenfeindlichkeit in einen gesunden Nationalismus zu transformieren versuche.

Der Vorwurf der »Bürokratisierung« wird wiederkehrend an die Gewerkschaften gerichtet, wobei der Fokus vor allem auf dem SGB liegt.

Die zunehmende Bürokratie sei Ausdruck der Verzweiflung über die Unfähigkeit, die Arbeiter*innenklasse zu kontrollieren. Zweifellos ist diese Kritik an der Bürokratisierung der Gewerkschaften im Kontext einer allgemeinen trotzkistischen Kritik an der Bürokratisierung der UdSSR zu lesen. Trotzki hatte bereits 1923 begonnen, die Bürokratisierung als gesellschaftliches Phänomen zu untersuchen und zu kritisieren. Er sprach von einer »bürokratischen Konterrevolution«, die in den Fünfjahresplänen wie auch im Grossen Terror der 1930er Jahre ihren Ausdruck gefunden habe. Die allgemeine Kritik an den Gewerkschaften wird denn auch mit explizitem Bezug auf Trotzki begründet. Bereits 1940 hatte dieser die Tendenz der Gewerkschaften in imperialistischen Staaten beobachtet, eine Verlängerung des Staatsapparates und »Garant der Arbeitskraft« zu sein. Trotzki spricht von einer Degeneration der modernen gewerkschaftlichen Organisationen auf der ganzen Welt: »Ihre Annäherung an die Staatsgewalt und das Verschmelzen mit ihr.«³³

Aus der offenen Kritik an den Gewerkschaften leitet die LMR drei Ziele ab: die Gründung neuer, »roter« und revolutionärer Gewerkschaften, das Eintreten in bereits bestehende Gewerkschaften, um diese zu verändern und darin individuell zu kämpfen, und letztlich die Bekämpfung derjenigen Gewerkschaften, welche die Kämpfe unterbinden und die Arbeiter*innenautonomie behindern würden. Speziell im zweiten Punkt zeigt sich exemplarisch die trotzkistische Praxis des Entrismus, die im internationalen Trotzkiismus immer wieder kontrovers diskutiert wurde. Die LMR hält grundsätzlich in diesem Text daran fest, dass Gewerkschaften die wichtigste Organisations- und Mobilisierungsplattform der Arbeiter seien. Mit Verweis auf Trotzki und seinen Text »Kommunismus und Syndikalismus« von 1929 sprechen sie von einem Verhältnis der »Unterordnung« der Gewerkschaft unter die Partei.³⁴ In dieser Lesart soll die LMR die Position der revolutionären Partei einnehmen, der »autonome Organe« und dann eine gewerkschaftliche Basis untergeordnet sind.³⁵

Die blinden Flecken

Die Lebensrealitäten der Migrant*innen finden sowohl im *Arbeiterwort*, als auch in *La brèche* keinen Raum. Die Migrant*innen bleiben stimm- und gesichtslos. Sie erscheinen nicht als eigenständige Akteure, sondern vielmehr als politischer Gegenstand, über den verhandelt wird. Damit bleiben Fragen nach Identität, nach kultureller Differenz, nach der Abgrenzung des »Eigenen« zum »Anderen«, aber auch eine vertiefte Auseinandersetzung mit Rassismus auf der Strecke, wie sie etwa der bekannte und in der LMR durchaus populäre Trotzki Ernest Mandel in seiner *Einführung in den Marxismus* später fordern sollte.³⁶ Die Migrant*innen werden – wenn überhaupt – als Teil der Arbeiter*innenklasse adressiert.

Bei der Auseinandersetzung um die Schwarzenbach-Initiative ging es also diskursiv immer auch um Sprecher*innenpositionen, spezifisch um die

Frage, wer für und im Namen der Arbeitsmigrant*innen spricht. Die Trotz*innen übernehmen eine Fürsprecherfunktion und stellen die Arbeitsmigrant*innen als (noch) unpolitische, unmündige und anonymisierte Masse dar, welcher der Klassenkampf erst noch ins Bewusstsein gerückt werden muss.

Es gab keine Zielformulierung, Migrant*innen für die trotzkistischen Organisationen zu gewinnen, woraus man schliessen kann, dass die Zeitschriften von Migrant*innen kaum gelesen wurden. Die politischen und theoretischen Auseinandersetzungen rund um die Schwarzenbach-Initiative blieben grösstenteils ein politischer Monolog – dies, obwohl sie die Möglichkeit geboten hätten, mit Migrant*innenorganisationen zusammenzuspannen. Gerade im Zuge der durch die Arbeitsmigration stattfindenden Unterschichtung hätten diese Organisationen eigentlich zu den politischen Hauptadressat*innen zählen können.

Die Quellen und die Literatur zeigen, dass die LMR erst nach der Initiative begann, mit Migrant*innenorganisationen zusammenzuarbeiten und sich explizit an diese zu wenden. Insofern stellte die sogenannte »Überfremdungsinitiative« vielleicht einen Weckruf dar. Die Zeitschrift *Rojo* ist das beste Beispiel dafür. *Rojo* war ein spanischsprachiges Periodikum, das die LMR zusammen mit der Spanischen Sektion des Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale (VSVI), der *Liga Comunista Revolucionaria* (LCR/ETA IV) zwischen 1973 und 1976 publizierte.³⁷ Die Zeitschrift bricht ein erstes Mal mit der publizistischen und politischen Praxis des Redens über Migrant*innen, welche im *Arbeiterwort* und der LMR bis Anfang der 1970er Jahre gepflegt wurde. Vielmehr lässt sie diese selbst zu Wort kommen.

Dennoch wiederholte der Schweizer Trotz*ismus Mechanismen der Ausgrenzung, wie sie der Historiker Angelo Maiolino für die italienischen Arbeitskräfte in der Schweiz beschrieb:

»All diese Diskriminierungspraktiken wurden von der Stimm- und Gesichtslosigkeit der italienischen Migranten begleitet. Entweder weil sie als Ent-Individualisierte in ein bedrohlich dargestelltes Grossindividuum eingeschlossen wurden oder weil ihre Sprache subaltern gegenüber den dominanten Bedeutungsschablonen blieb.«³⁸

Die fehlende Auseinandersetzung im *Arbeiterwort* oder *La brèche* mit den Argumenten Schwarzenbachs bildet einen weiteren blinden Fleck. Schwarzenbach argumentierte zwar primär kulturalistisch und konstruierte eine Bedrohung der Schweiz durch Ausländer*innen und Kommunist*innen. Schwarzenbach trat aber darüber hinaus auch als prominenter Kritiker des Grosskapitals auf. Mit seiner Kritik an der Konkurrenzgesellschaft, der »anonymen Wirtschaftsdiktatur«, der »trotzlosen, von Fernseher und Presse manipulierbaren Massen-Konsum-Gesellschaft« oder am »rein kommerziellen Denken« schrieb er paradoxerweise gegen ein Milieu an, dem er selber entstammte.³⁹ Er formulierte damit eine Art Kapitalismuskritik

von rechts, die durchaus dasselbe Zielpublikum adressierte wie die Voten der trotzkistischen Gruppierungen. Schwarzenbach erinnerte sich später: »Es schien mir fast grotesk, dass meine zukünftigen Freunde ausgerechnet im Arbeiterquartier zu finden waren.«⁴⁰ Die Nationale Aktion habe zu Beginn in sozialpolitischen Themen die Linke unterstützt, schrieb Schwarzenbach. Sie sei jedoch nicht internationalistisch, sondern »hundertprozentig vaterländisch« orientiert gewesen.

In dieser nationalen oder ethnischen Thematisierung der sozialen Frage lag durchaus Spannungspotential, grub Schwarzenbach doch damit den Trotzki*innen im Arbeiter*innenmilieu gewissermassen das Wasser ab. Wie Analysen zeigen, stiess die Initiative gerade in Arbeiter*innenkreisen und im Bauerntum auf Sympathien. Die ausländischen Arbeiter*innen hingegen erachtete Schwarzenbach durchweg als subversive Kommunist*innen, die den durch Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften während Jahrzehnten erfolgreich ausgehandelten Arbeitsfrieden bedrohten.⁴¹

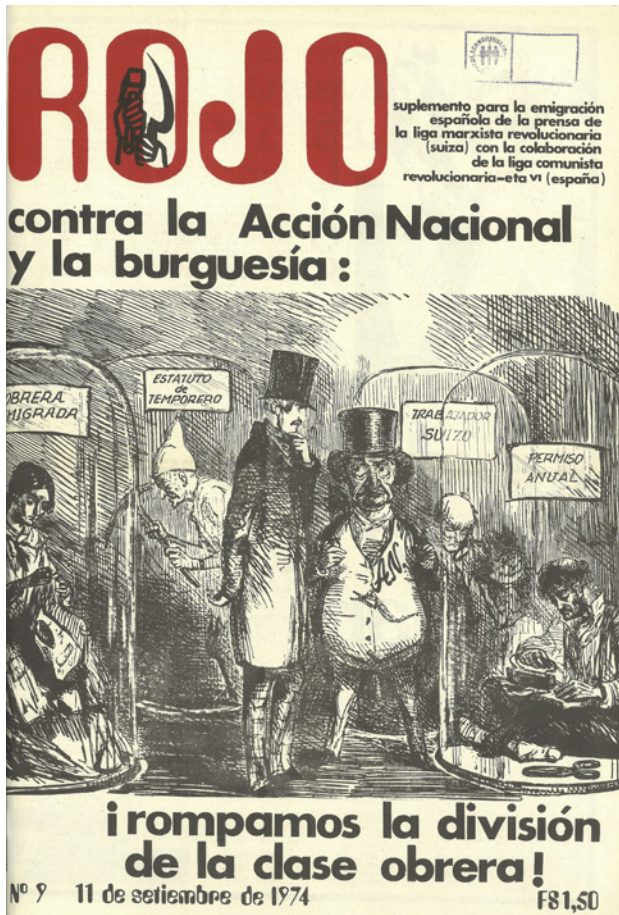


Abb. 5: Das zwischen 1973 und 1976 publizierte Periodikum *Rojo* war der erste Versuch der RML sich direkt an ausländische Arbeiter*innen zu wenden und mit diesen zusammenzuarbeiten.

In der Broschüre *Capitalisme Suisse et travailleurs étrangers*, aber auch bereits im *Arbeiterwort* fällt auf, dass, abgesehen von der Gewerkschaftskritik, eine Auseinandersetzung mit anderen linken Gruppierungen fehlt. Wie stand man zur FCLIS, die durchaus klassenkämpferisch argumentierte? Wie gestaltete sich im Zuge der Abstimmung das Verhältnis zur PdA und zur FASS (Fortschrittliche Arbeiter, Schüler und Studenten)? Letztere gründete zusammen mit anderen sozialistischen Organisationen die Plattform »Kampagne für die Einheit der Arbeiterklasse«. ⁴² Aus den konsultierten Quellen geht nicht hervor, dass die Trotzki*innen Teil davon waren oder sich damit auseinandersetzten.

Die Feststellung, dass die Auseinandersetzung mit der Schwarzenbach-Initiative im *Arbeiterwort*, aber auch die der LMR auf verschiedenen Ebenen ein politischer Monolog blieb, zeigt sich auch in der verwendeten Sprache: Die Texte – jene der LMR mehr als jene im *Arbeiterwort* – kennzeichnet ein komplizierter Satzbau und komplexe Inhalte. In diesem theoretischen und intellektuellen Gestus zeigt sich der avantgardistische Anspruch an die eigenen Organisationen. Die Texte setzen theoretische und politische Vorkenntnisse voraus und richteten sich wohl primär an Aktivist*innen aus den eigenen Reihen. Challand schreibt dazu: »Der sehr intellektuelle, und folglich, elitäre Charakter der Organisation lässt wenig Raum für Personen ohne akademische Ausbildung.« ⁴³

Die Rezeption und Aussenwirkung der trotzkiistischen Organisationen und Zeitschriften rund um die Schwarzenbach-Initiative kann hier nicht abschliessend behandelt werden. Dazu wäre eine vertiefte Diskursanalyse nötig, die auch andere Zeitschriften und Zeitungen miteinbezieht. Die gesichteten Quellen legen jedoch die Vermutung nahe, dass die Trotzki*innen von grösseren nationalen Zeitungen kaum wahrgenommen wurden. Dadurch gibt es auch keine zeitgenössische Aussensicht auf die Organisationen und deren Rolle während des Abstimmungskampfes zur Schwarzenbach-Initiative. Abgesehen von Mitglieder- und Abonnent*innenzahlen der LMR, die jedoch erst nach der Initiative erhoben wurden, fehlen uns leider Angaben über die Reichweite der Publikationen.

Die Initiative als Weckruf

Die Schwarzenbach-Initiative legt also den Blick frei auf die »lückenhafte Geschichte« des Schweizer Trotzkiismus. ⁴⁴ Die LMR stand zu Beginn jedoch vor allem vor organisatorischen Herausforderungen, die Artikel und die Broschüre *Capitalisme Suisse* erschienen deshalb erst kurz vor der Abstimmung.

Die zu Beginn erwähnten Selbstverortungen der SAP zu ihrem Gründungskontext müssen, wenn nicht widerlegt, so doch in Zweifel gezogen werden. Der »Kampf« für die »Rechte der Immigrant*innen« und »gegen ihre Diskriminierung« nahm zumindest im Kontext der Schwarzenbach-Initiative noch keine Schlüsselrolle ein. Vielmehr bot die

Initiative, wie auch die Frage der »Fremdarbeiter«, dazu Anlass, eine grundsätzlich ökonomische, ergo: klassenkämpferische Position zu popularisieren. Dies geht allerdings auf Kosten einer subjektivierenden Darstellung der von der Initiative hauptsächlich Betroffenen: den Migrant*innen. Den Trotzki*innen gelang es also nicht, eine nationale Initiative internationalistisch umzumünzen. Trotz der Betonung des Klassenantagonismus fehlte zu einer weiterführenden internationalistischen Betrachtung jeglicher Versuch.

Dass die LMR nach der Initiative begann, mit Migrant*innenorganisationen zusammenzuarbeiten und sich auch explizit an diese zu wenden, kann bedeuten, dass sich der kulturalistische Antagonismus, zwischen einem »schweizerischen Wir« und einem »fremdländisch Anderen«, dass sich diese konstruierten Identitäten, allmählich aufzulösen begannen. Um dieser Frage nachzuspüren, täten weitere historische Studien not, welche die jüngere Geschichte der Schweizer Trotzki*innen in den Blick nehmen würden.

Längerfristig lässt sich zudem eine zunehmende Bündnisstrategie beobachten. In den 1980er Jahren war die Revolutionäre Marxistische Liga (RML), wie sich die Organisation in der Deutschschweiz nannte, beziehungsweise deren Nachfolgeorganisation, die oben erwähnte SAP, Teil der überparteilichen Arbeitsgemeinschaft »Mitenand«, welche mit der gleichnamigen Volksinitiative eine »humanere Ausländerpolitik« forderte. Daraus wiederum entstand später die Bewegung für eine offene und demokratische Schweiz (BODS), die Vorläuferorganisation von *Solidarité sans frontières* (SOSF), ein heute noch aktiver und wichtiger antirassistischer, zivilgesellschaftlicher Akteur in der Migrationspolitik.

Matthias Fässler hat den Master in Geschichte an der Universität Zürich abgeschlossen und absolviert aktuell eine journalistische »Stage« bei der Wochenzeitung WOZ.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Josef Schmid, *Plakate Überfremdungsinitiative*, in Basel, Oktober 1974, ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv.

Abb. 2: Revolutionäre Marxistische Liga, *Abziehbild gegen die Schwarzenbach-Initiative*, 1974, Schweizerisches Sozialarchiv (SozArch) F 5053-Ob-222 (1971-1980).

Abb. 3: *Titelseite*, in: *Arbeiterwort*, Nr. 8, Jg. 20 (April 1965), SozArch (Ausschnitt).

Abb. 4: *Titelseite*, in: *La brèche*, Nr. 2 (22.01.1970), SozArch.

Abb. 5: *Titelseite*, in: *Rajo*, Nr. 9 (11.09.1974), SozArch.

Literatur

- 1 Vgl. Thomas Buomberger: *Kampf gegen unerwünschte Fremde: Von James Schwarzenbach bis Christoph Blocher*, Zürich: Orell Füssli (2004), S. 97/S. 132.

- 2 Vgl. Isabel Drews: »Schweizer erwache!«: *Der Rechtspopulist James Schwarzenbach (1967–1978)*, Frauenfeld: Verlag Huber (2005), S. 76.
- 3 Vgl. Robert J. Alexander: *International Trotskyism 1929–1985: A Documented Analysis of the Movement*, Minneapolis: Duke University Press (1991), S. 732; Daniel Bensaid: *Was ist Trotzismus?*, Köln: Neuer ISP-Verlag (2004), S. 18.
- 4 Vgl. Isabel Drews: »Schweizer erwache!«: *Der Rechtspopulist James Schwarzenbach (1967–1978)*, Frauenfeld: Verlag Huber (2005), S. 57–59.
- 5 Vgl. Damir Skenderovic, Gianni D'Amato: *Mit dem Fremden politisieren: Rechtspopulismus und Migrationspolitik in der Schweiz seit den 1960er Jahren*, Zürich: Chronos (2008), S. 32–34.
- 6 Vgl. Jakob Tanner: »Nationalmythos und ›Überfremdungsängste‹: Wie und warum die Immigration zum Problem wird, dargestellt am Beispiel der Schweizer Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts«, in: Udo Rauchfleisch (Hg.): *Fremd im Paradies. Migration und Rassismus*, Basel: Lenos Verlag (1994), S. 17f.
- 7 Vgl. Isabel Drews: »Schweizer erwache!«: *Der Rechtspopulist James Schwarzenbach (1967–1978)*, Frauenfeld: Verlag Huber (2005), S. 179–181.
- 8 Vgl. Angelo Maiolino: *Als die Italiener noch Tschinggen waren: Der Widerstand gegen die Schwarzenbach-Initiative*, Zürich: Rotpunktverlag (2011), S. 122f.
- 9 Vgl. Jakob Tanner: *Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert*, München: Beck (2015), S. 338–340.
- 10 Vgl. ebd.
- 11 Pierre Jeanneret: *Popistes: Histoire du parti ouvrier et populaire vaudois 1943–2001*, Lausanne: Editions d'En Bas (2002), S. 184f. Übersetzt aus dem Französischen: »C'est-à-dire aussi montrer d'avantage d'intérêt pour le problème de l'immigration étrangère et agir plus vigoureusement pour la défense des travailleurs immigrés, en cette fin des années 60 où une vague de xénophobie commence à déferler sur la Suisse. La Tendence de gauche reproche encore au PST de ne guère entendre la voix des travailleurs étranger, par crainte de déplaire à sa base ouvrière, souvent portée aux propos xénophobes, et par peur d'être submergée par l'afflux de militants italiens ou espagnols plus combattifs.«
- 12 Vgl. *La brèche: organ bimensuel de la Ligue marxiste révolutionnaire* (27.06.1970), S. 12.
- 13 Sozialistische Arbeiterpartei: »Mitenand« für eine starke Arbeiterbewegung, Zürich: Veritas Verlag (1981), S. 1; Vgl. Robert J. Alexander: *International Trotskyism 1929–1985: A documented analysis of the movement*, Minneapolis: Duke University Press (1991), S. 736.
- 14 Vgl. *La brèche: organ bimensuel de la Ligue marxiste révolutionnaire* (27.06.1970), S.12f.
- 15 Benoît Challand: *La Ligue marxiste révolutionnaire en Suisse romande (1969–1980)*, Fribourg: Chaire d'histoire contemporaine de l'Université de Fribourg (2000), S. 173.
- 16 Vgl. ebd., S. 129–131.
- 17 Ebd., S. 145/S. 156/S. 264.
- 18 Vgl. Thomas Buomberger: *Kampf gegen unerwünschte Fremde: Von James Schwarzenbach bis Christoph Blocher*, Zürich: Orell Füssli (2004), S. 36–38.
- 19 Vgl. Damir Skenderovic, Gianni D'Amato: *Mit dem Fremden politisieren: Rechtspopulismus und Migrationspolitik in der Schweiz seit den 1960er Jahren*, Zürich: Chronos (2008), S. 35.
- 20 Jakob Tanner: *Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert*, München: Beck (2015), S. 312.
- 21 Vgl. Angelo Maiolino: *Als die Italiener noch Tschinggen waren: Der Widerstand gegen die Schwarzenbach-Initiative*, Zürich: Rotpunktverlag (2011), S. 21/S. 177/S. 181.
- 22 Didier Eribon: »Wir müssen uns viel lauter einmischen«, Interview von Alex Rühle, in: *Süddeutsche Zeitung* (24.11.2016).
- 23 *Das Arbeiterwort. Organ des Sozialistischen Arbeiterbundes*, Zürich (April 1965), S.1.
- 24 Ebd.
- 25 »Weg und Ziel der Sozialistischen Linken«, Grundsatzpapier von 195– (genaues Jahr nicht bekannt), Schweizerisches Sozialarchiv (SozArch), D4203:2.
- 26 *La brèche: organ bimensuel de la Ligue marxiste révolutionnaire* (Januar 1970).
- 27 Übersetzt aus dem Französischen: »Nous attendons du conseil fédéral[...] la suppression du régime de contingentement des saisonniers et la réduction des autorisations de séjour annuelles.«
- 28 Übersetzt aus dem Französischen: »Le capitalisme suisse est donc le premier responsable des tendances xénophobes et nationalistes qui se manifestent au sein de la classe ouvrière.«
- 29 *La brèche: organ bimensuel de la Ligue marxiste révolutionnaire* (März 1970), S. 4f.
- 30 Übersetzt aus dem Französischen: »[...] c'est-à-dire la recomposition politique des deux composantes (nationale et étrangère) de la classe ouvrière suisse.«
- 31 Ligue Marxiste Révolutionnaire (Hg.): *Capitalisme Suisse et travailleurs étrangers: Au sujet de l'initiative Schwarzenbach*, Lausanne (1970).
- 32 Übersetzt aus dem Französischen: »travailleurs suisses et étrangers: un seul combat.«
- 33 Leo Trotzki: »Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs«, August 1940, posthum veröffentlicht in: *Fourth International* 2 (2), Februar 1941.
- 34 Ligue Marxiste Révolutionnaire (Hg.): *Capitalisme Suisse et travailleurs étrangers: Au sujet de l'initiative Schwarzenbach*, Lausanne (1970), S. 82.
- 35 Ebd., S. 87.
- 36 Vgl. Ernest Mandel: *Einführung in den Marxismus*, Frankfurt am Main: ISP-Verlag (1979), S. 70.
- 37 *Rojo: suplemento para la emigración española de la prensa de la liga marxista revolucionaria (suiza) con la colaboración de la liga comunista revolucionaria-eta IV. (españa)*, Lausanne, 1973–1976; Vgl. Robert J. Alexander: *International Trotskyism 1929–1985: A Documented Analysis of the Movement*, Durham: Duke University Press (1991), S. 735 sowie Frank Nitzsche: *Aus dem Schatten in die Reichweite der Kameras: Die Entwicklung trotzkistischer Organisationen in Deutschland, Österreich und der Schweiz unter besonderer Berücksichtigung des Einflusses der neuen sozialen Bewegungen von 1968 bis heute*,

- Siegen: Unveröffentlichte Dissertation (2006), S. 133.
- 38 Angelo Maiolino: *Als die Italiener noch Tschinggen waren: Der Widerstand gegen die Schwarzenbach-Initiative*, Zürich: Rotpunktverlag (2011), S. 31.
- 39 Isabel Drews: »Schweizer erwache!«: *Der Rechtspopulist James Schwarzenbach (1967–1978)*, Frauenfeld: Verlag Huber (2005), S. 225.
- 40 James Schwarzenbach: *Im Rücken das Volk*, Zürich: Thomas Verlag (1980), S. 8.
- 41 Vgl. Isabel Drews: »Schweizer erwache!«: *Der Rechtspopulist James Schwarzenbach (1967–1978)*, Frauenfeld: Verlag Huber (2005), S. 75/S. 187.
- 42 »Die Fremdarbeiterfrage – für eine sozialistische Alternative«, Broschüre 1970, SozArch, 02.3 C QS: 1970.
- 43 Benoît Challand: *La Ligue marxiste révolutionnaire en Suisse romande (1969–1980)*, Fribourg: Chaire d'histoire contemporaine de l'Université de Fribourg (2000), S. 189f.
- 44 Robert J. Alexander: *International Trotskyism 1929–1985: A Documented Analysis of the Movement*, Durham: Duke University Press (1991), S. 737.

About Æther

Publizieren kann anders funktionieren – auch in den Geisteswissenschaften.

Publizieren ist teuer, kompliziert und die Resultate häufig unattraktiv. Gerade das wissenschaftliche Publikationswesen wird mittlerweile von wenigen Grossverlagen – Springer, Elsevier, Wiley – dominiert, mit den bekannten Folgen: hohe Kosten für Produzent*innen wie Rezipient*innen geisteswissenschaftlicher Publikationen. Æther ist ein Versuch, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen, in enger Kooperation mit den Autor*innen, Gestalter*innen und Entwickler*innen. Anders ist auch die Art von Texten, die uns vorschwebt: Komplexe, dichte, miteinander verwobene Geschichten, die im Kollektiv entstehen. Die Reihe Æther ist unmittelbar an die universitäre Lehre geknüpft. Die Studierenden arbeiten anhand eines konkreten Gegenstandes – eines Ortes, eines Archivs, eines Themenkomplexes – gemeinsam an einer Publikation, die online open access sowie als Buch erscheint und darüber versucht, andere Lesergruppen zu erreichen.

Der intercom Verlag wurde 2018 als nicht-gewinnorientierter Verein mit Sitz in Zürich gegründet und versteht sich als Plattform für die Förderung von neuen akademischen Publikations- und Lehrformaten. Der Verlag soll ein Ort werden, an dem der Medienumbruch in den Wissenschaften nicht nur theoretisch reflektiert, sondern auch praktisch umgesetzt wird.

Æther wurde an der Professur für Wissenschaftsforschung der ETH Zürich im Rahmen eines Lehrprojekts entwickelt. Die Umsetzung erfolgte in enger Kooperation mit dem Masterprogramm für »Visuelle Kommunikation« der ZHdK, betreut durch Sarah Owens, Jonas Vögeli und Patrik Ferrarelli.

Das Projekt wurde durch Mittel der ETH Zürich grosszügig unterstützt, und zwar durch den Innovedum-Fonds des Rektorats, die Critical-Thinking-Initiative, die Professur für Wissenschaftsforschung und den Lehrbeauftragten des Departments Geistes-, Sozial- und Staatswissenschaften. Die zweite Ausgabe wurde vom Einrichtungskredit der Professur von Monika Dommann am Historischen Seminar der Universität Zürich mitfinanziert.

Wir danken allen Studierenden, die sich seit September 2016 an dem Projekt beteiligt haben, sowie: der Professur für Wissenschaftsforschung der ETH Zürich (Michael Hagner), Karin Schraner, die das Projekt organisatorisch unterstützt hat, sowie Anna Baumann, Nicolas Hermann und Michiel van Gulpen, die durch ihre intensive Redaktionstätigkeit diesen Band überhaupt erst möglich gemacht haben. Dem Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich sowie dem Schweizerischen Sozialarchiv gebührt für die Bereitstellung ihrer Ressourcen in der Arbeit mit den Quellen und der digitalen Reproduktion einer grossen Anzahl an Dokumenten ebenfalls ein besonderer Dank.

ETH zürich

Z hdk
Zürcher Hochschule der Künste

innovedum

Schweizerisches
Sozialarchiv

Archiv für Zeitgeschichte
ETH zürich

Universität
Zürich ^{UZH}

Impressum

Æther 02

Archive des Aktivismus: Schweizer Trotzist*innen im Kalten Krieg

Herausgeber*innen

Lucas Federer, Gleb J. Albert, Monika Dommann

Redaktion

Anna Baumann, Michiel van Gulpen, Nicolas Hermann

Abbildung Umschlagrückseite

Unbekannt, Beschattungsfoto von Heinrich Buchbinder an einer Demonstration, Teil der Staatsschutzakte, undatiert, Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich, Nachlass Heinrich Buchbinder 2(c)V.

Druck und Bindung

Druckhaus Nomos, Deutschland

Æther

Konzept

Nils Güttler, Niki Rhyner, Max Stadler

Gestaltung

Loraine Olalia, Reinhard Schmidt, Nadine Wüthrich

Entwicklung

Süpèr (Daniel Stutz)

Æther erscheint bei

intercom Verlag, Kalkbreitestrasse 3, 8003 Zürich

Kontakt

info@intercomverlag.ch

www.intercomverlag.ch

1. Auflage

Printed in Germany

ISBN 978-3-9524954-1-4

© 2018 intercom Verlag



ISBN 978-3-9524954-1-4